

Fabian Deus

Revolution – Fortschritt – Evolution



Zur Begriffsgeschichte
der evolutionistischen Geschichts- und
Zukunftssemantik der deutschen Sozialdemokratie

Reihe Sprach- und Kommunikationswissenschaften

Band 6

universi
UNIVERSITÄTSVERLAG SIEGEN

Fabian Deus

Revolution – Fortschritt – Evolution

Reihe Sprach- und Kommunikationswissenschaften
Band 6

Fabian Deus

Revolution – Fortschritt – Evolution

Zur Begriffsgeschichte
der evolutionistischen Geschichts- und
Zukunftssemantik der deutschen Sozialdemokratie

Dissertation 2018
angenommen von der Philosophischen Fakultät
der Universität Siegen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte Daten sind im Internet abrufbar:
<http://dnb.dnb.de>

Impressum

Bildnachweis Umschlag:

Bildarchiv Foto Marburg,
Bilddatei fmk06-ho-0268a Inschrift an einem Haus – Via del Progresso –
Fotograf: Reinhart Koselleck

Druck und Bindung:

UniPrint, Universität Siegen

Gedruckt auf alterungsbeständigem holz- und säurefreiem Papier

Siegen 2021: *universi* – Universitätsverlag Siegen
www.universi.uni-siegen.de

ISBN 978-3-96182-116-7

doi.org/10.25819/ubsi/10035

Die Publikation erscheint unter der
Creative Commons Lizenz CC-BY-SA



INHALT

1. Einleitung: Materialistischer ‚Kältestrom‘ und die Verwissenschaftlichung des Politischen.....	5
1.1. Diskurskonturen I: Weltanschauung, Theorie, Ideologie.....	15
1.2. <i>Evolutionismus</i> als Weltanschauung.....	17
1.3. Diskurskonturen II: Akteure.....	21
1.4. Diskurskonturen III: Parteipresse und die <i>Neue Zeit</i>	27
1.5. Konzept und Aufbau.....	30
2. Begriffsgeschichte als Theorie und Methode der Historischen Semantik.....	36
2.1. Was ist ein Grundbegriff?.....	37
2.2. Begriffsgeschichte des 20. Jahrhunderts.....	49
2.3. Kommunikationswissenschaftliche Kritik und Ergänzung.....	55
2.4. Begriffsgeschichte und Diskursanalyse.....	67
2.5. Kritik und Deskription.....	69
2.6. Der Nutzen digitaler Korpora für die Begriffsgeschichte.....	72
2.7. Zur Textsorte Parteiprogramm.....	73
2.8. Korpus.....	79
2.9. Fortschritt als Grundbegriff des modernen Bewusstseins.....	83
3. Revolution.....	89
3.1. Konstellation I.....	96
3.1.1. Gegenwartsbezug.....	99
3.1.2. Plausibilitätsfaktoren des Revolutionsbegriffs.....	105
3.1.3. Zukunftsbezug: Die Stigmawörter Prophezeiung.....	109
3.1.4. ... und Metaphysik.....	113

3.1.5.	Revolutionstheorie.....	114
3.1.6.	Freier Wille und Notwendigkeit.....	118
3.1.7.	Zwischenfazit	122
3.2.	Konstellation II.....	128
3.2.1.	Begriffe besetzen: ‚materialistische Geschichtsauffassung‘....	130
3.2.2.	Fazit.....	134
4.	Naturnotwendigkeit.....	137
4.1.	<i>Naturnotwendigkeit</i> und Marxistische Terminologie	145
4.2.	Bedeutungsübersicht	149
4.2.1.	Teleologische Verwendungsweise.....	149
4.2.2.	Prozessuale Verwendungsweise	151
4.2.3.	Kausale Verwendungsweise	153
4.3.	Politisierung und kommunikativer Gebrauchswert.....	154
4.4.	Exkurs: Zur theoriegeschichtlichen Dimension der Rede über die <i>Naturnotwendigkeit</i>	161
5.	Kontinuität und Bruch – Auf dem Weg nach Godesberg	172
5.1.	Ein kurzer Zwischenschritt: Das <i>Prager Manifest</i>	175
5.2.	Neue Rahmenbedingungen der Programmdebatten.....	186
5.3.	Politisches Programm und wissenschaftliche Analyse.....	189
5.4.	Das Ende der alten Geschichtsauffassung und der Abschied von der <i>Naturnotwendigkeit</i>	192
5.5.	Das Godesberger Programm als Zäsur	200
6.	Ausblick: <i>Fortschritt</i> als neuer Grundbegriff?	208
6.1.	Gesamtüberblick: neue Zukunftsemantik	209
6.2.	Fortschritt und Wachstum	213
6.3.	Krise der Fortschrittssemantik seit den 1970er Jahren.....	221

6.4.	Resümee.....	225
7.	Literaturverzeichnis	231
7.1.1.	Parteiprogramme, Reden, Berichte	231
7.1.2.	Sekundärliteratur	233
7.1.3.	Analysierte Quellen.....	250
7.1.4.	Abbildungsverzeichnis	256
7.1.5.	Tabellen	256

1. EINLEITUNG: MATERIALISTISCHER ‚KÄLTSTROM‘ UND DIE VERWISSENSCHAFTLICHUNG DES POLITISCHEN

Im Beginne unseres Jahrhunderts, als jeder Dichter von Bedeutung ein Sozialist und jeder Sozialist von Bedeutung ein Dichter war, damals, wo die sozialistischen Systeme streng genommen nichts waren als Gedichte voll sentimentaler Humanität, musste die sogenannte Malthus'sche Theorie alle Gemüther bewegen [...] Heute ist dies anders geworden. Die Beschäftigung mit der sozialen Frage hat sich zu einer gar nüchternen gestaltet; sie ist von den Dichtern auf die Denker übergegangen; man sucht ihre Lösung nicht mehr zu begründen auf selbsterfundene Prinzipien von ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Brüderlichkeit‘, sondern auf dem Boden der Erfahrung, wie ihn die Kenntniss der historischen Entwicklung, die Statistik und die Naturforschung bieten (Kautsky 1880: III).

Mit Zeilen wie diesen wurde vor rund 150 Jahren in der deutschen Arbeiterbewegung¹ der materialistische Kältestrom, wie Ernst Bloch die analytische, allein die Vernunft adressierende und jede Gefühlsregung geringschätzende Semantik der traditionellen Arbeiterbewegung und ihrer Parteien begriffen hat, in Gang gesetzt. Ihre theoretische und intellektuelle Überlegenheit über konkurrierende Denkstile ging Blochs Beschreibung aus den 1930er Jahren zufolge mit dem großen Mangel einher, dass sie eine emotionale Ansprache, die die konkreten Erfahrungen und Erwartungen der Menschen fokussiert, dem politischen Gegner überließ. Ein halbes Jahrhundert vor Blochs Überlegung war dieses praktische Defizit der marxistischen Programmatik noch kaum zu erkennen. Im Gegenteil: Die moralische Kapitalismuskritik mit ihren utopischen Überschüssen, die noch die Bewusstseinsformen der Revolutionsbewegungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts dominiert hatte und die den lebensweltlichen Erfahrungen und Enttäuschungen vor allem der durch die forcierte Industrialisierung und den entfesselten Kapitalismus verarmten Handwerker plausible Deutungsmuster

1 Die Unterscheidung zwischen sozialdemokratischer Partei und sozialer Bewegung ist – jedenfalls in der Frühphase im 19. Jahrhundert – auf institutioneller Ebene nicht immer ganz sauber zu ziehen. Aus diskursgeschichtlicher Perspektive sind die Grenzen fließend. Allenfalls lassen sich begriffliche Ungleichgewichte feststellen; so zwischen den Diskursen in den jeweiligen Presseerzeugnissen der Gewerkschaften und der Partei, vgl. Walter 2009: 7 ff.

geliefert hatte, schien nun, nur einige Jahre später, politisch bankrott und historisch völlig obsolet zu sein. Die „Gedichte voll sentimentaler Humanität“, die Karl Kautsky, der Autor der obigen Zeilen, in der Literatur und der Theorie des romantischen Antikapitalismus² nur noch erkennen konnte, waren von seiner Warte aus zwar de facto in der Arbeiterbewegung durchaus noch weit verbreitet, in der theoretischen Auseinandersetzung aber längst geschlagen und keine erstzunehmende politische Konkurrenz mehr. Der endgültige Sieg der „Denker über die Dichter“ in der erst kurz zuvor zu einer großen Partei geeinten deutschen Sozialdemokratie war zwar praktisch noch nicht eingetreten, aber auf theoretischem Feld war der Kampf aus seiner Sicht längst entschieden. Wer das anzweifelte oder gar rückgängig machen wollte, disqualifizierte sich für das politische Emanzipationsprojekt der Arbeiterklasse. Die Untersuchung der Gesellschaft und darauf gegründete Gesellschaftskritik sollten ganz dem Ethos der Nüchternheit und der Wissenschaftlichkeit gehorchen. Die Kritik sollte theoretisch fundiert, erfahrungsbasiert und historisch reflektiert erfolgen, um ihre Überlegenheit über alle Gegner sicherzustellen.

Dabei könnte es zunächst verwundern, dass Kautsky der angesprochenen Theorie von Thomas Robert Malthus durchaus aufgeschlossen gegenüberstand und Elemente derselben sogar umstandslos in das sozialistische Theoriegebäude integrieren wollte. Dass dies nicht ohne Streit in den eigenen Reihen geschehen konnte, war zu erwarten: Denn der ausgebildete Mathematiker Malthus wurde in der sozialen Bewegung primär als Vertreter des verhassten Adels und als Theoretiker der europäischen Konterrevolution angesehen. Der *Essay on the principles of population* (Malthus 2015), auf den sich die Rezeption von Malthus in der deutschen Arbeiterbewegung konzentrierte, erschien schon 1798 in England, eine erste deutsche Übersetzung von Franz Hermann Hegewisch erfolgte 1807. Das darin proklamierte Bevölkerungsgesetz wurde von vielen als theoretisch vollzogene Naturalisierung der sozialen Ungleichheit in den sich entwickelnden kapitalistischen Nationen verstanden. In diesem Sinne wurde die Schrift von liberaler und konservativer Seite bisweilen als Apologie der desaströsen Lebensbedingungen der unteren sozialen Schichten der englischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts herangezogen. Besonders

² Zur Literatur des „romantischen Antikapitalismus“ vgl. Eiden-Offe 2017.

Sozialisten, die die *gesellschaftliche Organisation* als Ursache der sozialen Missstände anprangerten, sahen sich durch Malthus und seine Apologeten herausgefordert. Die folgenden Versuche, den als ‚Pfaffen‘ verschrienen Malthus politisch zu stellen und theoretisch zu widerlegen, sind Legion. Neben damals einflussreichen (und heute zum Teil kaum noch bekannten) Ökonomen wie Henry Charles Carey oder dem in der damaligen Arbeiterbewegung wohlbekanntem und zeitweise einflussreichen Eugen Dühring³ (der Malthus Schrift wegen der „Rohheit seiner Anschauungen und der Widerwärtigkeit seiner Gesinnungen“ ablehnte und eine „durch und durch inhumane Geistesart“ Dühring 1900: 184f. bemängelte) versuchten sich auch die führenden Intellektuellen der europäischen Arbeiterbewegung an einer ‚Erledigung‘ Malthus‘; so Proudhon im Jahr 1848 (Proudhon 1848), später auch William Godwin (den Malthus in seinem Essay zuvor kritisiert hatte, vgl. Petersen 1971), aber natürlich sowohl Friedrich Engels als auch Karl Marx persönlich. Auch bekannte Soziologen wie Franz Oppenheimer („Malthusianisches Bevölkerungsgeschwätz“) polemisierten heftig gegen die Malthus’sche Theorie und ihre politischen Konsequenzen (vgl. Oppenheimer 1900). Kautsky wusste also, auf was für dünnes Eis er sich mit seiner Aufgeschlossenheit für die Malthus’sche Bevölkerungstheorie begab und mit wem er sich womöglich anlegte. Die unvermeidlichen Irritationen in der sozialistischen Bewegung betrachtete er aber wohl als produktiven Beitrag zur weiteren Klärung der anstehenden Theoriedebatten der Bewegung, und nahm sie in Kauf.

Dass der junge Kautsky also im Jahr 1880 über die abgesteckten politischen Fronten hinweg die Position vertrat, dass eine Beschäftigung mit Malthus und seiner naturwissenschaftlichen Theorie die sozialistische Debatte voranbringe und speziell auch die Betrachtung der sozialen Frage von

³ Beide teilen das Privileg, von Marx beziehungsweise Engels kritisiert worden zu sein, was sie vor dem Vergessen gerettet hat. Carey wurde in der zu Lebzeiten unveröffentlichten Einleitung zu den *Grundrissen* von Marx und Dühring im bekannteren – und historisch einflussreicheren – *Anti-Dühring* kritisiert. Der *Anti-Dühring* von Engels erschien – nur kurz vor Kautskys erster Schrift über die Bevölkerungsfrage – in den Jahren 1877/78 in mehreren Folgen im *Vorwärts*. Eugen Dühring und seine Anhänger konnten in den 1870er Jahren zeitweise erheblichen Einfluss in der SPD erringen. Ihr Versuch, auf dem *Gothaer Parteitag* 1875 die Veröffentlichung der Engels’schen Kritik zu unterbinden, scheiterte jedoch. Der durchschlagende Erfolg des *Anti-Dühring* führte zum schnellen Verfall dieser Strömung unter dem Sozialistengesetz, vgl. Merkel 1989.

malthusianischen Überlegungen profitieren würde („Die Theorie, auf welche sich der Malthus'sche Vorschlag [zur Lösung der sozialen Frage; F.D.] stützt, ist unanfechtbar!“ Kautsky 1880: 43), kann man als Zeugnis einer recht bemerkenswerten inhaltlichen Offenheit und Vielstimmigkeit des damaligen Theoriediskurses in der noch jungen Sozialdemokratie deuten.

Natürlich war Kautsky weder der erste, noch der einzige Sozialdemokrat, der sich konstruktiv mit der Theorie von Malthus auseinandersetzen wollte. Auch wenn es für seine Anhänger eher unbequem war, konnte kaum gezeugnet werden, dass das *Eberne Lohngesetz* von Ferdinand Lassalle (mehr oder weniger direkt) auf Malthus'schen Überlegungen basierte. Dieses Gesetz und seine Stellung in der Programmatik waren zwar in der Partei höchst umstritten, es hatte aber durch seine Aufnahme in das *Gothaer Programm* (was für viele eine nur ungern akzeptierte Konzession an den Lassalle'schen Arbeiterverein beim Vereinigungsparteitag 1875 war) noch immer offizielle Gültigkeit und war daher oft Gegenstand von parteiinternen Debatten.⁴ Unstrittig ist, dass die Übereinstimmung von Lassalle mit Malthus auf der *theoretischen* Ebene durch das aufstrebende marxistische Lager als *politisches* Argument gegen Lassalle und seine Anhänger gebraucht wurde: „Malthus müsste seine Freude haben an diesem Gesetze [dem ehernen Lohngesetz; F.D.], welches der Antimalthusianer Lassalle so warm vertheidigt, denn etwas Anderes, als in diesem Gesetze enthalten ist, sagt Malthus auch nicht“ (Kautsky 1880: 31).

Die Diskussionen über die programmatisch-theoretischen Grundlagen waren also noch recht kontrovers und eine einheitliche, verbindliche Ansicht hatte sich erst in Ansätzen herausgebildet. Eine „vergleichsweise offene innerparteiliche Diskussion“ (Klönne 1980: 123) wird beispielsweise auch von dem Soziologen (und Abendroth-Schüler) Arno Klönne für die Debatten dieser Zeit konstatiert. Politisch waren die Verhältnisse bei der Debatte über Malthus und die Bevölkerungsfrage jedoch vertrackt: Denn

⁴ Es kann spekuliert werden, dass das Gesetz noch weniger Zustimmung in der Partei genossen hätte, wenn Marx' *Kritik des Gothaer Programms* noch zu Lebzeiten bekannt geworden wäre. Die Erstveröffentlichung erfolgte erst nach Marx' Tod im Jahr 1891 in der *Neuen Zeit* durch Engels; wobei mit der Veröffentlichung Einfluss auf den Richtungsstreit in der Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes genommen werden sollte, vgl. Marx 1956c.

genauer betrachtet plädierte Kautsky natürlich keineswegs für die umstandslose Integration des ‚Pfaffen Malthus‘ in die eigenen Reihen. In seiner Schrift argumentierte er zwar nachdrücklich für die Relevanz einer Beschäftigung mit der mit dem Namen Malthus verbundenen Bevölkerungsfrage für die theoretische Durchdringung und schließlich für die Lösung der sozialen Frage. Mehr noch, Kautsky glaubte in dieser Zeit sogar noch eine Spannung und politische Konkurrenz zwischen einer hauptsächlich an Marx und Engels orientierten Beschreibung der sozialen Frage, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit ins Zentrum stellt, und andererseits einer bevölkerungstheoretischen und demographischen Betrachtung nach Malthus zu erkennen. Später vertrat er, wie noch gezeigt wird, eine abgewandelte Position hinsichtlich der (Un-)Vereinbarkeit der Theorien von Marx und Malthus, was besonders seine zweite Monographie zur Bevölkerungsfrage aus dem Jahr 1910 dokumentierte (Kautsky 1910b).⁵ 1880 jedoch notierte Kautsky die historische Verdrängung von mit dem Namen Malthus verbundenen Themen und Problemstellungen aus dem politischen Diskurs der Bewegung durch die zunehmende Dominanz einer Betrachtung aus der Perspektive der politischen Ökonomie (und das war in dieser Zeit bereits praktisch ausschließlich eine sich als ‚marxistisch‘ verstehende Perspektive):

Fasste man im Beginne unseres Jahrhunderts vorzüglich die Vertheilung des Arbeitsertrages und den Einfluss der Bevölkerung auf den Wohlstand der Gesellschaft ins Auge, so beschäftigt man sich heute dagegen in erster Linie mit der Produktionsweise, mit dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit; das Bevölkerungsgesetz hat sich auf die Universitäten und in die Kreise einiger Fachgelehrten zurückgezogen und vegetirt dort als Tradition fort. Das Publikum aber ignorirt es vollständig. Man betrachte die Unzahl Brochuren [sic!] und Abhandlungen über die soziale Frage, mit welchen Deutschland innerhalb des letzten Jahrzehnts überschwemmt wurde, und man wird finden, dass sie alle die Lösung entweder darin suchen, eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit herzustellen oder das

⁵ Gerade von dieser Position distanzierte er sich später demonstrativ. Die in seiner ersten Schrift zur Bevölkerungsfrage angedeutete Spannung zwischen marxistischer Ökonomiekritik und malthusianischer Bevölkerungstheorie ist auch der Anlass für die sein zweites Buch zum Thema. Seine erste Lösung schien ihm nun theoretisch defizitär zu sein, aber das systematische Problem war weiter aktuell.

Kapital durch Staats- oder Selbsthilfe der Arbeit zugänglich zu machen, respektive an Stelle der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit die Herrschaft der Arbeit über das Kapital zu setzen. Dass aber auch die Zahl der Arbeiter und die Schnelligkeit ihrer Vermehrung einen Einfluss auf die soziale Lage haben könne, das betonten nur verschwindend wenige (Kautsky 1880: IV).

Wohlgermerkt verstand sich Kautsky in dieser Zeit bereits selbst als Anhänger der Theorien von Marx und Engels („Karl Marx ist der Eckstein des modernen wissenschaftlichen Sozialismus“ Kautsky 1880: 42); wenn auch, wie von ihm selbst in der Rückschau beschrieben, als einen noch sehr unvollkommenen.⁶ Trotzdem plädierte der spätere ‚orthodoxe Marxist‘ für die Relevanz der Bevölkerungstheorie in der Arbeiterbewegung. Erste Antworten auf die Frage, warum das so war, sind nicht schwer zu finden: Denn einerseits hatte der Darwinist Kautsky überhaupt keine Einwände gegen den Naturwissenschaftler Malthus und seine These, dass in der organischen Natur überall die Tendenz zur Überbevölkerung vorliege: „Der Malthusianismus als Grundlage des Darwinismus war für mich zu einer unwiderleglichen Wahrheit geworden, und seine Mißachtung durch die sozialistische Theorie erschien in meinen Augen ein großer Fehler“ (Kautsky 1910b: VI). Und dazu kam, dass Malthus‘ Theorie beanspruchte, indem sie die Armut der unteren Gesellschaftsschichten als notwendige Folge der Überbevölkerung interpretiert, eine ebenso streng ‚wissenschaftliche‘ Gesellschaftstheorie anzubieten. Die politischen Implikate der Theorie, wie z.B. die Behauptung der Unmöglichkeit, die Armut lindern zu können, ohne die der Reproduktionsraten zu verringern, wurden daher auch mit dem Anspruch vertreten, unabhängig von politischen Ansichten gültig zu sein; sie ergeben sich mit logischem Zwang aus den konstatierten gesellschaftlichen Realitäten. Sowohl die wissenschaftliche Beschreibung als auch die politischen Folgen hielt zwar auch schon der junge Kautsky in Teilen für falsch und nicht zielführend, aber er erkannte doch den wissenschaftlichen Anspruch an. Der Disput über die Thesen Malthus‘ konnte daher für ihn auch keiner sein, der von unterschiedlichen politischen Sichtweisen, konkurrierenden

⁶ „Als junges, unreifes Bürschchen, das nichts vom Marxismus verstand, hielt ich es für die wichtigste Aufgabe, ihn zu revidieren“ Kautsky 1910b: VIII.

Zielvorstellungen oder verschiedenen Werturteilen ausgehend geführt wird. Die politische Auseinandersetzung musste in seiner ‚Weltanschauung‘ (ein Terminus, der unten noch genauer erläutert wird) die Form eines ‚wissenschaftlichen‘ Disputes annehmen, in dem es um die adäquate, ‚wahre‘ Beschreibung der gesellschaftlichen Realität geht. Das dabei präsupponierte Politikverständnis wurde von Kautsky (und seinem politischen Umfeld) und politisch eher im gegnerischen Lager stehenden Malthusianern im Grundsatz geteilt. Gegenstand polemischer Attacken waren daher auch weniger Malthus selbst oder seine politischen Adepten, sondern vielmehr ethische Sozialisten in den eigenen Reihen, die an den Konsequenzen aus den Thesen Malthus‘ moralischen Anstoß nahmen:

‚Amen!‘ fügt unwillkürlich der Leser hinzu, und sieht dann auf das Titelblatt, ob er nicht zufällig ein Gebetbuch erwischt hat. Aber nein: gross und deutlich steht es gedruckt: ‚Die Grundlagen der Sozialwissenschaft von H. C. Carey, dritter Band, und die 483. Seite ist es, auf welcher dieser erbauliche Sermon sich findet. Durch solches Gewäsch wird die Malthus'sche Theorie natürlich nicht widerlegt. Es genügt nicht, nachzuweisen, [...] dass sie unangenehm ist, unangenehm im höchsten Grade: das mag Leute überzeugen, welche an eine Teleologie glauben; in der Wissenschaft kann eine solche Beweisführung nur Gelächter erregen. [...] Es handelt sich darum, ob die Annahmen, auf welche [Malthus] sich stützt, richtig sind (Kautsky 1880: 107 f).

Es wird so schon deutlich, dass die politische Kollektividentität, die hier konstruiert wurde, neben den etablierten politischen Etikettierungen und Bruchlinien vielmehr auf einem distinkten Politikverständnis aufbaute, das die politische Auseinandersetzung und Theoriebildung – etwas zugespitzt – im Kern als angewandte Gesellschaftswissenschaft verstand. Darauf machte auch Kautskys Enkel, der Politikwissenschaftler John H. Kautsky aufmerksam: Es handele sich um eine Zeit, „zu der Marxismus und Sozialwissenschaften für Marxisten identisch waren als Versuche, soziale Erscheinungen mit wissenschaftlich begründeten Theorien zu erklären. Damals waren sie es, die den Akademikern vorwarfen, keine guten Sozialwissenschaftler zu sein“ (Kautsky 1988a: 32). Der Materialismus wurde verstanden als „Methode der *Naturwissenschaft*. Die materialistische Geschichtsauffassung bedeutet nichts anders als die Anwendung dieser Methode auf die Gesellschaft“ (Kautsky 1988b: 103, eigene Hervorhebung).

Der Ansatz sei daher, so John Kautsky, „positivistisch und im Prinzip wertfrei“ (Kautsky 1988a: 32). Die politischen Frontlinien, die aus diesem wissenschaftlichen Politikverständnis resultierten, verliefen anders als im parlamentarisch-parteilichem Koordinatensystem verzeichnet – und sie verliefen auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei.

Allerdings verwies Kautsky in seiner Bearbeitung der Bevölkerungsfrage auf die strikte Unterscheidung zwischen der wissenschaftlichen Qualität auf der einen und dem, was man den politischen Gebrauchswert einer Theorie nennen könnte, auf der anderen Seite. Denn die entscheidenden wissenschaftlichen Grundlagen der Bevölkerungstheorie des Thomas Malthus seien schon vor dessen vielbeachteter Schrift aus dem Jahr 1789 praktisch vollständig entwickelt gewesen; er behauptete gewissermaßen einen ‚Malthus vor Malthus‘: „So sehen wir die Malthus'sche Bevölkerungstheorie schon fertig, bevor noch Malthus mit seinem Werke aufgetreten war. In Frankreich, in Italien, in England, auch in der Schweiz, überall tauchen Malthus'sche Ideen auf, sie liegen sozusagen in der Luft“ (Kautsky 1880: 21). Malthus großes Glück sei es gewesen, dass er die Bevölkerungstheorie in einem historisch günstigen Moment, in dem nämlich die sozialen Probleme in den europäischen Gesellschaften angesichts der Revolutionsereignisse in Frankreich und anderswo nicht mehr zu leugnen waren, in eine politisch passende Form gebracht habe.⁷ Malthus Schrift böte den europäischen Eliten nun eine mit wissenschaftlicher Autorität daherkommende Erklärung für die Unschuld der Aristokratie am Elend der Massen:

Wie erwünscht kam da eine Theorie, mit deren Hilfe man darthun konnte, dass die besitzenden Klassen ganz unschuldig seien am Elend, dass das Proletariat selbst seine Noth verschulde! So lange diese Theorie nur eine wissenschaftliche Bedeutung gehabt habe, hatte man sich nicht um sie gekümmert: jetzt brachte sie die ganze Welt in Aufregung, denn sie hatte eine politische, eine praktische Bedeutung erlangt. Und der, der ihr diese Bedeutung verliehen, der die Aufmerksamkeit aller denkenden Menschen auf sie gelenkt hatte, der war Malthus, und desswegen (sic) bleibt sein

⁷ „Nicht derjenige, der eine neue Idee zuerst, sondern welcher sie zur rechten Zeit bekannt macht, trägt alle Ehren – freilich auch alle Schmähungen – davon, welche mit ihr verknüpft sind“ (Kautsky 1880: 23).

Name unauflöslich mit der Theorie verknüpft. Mit ebensoviel Recht hat man die neue Bevölkerungslehre nach Malthus genannt, als Amerika nach Amerigo Vespucci. Beide haben nur die Kunde dessen verbreitet, was Andere gefunden haben (Kautsky 1880: 23).

Kautsky trennte so die mit dem Namen verbundene Theorie, mit der er sich (trotz dem versuchten Nachweis ihrer Mangelhaftigkeit) doch konstruktiv auseinandersetzen wollte, von der Person Malthus, die so weiter als politischer Gegner (und nebenbei auch als nachrangiger Wissenschaftler) behandelt werden konnte. Sich selbst inszeniert er dabei als – seinem Duktus nach – „nüchternen Denker“, der durchaus auch malthusianisch argumentieren, und sich gleichzeitig politisch (die Lagereinteilungen während) als Antimalthusianer positionieren konnte. Der politische Konflikt in den eigenen Reihen wurde so zumindest abgeschwächt, ohne auf mit dem Namen Malthus verbundene Theoreme verzichten zu müssen. Man kann so nun etwas präziser sagen, dass Kautskys Schrift eine auffällige Offenheit für die theoretisch-wissenschaftlichen Argumente auch des politischen Gegners zeigte, aber dabei durch die Trennung von wissenschaftlicher Theorie und politischer Person trotzdem nicht auf eine klare politische Parteilichkeit und Feindbestimmung verzichten musste.

Derartige Grenzscharfen bei der Zuordnung von wissenschaftlichen zu politischen Standpunkten lassen sich auch auf biographischer Ebene finden. Kautskys Promotionsversuch bei Ernst Haeckel aus dem Jahr 1882 zeigt dies deutlich. Kautsky, der sich in der Zeit seines Studiums in Wien (ab 1875) euphorisch dem Darwinismus zugewandt hatte und sich neben Darwins Hauptwerken besonders für Henry Thomas Buckle, die klassischen Evolutionisten und – zweifellos auch wegen der politischen Nähe – Friedrich Albert Lange begeistern konnte, hatte das Vorhaben entwickelt, sich zu einem urgeschichtlichen Thema zu promovieren. Als Doktorvater wählte er mit Ernst Haeckel niemand geringeren als den seinerzeit unzweifelhaft bekanntesten und renommiertesten Vertreter des Darwinismus im deutschsprachigen Raum. Dieser hatte sich allerdings mehrfach gegen eine Vereinnahmung seiner Person und seiner Lehre durch den Sozialismus ausgesprochen und beteuerte, dass der Darwinismus, wenn nicht generell apolitisch, dann jedenfalls eher aristokratischen Charakter habe (vgl. Bayertz 1998: 266 f). Auch wenn das in der sozialistischen Bewegung nicht unbemerkt geblieben war und durchaus zu einigen

Verstimmungen geführt hatte, entschied sich Kautsky für Haeckel als Doktorvater, und gab damit dem wissenschaftlichen Renommee den Vorzug vor der politischen Übereinstimmung (vgl. Kautsky 1960: 518ff; Michler 1999: 166).

Diese Versuche, politische Theorie und wissenschaftliche Analyse zusammenzubringen, lassen ein klares hegemoniestrategisches Kalkül erahnen: Denn abgesehen davon, dass man sich von einer in der angedeuteten Weise *evolutionistischen* Gegenwartsbeschreibung tatsächlich vertiefende Einblicke in die Gesetzmäßigkeiten und Funktionsweisen der gesellschaftlichen Entwicklung versprach, spielten bei den Versuchen, die immer populärer werdenden naturwissenschaftlichen Theorien (und das Renommee ihrer Vordenker) ins eigene Lager zu ziehen, auch das Ansehen, das sich mit den modernen (Natur-)Wissenschaften im progressiven Teil der Gesellschaft verband, eine große Rolle: Denn auf die Wissenschaft allgemein und den Darwinismus im Besonderen beriefen sich nicht nur – und auch nicht zuerst – sozialistische Kräfte, sondern im Gegenteil hatten besonders die bürgerlichen und liberalen Milieus die Erkenntnisse der Naturforschung als Bestätigung ihres Gesellschaftsbildes verstanden und, wie gesagt, auch zur Legitimation der gesellschaftlichen Ungleichheit in Anspruch genommen, für deren Aufhebung die sozialistische Bewegung ihrem Selbstbild nach angetreten war.

Dass man nicht darauf verzichten wollte und konnte, dem bürgerlichen Lager die naturwissenschaftliche Legitimation streitig zu machen, erklärt sich auch durch die – mit einem Begriff Georg Bollenbecks – „Schlüsselattitüde“ (Bollenbeck 2007: 12), mit der die darwinistische Theorie im damaligen Interdiskurs aufgetreten ist: Denn diese konnte nicht nur zunehmend exklusiv die Deutungshoheit im naturgeschichtlichen Bereich beanspruchen, sondern versprach, indem sie ein Set verschiedener formaler Kategorien bereitstellte (*Evolution, Anpassung, Selektion, Art*, im damaligen Diskurs auch *Rasse*, die enorm produktive Metapher des *Kampfes ums Dasein*), die leicht und plausibel auch außerhalb des biologischen Theorierahmens zur Anwendung gebracht werden konnten, und zudem auf die Bedeutung von Begriffen abstrahlte, die nicht der naturwissenschaftlichen Fachterminologie zuzurechnen waren (besonders *Fortschritt* und *Höherentwicklung*, die die damals verbreiteten Lesarten des Darwinismus im Evolutionsgeschehen zu erkennen glaubten, sowie auch

Entwicklung, die stark evolutionistisch-naturhaft aufgefasst wurde, vgl. Schmieder 2015), eine praktisch universale Erkenntnisweise zu liefern, mit der überkommene Erklärungsmuster für verschiedenste Phänomene ermöglicht werden sollten. Dass damit das eigene Lager auf eine materialistische, das heißt im vortheoretischen Sinne vor allem auch eine nicht-moralische Position, eingestimmt wurde, erhöhte die Attraktivität und Plausibilität evolutionistischer Begriffe für die Akteure zudem.

Der oben erwähnte Anspruch, die soziale Frage und die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ‚wissenschaftlich‘ und ‚nüchtern‘, als ‚Denker und nicht als Dichter‘ zu untersuchen, korrespondierte also tatsächlich mit einer gewissen Offenheit für Inhalte und Argumente, die nicht originärer Bestandteil der eigenen Weltanschauung waren – oder dieser gar entgegentanden: „Der Zweifel ist die Mutter der Erkenntnis“ (Kautsky 1880: 30). Kautskys frühe naturkundliche Schriften können so als Indikator für eine Diskursstruktur betrachtet werden, die – ihrem eigenen Selbstbild nach und der omnipräsenten Wissenschaftsemphase geschuldet – eine (wenigstens partielle) Abstraktion von Person und Stellung der Akteure forderte. Die Argumente des politischen Gegners sollten wissenschaftlich ernstgenommen und auch so gekontert werden, ohne damit die politische Konfrontation aufzuweichen. Die politischen Anerkennungslogiken hatten sich damit im Kontrast zum romantischen Antikapitalismus grundlegend gewandelt.

1.1. DISKURSKONTUREN I: WELTANSCHAUUNG, THEORIE, IDEOLOGIE

Das Ziel bei den angedeuteten Versuchen, naturwissenschaftliche Theorie und sozialistisches Denken zusammenzubringen, bestand erklärtermaßen darin, eine *Weltanschauung* zu formen, die die Integration und den Zusammenhang des eigenen Lagers sicherstellen sollte.⁸ Die *Weltanschauung* sollte (möglichst) allen Mitgliedern der eigenen Partei und Bewegung zugänglich sein und diese so als kollektives politisches Handlungsobjekt

⁸ Explizit als *Weltanschauung* beschreibt Holzheuer den Marxismus der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg und das Werk Karl Kautskys, vgl. Holzheuer 1972.

zusammenschließen. Politisch handlungsfähig konnte man den damaligen Überzeugungen zufolge aber nur werden, wenn man die eigene Gesellschaft und besonders ihre Entwicklungsprinzipien erfasst hatte – denn das wurde als die Voraussetzung dafür angesehen, die weitere Entwicklung und zu erwartende zukünftige Ereignisse antizipieren zu können und dabei die Interventionsmöglichkeiten durch die und zu Gunsten der sozialen Bewegung auszuloten. Jede politische Strategie setze daher diesem Ideal zufolge eine theoretisch-wissenschaftliche Erfassung der Verhältnisse voraus. Dem Anspruch nach war *Weltanschauung* damit beides: Sowohl wissenschaftliche *Theorie* und empirische Analyse, die ein präzises und umfassendes Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen sollte als auch gleichzeitig politische *Ideologie*, die (darauf basierend) orientierende und handlungsleitende Ziele und Werte vermittelte. Gerade in der gegenseitigen Bedingung von politischer Normsetzung und wissenschaftlicher Wirklichkeitsbeschreibung sollte sich die *Weltanschauung* als ‚homogen‘ oder ‚einheitlich‘ ausweisen. Die sozialistische Weltanschauung auszuarbeiten war die selbstgestellte Aufgabe der Parteiintellektuellen: Viele versuchten, „Sozialismus als Endziel einer umfassenden, widerspruchlosen Weltanschauung zu definieren“ (Gilcher-Holtey 1986: 18).⁹

Und gerade in der Verbindung dieser Elemente grenzte sich die *Weltanschauung* semantisch von benachbarten Begriffen ab: Von der (wissenschaftlich-gesellschaftsanalytischen) *Theorie* (die sie auch sein wollte), indem sie darüber hinausgehend auch politische und lebensweltliche Orientierungen und Zielvorgaben vermittelte, und von der politischen *Ideologie*, von der sie sich durch den Anspruch der Fundierung in einer objektiven Gesellschaftsanalyse zu unterscheiden trachtete. Christina Morina hat darauf hingewiesen, dass etwa Eduard Bernstein die marxistische Weltanschauung gar nicht zuallererst als Wissenschaft geschätzt habe, sondern wegen ihrer praktischen Tauglichkeit im politischen Kampf. Marx sei hier nicht nur als Theoretiker Vorbild gewesen, sondern sei auch als

⁹ Gilcher-Holtey kommt allerdings zu dem Schluss, dass Kautsky mit seiner theoretischen Arbeit an dieser Aufgabe gescheitert sei.

Organisator der Bewegung verehrt worden, der „emotionalen Halt“ gegeben habe (vgl. Morina 2017: 211).¹⁰

1.2. EVOLUTIONISMUS ALS WELTANSCHAUUNG

Weltanschauung kombinierte somit die sinngenerierende Produktivität naturwissenschaftlicher Kategorien mit der normsetzenden Autorität parteilich-politischer Programmatiken¹¹. Die Idee der *Weltanschauung* war im sozialdemokratischen Diskurs, wie angedeutet, besonders in der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelnden marxistischen Strömung ausgeprägt, die die Ausrichtung der Partei bald bestimmte, aber keineswegs auf diese beschränkt. Dieser Idee entsprach dann auch das Marxismusverständnis der den Diskurs prägenden Akteure. *Marxismus* wurde allgemein als Methode verstanden, „die Welt als Ganzes zu erkennen und zu verstehen“ (Morina 2017: 218). Kautsky, der zunächst Darwinist war und erst danach zum Marxismus konvertierte, schrieb rückblickend, er habe, seit er denken könne „das Bedürfnis nach einer Weltanschauung empfunden“ (Kautsky 1960: 365).

So wie die Idee der *Weltanschauung* wissenschaftliche Theorien und politische Anschauungen kombiniert, ist die Verbreitung des Konzepts in der Sozialdemokratie der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber auch nicht allein dem Marxismus zuzurechnen. Ohne den mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund der omnipräsenten Begeisterung für die mit expansiven Deutungsansprüchen auftretenden Naturwissenschaften im Allgemeinen und besonders des Darwinismus wäre dies nicht denkbar (vgl. Saage 2012: 52). Der Schritt der Übertragung und Anwendung der Darwin'schen Kategorien auf die Gesellschaft wurde freilich nicht erst im sozialdemokratischen Diskurs, sondern bereits von den Popularisatoren des Darwinismus selbst vollzogen. Hierbei ist für den deutschsprachigen Raum vor allem der Name Ernst Haeckels und seines Umfeldes zu nennen, das im *Deutschen Monistenbund*, der im frühen 20. Jahrhundert sehr einflussreich

¹⁰ Bernstein verwendete allerdings auch den Ausdruck „Weltauffassung“, vgl. Morina 2017: 202.

¹¹ Dieser Terminus wird im folgenden Kapitel genauer definiert.

wurde, ebenfalls ganz dezidiert eine einheitliche *Weltanschauung* auf naturwissenschaftlicher Grundlage formulieren wollten.¹² Und so wie bei den Monisten der Darwinismus die übergreifende Lehre darstellte, die als allgemeiner Deutungsschlüssel herangezogen wurde, war auch in der frühen Sozialdemokratie die Weltanschauung vielerorts vorrangig der Grundlage nach ein naturwissenschaftliches Gebilde. Kautsky bestätigte das rückblickend:

Der Darwinismus nahm in den siebziger Jahren die ganze gebildete Welt gefangen. Ich akzeptierte ihn mit Enthusiasmus, und meine Geschichtstheorie wollte nichts anderes sein, als die Anwendung des Darwinismus auf die gesellschaftliche Entwicklung (Kautsky 1930).

Mit den Monisten hatten die sozialdemokratischen Intellektuellen auch die religionskritische Stoßrichtung ihrer Weltanschauung gemein, die allerdings auch in verschobener Form bisweilen als *Religionsersatz* fungieren sollte, wobei wiederum der Darwinismus die Lücken füllte:

Kautsky selbst sprach von einer ‚Gottesidee‘, auf die er nicht verzichten konnte. ‚Es mußte‘, davon war er überzeugt, ‚irgendeine Grundursache allen Seins geben, eine Urkraft, die das ganze Weltgetriebe in Bewegung setzt und regelt‘. Wie eine ‚Offenbarung‘ wirkte in dieser Lebensstimmung auf ihn Darwins Buch ‚Über die Abstammung des Menschen‘, das ihm, als er es 1875 las, eine ganz neue Anschauung der Natur und Gesellschaft erschloß (Gilcher-Holtey 1986: 15).

So scheuten sich sozialdemokratische Vordenker im späten 19. Jahrhundert auch nicht, „sozialistische Glaubensbekenntnisse“ (Bernstein 1891, vgl., auch Morina 2017: 210) aufzustellen, was auch metaphorisch verstanden auf

¹² Zu den wichtigsten Werken, mit denen sich die Monisten an eine breite Leserschicht wenden und dieser eine monistische Weltsicht zugänglich machen wollten, gehört Haeckels Schrift über die *Welträtsel* von 1899. Auch Wilhelm Bölsches Schriften wurden in sehr hoher Auflage gedruckt und wirkten weit in die Arbeiterbewegung hinein, vgl. Haeckel o.J. [ca. 1928], Bölsche 1903.

Diese einflussreichen Schriften erschienen allerdings in einer Zeit, als der Begriff auch in der Arbeiterbewegung längst etabliert war, und auch der *Deutsche Monistenbund* wurde erst in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts gegründet – die entsprechenden Ideen zirkulierten in diesem Umfeld schon früher.

die Vorstellung verweist, dass es eines Ersatzes für die religiösen Dogmen in der Partei und Bewegung bedürfe.¹³

Objektsprachlich, also als Selbstbezeichnung oder gar als Fahnenwort, kam der Begriff *Evolutionismus* im untersuchten Diskurs selten vor (was ihn vom *Marxismus* unterscheidet, auch wo dieser evolutionistisch interpretiert wurde, oder später vom *Demokratischer Sozialismus*, der das gerade nicht mehr sein wollte). *Evolutionismus* beschreibt allgemein eine „Betrachtungsweise“, die

durch vielerlei Momente bestimmt [ist], die nicht alle gleichzeitig vorhanden zu sein brauchen, die jedoch mitunter in dieser und jener Gestalt die Anwendung des Terminus rechtfertigen. So kann der Evolutionismus vom Entwicklungsgedanken der Biologie abhängig gemacht werden. Als Kriterium kann die Meinung herangezogen werden, daß der Mensch ein Teil, wenn auch die ‚Spitze‘ des Tierreichs sei. [...] Oft aber genügte es schon, daß sich Wissenschaftler die Gedanken Darwins aneigneten und diese in den Kulturwissenschaften und der Soziologie zum Tragen brachten, um als ‚Evolutionisten‘ angesehen zu werden (Goll 1972: 81).

Dieser Definitionsvorschlag von Reinhard Goll zeichnet sich dadurch aus, dass er ganz bewusst Unschärfen und Graubereiche vorsieht. Denn zumal der *Evolutionismus* (jedenfalls im sozialdemokratischen Diskursbereich) objektsprachlich kaum vorkommt und sich die Akteure nicht als *Evolutionisten* identifizieren, sind hier kaum scharfe Abgrenzungen zu alternativen Weltanschauungsmodi zu ziehen. Gerade durch diese Vagheit ist der Definitionsansatz (auch und gerade für den sozialdemokratischen Diskurs) gegenstandsadäquat. Dies aufgreifend und fortschreibend lässt sich zum Zwecke der vorliegenden Arbeit Evolutionismus weiter anhand der folgenden Merkmale einkreisen:

¹³ Diese evolutionistische Weltanschauung ließe sich auch in Anlehnung an Ludwik Flecks Terminologie als *Denkstil* verstehen, den Fleck als „gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen“ (Fleck 1980: 130) definiert. Eine derartige Organisierung der Erfahrung leistet die oben beschriebene Weltanschauung zweifellos, und auch eine zentrale Rolle bei der Herstellung von *Wahrheit*, die bei Flecks Denkstilkonzept von zentraler Relevanz ist und die er als singuläre „stilgemäße Auflösung“ (131) bestimmt, zeigt sich hier sehr deutlich.

- (1) durch die Vorstellung, dass naturgeschichtliche und gesellschaftsgeschichtliche Prozesse zwar nicht identisch seien, aber doch nach analogen Prinzipien verlaufen – oder aber, dass die Geschichte menschlicher Gesellschaften ein besonderer Fall der allgemeinen Naturgeschichte sei.
- (2) ist Evolutionismus durch die Grundidee der diachronen Kontinuität bestimmt, dass alle gesellschaftlichen Zustände und Institutionen aus ihnen vorhergehenden Varianten ihrer selbst hervorgehen; ‚evolviere‘. Dabei bleiben die zeitlich gestaffelten Ausprägungen stets miteinander verbunden, so dass eine ältere Form den Schlüssel zum Verständnis der späteren liefern kann, und sie *auseinander* zu verstehen und zu erklären sind – oder dass die gegenwärtige Form Rückschlüsse auf zukünftig zu erwartende Ausprägungen erlaubt.
- (3) geht der Evolutionismus davon aus, dass der geschichtliche Prozess in der Natur wie auch in der Gesellschaft nach bestimmten, wissenschaftlich feststellbaren *Gesetzen* stattfindet.
- (4) gehen die meisten Evolutionisten davon aus, dass diese Gesetze in beiden Domänen nicht identisch sind, sondern entweder völlig disparat bleiben, oder jeweils distinkte Ausprägungen von einheitlichen Grundprinzipien darstellen. Evolutionistische Anschauungen sind daher nicht zwangsläufig (in aktueller Terminologie) als *reduktionistisch* oder *biologistisch* zu betrachten.
- (5) zeigen alle möglichen Spielarten des Evolutionismus die Tendenz zur Objektivierung des historischen Prozesses, weil dieser nicht mehr willentlich von den Menschen gemacht wird (sondern eher durch die Menschen hinter ihrem Rücken gemacht wird).

Verkompliziert wird dieses Bild im Falle des Evolutionismus im Diskurs der Sozialdemokratie, da der so konturierte Evolutionismus eine – dem Ursprung nach – ‚bürgerliche‘ Ideologie darstellte, die sich im 19. Jahrhundert in der Folge des Erfolges des Darwinismus (und des historisch und argumentativ vorhergehenden Malthusianismus) auch im politischen Diskurs ausbreitete, und die theorie- und ideengeschichtlich an den

klassischen viktorianischen Evolutionismus anschloss, wie er vor allem durch Lewis Henry Morgan oder Herbert Spencer geprägt wurde.¹⁴ Die Aneignung des Evolutionismus durch die Sozialdemokraten musste sich also gegen die politische Konkurrenz absichern. Denn oft wurde angenommen, dass *Evolutionismus* mit dem *Sozialismus* im Allgemeinen und der sozialdemokratischen Revolutionserwartung im Besonderen unverträglich seien. Der sozialdemokratische Evolutionismus stand so unter einem besonderen latenten politischen wie wissenschaftlichen Rechtfertigungsdruck, und erforderte spezifische Einpassungen in die eigene *Weltanschauung*.

Im Verlauf der vorliegenden Arbeit wird mangels präziser Alternativen auf den Begriff *Weltanschauung* zur Benennung der damit umrissenen politisch-naturwissenschaftlichen semantischen Struktur nicht verzichtet. Das birgt allerdings potenziell die Gefahr von Missverständnissen, da somit ein objektsprachlicher Begriff auch zur Beschreibung herangezogen wird.

1.3. DISKURSKONTUREN II: AKTEURE

Die Akteure, die im Rahmen der hier verfolgten Fragestellung eine besondere Aufmerksamkeit verdienen, teilten auch ein gemeinsames (evolutionistisches) Weltbild. Mehr noch aber zeichnete sie, insofern die hier untersuchten Diskursstränge und die darin eingebetteten Kommunikationssituationen als Handlungskontexte zu verstehen sind (siehe Kapitel 2), eine gemeinsame Agenda aus.¹⁵ Diese bestand, ganz allgemein gesprochen, darin, in der Partei und in ihrer Programmatik eine bestimmte, evolutionistisch angereicherte Weltanschauung gegen konkurrierende Orientierungen zu installieren. Die Durchsetzung von evolutionistischen Grundanschauungen in der Programmatik vermischte sich institutionell und semantisch mit der Durchsetzung des marxistischen Lagers in der Partei, insofern hier grundsätzliche Übereinstimmungen

¹⁴ Zum klassischen Evolutionismus vgl. Ganzer 1990. Mit anderem, nämlich theoretisch-systematischen Zuschnitt beschäftigen sich auch Stephan Müller und Hendrik Wortmann mit dem auf das Soziale angewendeten Evolutionsgedanken, vgl. Müller 2010, Wortmann 2010.

¹⁵ Als solche wurde die *Erfindung des Marxismus* und seine Installation in der Arbeiterbewegung zuletzt von Christina Morina ausführlich beschrieben, vgl. Morina 2017.

hinsichtlich der *materialistischen* und *wissenschaftlichen* Grundlagen beide Seiten miteinander verbanden. „Bei dem großen Respekt der deutschen Arbeiter vor der Naturwissenschaft war der Marxismus im darwinistischen Gewand besonders rezeptionsfähig“ (Steinberg 1972: 45). Daher kamen evolutionistische und darwinistische Argumentationsmuster in den politischen Publikationen der Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr häufig vor, wofür Bebels Schrift über *Die Frau und den Sozialismus* (ohne Zweifel eines der damals meistgelesenen Werke, vgl. Koth 1993), nur ein besonders bekanntes Beispiel darstellt, in dem darwinistische und evolutionistische Argumentationsweisen stark vertreten sind (vgl. Bebel 1973).¹⁶ Auf der anderen Seite bewegten sich in diesem diskursiven Umfeld auch verschiedene Autoren, deren Fokus eigentlich nicht im politischen Feld, sondern in den naturwissenschaftlichen Spezialdiskursen lag, deren Schriften aber einen teils beträchtlichen Einfluss im sozialdemokratischen Diskurs hatten, und die sich teils auch explizit zur Sozialdemokratie bekannten.¹⁷

Eine Zwischenstellung zwischen naturwissenschaftlicher und politischer Diskursphäre nahm der schon erwähnte sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky¹⁸ ein: Er selbst verstand seinen Beitrag zur marxistischen

¹⁶ Auch Wilhelm Liebknecht hatte sich mit dem Darwinismus beschäftigt (vgl. Steinberg 1972: 47), aber unzählbare weitere Namen wären hier zu erwähnen. Einen theoriegeschichtlichen Überblick über die Rezeption des Darwinismus liefern Mocek 2002, Saage 2012 sowie mit einem Fokus auf eugenische Momente im sozialistischen Diskurs Schwartz 1995, siehe auch unten.

¹⁷ Ludwig Woltmann, Edward Aveling, Wilhelm Bölsche oder Ludwig Büchner wären exemplarisch als Autoren zu nennen, die sich hauptsächlich naturwissenschaftlichen Themen widmeten, und deren Schriften man dann genauer untersuchen müsste.

¹⁸ Obwohl die Wissenschaft Kautsky, angesichts seiner zeitweiligen Wirkung in die Diskurse der internationalen Arbeiterbewegung weit über den deutschsprachigen Raum hinaus, vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt hat, ist sein theoretisches Werk insgesamt recht gut erschlossen (wobei ein Teil der Forschung zu Person und Werk des zeitweiligen „Chefideologen“ der Sozialdemokratie politische Einfärbungen aufweist): Hervorzuheben ist die theorie- und sozialgeschichtlich kenntnisreiche Promotionschrift der Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey, mit der sie sich bei Werner Conze und Klaus von Beyme promovierte, vgl. Gilcher-Holtey 1986. Der der SPD nahestehenden Forschung gilt Kautsky heute oftmals tendenziell als dogmatischer, bisweilen pedantischer Ideologe, auf den ein zeitweiliger autoritärer politisch-programmatischer Irrweg der Partei zurückgehe, vgl. hierzu Steinberg 1991. Arbeiten aus dem Wissenschaftsbetrieb der DDR stehen oft unter dem Lenin’schen

Theorie als „Anwendung der naturwissenschaftlichen Methode auf die Gesellschaft“ (Koth 1993: 216). Bei Kautsky verbinden sich wissenschaftliches Interesse mit parteilicher Bindung und enormem Einfluss auf die verbreiteten Weltanschauungen und die Programmatik.

Die Frage, worin sich darüber hinaus die Relevanz von Kautsky für die Entwicklung der Zukunftsemantik der SPD und seine Stellung als herausragender Theoretiker und Diskursakteur begründet, ist weniger leicht zu beantworten, als es zunächst erscheint. Denn Kautsky kann aus der Perspektive einer Institutionengeschichte der Arbeiterbewegung nicht als ein herausragender *Funktionär* der Sozialdemokratie gelten. Auch wenn er in der Öffentlichkeit seiner Zeit eines der bekannten Gesichter der SPD war und auch parteiintern eine wichtige integrative Rolle einnahm (z.B. zwischen den sich konstituierenden radikalen Linken und reformorientierten Teilen der Partei), so mied er doch das tagesaktuelle politische Geschäft in Parlamenten oder Ausschüssen. Seinem eigenen Bekunden nach war er auch ein ausgesprochen schwacher Redner und trat auch sonst kaum als Agitator in Erscheinung. Rein politisch betrachtet müsste man zu dem Ergebnis kommen, dass er in der Partei, trotz seiner Bekanntheit „an sich eine eher schwache Figur war und weitgehend von August Bebel getragen wurde“ (Steinberg 1989: 589). Kautsky blieb zeit seines Lebens ein ‚Theoretiker ohne Mandat‘.¹⁹

Aus einer theoriegeschichtlichen Perspektive kann die Beschäftigung mit dem Werk Kautskys aber auch nicht einfach mit der herausragenden

Verdikt des „Renegatentums“ des Theoretikers des Marxismus der II. Internationale (Mende 1985), ähnliche politische Einfärbungen zeigen sich bei Beiträgen, die der linken Bewegung der BRD entstammen, wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen (Projekt Klassenanalyse 1976). Theoriegeschichtlich aufschlussreich ist die im Umfeld der Marburger Schule entstandene Studie von Reinhold Hünlich, die sich besonders auf die Revisionismusdebatte(n) des frühen 20. Jahrhunderts konzentriert (Hünlich 1981). Politisch geschätzt wird Kautsky heute, wenn überhaupt, als Vordenker eines demokratischen Sozialismusverständnisses (Salvadori 1982, Mende ca. 1991). Werkbiographisch haben sich Gary P. Steenson und Harald Koth mit Karl Kautsky beschäftigt (Steenson 1978, Koth 1993). Zuletzt widmete sich Christina Morina Kautsky als einem der Protagonisten bei der *Erfindung des Marxismus* (Morina 2017: hier besonders 199 ff). Die umfangreiche Werkbibliographie von Werner Blumenberg verzeichnet fast 1800 Titel, vgl. Blumenberg 1960.

¹⁹ Als welchen ihn die Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey untersucht hat, vgl. Gilcher-Holtey 1986.

theoretischen Qualität seiner Werke begründet werden: Dem bemerkenswert einhelligen Urteil der späteren Forschung zufolge kann er kaum als großer Theoretiker der Arbeiterbewegung gelten. Das Urteil der Kautsky-Rezeption in der Bundesrepublik ist sehr deutlich: So zeichnet sowohl die akademische (ideengeschichtliche) Forschung als auch die politische Kautsky-Rezeption das Bild eines so einflussreichen wie defizitären Theoretikers, dessen evolutionistisches Marxismusverständnis die gesamte II. Internationale prägte. Michael Krätke fasste das gegenwärtige Image und die einstige Wirkung des Parteiintellektuellen treffend zusammen, indem er feststellte, dass dieser heute

ein ‚toter Hund‘ [sei], für die einen das Urbild des stockdogmatischen Marxisten, ein Museumswärter der ‚reinen Lehre‘, für die anderen der Erzvater des Revisionismus und Opportunismus, Häuptling des ‚Vulgärmarxismus‘, ein ‚Verräter‘ und ‚Renegat‘ obendrein. Niemand beruft sich heute in der Linken noch auf ihn. Aber niemand hat die deutsche und die europäische Sozialdemokratie bis zum zweiten Weltkrieg intellektuell so geprägt wie Karl Kautsky (Krätke 2013: 64).²⁰

Der Erfolg und die Relevanz des Akteurs lassen sich dabei also nicht als Parteifunktionär bestimmen, sondern anhand seiner Stellung im Diskurs sowie seines Einflusses auf die sozialdemokratische Weltanschauung seiner Zeit – und dieser wird nicht zuletzt schon dadurch quasi-offiziell dokumentiert, dass sein Entwurf für ein neues Parteiprogramm sich nach

²⁰ Dazu kann, auch wenn Fragen der *Beurteilung* der theoretischen Qualität hier nicht hingehören, die Frage gestellt werden, wie sich das schlechte Image begründet, das Kautsky im späteren Urteil in der Partei und auch der Forschung hat. Wenngleich eine auch nur ansatzweise erschöpfende rezeptionsgeschichtliche Antwort auf diese Frage hier nicht geleistet werden kann und soll, können doch Zweifel angemeldet werden, ob dies wirklich (nur oder hauptsächlich) an einer nachrangigen Qualität der theoretischen Überlegungen liegt. Entscheidend könnte vielmehr sein, dass die von Kautsky mit Nachdruck in der theoretischen Debatte und in den parteiinternen Auseinandersetzungen vertretene ‚zentristisch‘-marxistische Position in der politischen Diskurslandschaft der Bundesrepublik schlicht verschwunden war und von keiner Partei oder Gruppierung daran angeschlossen wurde. Auch heute findet praktisch keine konstruktive politische Bezugnahme auf den von Kautsky (mit-)entwickelten und repräsentierten ‚orthodoxen Marxismus‘ statt. Es handelt sich um eine abgebrochene Strömung ohne Nachfolge. Die Theorien von Kautsky und Umfeld haben so jede Anschlussfähigkeit in späteren politischen Diskursen verloren, vgl. auch Steinberg 1991.

dem Ende der Sozialistengesetze gegen den Vorschlag des Parteivorstandes durchsetzte.²¹ Daher ist – angesichts des allseits anerkannten Einflusses, den der Theoretiker ausgeübt hat – der Mangel an Beachtung bemerkenswert, den die Forschung dem Diskursakteur und Parteitheoretiker gewidmet hat: 1982 stellte der italienische Historiker Massimo L. Salvadori fest, dass Kautsky

als eigenständige Figur von der historischen Forschung in einzigartiger Weise ignoriert worden [ist], ganz im Gegensatz zu den anderen herausragenden Persönlichkeiten in der Geschichte des Marxismus und des Sozialismus. Dies bedeutet indessen nicht, daß man sich mit Kautsky nicht oder nur unzureichend beschäftigt hätte. Doch geschah dies in der Weise, daß er eben in die Geschichte der Arbeiterbewegung mit einbezogen und allenfalls im Zusammenhang mit anderen Größen behandelt wurde, die im Gegensatz zu ihm eine gediegene Tradition historischer Würdigung aufzuweisen haben, wie z.B. Bernstein, Rosa Luxemburg, Mehring, Bebel - von Lenin und Trotzki ganz zu schweigen (Salvadori 1982: 9).

An diesem Befund hat sich bis heute disziplinenübergreifend wenig geändert. Und dennoch kann Karl Kautsky mit seinen Theorien eine starke Repräsentanz für sich behaupten: Denn es steht außer Frage, dass Kautsky ab den 1880er Jahren bis weit ins 20. Jahrhundert die theoretische Ausrichtung und die Programmatik der Partei wie kein zweiter prägt und dominiert. In den Jahren um die Jahrhundertwende gab es in der Sozialdemokratie kaum eine Diskussion, in der Kautsky nicht nur Stellung bezogen, sondern auch eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle gespielt hat: Das Wort Kautskys trat in den parteiinternen Debatten (so z.B.

²¹ Geradezu ein Topos der Kautsky-Rezeption besteht darin, den Marxismus und die Marx-Exegese Kautskys zu tadeln (gerne für dessen ‚naive Fortschrittsgläubigkeit‘ oder ‚platten Biologismus‘) bei gleichzeitiger Inschutznahme des (‚dialektischen‘, ‚philosophisch-reflektierten‘ oder auch nur nicht-darwinistischen) Vorbildes: „Wohl war auch Marx ein echter Sohn seines fortschrittsgläubigen Jahrhunderts, jedoch seine philosophische Anthropologie, auf die sich seine Geschichtsauffassung wesentlich gründet, hat so moderne Züge, daß sie über das Menschenbild der Aufklärung und den vulgären Darwinismus Kautskyscher Prägung weit hinausweist und erst in jüngster Zeit mehr und mehr in den Mittelpunkt einer dem Gegenstand adäquaten Auseinandersetzung gerückt wird“ (Matthias 1957: 153).

in der durch seinen Freund Bernstein losgetretenen Revisionismusdebatte ab 1896) mit der Autorität auf, die offizielle Parteilinie zu repräsentieren: Zeitweise verfügte er, ohne irgendein relevantes Amt oder Mandat innezuhaben, über ein praktisches Deutungsmonopol in theoretischen Fragen in der Partei.

Kautskys zeitweise solitäre Stellung als führender programmatischer Kopf der Partei, der aber völlig auf eine Betätigung im politischen Tagesgeschäft verzichtete, korrespondierte mit einem ausgeprägten Selbstbewusstsein als Theoretiker. Er beanspruchte bereits ab den frühen 1880er Jahren eine bestimmende Rolle in den Programm- und Theoriedebatten und sah seine Rolle als „geistiger Führer der Partei“ (Morina 2017: 218) im deutschsprachigen Raum. Dieses Selbstbewusstsein stützt sich neben dem Vertrauen in die eigene Qualität als gleichrangiger Theoretiker in der Nachfolge der ‚Klassiker‘ stark auf die zeitweilig engen persönlichen Kontakte zu und Zusammenarbeit mit Marx, den Kautsky 1881 zum ersten Mal traf, und besonders Engels in London, der für Kautsky (und für den eng befreundeten Bernstein) zum eigentlichen theoretischen Lehrer wurde. Die enge Zusammenarbeit mit den ‚Londonern‘ verlieh Bernstein und Kautsky im Theoriediskurs der Bewegung eine enorme Autorität, die beide schnell zu nutzen wussten. Die Entscheidung, im Jahr 1884 nach London überzusiedeln, begründete Kautsky seinem Vater gegenüber unter anderem damit, dass er sich (neben Paul Lafargue in Paris und Georgi Plechanow in Genf) bereits als „hervorragendste[n] Vertreter der Marxistischen Schule“ sehe, dass er aber nur so der „naturgemäße Nachfolger von Engels und Marx“ werden könne (Kautsky an seinen Vater Johann, 31.08.1884, zitiert nach Morina 2017: 220). Kautsky gab diesen Anspruch zeitlebens nicht auf, auch wenn die politisch-historischen Umstände nach dem Tode seines engsten Verbündeten Bebel und besonders die Spaltung der Partei 1918 seinen tatsächlichen Einfluss später stark relativierten und er kaum noch im Zentrum der Debatten stand.

Seine Theorien mögen daher im Rückblick als (wissenschaftlich oder politisch) fehlerhaft beurteilt werden, was aus begriffsgeschichtlicher Sicht als weitgehend irrelevant anzusehen ist, aber seine damalige dominante Stellung im sozialdemokratischen Diskurs belegt, dass die Schriften von Kautsky *kommunikativ erfolgreich* waren, was die Texte zu begriffshistorisch relevanten Quellen macht. Sie müssen für viele der Zeitgenossen schlicht

plausibel gewesen sein; sie müssen anschlussfähig gewesen sein an verbreitete Weltansichten, etablierte Deutungsmuster oder politische Interessenlagen. Und genau dies macht Kautsky zu einem begriffsgeschichtlich höchst interessanten Autor in der frühen Arbeiterbewegung, dessen Wirken in den metapolitischen Diskursen des späten Kaiserreiches und der Weimarer Republik *in dieser Hinsicht* bisher noch nicht angemessen untersucht wurde. Gerade dieses Gesamtbild eines ex-post stark kritisierten Theoretikers, der aber eine große diskursive Reichweite in der Arbeiterbewegung entfalten konnte, und bei dem sich evolutionistische und marxistische Theoreme weltanschaulich amalgamieren, macht Kautsky für die vorliegende Arbeit zu einem höchst relevanten Akteur.

1.4. DISKURSKONTUREN III: PARTEIPRESSE UND DIE *NEUE ZEIT*

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich also in der deutschen Sozialdemokratie eine spezifische Geschichts- und Zukunftssemantik, die eine distinkte Lesart marxistischer Gesellschaftstheorie in besonderer Weise mit evolutionistischen, mithin darwinistischen Theoremen zu einer (dem Ideal nach) einheitlichen und umfassenden ‚*Weltanschauung*‘ verband.

Die Entwicklung dieser sozialdemokratischen *Weltanschauung* vollzog sich in einem besonders strukturierten Kommunikations- und Öffentlichkeitsraum, der vor allem durch wirtschaftliche Krisentendenzen sowie das Bismarck’sche Sozialistengesetz geprägt wurde (ausführlicher zu diesem Zusammenhang siehe S. 97 ff). Die daraus resultierenden kommunikativen Zwänge und Motivationslagen spielten eine entscheidende Rolle für die Durchsetzung einer einheitlichen und verbindlichen, sich selbst als *marxistisch* und streng *wissenschaftlich* verstehenden Zukunftssemantik in der jungen SPD, da gerade diese angesichts der verbreiteten Unzufriedenheit in den Arbeitermilieus für viele plausible Deutungsangebote bereitstellte.

Das Sozialistengesetz hatte aber auch besonders auf die schon entwickelte und differenzierte Presselandschaft der Arbeiterbewegung einen nachhaltigen Einfluss. Die Parteipresse und hier besonders die Theoriezeitschriften können als wichtigste Öffentlichkeitsbereiche gelten, in

denen die relevanten Kontroversen ausgetragen wurden, die der oben skizzierten *Weltanschauung* ihre prägnanten Konturen verliehen.

Besonders hervorzuheben ist hierbei die Zeitschrift *Neue Zeit*, mit der das Ziel verfolgt wurde, die Diskussionen in der Sozialdemokratie auf eine ‚wissenschaftliche Grundlage‘ zu stellen, und die sich damit in die oben umrissene kollektive Agenda der marxistischen Akteure einfügte.²² Dabei war die 1883 gegründete Zeitschrift nicht bloßes Werkzeug jener politischen Agenda, sondern entwickelte sich für Parteiintellektuelle, und hier besonders für ihren Leiter Kautsky, zur hauptsächlichen Machtbasis ihres Wirkens, die ihren politischen Einfluss auf die Diskurse und ihre Stellung in der Partei ermöglichte und sicherte. Schnell nach der Gründung blieb der institutionelle Status der Neuen Zeit zwar zunächst fragil, weil sie finanziell lange defizitär blieb (vgl. Schelz-Brandenburg: o.J.), ihr Einfluss auf die Diskurse (auch über die deutsche Sozialdemokratie hinaus) war jedoch enorm und sie entwickelte sich rasch zum einflussreichen Faktor für die Programmatik der Partei:

Die Zeitschrift besaß einen historisch einmaligen Einfluß auf die programmatischen Vorstellungen der sich herausbildenden sozialdemokratischen Organisationen Mittel- und Osteuropas, auf die Bestimmung der Strategie und Taktik des Klassenkampfes der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Wenngleich die ‚Neue Zeit‘ in ihren ‚besten Jahren‘ eine Auflagenhöhe von ‚nur‘ 10000 bis 11000 Exemplaren erreichte, war ihre Wirkung außerordentlich. Zum einen dadurch, daß es die Führer von Parteien und Gewerkschaften, die Abgeordneten und die Theoretiker der Partei und auch die an revolutionären Veränderungen interessierten Intellektuellen [...] waren, die einerseits an Inhalt und der Ausstrahlung durch eigene Publikationen mitwirkten und sich andererseits in ihrem politischen und sozialen Engagement von den durch die Neue Zeit ermittelten Grundüberzeugungen und Strategien leiten ließen. Zum anderen waren es vor allem die Journalisten und Redakteure der Partei- und Gewerkschaftszeitungen, die die ‚Neue Zeit‘ lasen und in den von ihnen betreuten Publikumsorganen entweder Artikel des theoretischen Organs der Sozialdemokratie zum Abdruck brachten oder doch zumindest

²² Für Kautsky diente die Zeitschrift ganz unverhohlen zur „Propagierung und Anwendung des Marxismus“ (Kautsky 1910: VII).

wichtige Aussagen zur Theorie und Praxis des Sozialismus sich zu eigen machten und publizierten (Mende ca. 1991: 14).

Neben dieser „Schlüsselrolle im innerparteilichen Diskurs“ (Gilcher-Holtey 1986: 35) macht es die Publikation im Hinblick auf die hier untersuchten Themenbereiche besonders relevant, dass schon bei der Konzeption der *Neuen Zeit* ihre ‚Wissenschaftlichkeit‘ ganz ausdrücklich darin bestehen sollte, gerade auch *naturwissenschaftliche* Inhalte zu behandeln (vgl. Gilcher-Holtey 1986: 33). Hier wird schon deutlich, dass die Akteure keine strenge Grenze zwischen auf die Gesellschaft angewandter naturwissenschaftlicher Forschung und einem als strenge Gesellschaftswissenschaft verstandenen Marxismus zogen. Im Konzept und in den Inhalten der (frühen) *Neuen Zeit* kommt der spezifische Evolutionismus der Sozialdemokratie daher ganz vorzüglich zum Ausdruck und wird hier auch zugänglich.²³ Besonders in den frühen Jahrgängen der *Neuen Zeit* (als die evolutionistisch-marxistische Synthese noch nicht zu einer festen Gestalt gefunden hatte, die dann erst 1891 das *Erfurter Programm* brachte) findet sich eine Vielzahl von Artikeln (die sich natürlich nicht auf die *Neue Zeit* beschränkten, sondern auch in anderen Zeitschriften und Zeitungen des sozialdemokratischen Pressewesens erschienen), in denen um das Verhältnis von *Darwinismus* und *Sozialismus* intensiv (politisch) gerungen wurde.²⁴

Die Parteipresse der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz lässt sich nach Gilcher-Holtey anhand der beiden Kriterien *legal-illegal* und *offiziell-inoffiziell* in vier Segmente einteilen (vgl. ebd., 25), wobei die *Neue Zeit* nach ihrer Gründung als einzige Publikation offen der Partei zugeordnet werden konnte und somit als *anerkannt* klassifiziert werden kann, und gleichzeitig – durch ihre wissenschaftliche und nicht offen agitatorische Ausrichtung *legal* in Deutschland erscheinen konnte (vgl. ebd., 30). Dass sie als praktisch einzige offizielle Publikation von der Zensur nicht im Erscheinen behindert

²³ In ganz ähnlicher Weise zeigt sich die Verschränkung auch bei der *Internationalen Bibliothek*, die als Buchreihe konzipiert wurde, die als wichtig erachtete Ergebnisse der Wissenschaft einer breiten Leserschicht in der Arbeiterbewegung zugänglich machen sollte, und die ebenfalls besonders naturkundliche Werke brachte. So war schon gleich der erste Band eine Einführung in das Werk Darwins von Edward Aveling, der später durch einen neuen Titel von Sinan Tschulok ersetzt wurde (vgl. Aveling 1887, Tschulok 1912).

²⁴ Für einen der ersten Texte zur Thematik vgl. Kautsky, Karl [„von einem Serben“] 1876.

wurde und von dieser nur tangiert wurde, indem man sich politische Zurückhaltung üben musste, verstärkte ihre Stellung im Diskurs weiter. Engels ging hinsichtlich der Beschränkungen durch die Zensur davon aus, dass die *Neue Zeit* „mehr unter der selbstverursachten Zensur als unter dem Gesetz“ (Engels 1956e: 60) leide.

1.5. KONZEPT UND AUFBAU

Das Ziel der vorliegenden Arbeit besteht somit darin, die evolutionistische Geschichts- und Zukunftssemantik der deutschen Sozialdemokratie begriffsgeschichtlich zu untersuchen. Die evolutionistische Geschichts- und Zukunftssemantik wird hierbei im oben erläuterten Sinne als Weltanschauung betrachtet, die durch Begriffe strukturiert wurde und durch die Analyse derselben zu erschließen ist (wie im folgenden Kapitel noch ausführlich erläutert werden soll). Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass diese Weltanschauung sich in der Programmatik manifestierte und sich auch in den Parteiprogrammen niederschlug und durch diese festgeschrieben wurde (zur Textsorte siehe Kapitel 2.7). Neben den Parteiprogrammen stellen Theoriezeitschriften im untersuchten Rahmen die relevanteste Diskursebene dar, und die daher in den folgenden Kapiteln in gezielt gewählten Ausschnitten untersucht werden. Im Hinblick auf den untersuchten Zeitraum liegt der Fokus auf der Epoche von den 1870er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg, in der der Evolutionismus in der Sozialdemokratie genauere Konturen erhielt, sich im Diskurs als hegemoniale Weltanschauung durchgesetzt wurde und die Programmatik der Partei beherrschte. Dieser Zeitraum entspricht weitgehend der Phase des „klassischen Marxismus“, die Michael Krätke auf die Zeit nach Marx‘ Tod 1883 bis zum Ersten Weltkrieg datiert (vgl. Krätke 1996: 81 ff). Diese Phase kann insofern gleichzeitig auch als die ‚klassische‘ Phase des (linken) *Evolutionismus* als politische Weltanschauung gewertet werden, als dieser hier in spezifischer Form an den Materialismus und Marxismus gekoppelt war, und so die die Zukunftserwartung der Partei konturierte. Nach dieser Phase kann das Zerbrechen dieser Einheit und damit einhergehende fundamentale Umgestaltung des begrifflichen Systems der Programmatik beobachtet werden, was in den Kapiteln 5 und 6 untersucht wird. Es wird sich dort zeigen, dass nicht nur neue Begriffe und ein anderer Gebrauch der etablierten zu verzeichnen ist, sondern auch ein neuer Stellenwert der

30

Begriffe in der Programmatik insgesamt aus diesen Veränderungen der Programmatik resultierte.

Im folgenden Kapitel wird sowohl das hier zugrunde liegende Verständnis von Grundbegriffen (anhand derer der Gegenstand erschlossen werden soll) als auch von Begriffsgeschichte dargestellt, an deren Vorgaben sich die vorliegende Arbeit in methodischer Hinsicht orientiert. Weiterhin wird in diesem Kapitel eine thematische Präzisierung und Orientierung vorgenommen, indem die allgemeinen Konturen der modernen Geschichts- und Zukunftssemantik anhand des Fortschrittsbegriffs umrissen werden, der Reinhart Koselleck zufolge der erste und prägnanteste Ausdruck dieses neuen Bewusstseins war.

Die Untersuchung des Revolutionsbegriffs (Kapitel 3) leistet den Einstieg in die Beschreibung der evolutionistischen Semantiken in der Sozialdemokratie um 1900. Dabei fokussiert sich die Analyse auf zwei klar umrissene Diskursausschnitte, die hier als Handlungs- bzw. Kommunikationssituationen verstanden werden (siehe unten). Ziel dieser dem Prinzip der Exemplarität verschriebenen Vorgehensweise ist es, die Begriffe nicht nur in ihren allgemeinen transsituativen (und lexikalisierten) Eigenschaften zu beschreiben, sondern auch und ganz besonders ihr okkasionelles Funktionieren in den Blick zu bekommen und dieses mit den allgemeinen Begriffseigenschaften in Beziehung setzen zu können (auch das Interesse der Begriffsgeschichte, so wie sie hier verstanden wird, für das Zusammenspiel von allgemeinen Gebrauchskonventionen der Begriffe und ihrer konkreten Verwendung wird unten genauer ausgeführt). Der Revolutionsbegriff fungierte in dieser Zeit als originärer Teil der radikalen marxistischen Terminologie und spielte als solcher auch zentrale Rolle in der semantischen Strukturierung der Zukunftssemantik. Dabei besteht eine semantisch-kommunikative Spannung zum Evolutionsgedanken in der materialistischen Weltanschauung, der auch in ihren Konsequenzen für die politisch-semantische Abgrenzung der verschiedenen politischen Lager nachgegangen wird.

Die evolutionistische Stoßrichtung des materialistischen Denkstils ist nicht so einfach an konkrete Begriffe zu koppeln. *Evolution* taucht objektsprachlich eher selten auf, da dieser Terminus in den entsprechenden diskursiven Kontexten oft stark in die biologisch-naturwissenschaftliche Fachsprache eingebunden blieb. Eher wurde der allgemeinere

Entwicklungsbegriff darwinistisch-evolutionär aufgeladen wurde (vgl. Schmieder 2015 und Wieland 1972 - 1997). Auch die einschlägigen Fachtermini des Darwin'schen Theoriehorizonts tauchen eher selten auf. Als ergiebiger zeigen sich Metaphern, die auch außerhalb der biologischen Domäne die Anschaulichkeit evolutionistischer Elemente herstellen, und die vielfach (in diskursspezifischer Brechung und lebensweltlicher Aufladung) weitreichende Einblicke in die semantischen Grundstrukturen erlauben. Die von Herbert Spencer geprägte und seither ausführlich erforschte Metapher des *Survival of the fittest* gehört dazu (vgl. Schmieder 2014) wie auch die im Diskurs oft aufgegriffene Rede vom *Struggle for existence* und ihre fachlich fragwürdigen Übertragungen und Aneignungen als *Daseinskampf*, die aber oft vorzufinden sind (vgl. z.B. Kautsky 1895). Eine zentrale Stellung hatte dabei auch die Metapher der *Naturnotwendigkeit*, die auch im bekannten *Erfurter Programm* eine wichtige Rolle einnimmt. Der Beitrag des Evolutionismus zur sozialdemokratischen Weltanschauung und ihrer Zukunftssemantik wird daher exemplarisch anhand dieser Metapher im vierten Kapitel untersucht.

Auch der Fortschrittsbegriff war objektsprachlich-ausdrucksseitig in dieser Zeit eher selten anzutreffen; in den Programmen der Sozialdemokratie kam er lange gar nicht vor. Das scheint dem Vorurteil, dass die klassische Programmatik der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichtsdeutung vor allem auf einem ‚naiven‘ Fortschrittsglauben aufsattele, zu widersprechen. Der Fortschrittsbegriff stieg tatsächlich erst nach dem Ausscheiden der Revolutionsemphase, mit der eine Deutung der gegenwärtigen Entwicklung als Verfall einherging, zum zentralen Grundbegriff der Geschichtssemantik der Sozialdemokratie auf. Die damit verbundene Transformation der Programmatik, die schon vor dem *Godesberger Programm* vorbereitet wurde und durch dieses offiziell festgeschrieben wurde, um im Zuge derer der Fortschrittsbegriff in die Lücken der aufgegeben evolutionistischen Semantik einrückte, werden im fünften und sechsten Kapitel untersucht.

Die Arbeit hat damit (obwohl die Grundsatzprogramme seit dem Vereinigungsparteitag in Gotha 1875 und seit der Neugründung der Partei 1945 zusätzlich auch die Wahlprogramme zu Bundestags- und Europawahlen vollständig erfasst und in die Analyse einbezogen, und auch relevante benachbarte Texte wie programmatische Erklärungen, Kommissionsberichte, Thesen- oder Strategiepapiere genauer untersucht

wurden) nicht den Anspruch, die Programmgeschichte der Sozialdemokratie vollständig nachzuzeichnen (vgl. hierzu Münkler 2007a, Dowe und Klotzbach 1984a, Grebing 2000); auch nicht im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschichts- und Zukunftssemantiken. Es sollen vielmehr punktuell die Aspekte genauer betrachtet werden, an denen sich die evolutionistische Struktur der Weltanschauung und Programmatik besonders klar erschließen lässt. Auch ist es nicht das Ziel, die relevanten Theoriendebatten vollständig und in detail nachzuzeichnen, da es hier nicht zuerst um die Rekonstruktion der wissenschaftlichen Terminologien und der theoriegeschichtlichen Abläufe gehen soll (obwohl diese sehr relevant sein können), sondern um die begriffsgeschichtliche Erschließung der semantischen ‚Tiefenstruktur‘ (siehe unten), die bei den einschlägigen Begriffen auch abseits der theoretischen Fixierung vorzufinden ist.

Ausdrücklich ausgespart wird auch der große Themenkomplex der ‚sozialistischen Eugenik‘ (oder in der Sprache der Zeit ‚Rassenhygiene‘), der sich bei theoriegeschichtlichem Fokus aufdrängen würde. Ich betrachte diesen als eigenständigen Diskursstrang (der auch als ausgesprochen gut erforscht gelten kann, siehe unten), den ich hier weitgehend ausklammere, da die Ausstrahlungen dieser Debatten in die allgemeine Weltanschauung und ihre Geschichtsvorstellungen als nicht sehr ausgeprägt zu beurteilen sind. So kommt Saage zu dem Schluss, dass eugenische Einflüsse in der deutschen Sozialdemokratie vor 1933 nie „eine nennenswerte Hegemonie in der politischen Praxis erreichten“ (Saage 2012: 141). Denn die einschlägigen Kategorien griffen (jedenfalls im deutschsprachigen Raum) nur am Rande auf die allgemeine Weltanschauung über (vgl. auch Schwartz 1995: 42). Gleiches gilt für den großen Themenkomplex des (linken) Sozialdarwinismus, der seinerseits andere inhaltliche und methodische Fokussierungen erfordert hätte.

Die Arbeit möchte einen Beitrag leisten zur allgemeinen begriffsgeschichtlichen Erforschung der semantischen Transfers und begrifflichen Umschreibungen zwischen wissenschaftlichen Fachdiskursen und politisch-sozialer Sprache. Dabei liegt der Fokus nicht auf den wissenschafts- bzw. theoriegeschichtlich zu konstatierenden kategorialen Verschiebungen und Umschreibungen, sondern primär auf den kommunikativ-politischen Potenzialen, die wissenschaftliche Begriffe in der politischen Sphäre entfalten.

Die Arbeit schließt damit in mehrfacher Hinsicht an bestehende Forschungsergebnisse an: Zunächst sind hier natürlich die Beiträge zum Evolutionismus in der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie hier von höchster Relevanz: Zu nennen sind hier vor allem die Studien von Richard Saage (Saage 2012), Reinhard Mocek (Mocek 2002), Michael Schwartz (Schwartz 1994, 1995), Terence Ball (Ball 1979) oder Kurt Bayertz (Bayertz 1982), die die Rezeption des Darwinismus in der Arbeiterbewegung ausführlich ideen- und theoriegeschichtlich rekonstruiert haben. Moceks Studie sticht dabei besonders hervor, fokussiert sich aber auf die Debatten in den (quasi-)wissenschaftlichen Spezialdiskursen und stellt dabei die Verbindung zur zeitgenössischen Programmatik und zur allgemeinen Weltanschauung nur am Rande her. Ähnliches gilt für Saages Rekonstruktion der Darwin-Rezeption im sozialdemokratischen Diskurs, die sich auch hauptsächlich auf Beiträge aus der *Neuen Zeit* stützt. Auch wenn er dabei unter anderem zu dem Ergebnis kommt, dass der Darwinismus von einigen Akteuren „als naturwissenschaftliche Fundierung des Fortschrittsgedankens“ (Saage 2012: 37) instrumentalisiert wurde, beschäftigt sich der Text nicht systematisch mit der Verschränkung des Evolutionismus mit der *Geschichtsauffassung* und Zukunftserwartung. Schwarzer konzentriert sich auf die verschiedenen Varianten einer sozialistischen Eugenik.

Neben diesen thematischen Schwerpunktsetzungen haben die Texte die Gemeinsamkeit, dass sie den Gegenstand (in einem weiten Sinne) ideen- bzw. theoriegeschichtlich rekonstruieren. Saage versteht seine Studie zwar ausdrücklich als Diskursanalyse, folgt deren methodischen Konventionen aber nur sehr lose, und übernimmt die mit der üblicherweise (bei den meisten Spielarten der Diskursanalyse) zugrundegelegten theoretischen Perspektiven und einhergehenden Analyseziele letztlich kaum.

Aus dem Bereich der Historischen Semantik ist die diskursgeschichtliche Studie von David Römer erwähnenswert, die sich im Rahmen der Geschichte von Wirtschaftskrisen zwar auch mit temporalen Semantiken beschäftigt, aber die allgemeine Medienöffentlichkeit untersucht und sich beginnend mit der ‚Ölkrise‘ dem Zeitraum ab den 1970er Jahren widmet. Relevant sind die schon erwähnten begriffsgeschichtlichen Untersuchungen der temporalen Semantik und ihrer Strukturveränderungen im Zuge der Herausbildung der Moderne, da diese den allgemeineren Horizont dessen

thematisieren, was sich in den sozialdemokratischen Diskursen spezifisch konkretisiert. Hierbei bleiben bis heute die Arbeiten von Reinhart Koselleck der zentrale Orientierungspunkt. Diese allgemeinen Ausführungen zur Theorie historischer Zeiten werden im Kapitel 2.9 vorgestellt. Neben diesen inzwischen in der Begriffsgeschichte kanonisierten Untersuchungen, die sich an den ‚großen‘ Erwartungs- und Zielbegriffen orientierten (wobei, jedenfalls bei Koselleck, der Fortschrittsbegriff im Zentrum stand), greift die vorliegende Arbeit auch auf die Erforschung der Geschichte der Zukunft zurück, wobei in der deutschsprachigen Literatur besonders Lucian Hölschers *Entdeckung der Zukunft* (Hölscher 1999) als Standardwerk gelten kann. Zuletzt widmete sich Joachim Radkau den Konjunkturen der verschiedenen Zukünfte, die in Deutschland nach 1945 entworfen wurden (Radkau 2018).

2. BEGRIFFSGESCHICHTE ALS THEORIE UND METHODE DER HISTORISCHEN SEMANTIK

Im Folgenden wird es darum gehen, die evolutionistische Zukunftssemantik der Arbeiterbewegung aus *begriffsgeschichtlicher* Sicht zu untersuchen. In der gegenwärtigen Sprachwissenschaft werden begriffsgeschichtliche Konzepte und Methoden selten verwendet. Bei den sprachwissenschaftlichen Beiträgen zur Historischen Semantik²⁵ ist die Diskursanalyse und -geschichte (im Anschluss an Michel Foucaults Diskurstheorie) das dominante Paradigma. Dabei war die Sprachwissenschaft an den Theorie- und Methodendiskussionen zur Erneuerung des begriffsgeschichtlichen Ansatzes intensiv beteiligt.²⁶ Und anders herum stellte die Auseinandersetzung mit der Begriffsgeschichte und ihren Methoden einen wichtigen Ausgangspunkt für die Herausbildung verschiedener Spielarten der (linguistischen) Diskursanalyse als sprachwissenschaftlichen Beitrag zur Historischen Semantik dar.²⁷ Eine (nach dem Ende der großen

²⁵ Als *Historische Semantik* wird üblicherweise eine „undogmatische Sammelbezeichnung für die Erforschung semantischer Veränderungsprozesse“ (Kollmeier 2012) bezeichnet, die sich nicht nur für isolierte sprachliche Einheiten, sondern in einem umfassenderen Sinn für gesellschaftliche Dimension historischer Sprachtätigkeit interessiert (wobei dann Begriffs- und Diskursgeschichte als verschiedene Paradigmen der *Historischen Semantik* erscheinen). In diesem Sinne kann der Terminus als „interdisziplinär etabliert“ (Kollmeier 2012) gelten. *Historische Semantik* ist dabei der Eigenname für dieses weitverzweigte Forschungsprogramm. Davon unterschieden werden muss die sprachwissenschaftliche Disziplin, die sich aus lexikalischer Perspektive mit dem Bedeutungswandel beschäftigt, vgl. Fritz 2005, Fritz 2006. Eine eindeutige Zuordnung wird im Folgenden durch die unterschiedliche Groß- und Kleinschreibung sichergestellt.

²⁶ Was schon durch das umfangreiche Kapitel zur Sprachwissenschaft im Kompendium der Begriffsgeschichte von Ernst Müller und Falko Schmieder belegt wird, vgl. Müller und Schmieder 2016: 402 ff.

²⁷ Das einschlägigste Beispiel hierfür ist Busse 1987, der nicht nur eine umfassende Kritik der Koselleck'schen Konzeption für das begriffsgeschichtliche Großprojekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe* liefert, sondern auch auf dieser Grundlage einen eigenständigen theoretischen Entwurf vorlegt, der sich am späten Wittgenstein der *Philosophischen Untersuchungen* und Michel Foucaults Diskurstheorie orientiert. Vgl. auch Busse 2013.

Interessanterweise war Busses Text nicht nur für die linguistische Diskursanalyse einflussreich, sondern spielte auch eine Rolle bei der Umorientierung von Koselleck und

Wörterbuchprojekte unerwartete) Konjunktur verschiedener Varianten der Begriffsgeschichte lässt sich jedoch in der jüngeren Vergangenheit auch im transnationalen Rahmen in anderen Disziplinen klar beobachten (vgl. Müller 2011).

Die Vorgaben, die insbesondere von Reinhart Koselleck für die Erforschung der politisch-sozialen Grundbegriffe gemacht wurden, stehen bis heute im Zentrum der Debatte. Im Folgenden sollen die für diese Untersuchung relevanten Kernelemente dieses Ansatzes vorgestellt werden. Darüber hinaus gehe ich von einem Verständnis von Grundbegriffen (und Begriffsgeschichte) aus, das Begriffe weniger als eigenständige und lexikalisch-abgeschlossene Sinneinheiten versteht, sondern vielmehr die Funktion und ‚Bedeutung‘ von Begriffen als Einheiten politischer und gesellschaftlicher Kommunikation versteht, so dass auch sprachpragmatische und kommunikationswissenschaftliche Kritik und Ergänzungen am Programm der politisch-sozialen Begriffsgeschichte erläutert werden. Im Anschluss daran werden die konkreten Kriterien erläutert, die zur Generierung des hier zugrundegelegten Untersuchungskorpus verwendet wurden.

2.1. WAS IST EIN GRUNDBEGRIFF?

Die Beschäftigung mit einer theoretisch validen Bestimmung von ‚Grundbegriffen‘ begleitet die Diskussion um die Begriffsgeschichte der politisch-sozialen Sprache praktisch von Anfang an. Insbesondere die von Reinhart Koselleck ausgeführte, aus Diskussionen im von Werner Conze initiierten *Arbeitskreis für Sozialgeschichte* hervorgegangene Konzeption einer Begriffsgeschichte für das Großprojekt des Wörterbuchs der *Geschichtlichen Grundbegriffe* stand hier im Zentrum. Kosellecks Charakterisierung von Grundbegriffen in der stark rezipierten programmatischen Einleitung zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen* von 1972 übt sich hinsichtlich der theoretischen Ausgestaltung in Bescheidenheit, worauf in der Folge oft

seinem Umfeld hin auf die Erforschung der „sprachlichen Konstitution von Wirklichkeiten“ (Steinmetz 2008: 186, vgl. auch dort Anm. 37).

hingewiesen wurde (vgl. Müller und Schmieder 2016: 296 ff, zur dezidiert sprachwissenschaftlichen Kritik siehe unten). Auf eine sprachwissenschaftlich-semiotisch valide Fundierung von Grundbegriffen wird in der Konzeption der *Geschichtlichen Grundbegriffe* jedoch bewusst und auch ganz explizit verzichtet: „Die Unterscheidung zwischen Wort und Begriff ist im vorliegenden Lexikon pragmatisch getroffen worden. Es wird darauf verzichtet, das sprachwissenschaftliche Dreieck von Wortkörper (Bezeichnung) – Bedeutung (Begriff) – Sache in seinen verschiedenen Varianten für unsere Untersuchung zu verwenden“ (Koselleck 1972 - 1997: XXII). Völlig klar ist jedenfalls, dass die Begriffe der Begriffsgeschichte im Sinne Kosellecks etwas anderes sind als das, was in anderen Disziplinen und auch besonders der Sprachwissenschaft als ‚Begriff‘ diskutiert wird. Kosellecks Beschreibungen von (Grund-)Begriffen sind weniger systematisch als vielmehr ‚pragmatisch‘ (im alltagssprachlichen Sinne) orientiert: Begriffsgeschichte befasse sich mit „Leitbegriffen der geschichtlichen Bewegung, [...] von deren Tragweite und durch deren Anwendung Strukturen und große Ereigniszusammenhänge erschlossen werden können“ (Koselleck 1972 - 1997: XII f). So vage diese oft zitierte Charakterisierung bleibt, so klar ist, dass sich das Interesse hier gerade nicht auf Begriffe als rein sprachliche Entitäten richtet, auch wenn betont werden muss, dass der Gebrauch von Begriffen in Texten die einzige materielle Grundlage jeder Begriffsgeschichte bleibt.²⁸ Das Interesse an der Untersuchung der Geschichte von (Grund-)Begriffen richtet sich dabei allerdings vielmehr z.B. auf historische Ideen und Ideale, (politische) Programme, oder ganz allgemein gesprochen auf Selbst- und Weltdeutungen, die sich in Begriffen formieren und / oder an diesen erkennbar werden:

²⁸ Gumbrecht schlägt im Anschluss an die wissenssoziologische Terminologie vor, dass als Text die „Aufzeichnungen des Vollzugs von Sprachhandlungen“ verstanden werden sollten, und „nicht die Sprachhandlungen selbst“ (Gumbrecht 1978: 27). Auf die Konsequenzen einer sprachpragmatischen Sicht auf das Verständnis von Grundbegriffen wird unten weiter eingegangen. Hier kann weiter bereits vorweggenommen werden, dass auch Gumbrecht davon ausgeht, dass Texte es ermöglichen, „eine (notwendig unvollständige) Rekonstruktion des Sprachhandlungsvollzugs“ vorzunehmen – trotz einer unvermeidlichen systematischen „Defizienz“ bei der „Auswertung von Rezeptionsbelegen“ (Gumbrecht 1978: 27).

Begriffe [...] bieten mehr als bloße Wortbedeutungen; sie schließen viele einzelne Bedeutungen [...] zusammen, aggregieren sie höher, oder sie zielen auf philosophische Systeme, politische Formationen, geschichtliche Lagen, religiöse Dogmen, ökonomische Strukturen, gesellschaftliche Gliederungen, u.a. Sobald derartige Begriffe unersetzbar und unaustauschbar sind, werden sie zu Grundbegriffen, ohne die keine politische und keine Sprachgemeinschaft auskommt. Zugleich werden sie umstritten, weil verschiedene Sprecher ein Deutungsmonopol durchsetzen wollen (Koselleck 2006g: 99).

Das Kriterium zur Abgrenzung von *Begriff* und *Grundbegriff*, das Koselleck hier anbietet, ist intuitiv plausibel und theoretisch unbefriedigend zugleich: Die Frage, wann und ob ein Begriff schließlich ‚unersetzbar und unaustauschbar‘ wird, ist kaum allgemein-verbindlich zu beantworten, sondern bleibt vielmehr in der Hand des jeweiligen Interpreten. Mehr noch: Es bleibt hierbei auch weitgehend ungeklärt, wie der Bezugsrahmen bemessen ist, für den eine ‚Unersetzbarkeit‘ oder ‚Unaustauschbarkeit‘ festgestellt werden soll – denn diese ist (besonders im Bereich der politisch-sozialen Sprache, um die es ja geht) allzu oft in höchstem Maße *diskursgebunden*.²⁹

Noch problematischer, weil sprachtheoretisch relevanter, ist die von Koselleck vorgeschlagene Abgrenzung von *Begriff* und *Wort*: Kosellecks Formulierungen in der Einleitung zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen* legen es nahe, dass sich Begriff und Wort gerade nicht kategorial voneinander

²⁹ Dieses Problem stellt sich allerdings in der Historischen Semantik generell. Koselleck hat dazu selbst Stellung bezogen und seinen Zugriff verteidigt, wozu er diese Frage mit Blicken durch die Linse einer Kamera verglichen hat, wobei der Ausschnitt ebenfalls eng oder weit gewählt werden kann, vgl. unten. Bis in die Metaphorik hinein ähnlich wird das Problem der Grenzziehung auch im Kontext der (linguistischen) Diskursanalyse diskutiert, wo z.B. Fritz Hermanns den Diskurs mit einem „Zoom“ verglichen hat, „geeignet größte wie auch kleinste Mengen, Obermengen oder Untermengen, von thematisch-dialogisch-intertextuell verknüpften Texten zu bezeichnen“ (Hermanns 1995: 91).

Auf die Schwierigkeiten der Abgrenzung von Begriff und Grundbegriff hatte bereits der Philosophiehistoriker Rolf P. Horstmann hingewiesen, der zu dem Ergebnis kam, dass sich kein systematischer Unterschied finden lasse, wenn man nicht einräume, „(1) daß bei der Festsetzung von Grundbegriffen ein stark konventionistisches Element eine Rolle spielt, und (2) daß man Grundbegriffe [...] als interpretierte Zeichen versteht, die im Rahmen einer Theorie eine bestimmte Position einnehmen“ (Horstmann 1979: 41).

unterscheiden (so wie es das abgelehnte ‚sprachwissenschaftliche Dreieck‘ bedingen würde, so dass das Wort als sprachliche Ausdrucksseite von Begriffen, verstanden als Konzepte auf kognitiver Ebene, erscheinen würde), sondern dass Begriffe vielmehr als eine besondere Gruppe von Wörtern vorgestellt werden³⁰: „Ein Wort kann eindeutig werden, weil es mehrdeutig ist. Ein Begriff dagegen muß vieldeutig bleiben, um Begriff sein zu können“ (Koselleck 1972 - 1997: XXII). Diese Aussage könnte wohl so reformuliert werden, dass ‚normale‘ Wörter trotz ihrer lexikalischen Polysemie in der konkreten Verwendung³¹ (gewissermaßen im Bereich der Saussure’schen *parole*) eindeutig werden, indem sie ko- und kontextuell angereichert werden, während die ‚Begriffe‘ auch hier denotativ unscharf und ambig bleiben, und diese Unschärfe gar ein typisches Charakteristikum ihrer Gebrauchskonventionen darstellt. Wenn sich der Status eines Ausdrucks als Grundbegriff also gerade darin zeigt, dass er ‚unersetzbar und unaustauschbar‘ ist, dann sind es ganz offensichtlich *nicht* lexikalisch-semanticische Eigenschaften, die dies bedingen, sondern die Rolle, die der Begriff in gesellschaftlicher Kommunikation zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt spielt.

Im Einklang dazu stellen Ernst Müller und Falko Schmieder in ihrem *Kritischen Kompendium* der Begriffsgeschichte heraus, dass bei Koselleck der Begriff „als Hyponym zu ‚Wort‘“ gefasst wird, wobei „der Begriff [...] dann nichts anderes als ein Wort besonderer historischer Bedeutung [ist]“ (Müller und Schmieder 2016: 297). *Begriffe* und auch *Grundbegriffe* sind damit, wie bereits erwähnt, auf (sprach-)theoretischer Ebene von einfachen Wörtern kaum zu unterscheiden. Sie sind nicht mehr als eine besondere Auswahl von Wörtern, die durch ihre herausgehobene Stellung in vergangener

³⁰ So behauptet Koselleck, dass sich „die meisten Wörter der gesellschaftlich-politischen Terminologie definitorisch von solchen Wörtern unterscheiden lassen, die wir hier ‚Begriffe‘, geschichtliche Grundbegriffe nennen“ (Koselleck 1972 - 1997: XXII).

³¹ Ich orientiere mich hier an der Terminologie, wie sie in der historischen Semantik etabliert ist: Dabei bezeichnet (insbesondere im Rahmen einer handlungstheoretischen Semantik bzw. der Gebrauchstheorie der Bedeutung) *Gebrauch* das gesamte Handlungspotenzial eines Ausdrucks und die generellen Verwendungsmöglichkeiten (oder anders gesagt: die usuelle Seite der Bedeutung eines Ausdrucks), während mit *Verwendung* die konkrete, individuelle Sprachhandlung als singuläres Ereignis benannt wird. Beide Begriffe stehen somit im Verhältnis von *Regel* zu ihrer *Anwendung*, vgl. Fritz 2005: 5-16, hier besonders 6, Fritz 2006: 11 ff.

gesellschaftlicher Kommunikation eine besondere historische Relevanz erhalten haben; etwa indem sie die gegenseitige Abgrenzung von politischen und sozialen Gruppen konturieren³² oder Hoffnungen und Wünsche von Sprechergruppen prägen, und somit (vermittelt) handlungsleitend werden.³³

Durch die mit dieser Bestimmung implizierte enge Verbindung jedes (Grund-)Begriffs mit seinem Begriffswort entsteht eine gewisse Spannung zu dem oben genannten Forschungsinteresse der Begriffsgeschichte, das sich ja gerade nicht primär auf Begriffe als (reine) sprachliche Zeichen, sondern, mit den Worten des Sprachwissenschaftlers Dietrich Busse, auf Begriffe als „epistemische Größen, die nicht an einzelne Wörter und Wortbedeutungen gebunden sind, auch wenn sie mit Leitvokabeln benannt und identifiziert werden können“ (Busse 2003: 22) richtet. Denn die damit postulierte *Tiefensemantik*³⁴ der Grundbegriffe lässt sich an vielen Stellen auch

³² Koselleck hat diesen Aspekt in mehreren Studien zum Gegenstand gemacht, wobei besonders seine Analyse der ‚asymmetrischen Gegenbegriffe‘ zu beachten ist, die direkt an die Freund-Feind-Unterscheidung von Carl Schmitt anschließt; vgl. Koselleck 1989b, Müller und Schmieder 2016: 316 ff. Auch sein Versuch einer Systematisierung der begrifflich konstituierten *Feindschaft* ist hier einschlägig, vgl. Koselleck 2006c.

³³ Wodurch sie überhaupt erst zu ‚Faktoren‘ des geschichtlichen Wandels werden können, siehe unten.

³⁴ Der Begriff *Tiefensemantik* wird häufiger verwendet, um eine Bedeutungsanalyse zu benennen, die sich gegen die lexikalischen Verengungen und ‚reduktionistische‘ Einengungen widersetzt, ohne dabei eindeutig terminologisiert zu sein. Rolf Reichardt verwendet ihn, um sein Projekt einer stärker sozialgeschichtlich ausgerichteten Begriffsgeschichte, die sich primär auf Quellen der Alltagssprache stützt, gegen Kosellecks Entwurf abzugrenzen, vgl. Reichardt 1985, Müller und Schmieder 2016: 379 f. Ganz ähnlich wurde der Terminus von Dietrich Busse häufiger in die Debatte verwendet, vgl. Busse 1987, Busse und Teubert 1994, Busse 2008, Busse 2013. Anzutreffen ist auch der Terminus ‚reiche‘ Semantik, die sich dadurch auszeichnet, dass sie die „methodologischen Grenzen einer isolierten Betrachtung von Einzelwortbedeutungen und einer reduktionistischen Komponentensemantik überschreiten sollte, und die deshalb programmatisch und theoretisch gegen die linguistisch-semantischen Hauptströmungen formuliert werden und sich durchsetzen musste“ (Busse 2003: 18). Auch der Sprachwissenschaftler Andreas Gardt spricht im Bezug auf die Diskursanalyse von einer „reiche[n] Semantik“, die „immer auch eine pragmatisch verstandene Semantik, eine des Handelns ist, also ganz selbstverständlich davon ausgeht, dass mit Texten immer etwas erreicht werden soll, sich daher weniger statisch als dynamisch begreift [...]“ (Gardt 2012: 33). Obwohl sie also zum Teil in sehr unterschiedlichen Kontexten auftauchen, besteht die Gemeinsamkeit des Gebrauchs der Begriffe *Tiefensemantik* und *reiche Semantik* darin, dass sie den Fokus darauf lenken, dass das traditionelle lexikalisch-

dann in Texten nachweisen, wenn das entsprechende Begriffswort nicht vorkommt. Das Vorkommen oder Ausbleiben eines bestimmten Ausdrucks in einem Text kann daher in den meisten Fällen kein ausreichendes Kriterium für die Korpusgenerierung sein. Vielmehr ist aus diesem Grund üblicherweise bereits eine qualitative Beschäftigung mit den möglichen Korpusfragmenten erforderlich, um die konkrete Auswahl treffen zu können.

Dem für Kosellecks Ansatz distinkten Anspruch, mit Begriffsgeschichte „ein Forschungsgebiet“ zu bearbeiten, „das die soziale und politische Sprache, speziell ihre Terminologie, zugleich als Faktoren und Indikatoren geschichtlicher Bewegung betrachtet“ (Koselleck 1972 - 1997: XIV), ist viel Beachtung geschenkt worden. Und tatsächlich ist die Formel, Grundbegriffe als *Indikatoren und Faktoren des geschichtlichen Wandels* zu untersuchen, als eine der wichtigsten Leitideen des Konzeptes der Begriffsgeschichte Koselleck'scher Prägung anzusehen. In einem späteren Gespräch mit dem Historiker Christoph Dipper aus dem Jahr 1996 bezeichnet Koselleck retrospektiv die im *Arbeitskreis für Sozialgeschichte* diskutierten Planungen zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen* als „Konzept, die Begriffe als Indikatoren und als Faktoren der sozialen und politischen Sprache ernstzunehmen“ (Koselleck und Dipper 1998: 188). Mit dieser Auffassung des geschichtlichen Wandels tritt die Begriffsgeschichte der *Geschichtlichen Grundbegriffe* für eine Sprachauffassung ein, die (politisch-soziale) Begriffe als in höchstem Maße durch die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Umstände der Sprecher geprägte Entitäten ansieht, und die daher auch „Hinweischarakter für die sozialen Phänomene und deren Veränderung“ (ebd.) besitzen. Gleichzeitig legt Kosellecks Konzeption den Fokus darauf, dass Begriffe die politisch-sozialen (und „außersprachlichen“) Entitäten, die durch sie erst rekonstruierbar werden, selbst aktiv mit hervorbringen. Sprache wird, im Unterschied zu vorhergehenden Paradigmen der historischen Semantik, nicht als passiv-abbildendes oder ‚widerspiegelndes‘ Medium verstanden. Die Faktorseite der Grundbegriffe verweist in Kosellecks Konzeption auf die ‚bewusstseinskonstitutive‘ Funktion der Sprache. Indem Grundbegriffen in diesem Sinne eine hohe Relevanz als

sprachwissenschaftliche Bedeutungsverständnis, das sich für soziale und kulturelle Aspekte des Sprachgebrauchs nur wenig interessierte, nur einen recht geringen Teil dessen erfassen konnte, was im Kontext der (wie auch immer genauer präzisierten) *Historischen Semantik* als Bedeutung anvisiert wird.

aktive „Faktoren der Bewußtseinsveränderung“ (ebd.) zugeschrieben wird und sie so (vermittelt) als handlungsleitend angesehen werden, versteht Koselleck die Begriffe selbst als aktive Momente ‚geschichtlicher Bewegung‘. Für diese Hervorhebung der geschichtsgestaltenden Kraft der Begriffe dürften zunächst vor allem die ‚großen‘ Ziel- und Bewegungsbegriffe³⁵ (wie *Sozialismus*, *Demokratie*, *Fortschritt* oder *Geschichte*) Pate gestanden haben, deren Kernbedeutung gerade in der Benennung zukünftiger (zu realisierender oder abzuwendender) Ereignisse oder Zustände besteht und die damit ein „Erwartungspotenzial freisetzen, das die Vorstellungen und Handlungen der Menschen bestimmte“ (Steinmetz 2008: 185). Koselleck geht aber darüber hinaus davon aus, dass geschichtlicher Faktor zu sein eine Qualität ist, die (wenn auch vermittelt) Grundbegriffen generell zukommt. Hierbei sind seine Überlegungen zur Verzeitlichung der Begriffe im Rahmen seiner ‚Sattelzeithypothese‘ relevant.³⁶

Tatsächlich zeigt die begriffsgeschichtliche Praxis (auch der *Geschichtlichen Grundbegriffe*) häufig, dass der Anspruch, Begriffe in ihrer sozialen, politischen und kulturellen Einbettung zu erschließen und die Wechselwirkungen begriffsgeschichtlicher und sachgeschichtlicher Prozesse

³⁵ Koselleck geht davon aus, „daß die Bedeutung von Begriffen vergangene Erfahrung, gegenwärtige Realität und Erwartungen für die Zukunft in verschiedener Mischung enthalten kann“ (Koselleck 2006: 92).

Begriffe, deren Gebrauch im Zuge der neuzeitlichen *Verzeitlichung* „völlig aus dem Kontext gegenwärtiger Erfahrungen“ abgelöst wird und die Zukunftserwartungen formulieren, nennt er (reine) „Erwartungsbegriffe“. Besonders charakteristisch ist dies für die neuzeitlichen Kollektivsingulare, z.B. wenn aus (erfahrenen) Fortschritten der *Fortschritt* abstrahiert wird, vgl. Koselleck 2006a: 68. In ganz ähnlicher Weise spricht Koselleck auch oft von *Bewegungsbegriffen*. Vgl. zu diesem Terminus auch Fisch 2013.

³⁶ Vgl. Koselleck 1972 - 1997: XVI f., Koselleck 2006b, siehe auch unten. Auch Dietrich Busse geht davon aus, dass besonders die Analyse der Faktorseite der Begriffe der eigentliche Kern von Kosellecks Planungen zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen* gewesen sei: „Koselleck ging und geht es, wie ich glaube, um nicht mehr und nicht weniger als um ein Panoptikum, eine Typologie von Begriffen als Movers, als Agenten des historischen Prozesses. Seine Version der Begriffsgeschichte ist darum in vollem, bestem Sinne historisch und historiographisch, weil sie Begriffe quasi als Individuen, als Antriebskräfte im historischen Prozess analysieren will“ (Busse 2003: 22).

aufzuzeigen, in vielen Fällen kaum eingelöst werden kann,³⁷ und gegen die programmatischen Vorgaben Theoriegeschichte der philosophischen Reflexion betrieben wurde. Konkrete methodische oder methodologische Vorgaben, die hier hilfreich sein könnten, bleiben Koselleck et al. weitgehend schuldig. Dazu kommt, dass Koselleck die von ihm konzipierte Begriffsgeschichte der sozialen und politischen Sprache eng mit der (in der Zeit der Konzeption der *Geschichtlichen Grundbegriffe* höchst populären) Sozialgeschichte verzahnen wollte.³⁸ Dagegen wurde von Reichardt und anderen eingewendet, „daß sich die sozialhistorische Relevanz der Begriffsgeschichte mit dem sachgeschichtlichen Verweischarakter von Begriffen theoretisch nicht überzeugend begründen läßt, weil etwa die sozioökonomischen Wechsellagen gesellschaftlicher Schichten aus kollektiven Quellen wie Notariatsakten unmittelbarer und exakter zu erschließen sind als aus sprachlichen Bezeichnungen wie *Bourgeois* oder *Kapitalist*.“ (Reichardt 1985: 63, zitiert nach Müller und Schmieder 2016: 379). Dass die „Konvergenz von Begriff und Geschichte“ (Koselleck 1972 - 1997: XXIII)³⁹ das eigentliche Thema begriffsgeschichtlicher Forschung

³⁷ Im Hinblick auf die *Geschichtlichen Grundbegriffe* siehe unten die Kritik von Dietrich Busse, vgl. Anm.50.

³⁸ Vgl. Koselleck 1972, Koselleck 2006 f. Hierbei darf nicht übersehen werden, dass Koselleck mit seiner Orientierung an der Sozialgeschichte keineswegs einfach zeitgenössischen Moden des akademischen Diskurses gefolgt ist, sondern an Forschungstraditionen anschließt, die sich vor allem mit den Namen der Mitherausgeber der *Geschichtlichen Grundbegriffe* verbinden. Sowohl Brunner als auch Conze versuchten in der frühen Bundesrepublik, frühere struktur- oder ‚volksgeschichtliche‘ Ansätze mit begriffsgeschichtlichen Methoden zu kombinieren. Vgl. Müller und Schmieder 2016: 274 f. Eine spätere Arbeit, die sich mit der Semantik der (frühen) deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt und in der diese Richtung noch deutlich zu erkennen ist, stellt die von Conze und Dieter Groh verfasste Studie zur nationalen Frage in der Arbeiterbewegung dar, vgl. Conze und Groh 1966. Hier wird auch deutlich, dass nicht nur Kosellecks ‚Sattelzeit-Hypothese‘ von seinen Mitherausgebern vorbereitet wurde (vgl. Müller und Schmieder 2016: 276), sondern auch das Kriterium der *Verzeitlichung*, das in Kosellecks heuristischem Rahmen für die neuzeitlichen Grundbegriffe eine Schlüsselrolle einnimmt, hier Pate stand, auch wenn der Terminus ausbleibt: „Aus prinzipiell statischen Bezeichnungen der politischen Ordnung, wie es ‚bürgerliche Gesellschaft‘ (*societas civilis*) und ‚Nation‘ (*natio*) bis zum 18. Jahrhundert gewesen waren, wurden dynamische Begriffe voll umstürzender Sprengkraft“ (Conze und Groh 1966: 13).

³⁹ In diesem Sinne positioniert Koselleck sein Vorhaben „in der Mitte zwischen einer Wortgeschichte, an der sie nicht haften bliebe, und einer Sachgeschichte, die sie nicht liefern

sei, lässt sich also bei genauerer Betrachtung weder theoretisch leicht schlüssig begründen noch forschungspraktisch einfach umsetzen. Nichtsdestoweniger bleibt festzuhalten, dass begriffsgeschichtliche Forschung immer darauf angewiesen bleibt, bei der Untersuchung ihres Gegenstandes sehr weitreichend die sozialen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen zu beachten.

Für die hier vorliegende Arbeit ergibt sich daraus die Notwendigkeit, für die Analysen des Materials teils umfassend die politisch-sozialen Kontexte zu rekonstruieren, in die der Sprachgebrauch eingebettet ist. Und da das Ziel darin besteht, den strategischen und persuasiven Gebrauch von Begriffen zu rekonstruieren, bei denen zu erwarten ist, dass ihr politischer Gebrauchswert⁴⁰ kaum von der Rolle des Begriffs in theoretischen und wissenschaftlichen Debatten zu trennen ist, müssen auch theoriegeschichtliche Einbettungen der Begriffe ausführlicher rekonstruiert werden, als es in der linguistischen Diskursanalyse üblich ist. Entscheidend ist dabei, dass theoriegeschichtliche Ausführungen nicht zum Selbstzweck werden, sondern dem Ziel dienen sollen, die Funktion der Begriffe in der politischen und gesellschaftlichen Kommunikation (siehe unten) zu erhellen. Relevant sind die Ausläufer des politischen Sprachgebrauchs in theoretische Debatten, um zu „ermitteln, wie, warum, in welcher Form und von wem die Systeme der intellektuellen ‚Stichwortgeber‘ [...] aufgenommen werden, wie sie die Öffentlichkeit und die Institutionen prägen“ (Götze 1994). Um dies zu gewährleisten, wird dort, wo es nötig ist, im Folgenden teilweise ausführlich auf die Forschungsergebnisse anderer Disziplinen (vor allem der Geschichtswissenschaft, aber zum Teil auch der Politikwissenschaft) zurückgegriffen.

Kosellecks Konzeption der *Geschichtlichen Grundbegriffe* war nicht nur ein wichtiger Bezugspunkt für die Methodendiskussion einer (nochmals) erneuerten Begriffsgeschichte, sondern lieferte auch eine geschichtstheoretische Rahmung, aus der sich das Hauptinteresse der

wollte. Es interpretiert die Geschichte durch ihre jeweiligen Begriffe so wie es die Begriffe geschichtlich versteht“ (ebd.).

⁴⁰ Willibald Steinmetz spricht in seinem Plädoyer für eine zeitgemäße Begriffsgeschichte auf der Ebene der ‚Mikrodiachronie‘ (s.u.) mehrfach über den (strategischen) *Gebrauchswert* von Begriffen. Eine genauere Erläuterung des Begriffs folgt unten.

Geschichtlichen Grundbegriffe für die begrifflichen Verschiebungen im Zeitraum von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, also in etwa die Periode der europäischen Revolutionen und der ‚Herausbildung der modernen Welt‘, begründet.⁴¹ Diese von Koselleck ‚Sattelzeit‘ getaufte Epoche wird in den Mittelpunkt gerückt, da sich in ihr eine fundamentale Umwälzung des ‚begrifflichen Inventars‘ der politisch-sozialen Sprache ereignet habe, die genau nachvollzogen und erklärt werden soll. Hierin besteht der ‚heuristische Vorgriff‘ des Lexikons.⁴² Nach der Sattelzeit seien die Grundbegriffe nicht mehr übersetzungsbedürftig und bis in unsere Zeit verständlich. In vorhergehenden Zeiträumen sei das tendenziell anders, so dass die unverständlichen Begriffe häufig eines Kommentars bedürftig seien. Die Begriffe tragen daher ein „Janusgesicht: rückwärtsgewandt meinen sie soziale und politische Sachverhalte, die uns ohne kritischen Kommentar nicht mehr verständlich sind, vorwärts und uns zugewandt haben sie Bedeutungen gewonnen, die zwar erläutert werden können, die aber auch unmittelbar verständlich zu sein scheinen“ (Koselleck 1972 - 1997: XV).

In enger Verbindung mit seinen Überlegungen zur Sattelzeit stehen die vier Kriterien, die Koselleck für die begrifflichen Transformationen für konstitutiv hält, und die so die Beiträge zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen* theoretisch rahmen sollen: Dazu werden die Kriterien *Demokratisierung*, *Verzeitlichung*, *Politisierung* und *Ideologiesierbarkeit* der Begriffe beschrieben (Koselleck 1972 - 1997: XVI–XIX). Indem mit diesen Kriterien a priori Aussagen über die begrifflichen Transformationen im angesprochenen Zeitraum postuliert werden, sollen sie für die Einzeluntersuchungen einen *heuristischen* Charakter haben: Als *Demokratisierung* begreift Koselleck (etwas vereinfacht gesprochen) die Ausweitung der Grundbegriffe in neue Anwendungskontexte und Sprecherkreise, wobei vor allem an die

⁴¹ Im ersten programmatischen Entwurf zum Lexikon, den *Richtlinien für das Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit*, nennt Koselleck als grobe Orientierung den weiteren Zeitraum von 1700 bis 1900, auf den sich das Lexikon konzentrieren soll. Der zu untersuchende „Begriffswandel“ habe sich allerdings vornehmlich im Intervall von 1750 bis 1850 vollzogen, was auch schon hier als das „heuristische Prinzip“ der Untersuchungen vorgestellt wird (Koselleck 1967: 82).

⁴² Den Koselleck allerdings schon in der Einleitung im Wesentlichen als bestätigt ansieht, vgl. Koselleck 1972 - 1997: XV.

Ausbreitung aus kleinen, klar umrissenen wissenschaftlichen oder politischen Elitendiskursen in breitere Bevölkerungsschichten im Zuge des grundlegenden ‚Strukturwandels der Öffentlichkeit‘ in den westlichen Gesellschaften zu denken ist. Die Kategorie der *Verzeitlichung* ist sicherlich die distinkteste Kategorie für Kosellecks Vorschlag. Sie ist besonders eng mit seinen (impliziten) Aussagen zu einer Theorie der Moderne verbunden und ist daher für das theoretische Fundament der *Geschichtlichen Grundbegriffe* besonders wichtig. Mit ihr fokussiert Koselleck die Relevanz der Grundbegriffe in der Herausbildung eines offenen „Erwartungshorizontes“ (vgl. Koselleck 1989a) als konstitutives Merkmal des neuzeitlichen Bewusstseins, wobei die einzelnen Grundbegriffe die Eigenschaft gewinnen, konkrete Erwartungshaltungen zu begründen oder zu formen: „Es ist eine Grundhypothese des Lexikons *Geschichtliche Grundbegriffe*, dass die Erfahrung der Neuzeit zugleich die Erfahrung einer neuen Zeit ist“ (Koselleck 2006b: 77). Die Verzeitlichung erfüllt also eine Funktion „als Meta-Kategorie zur Bestimmung der Sattelzeit“ (Müller und Schmieder 2016: 285).⁴³ Dominant (und leicht zu erkennen) ist diese begriffliche Tendenz bei dezidierten Erwartungs- oder Zielbegriffen, also denjenigen Kategorien, die historische Prozesse deuten oder auf Zukünftiges vorgreifen. In vermittelter Form sieht Koselleck die Verzeitlichung aber als allgemeine Tendenz des begrifflichen Inventars. Deutlich wird die Verzeitlichungstendenz etwa dort, wo zu einem deskriptiven Sprachgebrauch eine evaluative oder deontische Bedeutungskomponente hinzutritt, so dass der Gebrauch beispielsweise der Begriffe für Staats- oder Gesellschaftsverfassungen (*Demokratie, Republik, Diktatur etc.*) gleichzeitig Aussagen über die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder Wünschbarkeit zukünftiger Zustände oder Ereignisse impliziert.⁴⁴

⁴³ Daher ist das Fehlen dieser Kategorie in den „Richtlinien für das ‚Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit‘“, Kosellecks erstem programmatischen Entwurf aus den frühen 1960er Jahren, aus theoriegeschichtlicher Sicht besonders überraschend, vgl. Koselleck 1967, Müller und Schmieder 2016: 908. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass Koselleck selbst die Verzeitlichung nicht auf die Sattelzeit beschränkt, vgl. Müller und Schmieder 2016: 285.

⁴⁴ Ganz konkret nennt Koselleck in der Einleitung das Beispiel der *Republik*, die zum „Parteibegriff“ geworden sei und „als solcher den Anspruch, die einzig legitime Verfassung zu sein“ erhebe. Sie verwandele sich so vom „systematischen Oberbegriff“ zum „geschichtlichen Zielbegriff“ (Koselleck 1972 - 1997: XVI f).

Dass diese geschichtlichen Vorgriffe auch oftmals nicht universal, sondern von einem parteilichen Standpunkt aus erfolgen, erfasst das Kriterium der *Politisierung*. Hierbei geht es Koselleck primär um den aus der Parteilichkeit des Sprechens resultierenden „politischen Kampfwert von Begriffen“ (Müller und Schmieder 2016: 911). Die durch dieses Kriterium erfasste Rolle der Begriffe in politischen Diskursen und ihre Relevanz für die Ausübung von gesellschaftlicher (Deutungs-)Macht wurde in neueren Spielarten der Begriffsgeschichte in den Vordergrund gestellt, was später genauer ausgeführt wird. Mit *Ideologisierbarkeit* schließlich markiert Koselleck die Tendenz, dass Begriffe mit dem Übertritt aus Spezialdiskursen in die Alltagssphäre und mit ihrem Einrücken in politisch-semantiche Konfliktlinien oft ihre (jedenfalls scheinbaren) klaren Bestimmungen abstreifen und ihre Bedeutung immer stärker von konkreten Erfahrungen und Anschauungen abgelöst wird. Anders formuliert könnte man sagen, dass im Zuge der zunehmenden Ideologisierbarkeit die Grundbegriffe eine notorische denotative Unschärfe entwickeln, die mit gleichzeitiger evaluativer Eindeutigkeit im Gebrauch einhergeht. Die steigende Abstraktheit der Begriffe zeigt sich auch in der Bildung von *Kollektivsingularen* (also Begriffen, die viele einzelne Prozesse oder Gegenstände zu einer abstrakten Entität vereinen, wie am Auftreten ‚der Geschichte‘ oder von ‚dem Fortschritt‘ ersichtlich wird). Sie ermöglicht auch erst die politische Perspektivierung der Begriffe und erscheint oft als Folge der Demokratisierung eines Begriffs. Dass sich die Kriterien also wechselseitig bedingen oder voraussetzen und auch nicht trennscharf zueinander abgrenzen lassen, ist somit leicht zu erkennen.

Da der in dieser Arbeit untersuchte Zeitraum kaum in die Koselleck'sche Sattelzeit hineinragt, stellt sich hier automatisch die Frage, ob und inwieweit eine Gültigkeit der heuristischen Vorgaben für die *Geschichtlichen Grundbegriffe* über die Sattelzeit hinaus angenommen werden kann. Dies gilt umso mehr, als die Geschichts- und Zukunftssemantik, die hier untersucht wird, ohne jeden Zweifel angesichts der Dominanz der Verzeitlichungsthese in den Kernbereich des Interesses der Begriffsgeschichte der *Geschichtlichen Grundbegriffe* angehören.

2.2. BEGRIFFSGESCHICHTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Die Erschließung des 20. Jahrhunderts wurde mehrfach als wichtiges Desiderat der Begriffsgeschichte herausgestellt, wobei besonders die Beiträge von Christian Geulen und Willibald Steinmetz nach dem Abschluss der großen Wörterbuchprojekte intensiv diskutiert wurden (vgl. Geulen 2010, Steinmetz 2008, Müller und Schmieder 2016: 383 ff). Diese Fragen berühren auch die methodischen Grundlagen der Begriffsgeschichte (dazu unten mehr), betreffen aber in der Hauptsache die geschichtstheoretischen Prämissen, die Kosellecks Entwurf zugrundeliegen. Denn die Geschichtlichen Grundbegriffe begründeten ja ihre Konzentration auf das 18. und 19. Jahrhundert und die in Relation dazu geringere Aufmerksamkeit für das 20. Jahrhundert mit dem ‚heuristischen Vorgriff‘, demzufolge „Begrifflichkeit und Begreifbarkeit [...] seitdem für uns zusammen[fallen]“ (Koselleck 1972 - 1997: XV). Die begriffsgeschichtliche Dynamik der europäischen Revolutionsepoche, für die sich das Wörterbuch interessiert, müsste sich demnach in der Folge abgeschwächt haben. Auch wenn Koselleck bereits in der Einleitung postuliert, dass sich die Sattelzeithypothese, „von bezeichnenden Ausnahmen abgesehen, bewährt“ habe (Koselleck 1972 - 1997: XV), lässt sich gegen derartige Überlegungen einwenden, dass die Studien der *Geschichtlichen Grundbegriffe* aus offenkundigen Gründen *keine* guten empirischen Belege dafür erbringen konnten, dass sich die begrifflichen Veränderungen seit dem Ende der Sattelzeit abgemildert oder verlangsamt hätten: Denn diese Zeiträume wurden ja, den Vorgaben des Lexikons gemäß, gar nicht genauer untersucht.⁴⁵ Es stellt sich daher die Frage, ob die vier heuristischen Kriterien für eine Untersuchung späterer Zeiträume noch geeignet sind, oder nicht.

Christian Geulen machte 2010 zu diesen Fragen einen Vorstoß, indem er nach Kosellecks Vorbild einen heuristischen Rahmen in Form von „hypothetisch mindestens vier Entwicklungstendenzen oder

⁴⁵ Und das gilt auch dann, wenn die These im Bezug auf den Beginn der Sattelzeit und die dabei zu konstatierenden begrifflichen Umstellungen empirisch belegt werden konnte! Mangels genauer Untersuchungen können die *Geschichtlichen Grundbegriffe* keine genaueren Aussagen im Hinblick auf das 20. Jahrhundert machen. Die Aussage, dass die Begriffe seit der Sattelzeit ‚unmittelbar verständlich‘ geworden seien, ist dadurch angreifbar.

übergreifende[n] Merkmale[n]“ (Geulen 2010: 5) vorlegte, der für die begriffsgeschichtliche Erschließung des 20. Jahrhunderts Orientierung geben soll. Eine enge Orientierung an Kosellecks Kriterien ist dabei unübersehbar: Wo dieser die Verzeitlichung der Begriffe als dominante Eigenheit des begrifflichen Wandels in der Sattelzeit zur Untersuchung markierte, sieht Geulen eine „Verräumlichung“ als allgemeine Tendenz im 20. Jahrhundert. Dazu merkt er selber an, dass die Verräumlichungstendenz die „Zeitdimension“ nicht völlig ablöse (Geulen 2010: 7). Es ließen sich allerdings auch gute Gründe dafür vorbringen, dass gerade das 20. Jahrhundert eher von einer weiter anhaltenden (oder sogar nochmals forcierten) Beschleunigungstendenz geprägt ist, und damit Kosellecks Verzeitlichungskriterium im Vergleich zur Sattelzeit noch dominanter geworden ist.⁴⁶

Dies gilt analog in ähnlicher Weise auch für die anderen Kriterien der *Geschichtlichen Grundbegriffe*. So unbestritten etwa zunehmende gesellschaftliche Ausweitungen der zentralen Grundbegriffe deren Gebrauch grundlegend verändert, so wenig ist es a priori einzusehen, dass sich diese ‚demokratisierende‘ Tendenz etwa angesichts der weiteren Entwicklung der Kommunikationstechnologien nach der Sattelzeit abgeschwächt habe. Die Verzahnung von Kosellecks Kriterien untereinander bedingt dabei bereits, dass sich analoge Überlegungen auch für die Ideologiesierbarkeit und die Politisierung anschließen lassen. Die genannte Frage der weiteren Gültigkeit der ursprünglichen Kriterien über die Sattelzeit hinaus muss und kann daher an dieser Stelle unbeantwortet bleiben. Zu ihrer Beantwortung wäre es schließlich grundsätzlich notwendig zu klären, ob sich das 20. Jahrhundert tatsächlich als eine (erneute) „Schwellenzeit“ erweist, „in der die Grundbegriffe moderner Selbstbeschreibung einen nochmaligen Strukturwandel vollzogen, eine Metamorphose ihrer Semantik und eine Modifikation im Verhältnis ihres Erfahrungs- und Erwartungsgehalts“ (Geulen 2010: 5). Dazu ist hier weder der geeignete Ort ist noch besteht die Notwendigkeit dazu. Denn auch wenn man ganz allgemein akzeptiert, dass ungebrochene Verlängerungen der ursprünglichen Heuristik nicht möglich sind, so macht bereits die hier

⁴⁶ Neben anderen weisen die vieldiskutierten Thesen von Hartmut Rosa (Rosa 2005) oder Helga Nowotny (Nowotny 1990) in diese Richtung.

getroffene Themenwahl eine Aufmerksamkeit für die ‚Zeitdimension‘ des Sprechens über *Evolution*, *Fortschritt* und *Revolution* auch im hier untersuchten Zeitraum zu einer Selbstverständlichkeit. Es stellt sich allerdings die viel relevantere Frage, ob die veränderten Rahmenbedingungen des Sprachgebrauchs in der politischen Kommunikation im 20. Jahrhundert zusätzliche, neu hinzugetretene Grundtendenzen des begrifflichen Wandels bedingen. In dieser Hinsicht ist hier besonders das von Geulen vorgeschlagene Kriterium der *Verwissenschaftlichung* (5 f.) der Begriffe beachtenswert.

Eine genaue zeitliche Datierung ist bei diesem Kriterium selbstverständlich ebenso wenig sinnvoll wie schon bei Kosellecks Kriterienkatalog. Denn während bei der von Geulen genannten Psychoanalyse und ihrem Einfluss auf den Begriffshaushalt eine recht genaue Festlegung auf das beginnende 20. Jahrhunderts hoch plausibel ist, so würde sich diese Frage angesichts des (für Geulen ebenso modellhaften) Darwinismus aufdrängen, da die einsetzende Breitenwirkung (und zwar nicht nur der Hauptwerke Darwins, sondern auch der massenwirksamen ‚Popularisatoren‘ wie z.B. durch Haeckel und seiner *Natürlichen Schöpfungsgeschichte* aus dem Jahr 1868, vgl. Haeckel 1868) und das Auftreten als ‚Schlüsselattitüde‘ (wie Georg Bollenbeck gesagt hätte, der diesen Begriff Arnold Gehlens⁴⁷ aktualisiert hat, vgl. Bollenbeck 2007: 12) bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts beginnen. Plausibilität gewinnt die These der Verwissenschaftlichung als unhintergehbare begriffliche Tendenz des 20. Jahrhunderts auch durch den praktisch parallel zum Darwinismus auftretenden Marxismus (1859 erschien Darwins *On the Origin of Species*, im gleichen Jahr erschien die *Kritik der politischen Ökonomie* von Marx, welche den Kern seiner Ökonomiekritik erstmals in ausgearbeiteter Form beinhaltet), der nicht nur eine strenge Historisierung der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung bringt⁴⁸, sondern ebenfalls mit dem entschiedenen Anspruch der Wissenschaftlichkeit auftritt

⁴⁷ Wobei Gehlen in seiner These das Ende der wissenschaftlichen Weltanschauungen mit Schlüsselattitüde an den Beispielen Marxismus und Darwinismus erläutert, vgl. Gehlen 2004.

⁴⁸ Was man durchaus auch im Sinne einer fortdauernden oder erneuerten *Verzeitlichung* im wissenschaftlichen Diskurs nach der Sattelzeit verstehen kann, vgl. Schmieder 2010, Müller und Schmieder 2016: 288 f.

und diesen in Bereiche des politischen Diskurses verbreitet, die davon zuvor unberührt geblieben waren.

Beim letzten von Geulen vorgeschlagenen Kriterium, der *Verflüssigung*, stellt sich die Frage, inwiefern sich die beschriebenen Prozesse wie die „Zunahme der Vieldeutigkeit und Gebrauchsvielfalt“ oder die als „Einschmelzung ihrer semantischen Struktur“ (Geulen 2010: 9) angesprochene Aufweichung der terminologischen Fixierung der Bedeutung bei der von verschiedensten Spezialdiskursen ausgehenden „Übertragung von Begriffen in neue Kontexte“ (Geulen 2010: 9) qualitativ von dem unterscheiden, was Koselleck als *Ideologisierbarkeit* auf den Begriff gebracht hatte. Aus dem oben genannten Grund kann auch diese Frage unbeantwortet bleiben.

Sehr viele Überlegungen zur begriffsgeschichtlichen Erschließung des 20. Jahrhunderts unterstellen eine weitere, allgemeine Tendenz, die sich seit dem Ende der Sattelzeit zunehmend bemerkbar mache. Sie betrifft den allgemeinen Status der ‚alten‘ Grundbegriffe überhaupt: Müller und Schmieder fassen diese These zusammen und stellen fest, dass die

Debatte um Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts auf der Annahme [fußt], dass die von Koselleck untersuchten Bewegungsbegriffe der Sattelzeit (Geschichte, Fortschritt, Freiheit) an Strahlkraft verloren und sich neue, genauer zu untersuchende Typen politisch-sozialer Grundbegriffe herausgebildet haben. Offenbar handelt es sich um Begriffe mittlerer Reichweite, die sich auf funktional ausdifferenzierte Teilsysteme beziehen. Sie sind weniger als Kosellecks Grundbegriffe an relativ stabile symbolische Gemeinschaften (Klassen, Verbände, Parteien) und Wert- und Weltanschauungssysteme gebunden, und die in ihnen vollzogenen kurz- und mittelfristigen Zukunftsbeschreibungen lösen langfristige Erwartungen ab. Im Vergleich mit Kosellecks Begriffen sind sie kaum mehr mit Theorien (oder gar geschichtsphilosophischen Entwürfen) vermittelt und stattdessen eng mit Formen einer professionalisierten, auf Statistik und Umfrageforschungen basierten Öffentlichkeit verknüpft. (Müller und Schmieder 2016: 390 f).

Damit werden wichtige Grundfragen auch für die vorliegende Untersuchung angesprochen: Es wird sich im weiteren Verlauf zeigen, ob sich im anvisierten Zeitraum (jedenfalls für den hier untersuchten Diskursausschnitt) tatsächlich Anhaltspunkte für das Verblässen der ‚Strahlkraft‘ der alten Grundbegriffe (hier also besonders des

52

Fortschrittsbegriffs) finden lassen, und ob und wie eine Ablösung durch Begriffe ‚mittlerer Reichweite‘ zu erkennen ist (wobei im Zuge der Debatten um die aufkommende Ökologische Frage vor allem an in dieser Funktion neue Begriffe wie *Nachhaltigkeit* zu denken wäre, oder an eine mögliche Verdrängung des (technischen) Fortschritts durch *Innovation*. Denn auch wenn kein Zweifel an einer allgemeinen Tendenz der ‚Entideologisierung‘ im Zuge des vielfach beschriebenen ‚Endes der großen Erzählungen‘ gehegt wird, so muss es a priori keinesfalls als ausgemacht gelten, dass dem auf begrifflicher Ebene (in allen Fällen) eine Ablösung der alten Bewegungsbegriffe, die diese seit der Sattelzeit getragen hatten, entspricht. Denn auch eine (nochmalige) Transformation zentraler Termini wäre ebenso denkbar.

Namentlich zum (sogar evolutionistisch angereicherten!) Fortschrittsbegriff, dessen Krise im 20. Jahrhundert vielfach postuliert wurde, formuliert *Carl Schmitt* im Jahr 1952 abweichende Beobachtungen zur These des allgemeinen Verblässens:

Auch kenne ich die Kritik und die Zweifel an der Ideologie des Fortschritts, die von führenden angelsächsischen Autoren geäußert worden sind [...]. [Die großen Massen des industrialisierten Westens] führen den Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts in einer groben Form weiter, ohne sich um die Feinheiten kultivierter Engländer zu kümmern. Diese Massen haben eine Religion der Technizität, und jeder technische Fortschritt erscheint ihnen zugleich als eine Vervollkommnung des Menschen selbst, als ein direkter Schritt zu dem irdischen Paradies der one world. Ihr evolutionistisches Credo konstruiert eine gerade Linie des Aufstiegs der Menschheit. [...] Das ist unverändert der alte, aber durch die moderne Technik gesteigerte Glaube an den Fortschritt und die unendliche Perfektibilität. Er wurde in der Aufklärung des 18. Jahrhunderts geboren. Damals, im 18. Jahrhundert, war er noch die philosophische Überzeugung einiger führender Gruppen und Eliten. Im 19. Jahrhundert wurde er das Credo des westlichen Positivismus und Scientismus. Seine ersten Propheten waren Saint-Simon und Auguste Comte, sein erfolgreichster Missionar für die angelsächsische Welt Herbert Spencer. Heute, im 20. Jahrhundert, hat sich bei der Intelligenz längst ein Zweifel eingenistet, der Zweifel, ob technischer, moralischer und sonstiger Fortschritt überhaupt noch eine Einheit bilden. Die Intelligenz ist von der lähmenden Erkenntnis erfaßt, daß die Menschen durch die neuen technischen Mittel zwar mächtiger, aber keineswegs moralisch besser

geworden sind. [...] Aber die Massen fragen nicht nach solchen Zweifeln und empfinden die Aufsplitterung des Fortschrittsbegriffs wahrscheinlich nur als sophistische Zerredungen einer dekadenten Intelligenz. Sie bleiben bei ihrem Ideal einer technisierten Welt (Schmitt 1952: 8 f).

Schmitt registriert 1952 sehr deutliche Erschütterungen des ‚klassischen‘ Fortschrittsglaubens des 18. und 19. Jahrhunderts, was er vor allem im Hinblick auf die zunehmende Technisierung und sich immer schneller entwickelnde Kommunikations- und Transportsysteme reflektiert: „Der Planet schrumpft ein [...]“ (Schmitt 1952: 2). Er erkennt dabei aber – völlig konträr zur Annahme allgemein schwindender gesellschaftlicher Relevanz – den (industriellen und technischen) Fortschrittsglauben als nicht weniger als die „Geschichtsphilosophie, [...] die wir als die gemeinsame Basis der heutigen Zweiheit [der zwischen Ost und West geteilten Welt, F.D.] diagnostiziert haben“ (Schmitt 1952: 11). Ich setze in Übereinstimmung dazu im Folgenden nicht voraus, ob, wann und wie die alten Grundbegriffe im 20. Jahrhundert abgelöst werden, sondern werde mit einem Fokus auf den Fortschrittsbegriff versuchen, die begrifflichen Transformationen der Kategorie, und dazu soll dann auch gerade seine Stellung zu benachbarten und antonymischen Begriffen gehören, nachzuzeichnen.

Nebenbei sei noch erwähnt, dass Schmitt hier nicht nur Zweifel an der These des Verblassens des *Fortschritts* nährt. Sein zeitgenössisches Urteil lenkt auch den Blick auf die Asymmetrie der begriffsgeschichtlichen Entwicklungen auf den verschiedenen Diskursebenen. Denn während Schmitt ja durchaus die Irritationen der Fortschrittsemphase unter den Intellektuellen registriert, sei der Fortschrittsglaube als Massenideologie unvermindert intakt. Diesem Auseinanderdriften der begriffsgeschichtlichen Entwicklung in verschiedenen Diskursebenen kann hier nicht zufriedenstellend nachgegangen werden. Denn es ist hier vor allem nicht der Ort, um die theoriegeschichtlichen Details der Geschichte des Fortschrittsdenkens und der Fortschrittskritik in Intellektuellendiskursen des 20. Jahrhunderts nachzuzeichnen. Allerdings wird die Rolle der Kategorie als Alltagsideologie im politischen Diskurs und die Umstellungen, die dabei zu beobachten sind, im Kapitel 6 dieser Arbeit

anhand der Neuausrichtung der sozialdemokratischen Programmatik⁴⁹ nach dem 2. Weltkrieg untersucht.

2.3. KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLICHE KRITIK UND ERGÄNZUNG

Die Vakanz einer theoretisch tragfähigen Bestimmung von Grundbegriffen in der Koselleck'schen Begriffsgeschichte wurde (besonders von sprachwissenschaftlicher Seite) mehrfach hervorgehoben. Insbesondere Dietrich Busse hat die sprachtheoretischen Defizite des begriffsgeschichtlichen Ansatzes untersucht und kritisiert (Busse 1987, 2002, 2003). Die von Koselleck herausgestellte Vieldeutigkeit von Grundbegriffen deutet für Busse darauf hin, dass „mit ‚Begriff‘ hier eben - entgegen ständiger anderslautender Beteuerungen - doch keine sprachliche Kategorie gemeint ist.“ Die „Anmerkungen zur Unterscheidung von Wort

⁴⁹ Der Begriff *Programmatik* verweist auf die gesamte Menge an Überzeugungen und Werten, die das Selbst- und Weltbild von Parteien als kollektive politische Akteure prägen. Die Aussagen, die in Programmen getätigt werden, spielen dabei eine zentrale Rolle, allerdings erschöpft sich die *Programmatik* nicht darin. Der Begriff *Programmatik* fällt damit nicht in eins mit den *Programmen* oder darin positiv encodierten Überzeugungen und Werten. *Programmatik* beschreibt darüber hinaus die „Gesamtheit der in politischen Parteien angetroffenen Zielsetzungen und -vorstellungen politisch-inhaltlicher Natur“ (Anan 2017: 27). Besonders relevant sind dabei Begriffe, die die Wirklichkeitsbeschreibung und politische Zielvorgaben der Mitglieder prägen, aber – etwa aus politisch-kommunikativem Kalkül – in den Programmen ausgespart werden. Zu denken ist dabei vor allem an solche Begriffe, die Angriffsflächen für staatliche Repression oder diskursive Stigmatisierung bieten könnten.

Eng verwandt sind insbesondere (schon erläuterten) die Begriffe *Weltanschauung* und *Ideologie*. Der Begriff *Weltanschauung* hat den Nachteil, dass er objektsprachlich weit verbreitet ist, was Unklarheiten bei metasprachlichen Verwendungen hervorrufen könnte. Ich werde den Begriff trotzdem verwenden, weil er den Schwerpunkt genau auf die hier untersuchte Sphäre legt: *Weltanschauungen* erschöpfen sich nicht in politischen Aussagen oder Überzeugungen, sondern verankern diese in einen umfassenden Zusammenhang mit allgemeinen kollektiven Überzeugungen und Weltdeutungen. Politische Überzeugungen, normative Werte und jeweilige Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse ergeben bei *Weltanschauungen* in einem ‚harmonisches‘ Ganzes. Man könnte also sagen, dass Grundbegriffe im erläuterten Sinne in Weltanschauungen eingebettet sind und diese auch organisieren. Auch zum Begriff *Ideologie* gibt es Überschneidungen. Auf diesen Begriff verzichte ich im Folgenden jedoch weitgehend als Beschreibungskategorie, da bei diesem (vor allem, aber nicht nur in der Alltagssprache) stark negativ wertende Konnotationen mitschwingen.

und Begriff bei Koselleck“ seien insgesamt „unbefriedigend“ (Busse 1987: 53).⁵⁰

Das Verhältnis von Begriff zu Einzelwort ist aus sprachwissenschaftlicher Sicht zweifellos ein kritischer Punkt. Der Aspekt, dass die lexikalische Bedeutung „bloß eine abstrakte und wenig faßbare Konstante [ist], abgezogen vom prallen und variablen Sinnhorizont, den das Wort in jeder Verwendung durch seine im Sprach- und Situationsfeld gerichteten Verweisungen verfügbar machen hilft“ (Knobloch 1992: 8), wurde in der begriffsgeschichtlichen Diskussion auch von Clemens Knobloch hervorgehoben. Er stellt besonders die *kommunikative Funktion* der Begriffe als Hauptinteresse begriffsgeschichtlicher Forschung in den Vordergrund:

Offenkundig richtet sich die Begriffsgeschichte in praxi auf die pragmatisch-diskursive Dynamik, die Ausdrücke in der gesellschaftlichen Kommunikation entfalten können (und als deren „Träger“ sie alsdann leicht erscheinen). Mit den begrifflichen Eigenschaften der Ausdrücke hängt diese Dynamik aber (wenn überhaupt) nur sehr vermittelt zusammen. Es ist allein die Logik der gesellschaftlichen Kommunikation, die Grundbegriffe zu Grundbegriffen macht. Grundbegriffe im Sinne des praktischen Interesses der Begriffsgeschichte verbinden fast immer eine

⁵⁰ Es bleibt dabei allerdings fraglich, ob Kosellecks Fassung von Grundbegriffen nicht trotz seiner theoretischen Vakanzen aus forschungspraktischer Perspektive als pragmatisch hinreichend gelten kann: Busse versucht umfangreich nachzuweisen, dass Defizite der theoretischen Konzeption bei den *Geschichtlichen Grundbegriffen* zu einer begriffsgeschichtlichen Praxis führen, die oft genug nicht über Ideengeschichte hinauskomme. Viele Artikel in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* belegten dies. Vgl. das Kapitel zur ‚Begriffsgeschichtlichen Praxis‘, in dem Busse einzelne Artikel der *Geschichtlichen Grundbegriffe* untersucht und zu einem vernichtenden Urteil kommt: „Insgesamt ist die Begriffsgeschichte der ‚Geschichtlichen Grundbegriffe‘ [...] den schlechtesten Pfad gegangen“; sie bleibe zumeist „Ideengeschichte der theoretischen Reflexion“ (Busse 1987: 66). Dem kann entgegengehalten werden, dass die geteilte – theoretisch vermeintlich defizitäre – Konzeption ebenso Artikel hervorgebracht hat, die nicht nur ideengeschichtliche Ansätze perpetuiert, sondern auch von Busse geschätzte Studien angeregt hat, wie etwa die von Hans-Ulrich Gumbrecht, die als relevante Beiträge zur Rekonstruktion vergangener ‚Bewusstseinskonstitution‘ gewertet werden oder die von Jürgen Köcka, der für seine um Alltagstexte erweiterte Quellenbasis gelobt wird (ebd.). Diese sehr unterschiedlich gelagerten Beiträge zum Großprojekt sagen recht viel darüber aus, dass Kosellecks konzeptionelle Klammer um die *Geschichtlichen Grundbegriffe* von vielen Autoren der verschiedenen Artikel nicht allzu streng befolgt wurde, und nicht sehr viel über die Konzeption selbst.

sozial und definatorisch strittige Extension mit extrem unklaren Intensionsmerkmalen und klarer (zu Identifikation oder Abstoßung einladender) evaluativer Komponente. Sie beziehen sich auf gesellschaftliche Gruppen, Institutionen, Verhältnisse und sind mit den sozialen Identitäten der Akteure eng verknüpft. Sie stehen (qua vielfacher Anschlußfähigkeit) für kommunikative Verdichtung und Diffusion von Erfahrungen. Als (Grund-)Begriff geadelt wird, was Widersprüche indiziert, kristallisiert und an sich zieht. Am Streit um Worte wird der Streit um die Grenzen verbindlicher gesellschaftlicher Definitionsmacht greifbar (Knobloch 1992: 12).

Damit ist jede (so verstandene) Begriffsgeschichte etwas völlig anderes als eine streng linguistische verfahrenere Wortgeschichte⁵¹, sie überschreitet aber auch den Erklärungsanspruch der meisten politolinguistischen Ansätze deutlich, auch wenn diese sich als ‚pragmatisch‘ verstehen. Wenn sie mehr sein will als unter anderem Label perpetuierte Ideengeschichte der philosophischen ‚Höhenkammliteratur‘, muss die Begriffsgeschichte ihre Begriffe Knobloch zufolge als „Funktionselemente historisch bestimmter Sprechbarkeit“ (Knobloch 1992: 12) untersuchen. Sie zielt dann

nicht auf die allgemeinen oder historischen Techniken des Sprechens (wie die Sprachgeschichte), sondern auf den kulturhistorischen Zusammenhang, den das jeweilige Sprechen mit dem Inbegriff seiner thematischen, sozialen und historischen Bedingungen bildet, auf den diskursiven Sinn, den die Sprachelemente organisieren, nicht auf ihre systemische Bedeutung (Knobloch 1992: 12 f).

Von Interesse sind dabei weniger die (ohnehin oft unklaren) denotativen Bedeutungsanteile, sondern vielmehr die kommunikativ-diskursive Gemengelage, in die die Begriffe eingebunden sind und die teilweise auch durch sie selbst evoziert werden.⁵² So nützlich sprachwissenschaftlich-

⁵¹ Von der ja auch Koselleck sein Unternehmen abgegrenzt hatte, siehe oben.

⁵² Es kann durchaus darüber diskutiert werden, ob und wie weit eine derartige ‚sprachpragmatische‘ Perspektivierung der Begriffsgeschichte bereits bei Koselleck intendiert war. Carsten Dutt hebt hervor, dass die von Koselleck betriebene Begriffsgeschichte sich nicht nur für die *Inhalte*, sondern vielmehr für die *Funktionen* der Begriffe interessiere. Vgl. Dutt 2013: 67, Müller und Schmieder 2016: 318.

semantische Methoden oder etymologische Befunde auch sein mögen⁵³: das Interesse einer so fokussierten Begriffsgeschichte richtet sich auf semantische Strukturen, die sich auf sich historisch wandelnde gesellschaftliche Kommunikationslogiken beziehen, und nicht auf sprachsystemisch verankerte (stabile und generalisierbare) Wortbedeutungen: „Abstrakt usuelle Bedeutung und okkasioneller Sinn sind dialektisch verbunden“ (Knobloch 1992: 8).

Knobloch liefert Ansätze zur Unterscheidung verschiedener Begriffstypen: Denn jedenfalls dem Anspruch nach zeichneten sich „[g]enuine Terminologien“ und mit ihnen theoriesprachliche Begriffe dadurch aus, dass sie die (schon von Koselleck als distinktives Merkmal von ‚Begriffen‘ benannte) Unschärfe definitorisch begradigen wollen und „diese offene Wechselbeziehung von usuell und okkasionell durch definitorische Abschließung und theoretisch-systematische Einbettung der Ausdrücke tendenziell zum Stillstand bringen“ (Knobloch 1992: 8). Es für Knobloch klar, dass dieser Anspruch in der Praxis oft genug nicht eingelöst wird. Es wird in den folgenden Kapiteln zu klären sein, ob und inwiefern im untersuchten Feld bei „theoriesprachlichen Beschreibungsbegriffen“ ihr „Theoriestellenwert klar ist, so dass kein Streit um sie entsteht“ (Müller und Schmieder 2016: 504). Die Ambivalenzen zwischen terminologisch-definitorischer Stilllegung und alltagssprachlicher Unschärfe werden besonders da zum Problem, wo die Ausdrücke in verschiedenen Verwendungsweisen in beiden Sphären vorkommen (und sich also ein – dem Ideal nach – genau definierter theoriesprachlicher Gebrauch von einem offenen in alltagssprachlichen Kontexten unterscheiden lässt, was bei praktisch allen hier relevanten Begriffen der Fall ist, insbesondere bei *Fortschritt* und *Revolution*, aber auch *Evolution* erfährt im 19. Jahrhundert eine umfassende *Demokratisierung*).

Es bleibt jedoch bemerkenswert, dass die begriffsgeschichtliche Theorie und Methodendiskussion darüber hinaus kaum Ansätze zur Klassifikation verschiedener Begriffstypen hervorgebracht hat. Wo es Ansätze in diese Richtung gibt, orientieren sie sich ganz konservativ und gegen das eben

⁵³ Knobloch selbst bezweifelt auch dies: „Mit den Methoden der sprachwissenschaftlichen Semantik ist den ‚Begriffen‘ der Begriffsgeschichte nicht beizukommen“ (Knobloch 1992: 10).

skizzierte Verständnis von Grundbegriffen als Kommunikationselemente an verschiedenen (denotativen) Wortbedeutungen des jeweiligen Begriffsworts: In dieser Hinsicht ist etwa Kosellecks Rede von *Bewegungsbegriffen*⁵⁴ zu verstehen, oder auch die für die *Geschichtlichen Grundbegriffe* vorgenommene Einteilung (vgl. Koselleck 1972 - 1997: XIV). Eine Unterscheidung hinsichtlich der kommunikativen Funktion der Begriffe hingegen bleibt weitgehend ein Desiderat. Ich werde versuchen, die unterschiedlichen kommunikativen Funktionen, die Begriffe im politischen Diskurs für die Akteure erfüllen können, exemplarisch zu beschreiben. Als gesetzt kann es dabei gelten, dass keine lexikalische Sortierung der Begriffe nach verschiedenen Funktionen gelingen kann, sondern dass der gleiche Begriff in verschiedenen Kommunikationssituationen durchaus andere Funktionen erfüllen kann. Dies wird angesichts der Politisierung des Sprachgebrauchs schnell offenkundig (so dass, um ein geläufiges Beispiel aufzugreifen, der Begriff *Sozialismus* in einem Rahmen als identifikationsstiftende Selbstbezeichnung fungieren kann, und im anderen zur Stigmatisierung eines Opponenten. Die Vorhersage einer kommenden *Revolution* kann je nach dem als Verheißung oder als Drohung gemeint sein). Die Klammerung an die feste Ausdrucksseite der Begriffe führt also auch hier nicht weiter.

Konsequent weitergedacht erscheint angesichts der geschilderten Orientierung die Möglichkeit (synchron wie diachron) generalisierender Begriffsgeschichten, die auf zusammenfassende Begriffsbedeutungen gesamter Epochen abzielen, stark in Zweifel gezogen. Den großen, epochenüberschreitenden Synthesen, die für die Begriffsgeschichte der *Geschichtlichen Grundbegriffe* typisch war, ist von dieser Warte aus prinzipiell zu misstrauen. Und auch die geschichtstheoretische Rahmung der Sattelzeithypothese muss aus dieser Perspektive deutlich relativiert (wenn nicht gar ganz verabschiedet) werden, da die von ihr postulierten begriffshistorischen Globaltendenzen sich kaum auf sich verändernde Kommunikationszusammenhänge beziehen lassen. Etwas zugespitzt ausgedrückt: Der Schwerpunkt verlagert sich von der Verzeitlichung auf die Politisierungsfunktion der Begriffe, die kaum in globalhistorischen Epochen, sondern in konkreten Kommunikationsszenarien zu verankern

⁵⁴ vgl. Anm. 35.

ist. Was als primäre Aufgabe begriffsgeschichtlicher Forschung aus dieser Perspektive erscheint, ist die Rekonstruktion der zunächst nur in der und für die konkreten diskursiven Einzelkonstellationen zugängliche Funktion der Begriffe im kommunikativen Handeln der Akteure.⁵⁵ Begriffsgeschichte ist daher immer darauf verwiesen, die diskursiv-kommunikativen Problemlagen sowie Handlungsziele (vgl. Gumbrecht 1978: 27) der Akteure zu rekonstruieren, auf die sie mit dem jeweiligen Gebrauch der Grundbegriffe antworten. Ohne eine derartige ‚problemgeschichtliche‘ Orientierung bliebe sie orientierungslos.

Ganz ähnliche Anforderungen für eine zeitgemäße Begriffsgeschichte nach dem Ende der wichtigsten großen Wörterbuchprojekte formulierte der Koselleck-Schüler Willibald Steinmetz im Jahr 2008: Begriffs- wie diskursgeschichtliche Arbeiten hätten es oft geschafft, den semantischen Wandel zu beschreiben, während die weitgehende Nichtbeachtung der sprachpragmatischen Dimension „auf der Ebene der *Mikrodiachronie*“ dafür mitverantwortlich gewesen sei, dass sie oft genug beim Erklären der

⁵⁵ Damit liegt Knoblochs Ansatz wenigstens partiell in der Spur der Vorgaben, die auch Hans Ulrich Gumbrecht bereits zuvor für die rezeptionsästhetisch orientierte Analyse von Parlamentsreden während der Französischen Revolution geltend gemacht hatte. Gumbrecht hat im Kontext der von ihm geforderten historischen Textpragmatik sehr früh eine Terminologie vorgeschlagen, die auf die individuelle ‚*Sprachhandlung*‘ und ihre jeweilige kommunikative Einbettung abzielt, wobei er unter Sprachhandlung jegliche Handlungen versteht, „in denen die Codes natürlicher Sprachen zur Anwendung kommen“, also nicht nur die Hervorbringung, sondern auch das *Verstehen* von „Diskursen“ (Gumbrecht 1978: 27). In diesen Bereich gehört auch der Terminus ‚*Kommunikationssituation*‘, mit dem Gumbrecht die hier angesprochene Einbettung des kommunikativen Handelns mit Begriffen der Akteure in konkreten Problem- und Interessenslagen fokussiert. *Kommunikationssituation* definiert Gumbrecht als „das Verhältnis jener Wissenssegmente und ihrer jeweiligen Verknüpfungen, die vom Textproduzenten bei der Textkonstitution und vom Rezipienten zum Zweck des Verstehens aktualisiert werden“ (Gumbrecht 1978: 11).

Müller und Schmieder machen darauf aufmerksam, dass diese Begriffe (auch *Sprechakt* oder *Sprachhandlung* gehören dazu) in einer „konzeptuellen Spannung“ zu Gumbrechts Forschungsinteresse stehen, da das eigentlich im Zentrum stehende Typenkonzept „ausdrücklich auf die sozial institutionalisierten normierten Bedeutungen abhebt“ (Müller und Schmieder 2016: 377).

Auch Willibald Steinmetz verwendet den Terminus bei seinen Überlegungen zur ‚Mikrodiachronie‘, siehe unten (vgl. z.B. Steinmetz 2008: 188, synonym auch ‚Handlungssituation‘, 187).

Befunde „an Grenzen“ gestoßen seien: „Nur durch die Einbeziehung der sprachpragmatischen Dimension und die Beobachtung sprachlicher Interaktion *in kürzeren Zeit- und konkreten Handlungsräumen* lassen sich – so die hier vertretene Auffassung – angemessene Modelle für die Erklärung semantischen Wandels entwickeln“ (Steinmetz 2008: 183, eigene Hervorhebung, F.D.). Denn nur

durch die Betrachtung sprachlicher Interaktionen in Handlungssituationen wird erkennbar, wie und warum Sprecher(innen)/ Schreiber(innen) bestimmte Wörter einmal so, ein anderes mal anders verwendeten, und wie und warum Hörer(innen)/ Leser(innen) sie so oder anders verstanden. [...] Die großen, linearen Erzählungen der älteren Begriffsgeschichte lösen sich tendenziell auf in viele kleine Geschichten situationsbedingten Sprachgebrauchs, die keinen allgemeinen Verlaufsmustern mehr zu folgen scheinen (Steinmetz 2008: 187).

Wer nach diesen Vorgaben versucht, semantischen Wandel von Begriffen zu *erklären*, wird sich nolens volens mit dem Problem konfrontiert sehen, den *kommunikativen Erfolg* (oder Misserfolg) eines Begriffs situationsbedingt zu rekonstruieren. Denn das häufige Vorkommen indiziert typischerweise nichts anderes, als dass ein Begriff in bestimmten Kontexten (die sich historisch häufen können oder wieder seltener werden) für die Sprecher eine kommunikative Aufgabe gut erfüllt – und das gegebenenfalls besser tut als andere Begriffe, an deren Stelle er dann tritt. Auch das Verschwinden eines Begriffs ist nach den bisherigen Bestimmungen nicht anders zu verstehen, als als Resultat des Unbrauchbarwerdens eines Begriffs für die Realisierung kommunikativer Zwecke der Sprecher. Bei der Frage nach der situationsgebundenen Tauglichkeit eines Begriffs sind die usuellen Gebrauchskonventionen (zu der auch angelagerte Momente aus seiner Begriffsgeschichte gehören können, so dass z.B. die konnotative⁵⁶

⁵⁶ *Konnotation* wird hier im Sinne von Utz Maas verstanden, der diese besonders für eine *politische* Sprachwissenschaft, deren Gegenstand immer Sprachpraxis sei, reflektiert. Maas bestimmt Konnotation Louis Hjelmslev folgend als reflexive Struktur der Sprachpraxis (bzw. genauer: ihrer Form). Sie kann damit als „Deplazierung“ (Maas 1985: 73) sozialer Form verstanden werden. Ihre „Pointe“ besteht für Maas in der „kategorialen Differenz von Selbstreflexivität der Äußerung und dem mit ihr formal Bezeichneten“ (78). Diese Konkretisierung des Konnotationsbegriffs bietet sich für die Begriffsgeschichte gerade deswegen an, weil sie es ermöglicht, die Dialektik von singularer Verwendung und

Verbindung einer Kategorie mit einem bestimmten Autor oder einer politischen Partei hinderlich oder förderlich für die kommunikative Aufgabe sein können) die wichtigste Ressource, an der sich die Sprecher im konkreten Sprachgebrauch orientieren. Entscheidend ist dabei, dass die konventionalisierten Bedeutungsgehalte die konkrete Verwendung nie vollständig determinieren. Es bleibt immer ein (wenn auch nicht immer direkt hervorstechender) Rest, der nicht in den konventionalisierten semantischen Strukturen aufgeht (zu denken wäre etwa an die besondere Betonung eines denotativen ‚Merkmals‘ vor anderen, die Herausstellung eines konnotativen Aspekts der Begriffsbedeutung oder etwa die Übertragung in neue Kontexte etc.). *Jede* Verwendung ist somit semantisch *innovativ*, und wirkt, wenn es nicht beim einmaligen Verwendungsakt bleibt, sondern der kommunikative Nutzen auf wiederholbaren und typischen Bedingungen beruht (weil ein Begriff einen neuen Sachverhalt besonders gut trifft oder ihn besonders anschaulich erfasst etc.), wieder zurück auf die Konvention. Die sich hier ergebende Dialektik von konventionellen Gebrauchsregeln bei gleichzeitiger Offenheit in der konkreten Verwendung bedingt erst, dass sich die Gebrauchskonventionen der Begriffe kontinuierlich *ändern* und sie so den Gegenstand einer jeden *Begriffsgeschichte* erst hervorbringen.⁵⁷

An dieser Stelle gewinnt auch Steinmetz‘ Rede vom ‚(strategischen) Gebrauchswert‘ an Plausibilität (auch wenn der Begriff nicht umfassend entwickelt wird): Für Steinmetz ist die Zunahme eben dieses Gebrauchswertes eine von drei erörterten Varianten, die zur *Erklärung* des begrifflichen Wandels (über die ‚bloße‘ Beschreibung hinaus) herangezogen werden können. Bei der Zunahme des Gebrauchswertes „läuft es darauf hinaus, dass bestimmte Wörter sich im Gebrauch durchsetzen, weil sich mit ihnen erfolgreich sprechen und handeln lässt“ (Steinmetz 2008: 189). Die Rede vom Gebrauchswert eines Begriffs legt – bei aller Unterbestimmtheit – den Fokus auf den kommunikativen Erfolg der Begriffe als die

angelagerter und lexikalisierte Bedeutung systematisch als Konnotation zu erfassen. So verstanden lagert sich soziale Praxis als Konnotation an Begriffen an.

⁵⁷ In der handlungstheoretischen Semantik wird ganz ähnlich die Offenheit der Gebrauchsregeln (die in der Summe die Bedeutung eines Ausdrucks darstellen) als zentraleres Moment des Bedeutungswandels interpretiert. Siehe auch folgende Anmerkung.

entscheidende Größe in der Rekonstruktion des semantischen Wandels. Und auch wenn eine genauere Definition des Begriffs ausbleibt, trifft die Metapher das Interesse einer sprachpragmatisch reflektierten Begriffsgeschichte damit zielsicher: Denn diese interessiert sich, wie gesagt, weniger für lexikalisch festgezogene Wortbedeutungen, sondern vielmehr für die Rolle, die Begriffe bei der Realisierung von politisch-kommunikativen Zwecken der Akteure in konkreten Kommunikationssituationen spielen.⁵⁸

Die Realgeschichte der begrifflichen Verwendung darf daher nicht gegen ein theoretisches aufgeworfenes Ideal ausgespielt werden. Es gibt aus den genannten Gründen für den Begriffshistoriker keinen „falschen“ Gebrauch von Begriffen, auch wenn sich eine Gebrauchskonvention als terminologisch gröber oder philosophisch naiver darstellen sollte, als es der Maßstab der theoretischen Reflexion erfordern würde. Es verbietet sich daher beispielsweise auch, einen ‚Rückfall‘ hinter ein bereits erreichtes Niveau zu konstatieren. In derartigen Fällen bleibt aus begriffsgeschichtlicher Sicht schlicht die Frage zu klären, warum dieser als theoretisch defizitär ausgewiesene Gebrauch einer Kategorie an einer bestimmten Stelle reüssiert und worin der ‚Gebrauchswert‘ für die Akteure bestand.⁵⁹

⁵⁸ In eine ähnliche Richtung weist auch die Rede vom *Handlungspotenzial* von sprachlichen Ausdrücken in der handlungstheoretisch ausgerichteten historischen Semantik, wobei das Handlungspotenzial allerdings auf der Satzebene (als Vollzugsgröße einer sprachlichen Handlung) angesiedelt ist. Die Bedeutung eines Wortes wird hier daher als „Beitrag, den es zu diesem Handlungspotenzial [eines Satzes, F.D.] leistet“, verstanden. Ähnlich wie es die Metapher des Gebrauchswertes impliziert, geht man hier davon aus, dass die „Ausdrücke einer Sprache [...] von den Sprechern mit bestimmten Intentionen gebraucht [werden]. Jedes Wort ist ein Werkzeug, das die Sprecher zu einem bestimmten Zweck verwenden können“ (Fritz 2005: 5).

⁵⁹ Ich werde es daher im Folgenden auch streng vermeiden, mich einer derartige Beurteilung der theoretischen Qualität von Begriffen anzuschließen. Die Frage, ob die ‚Weltanschauung‘ der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende eine ‚ideologische‘ oder ‚vulgäre‘ Ausprägung des Marxismus oder ob die Kategorien ihrer Vordenker einen begrifflichen ‚Rückfall‘ hinter die durch die ‚Klassiker‘ gesetzten Standards darstellen oder nicht, kann anhand der ideen- und theoriegeschichtlichen Literatur bis zur Erschöpfung durchdekliniert werden. Dass die Begriffe, die damals ins Rennen geschickt wurden, kommunikativ erfolgreich waren, steht historisch außer Frage.

Die hohe Relevanz der konkreten Begriffsverwendung in klar abgegrenzten Kommunikationssituationen bedingt dabei allerdings schon aus forschungspraktischen Gründen, dass dies nur in exemplarischer Form geleistet werden kann. Begriffsgeschichte, die sich für die Rolle der Begriffe in konkreten Verwendungssituationen interessiert, wird darauf angewiesen sein, das Typische des Sprachgebrauchs in kleinen, gezielt ausgewählten Diskursausschnitten zu analysieren. Daran wird sich auch die Argumentation in dieser Arbeit, z.B. im 2. Kapitel orientieren, in dem die Rolle des Revolutionsbegriffs in den Zukunftserwartungen in der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg anhand klar abgegrenzter politisch-programmatischer Debatten in der Parteipresse untersucht wird.

Die mit einer derartigen sprachpragmatischen Ausrichtung der Begriffsgeschichte einhergehende Bestimmung von Grundbegriffen als „zentrale[...] Elemente der gesellschaftlichen Kommunikation“ (Knobloch 1992: 12) steht in einer kaum auflösbaren Spannung zur Fixierung auf das (isolierte) Einzelwort als Untersuchungsgegenstand, die der Begriffsgeschichte bisweilen nicht ganz zu Unrecht nachgesagt wird. Die Ursache für diese Orientierung ist sicherlich auch in der institutionellen Organisation begriffsgeschichtlicher Forschung zu suchen, bei der lange große Wörterbuchprojekte mit lexikalischer Darstellung im Zentrum standen. Diese lexikalische Darstellungsweise bedingt eine am Einzelwort orientierte Einteilung des Gegenstandes (oder legt diese nahe). Problematisch ist diese Vorentscheidung vor allem, wenn ‚den Begriffen‘ und ihren generalisierten Bedeutungen sowie ihrer jeweiligen epochenüberdauernden Begriffsgeschichte damit ein enormes Eigengewicht gegenüber dem konkreten, historisch jeweils distinkten Gebrauch zuschrieben wird, der sich forschungspraktisch nur selten adäquat rekonstruieren lässt. Es besteht dabei die Gefahr, als Eigenschaft (oder Bedeutung) ‚des Begriffs‘ anzunehmen, was nur unter Beachtung der konkreten gesellschaftlichen und politischen Kommunikationssituation zu erklären ist.⁶⁰

⁶⁰ Auch Dietrich Busse hat sich – aus sprachwissenschaftlicher Perspektive – gegen die Orientierung der Historischen Semantik am einzelnen Wort/Lexem/Begriff ausgesprochen: „Jede semantische Analyse, die am Einzelzeichen oder Wort ansetzt und eine isolierte Wortsemantik für möglich hält, ist – vom epistemologischen oder tiefensemantischen Standpunkt aus betrachtet – als eine Art Eisbergspitzen-Semantik aufzufassen, weil sie

Zu diesem Problem hat Reinhart Koselleck selbst Stellung bezogen, wobei er die Neigung geäußert hat, auf theoretischer Ebene der Kritik an der Konzentration auf das Einzelwort zuzustimmen. Als problematisch stellt sich für Koselleck jedoch vor allem ‚auf der forschungspraktischen Ebene‘ dar, dass eine Abgrenzung der Ko- und Kontexte prinzipiell unmöglich ist. Ein befriedigendes Kriterium zur Abgrenzung des Gegenstandes finde sich nicht auf der Ebene des einzelnen Wortes (bzw. Begriffes), aber genauso wenig auf der des Textes wie auf der einzelner Diskurse („Debatten“). Mit gleichen Argumenten werde z.B. auch die Ausweitung der Untersuchung von der Wissenschafts- auf die Alltagssprache gefordert. Im Ergebnis entstehe ein unüberblickbares Vorhaben.⁶¹

achtzig bis neunzig Prozent dessen, was als Wissen notwendig ist, um die Bedeutung eines Wortes im Kontext vollständig zu aktualisieren, unexpliziert lässt, ignoriert oder bestenfalls als selbst-verständlich gegebenes Alltagswissen voraussetzt und damit als uninteressant (für weitere wissenschaftliche Betrachtung bzw. semantische Explikation) abtut. Wenn historische Semantik als Begriffsgeschichte methodisch begründet wird, dann hat eine linguistisch motivierte Konzeption einer Tiefensemantik damit zunächst vor allem deswegen Probleme, weil im Kontext der Theorietradition der Sprachwissenschaft der Terminus ‚Begriff‘ mit einer isolierenden und reduktionistisch verfahrenen Wortsemantik auf das Engste verknüpft ist“ (Busse 2003: 21).

⁶¹ „Man hat wiederholt und nicht ohne Berechtigung festgestellt, daß es schwierig, vielleicht sogar unmöglich sei, die Geschichte eines linguistisch isolierten Begriffs zu schreiben. Einige Kritiker der Begriffsgeschichte gingen so weit zu behaupten, daß für solche Forschungen ein weiterer Kontext unbedingt vorausgesetzt werden müsse; genauer, ein vollständiger Text oder gar eine Serie von Texten. Ohne diesen erweiterten, textuellen Kontext, so wird argumentiert, sei es ausgeschlossen, die Bedeutung und die Wandlungen der Bedeutung eines einzelnen Begriffs zu rekonstruieren. Ich bin nicht abgeneigt, auf der theoretischen Ebene der Tendenz dieser Kritik zuzustimmen. Es reicht allerdings aus, so scheint mir, ihr auf der forschungspraktischen Ebene zu antworten. Sobald man beginnt, die sprachlichen Kontexte, in denen die Bedeutung individueller Begriffe analysiert werden könnte, zu betrachten, gibt es keine Grenzen mehr. Man beginnt mit dem Paragraphen, in dem der lexikalische Repräsentant des Begriffs, der Begriffsname, erscheint. Von diesem Paragraphen geht man über zum ganzen Aufsatz oder Buch. Vom Buch ist es nur ein kleiner Schritt in die gesamte soziale und politische Debatte der jeweils untersuchten historischen Periode, denn alle Begriffe beziehen sich auf unterschiedliche Weise auf andere zeitgenössische Begriffe, z. B. auf ihre Gegenbegriffe. Und zugleich reicht es nicht aus, sich allein auf die Wissenschaftssprache zu beschränken, da offensichtlich die Konventionen der normalen Sprache für begriffsgeschichtliche Forschungen belangreich sind. Mit anderen Worten: Man landet schließlich in der Analyse aller Aspekte einer Sprache zu einem gewissen Zeitpunkt im historischen Prozeß.“ (Koselleck 2006e: 86 f).

Da es jedoch unmöglich ist, alle diese Dinge gleichzeitig zu tun, hängt es letztlich vom individuellen Forscher, von seinen spezifischen Erkenntnisinteressen und seinen Fragestellungen ab, wozu er sich entscheidet. Forschung ist in gewisser Weise ein Blicken durch die Linse einer Kamera. Der Forscher kann sich auf einen Begriff und dessen unmittelbaren Kontext konzentrieren, auf einen Text, auf eine Serie von Texten oder auf die ganze Sprache. Alle diese Entscheidungen können gleichermaßen legitim sein; sie schließen sich allerdings bis zu einem gewissen Grade wechselseitig aus (Koselleck 2006e: 86 f).

Mangels Alternative hielt er für die *Geschichtlichen Grundbegriffe* an der lexikalischen Darstellungsweise fest, die er jedoch zunehmend als „theoretische Zwangsjacke“ (Koselleck 2006e: 86) empfand. Rein äußerlich ist dieses Unbehagen bei den *Geschichtlichen Grundbegriffen* schon dadurch dokumentiert, dass sich in den späteren Bänden verschiedene Artikel zunehmend vom Einzelwort lösen und eher *Begriffsfelder*⁶² untersuchen (und so auch im Umfang immer weiter das ursprünglich gesetzte Limit von bis zu 60 Seiten deutlich übersteigen, vgl. exemplarisch die Artikel *Verein*, *Gesellschaft*, *Geheimgesellschaft*, *Assoziation*, *Genossenschaft*, *Gewerkschaft* von Wolfgang Hardtwig (Hardtwig 1972 - 1997) oder den bekannten Artikel *Volk*, *Nation*, *Nationalismus*, *Masse* (Koselleck et al. 1972 - 1997), der den Umfang einer Monografie erreicht. Auch in vielen selbstständigen Publikationen ist der Tendenz nach einer Lösung vom isolierten Begriffswort zu erkennen.

Um ein Zwischenfazit zu ziehen, können wir nach dem bisher Gesagten also festhalten, dass die Begriffsgeschichte daher, wenn sie sich dieser Reformulierung ihres Gegenstandes anschließt, auf die Rekonstruktion konkreter Kommunikations- bzw. Handlungssituationen angewiesen ist. Sie muss dabei die verschiedenen Akteure und (soweit erkennbar) ihre jeweiligen Interessen und Absichten mit einbeziehen. Sie ist sich dessen bewusst, dass das Zusammenfassen der Gebrauchskonventionen in (synchron wie diachron) verschiedenen Kommunikationssituationen zu

⁶² Die Forderung, dass sich die Begriffsgeschichte mit *Begriffsfeldern* und nicht mit Einzelbegriffen befassen müsse, wurde in der Debatte bereits früh erhoben. Ihren Ursprung hat diese Forderung in der Wortfeldtheorie, wie sie von Jost Trier entworfen wurde. Vgl. Müller und Schmieder 2016: 460 ff.

‚der‘ Begriffsgeschichte eines Ausdrucks (wie es sich auch das Koselleck’sche Lexikon vornimmt), selber einen *Kollektivsingular* aufruft, dessen Fallhöhen aufzuzeigen sich die politisch-soziale Begriffsgeschichte eigentlich vorgenommen hatte. Eine Orientierung am Prinzip der Exemplarizität wird aus forschungspraktischen Gründen unvermeidlich, wenn der Relevanz der konkreten Begriffsverwendung in Kommunikations- bzw. Handlungssituationen Rechnung getragen werden soll.

2.4. BEGRIFFSGESCHICHTE UND DISKURSANALYSE

Nach dem bisher Gesagten kann man durchaus behaupten, dass (linguistische) Diskursanalyse und die erneuerte Begriffsgeschichte – wenn auch üblicherweise mit anderem disziplinärem Hintergrund und unterschiedenem methodischen Zugriff – ein durchaus vergleichbares, nämlich in Busses Terminologie ‚tiefensemantisches‘ oder ‚epistemologisches‘ (vgl. Anm. 30) Erkenntnisinteresse verfolgen. Der Hauptunterschied zwischen beiden Paradigmen liegt in den jeweils unterstellten Sprachauffassungen: Die als Untersuchungsziel der Begriffsgeschichte benannte Dialektik zwischen sprachlich-begrifflichen Entwicklungen und Prozessen der „*Sachgeschichte*“, zwischen begrifflichen „*Vorgriffen*“ oder historischen Retardierungen wird in der an Foucault orientierten Tradition der Diskursanalyse programmatisch eingebnet. So betont beispielsweise Siegfried Jäger nachdrücklich, dass Diskurse nicht „spiegeln“ (Jäger 2012: 33 ff). Es handle sich vielmehr, wie er in Anlehnung an die Formulierung Foucaults herausstellt, bei Diskursen um „Materialitäten *sui generis*“. Zwar distanziert sich auch Koselleck von reduktionistischen Sprachauffassungen, die Sprache als bloßes Darstellungsmedium verstehen, und Begriffsgeschichte verstehe „Sprache nicht als Epiphänomen der sogenannten Wirklichkeit [...], sondern als methodisch irreduzible Letztinstanz“ (Koselleck 2006g: 99). Und auch Koselleck wendet sich daher dezidiert gegen die Spiegel-Metaphorik:

Die Geschichte der Begriffe spiegelt nicht in einer simplen Weise materielle oder politische Interessen wieder - das tut sie auch. Vielmehr zeigt die Geschichte der Begriffe, dass in ihr die sprachlichen Eigenleistungen enthalten sind, die jedermann aufbringen muss, der seine

Welt zu erkennen oder zu beeinflussen sucht. Die Begriffe haben also auch eine eigene, sprachimmanente Geschichte (Koselleck 2006a: 57).

Allerdings zielt sein begriffsgeschichtlicher Ansatz ja trotz allem gerade auf die Konvergenz von sprachlichen *und außersprachlichen* (oder sachgeschichtlichen) Prozessen ab. Auch die Herausstellung der Faktorseite der Grundbegriffe ändert daran nichts. Denn damit ein Begriff für den geschichtlichen Verlauf - über die Figurierung der Wirklichkeit der Sprecher⁶³ und dadurch Prägung ihrer Handlungen ‚wirken‘ kann, muss eine Ungleichzeitigkeit (s.u.) der begrifflichen und sachgeschichtlichen Entwicklung gedacht werden. Als *Faktor* werden Begriffe in Kosellecks Überlegungen wirksam in einer nichtsprachlichen Lebenswelt, nicht („nur“) im weiteren Diskursverlauf.

Mit diesen unterschiedlichen Sprachauffassungen gehen auch divergierende Ausgangslagen für die Analyse des sprachlichen Materials einher: Während es für die verschiedenen Spielarten der Diskursanalyse, die sich in die Tradition der Foucaultschen Theorien stellen, charakteristisch ist, dass diese, wie gesagt, *Diskurs* als eigenständige, irreduzible Materialität verstehen, und keinerlei Fakten oder Wirklichkeit „hinter“ dem Diskurs anerkennen, verhält sich dies begriffsgeschichtlichen Kontexten wesentlich anders. Deutlich wird dies schon am Sprachgebrauch Kosellecks (und vieler anderer Begriffshistoriker), der der Sprach- oder Begriffsgeschichte bisweilen recht schroff eine (objektiv feststellbare) ‚Sachgeschichte‘ gegenüberstellt. Indem Koselleck die „Konvergenz von Begriff und Geschichte“ (gemeint ist eine objektive Sachgeschichte, vgl. Koselleck 1972 - 1997: XXIII) zum eigentlichen Thema der Begriffsgeschichte erklärt, macht er dieses Sprachverständnis zum Zentrum des Ansatzes: Dieser versteht sich als Zwischenglied zwischen materialistischen und idealistischen Sprachauffassungen, die als gleichermaßen einseitig zurückgewiesen werden (vgl. Koselleck 2006g: 99). Das Leitbild von Begriffen als *Indikator* und *Faktor* in einer nichtsprachlichen Wirklichkeit impliziert, dass Sprache (und letztlich vice versa auch Geschichte!) nur angemessen verstanden werden kann, wenn sie umfassend im Wechselspiel mit außersprachlichen Entitäten

⁶³ „Ohne Begriffe keine Erfahrung und ohne Erfahrung keine Begriffe“ (Koselleck 2006a: 62).

betrachtet wird. Die divergierenden Sprachauffassungen von Begriffsgeschichte und Diskursanalyse berühren daher nicht nur die grundlegenden theoretischen Fragen, sondern haben weitreichende Konsequenzen auf methodischem Feld. Um den Anspruch einlösen zu können und den Sprachgebrauch mit den anvisierten Begriffen in diesem Sinne erfassen zu können, müssen für dessen Analyse die sozialen und politischen Rahmenbedingungen des Sprachgebrauchs ausführlich rekonstruiert werden. Als Kürzel gesellschaftlicher Kommunikation werden Begriffe erst dann verständlich, wenn die politisch-kommunikativen Problemlagen der Akteure beachtet werden, wobei diese in der Gegenrichtung auch wieder durch die Verwendung der Begriffe weiter erhellt werden.

2.5. KRITIK UND DESKRIPTION

Die Debatte um die Frage, inwiefern sich diskurslinguistische Forschung auf möglichst „reine“, dem Gebot wissenschaftlicher Werturteilsfreiheit verpflichteter Deskription beschränken möge, oder ob sie sich darüber hinaus auch als in die untersuchten Diskurse intervenierende, *kritische* Wissenschaft verstehen dürfe (oder gar müsse), wird in der Sprachwissenschaft praktisch seit dem Aufkommen der Diskurslinguistik geführt. Nichtsdestotrotz kann diese Debatte bis zum heutigen Tage kaum als abgeschlossen gelten (vgl. Warnke et al. 2013). Im Gegenteil findet das Problem auch in jüngeren Einführungsbänden regelmäßig wieder Erwähnung⁶⁴, und auch in vielen neueren Studien gehört eine Verortung in diesem Spannungsfeld zum guten Ton.⁶⁵ In der begriffsgeschichtlichen Theorie- und Methodendiskussion spielen und spielten diese Fragen keine ähnlich große Rolle (was schon durch die allgemeine Einordnung der Herausgeber der *Geschichtlichen Grundbegriffe* als dezidierte Konservative nahegelegt wird). Angesichts des erläuterten Zieles der neueren Begriffsgeschichte, die „Konstitutionsbedingungen“ (Busse 2003) von gesellschaftlich relevantem Wissen bzw. Vorstellungen offenzulegen und in

⁶⁴ Ein Beispiel unter vielen stellt die Einführung in die Diskursanalyse von Thomas Niehr dar, vgl. Niehr 2014a: 50 ff.

⁶⁵ Stellvertretend seien hier nur Römer 2017: 64 ff. oder Kalwa 2013: 8 ff. genannt.

diesem Sinne ‚epistemisch‘ zu verfahren, kann ihr allerdings ein kritisches Potenzial nicht abgesprochen werden. Denn der Begriffshistoriker „belehrt“ nicht nur seine Leser, sondern „leistet Beihilfe zur Ernüchterung“ (Koselleck 2006a: 56). Seit den 1970er Jahren beschrieb Koselleck selbst nicht mehr nur die begriffsgeschichtliche Methode als *historisch-kritisch* (so bereits in den *Richtlinien*, vgl. Koselleck 1967: 83), sondern bezeichnete *Ideologiekritik* als Ziel der Begriffsgeschichte (vgl. Coves 2016: 45).

In den Debattenbeiträgen zur Frage Deskription oder Kritik wird oft darüber gestritten, ob zusätzlich zur deskriptiven Behandlung eines Themas auch eine *Beurteilung* des Sachverhalts durch die Forscher erlaubt oder geboten sei. Problematisch ist hierbei, dass das Problem derartig gefasst wird, als ginge es um die Frage, ob der analysierende Wissenschaftler diese Beurteilung seines Untersuchungsgegenstandes zusätzlich zur methodisch abgesicherten, rein deskriptiv verfahrenen Analyse abgeben darf oder soll. So wird dann oft (mindestens unterschwellig) angenommen, dass sich beide Paradigmen im Hinblick auf ihre Analysemethoden und ihren analytischen Anspruch kaum unterscheiden (vgl. Römer 2017: 67), und die kritische Diskursanalyse so als deskriptive, streng wissenschaftliche Untersuchung des Gegenstandes mit einer *zusätzlichen politischen* Stellungnahme des Forschers zu verstehen sei, die dieser als ‚kritischen‘ Kommentar auf die deskriptive Analyse aufsattelt. Die Defizite dieser Fassung der Opposition wiegen umso schwerer, wenn die vom kritischen Wissenschaftler geforderte Intervention in und Beurteilung von den untersuchten Diskursen sich nicht intrinsisch auf gewonnene Erkenntnisse stützt, sondern externe Beurteilungsmaßstäbe akzeptiert und gefordert werden.⁶⁶ Dies kann sich in der Praxis etwa so äußern, dass der Beitrag zum Fortbestehen der demokratischen Verfasstheit des politischen Diskurses als Urteilkriterium der Kritik postuliert wird.⁶⁷ Im Diskurs ist das hier zur Richtschnur der Kritik erhobene Gut aber selber involviert und steht im Wettstreit mit konkurrierenden Meinungen, Interessen und Argumenten. Damit verwischt die so betriebene kritische Wissenschaft die Differenz zwischen sich selbst

⁶⁶ Vgl. zu diesem Problem Jäger 2012: 144 ff. und Jäger 2007: 37.

⁶⁷ Dass politische Diskurse tatsächlich nicht immer so strukturiert sind, dass sie dem Erhalt einer demokratischen Ordnung dienen, ist offensichtlich. Es handelt sich also rein um eine normative Setzung, die dem Gegenstand gegenüber äußerlich bleibt.

und dem zu analysierenden Gegenstand. Sie ergreift selbst Partei, und zwar gerade als Vorannahme und nicht als Ergebnis der Untersuchung.

Demgegenüber geht ein traditionellerer Begriff von *Kritik* von der Einsicht aus, dass sich die Akte *Analyse* und *Beurteilung* gar nicht systematisch voneinander trennen lassen. Die Forderung, subjektive Werturteile aus wissenschaftlicher Analyse herauszuhalten, ist so gültig wie trivial. Die Vorstellung einer vollständig von Vorannahmen, Interessen und von hegemonialen Diskursstrukturen unabhängigen und so wirklich ‚reinen‘ deskriptiven Diskursforschung oder Begriffsgeschichte ist jedoch eine Idealvorstellung, die als Konsequenz mitunter unreflektierte Parteinahmen und Beurteilungen des Interpreten hervorbringt: Leicht wird der eigene Standpunkt als ‚neutral‘ oder ‚objektiv‘ angenommen und die historische Wandelbarkeit unserer gesellschaftlichen und politischen Grundannahmen übersehen. Kritisch sollte Diskurs- wie Begriffsgeschichte so in erster Linie sein, indem sie ihre eigene Involviertheit in diskursive Auseinandersetzungen reflektiert und transparent macht. Kritisch wäre eine solche Perspektive dazu nicht zuletzt auch dadurch, dass sie die herrschenden Diskursregeln nicht als gegeben hinnimmt oder ihren Gegenstand (unbewusst) von diesem Standpunkt aus betrachtet und bewertet, sondern die historische Bedingtheit und Kontingenz hegemonialer Strukturen bewusst macht und reflektiert.

In diesem Sinne ist beim hier behandelten Themenbereich allem voran zu berücksichtigen, dass angesichts der in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften bis zur Erschöpfung diskutierten Rede vom „Ende der großen Erzählungen“ (Jean-François Lyotard) die im heutigen Interdiskurs unmarkierte und hegemoniale „unideologische“ Geschichtsauffassung selbst tief in ein historisch distinktes Diskurstableau eingeflochten ist. Daran anschließend könnte man auch bei begriffsgeschichtlicher Forschung ein kritisches Potenzial reklamieren, indem sie ihren Gegenstand nicht nur *beschreibt*, sondern versucht, in seiner historischen Genese auch zu *erklären* (um diese bereits erwähnte Gegenüberstellung von Steinmetz noch einmal aufzugreifen). Indem die Konstitutionsbedingungen von gesellschaftlichen Wissenselementen, die in alltäglichen (politischen) Auseinandersetzungen ja gerade unsichtbar bleiben, dechiffriert werden, werden sie demokratischer politischer Meinungsbildung erst zugänglich gemacht. In diesem Sinne zeichnet sich

kritische Wissenschaft primär dadurch aus, dass sie erstens die Einsicht in die eigene Verstrickung in Diskursive und gesellschaftlich-politische Strukturen anerkennt und reflektiert und zweitens das Ineinsfallen von Analyse und Bewertung anstrebt.

2.6. DER NUTZEN DIGITALER KORPORA FÜR DIE BEGRIFFSGESCHICHTE

Die Nutzung digitaler Korpora ist im Bereich der linguistischen Diskursanalyse längst etabliert. In der Begriffsgeschichte ist das (noch) nicht in gleicher Weise der Fall, obwohl in der Theorie- und Methodendiskussion schon seit längerer Zeit der mögliche Nutzen und die Implikationen des Computers für begriffsgeschichtliche Fragen reflektiert werden (vgl. Scholtz 2005). Die Arbeit mit digitalen Korpora bietet damit für die politisch-soziale Begriffsgeschichte nicht nur unbestreitbare Vorteile, sondern birgt auch die Gefahr, das Ziel der Analyse unter der Hand auf die Aneinanderreihung von statistischen Fakten und besonders Ausdruckshäufigkeiten zu verengen. Dabei dürfte es eigentlich keinen Zweifel daran geben, dass begriffsgeschichtliche Phänomene nicht identisch sind mit Veränderungen der sprachlichen Ausdrucksseite. So gilt einerseits, dass die alleinige Vorkommenshäufigkeit eines Ausdrucks keinesfalls ein ausreichendes Indiz für den Erfolg oder die (politische) ‚Brisanz‘ eines Begriffs bietet. Die häufige Verwendung eines Ausdrucks mag darauf hinweisen, dass dieser eine Problemlage oder einen Sachverhalt besonders trifft. Das häufige Vorkommen eines Begriffswortes kann aber andererseits genauso ein Zeichen dafür sein, dass es bereits rhetorisch verschlissen und semantisch ausgehöhlt ist. Das Ausbleiben eines Ausdrucks zu einer bestimmten Zeit dagegen kann einerseits anzeigen, dass der entsprechende Begriff unpopulär oder unwichtig ist, aber auch, dass er für die Sprecher im konkreten Kommunikationszusammenhang völlig unproblematisch oder unhinterfragt ‚gültig‘ ist. Das Fehlen eines Begriffsworts kann politisch-persuasivem Kalkül folgen, auch wo die Kategorie hoch relevant bleibt. Das Hinzuziehen (digitaler) Korpora und die damit verbundenen Möglichkeiten der Erhebung ‚objektiver‘ statischer Daten führen also keineswegs zu einem Rückgang der Notwendigkeit qualitativer Untersuchungen. Im Gegenteil ist Gunther Scholz zuzustimmen, dass die Verfügbarkeit von mehr Daten die

Notwendigkeit der Interpretation noch erhöht, „da das Datenmaterial sonst stumm bleibt“ (Scholtz 2005: 189). Polemisch charakterisiert Fritz Hermanns diese Problematik und die mit ihr verbundene Spannung zwischen den Paradigmen der Korpusanalyse und der Historischen Semantik:

Sind die Texte einmal im Computer, braucht man die Texte daher gar nicht mehr zu lesen, so das Ideal der Korpuslinguistik. Als die Teile eines Korpus warten Texte sozusagen nur noch darauf, daß man sie verzettelt. Die Verzettelung der aus dem Text gewonnenen Belege ist die zweite Phase dessen, was man eine Textzerstörung nennen könnte. Dessen erste Phase ist aber bereits die Sinnlosmachung eines Textes dadurch, daß man ihn aus seinen intertextuellen und historischen Zusammenhängen isoliert. Der Begriff Diskurs als Leitwort der historischen Semantik könnte helfen, die Zusammenhänge wieder in den Blick zu rücken, denen Texte ihre Existenz und ihre Form und ihren Sinn verdanken (Hermanns 2012: 26).

Was Hermanns hier im Hinblick auf die Diskursanalyse formuliert, hat zweifellos ebenso Gültigkeit für die Nutzung des Computers und digitaler Korpusanalysen in der Begriffsgeschichte. Ohne Beachtung der situativ-kommunikativen Rahmenbedingungen einer Begriffsverwendung bleibt die Arbeit mit einem digitalen Korpus für die Begriffsgeschichte blind. So nützlich die Arbeit mit digitalen Korpora (primär aus heuristischen Gründen) auch für die Begriffsgeschichte ohne jeden Zweifel ist, so muss sie doch eine Ergänzung der qualitativen Analyse bleiben, und kann diese in keiner Weise ersetzen.

2.7. ZUR TEXTSORTE PARTEIPROGRAMM

Die Textsorte *Parteiprogramm*, steht fast schon traditionell im Zentrum der Aufmerksamkeit der Politolinguistik.⁶⁸ Auch in dieser Arbeit stellen Parteiprogramme den Kern des zugrundeliegenden Korpus dar. Auch wenn bereits Reinhart Kosellecks Konzeption der *Geschichtlichen Grundbegriffe* die

⁶⁸ Exemplarisch sei hier nur auf die frühen einflussreichen Arbeiten Hermanns (Hermanns 1989, Hermanns 1991) oder von Klein (Klein 2012) verwiesen.

Untersuchung der „Akten der Stände und Parlamente, der Verwaltung und Politik“ (Koselleck 1972 - 1997: XXIV) vorgesehen hatte, finden derartige Texte aus dem Bereich der politischen Kommunikation in der begriffsgeschichtlichen Forschung bis heute vergleichsweise wenig Beachtung.⁶⁹

Klein behandelt Parteiprogramme in seiner Textsortenklassifikation nach den Kriterien *Adressat*, *kommunikative Grundfunktion* und besonders dem „Hauptkriterium“ *Emittent* (Klein 2000: 734). Er beschreibt dabei Grundsatzprogramm und Wahlprogramm, wobei er erstere bemerkenswerterweise als „[p]rimär parteiintern gerichtete TS“ (Klein 2000: 745) klassifiziert. Konsequenterweise werden auch „Parteimitglieder“ noch vor der „Öffentlichkeit“ (ebd.) als Adressaten benannt. Ihnen wird eine „orientierend[e]“ (ebd.) Grundfunktion zugesprochen, wobei Klein (intern wie extern) die „appellative Seite“ (ebd.) der Orientierungsfunktion betont.

Damit ist für begriffsgeschichtliche Fragen noch nicht sehr viel gewonnen. Allgemein kann weiter festgehalten werden, dass für die Textsorte Parteiprogramm die institutionalisierten Konventionen der Produktion und Rezeption in einem spezialisierten Diskursumfeld charakteristisch sind: Parteiprogramme werden von Experten im Hinblick auf eine Lektüre durch Fachleute verfasst, wobei stets einzurechnen ist, dass diese Lektüre nicht wohlwollend und kooperativ stattfindet, sondern, mitunter feindlich gestimmt, gezielt nach Schwachstellen gesucht wird:

Entgegen der sonst gültigen Regel, daß ein Autor auf die Kooperationsbereitschaft, auf den guten Willen also, seiner Leser bauen kann, ja bauen muß, wenn er verstanden werden will, haben die Autoren eines Parteiprogramms die Gewißheit, daß ein Teil ihrer Leser sie wird mißverstehen wollen. Auch wenn gegen den Strich gelesen, muß daher ein

⁶⁹ Was im Falle der *Geschichtlichen Grundbegriffe* natürlich zu einem großen Teil schlicht dadurch bedingt ist, dass die Textsorte im favorisierten Zeitraum der ‚Sattelzeit‘ noch nicht in der heutigen Form institutionalisiert war. Eine bemerkenswerte Ausnahme in der neueren begriffsgeschichtlichen Forschung stellt der finnische Politikwissenschaftler Kari Palonen dar, der wiederholt für eine systematische Verbindung von Begriffsgeschichte und Politikwissenschaft plädiert und die Nichtbeachtung der politischen Kommunikation und der Politikwissenschaft durch Teile der begriffsgeschichtlichen Forschung kritisiert hat. Vgl. Palonen 2002.

Parteiprogramm unmißverständlich sein. Auch noch bei böswilliger Interpretation muß jeder einzelne Satz eines Parteiprogramms unangreifbar sein. Auch noch das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat daraus darf nur so verstanden werden können, wie es gemeint war. Wer ein Parteiprogramm verfaßt, der ist in der Situation eines Menschen im Verhör, der weiß: alles, was er sagt, kann gegen ihn verwendet werden (Hermanns 1989: 118).

Parteiprogramme finden in vielen Fällen außerhalb des Politikbetriebes keine besonders große Leserschaft und es lassen sich (in Übereinstimmung mit Kleins Klassifikation der Grundsatzprogramme) auch gute Gründe für die Annahme finden, dass (jedenfalls in der jüngeren Vergangenheit) die ‚einfachen Wähler‘ auch gar nicht die primären Adressaten darstellen. Schon ein rein äußerliches Merkmal wie der Umfang heutiger Parteiprogramme macht deutlich, dass es (auch bei heutigen Wahlprogrammen) weniger um die direkte Ansprache potenzieller Wähler geht (so ist z.B. das Programm der SPD zur Bundestagswahl 2017 – *Zeit für mehr Gerechtigkeit* stattliche 110 Seiten lang!).

Neben den *nach außen* gerichteten Kommunikationsfunktionen (z.B. in Richtung des politischen Gegners oder der Medien) sind die *nach innen* gerichteten Funktionen von Parteiprogrammen von besonderer Bedeutung. Gerade weil sie zu einem großen Teil der Identifikation und Integration der eigenen Parteimitglieder dienen, stellen Parteiprogramme auch für die Begriffsgeschichte eine relevante Quellengruppe dar.

Funktionen von Parteiprogrammen

nach innen	nach außen
Integrationsfunktion	Werbefunktion
Identifikationsfunktion	Profilfunktion
Herrschaftsfunktion	Agitationsfunktion
Legitimationsfunktion	Operationsfunktion
Stimulationsfunktion	

Tabelle 1: Funktionen von Parteiprogrammen (nach: Niehr 2014b: 114)

Parteiprogramme leisten vor allem eine „korporative Selbstthematierung“ (Dörner 1995: 376) und eine „symbolische Selbstverortung auf dem Feld, die dem Wähler als eine Art politisch-kulturelle ‚Heimat‘ angeboten wird“ (Dörner 1995: 370), die Unterscheidbarkeit und Identität im politischen Feld konstituieren. Programmtexte werden aus dieser Perspektive „nicht als Ausdruck von Dispositionen, sondern als marktstrategisch entworfene symbolpolitische Angebote interpretiert“ (Dörner 1995: 376). Die Selbstbeschreibung und die Deutung politischer und gesellschaftlicher Problemlagen durch die Akteure werden dabei erkennbar. Parteiprogramme sind daher nicht nur wegen etwaiger diskursiver Wirkungen interessant, sondern vielmehr weil sie vergangene Problemdeutungen und Weltansichten einer sozialen Gruppe indizieren.

Damit sind diese Texte für die oben charakterisierte politisch-kommunikative Begriffsgeschichte geradezu prädestiniert, die davon ausgeht, dass im Gebrauch der Begriffswörter „die programmatischen Identitäten der gesellschaftlichen Gruppen, [...] die Selbsteinschätzung ihrer gesellschaftlichen Perspektive, [...] ihr Widerstand gegen die Verhältnisse oder ihre symbolische Unterwerfung unter diese [steckt]“ (Knobloch 1992: 12). Aussagen über die *Qualität* eines Parteiprogramms lassen sich aus dieser Perspektive allenfalls unter Berücksichtigung der kommunikativen Funktion der Textsorte treffen.⁷⁰ Das bedeutet konkret im Fall der Textsorte Parteiprogramm, dass eine Beurteilung etwa der theoretischen Qualität nicht in Betracht kommt, sondern allgemein gesprochen der kommunikative Erfolg als relevantes Qualitätskriterium angesehen werden muss. In diesem Sinne gibt auch Hermanns bei seiner einflussreichen Analyse des *Godesberger Programms* unverblümt zu, dass ihm der Text mitunter „auf die Nerven gegangen“ sei, es jedoch wichtiger sei, dass „nicht nur der Erfolg [...] diesem Text recht gegeben und bewiesen [hat], wie vielleicht selten einem Text, daß er ein guter Text war, der nämlich geleistet hat, was er zu leisten hatte. Die

⁷⁰ Dies gilt nicht nur für die Texte, sondern auch für die Gegenstände der Begriffsgeschichte generell. Anders ist das etwa im Fall der traditionellen philosophischen, im Wesentlichen wissenschafts- bzw. theoriegeschichtlich verfahrenen Begriffsgeschichte, die den Erfolg nur „in den Theorien festmachen [kann], die so ein seltsames Eigenleben gewinnen und von allen gesellschaftlichen Voraussetzungen abgeschnitten werden“ (Knobloch 1992: 9).

Analyse zeigt, daß er auch in seiner Machart als ein guter, intelligenter Text zu bezeichnen ist, der für die Probleme, die sich bei seiner Formulierung stellten, gute Lösungen enthält“ (Hermanns 1989: 71). Es ist hierbei zu betonen, dass sich im Bezug auf die genannten Probleme, die sich bei der Formulierung von Programmen stellen, nur sehr beschränkt allgemeingültige Aussagen über die Textsorte machen lassen. Vielmehr ist bei der vorliegenden Analyse der unterschiedlichen Texte vielfach deutlich geworden, dass die politisch-kommunikativen Probleme, auf die ein Programm antwortet, höchst unterschiedlich sein können und daher jeweils konkret für den Einzelfall rekonstruiert werden müssen.

Neben den oben genannten Funktionen haben die Analysen allerdings auch gezeigt, dass – in jeweils unterschiedlicher Ausprägung – eine Textfunktion durchgehend eine große Relevanz hat: Parteiprogramme regulieren, begrenzen und homogenisieren (parteinterne) Diskurse. Dieses Phänomen lässt sich bei den hier untersuchten Texten mehrfach beobachten: So lässt sich etwa feststellen, dass das Erfurter Programm aus dem Jahr 1891 den zuvor deutlich vielstimmigeren Diskurs in der Partei inhaltlich deutlich homogenisiert und stabilisiert hat, indem es relativ verbindlich eine (neue) grundsätzliche Gegenwartsbeschreibung vorgab, auf deren Grundlage die politische Auseinandersetzung innerhalb des eigenen Lagers und darüber hinaus zu führen sei (vgl. auch das folgende Kapitel). In ähnlicher Art und Weise manifestierte das *Godesberger Programm* 1959 nochmals völlig veränderte Diskursregeln (vgl. Kapitel 5). Parteiprogramme versuchen so betrachtet, die politischen Argumentations- und Zielbestimmungen des eigenen Lagers auf eine allgemein verbindliche und akzeptierte Grundlage zu stellen, was nach außen eine möglichst vorteilhafte Ausgangslage für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ergeben soll und nach innen die Integration verschiedener Akteure bedingen muss.⁷¹ Der strategische Gebrauch von Begriffen ist dabei von zentraler Bedeutung. Parteiprogramme (und besonders Grundsatzprogramme) können daher auch mit Hermanns treffend als „Sprachnormierungsversuch“ (Hermanns 1989: 73) beschrieben werden: Sowohl die Neuprägung von Begriffen als

⁷¹ Die genannten Funktionen betreffen gleich die ersten drei oben genannten nach innen gerichteten Funktionen von Parteiprogrammen, nämlich sowohl Integrations- und Identifikationsfunktion als auch die (symbolische) Herrschaftsfunktion über das eigene Lager.

auch die Erhaltung bestehender Konventionen können dabei das Ziel sein, wobei „auf jeden Fall [...] in einem solchen Programm Begriffe und Bedeutungen von Begriffen festgeschrieben [werden]. Besonders das Grundsatzprogramm einer Partei ist, als das Grundgesetz dieser Partei, das es ist, zugleich auch, eo ipso, eine Sprachregelung dieser Partei“ (Hermanns 1989: 73).

Die Politisierung und Parteilichkeit der Kategorien nach innen soll so möglichst ausgeschaltet werden, während sie nach außen geschärft werden sollen. Dabei ist natürlich einzudenken, dass dies keineswegs immer eine tatsächlich verbindliche Gültigkeit der Semantik für die Diskurse bedeutet – politische Konflikte gehen auch im eigenen Lager weiter, wenn die Debatten zu einem Programm geführt haben –, allerdings indizieren z.B. grundsätzliche Verschiebungen der verwendeten Begriff oder deutliche Neuprägungen von einem Programm zum nächsten in jedem Falle veränderte Problemlagen und –sichten, die sich in der Partei durchgesetzt haben und so auch Veränderungen der Weltanschauung der relevanten Akteure, und in diesem Sinne der ‚Programmatik‘.

Dabei ist zu beachten, dass die Programme in erster Linie das *Ergebnis* von begrifflich-diskursiven Aushandlungsprozessen und politischen Konflikten sind. Sie zeigen nur den Ausgang von letztlich entscheidenden vorherigen diskursiven Konflikten an. Es wird daher in den folgenden Kapiteln das Ziel sein, von den in Programmen festgeschriebenen Begriffen und ihren konkreten Prägungen ausgehend, auch und besonders diejenigen Diskursausschnitte zu beschreiben, in denen die Genese und Aushandlung der in Programme und Programmatik mündenden Wirklichkeitsbeschreibungen und Zielsetzungen erfolgt. Ich gehe dabei davon aus, dass sich die entscheidenden diskursiven Arenen für diese die Programmatik bildenden Prozesse nicht allgemein und überzeitlich identifizieren lassen. Wenn das Ziel in der Beschreibung der Konstitutionsbedingungen der politischen Semantik bestehen soll, steht es jedenfalls fest, dass es nicht ausreichen kann, die konkreten Parteiinstitutionen zu betrachten, die mit dem Verfassen von Programmen jeweils betraut sind (Programmkommissionen oder Parteitagsdebatten etc.). Denn in diesen Debatten ist zu erwarten, dass die Akteure ihre Positionen einbringen, die an anderer Stelle bereits geformt wurden. Insofern sind die Begriffe, die natürlich auch hier als die zentralen Vermittlungswerkzeuge

angesehen werden können, in diesen Debatten die ‚Kürzel von gesellschaftlichen Kommunikationsakten‘, die bereits abgeschlossen sind. Aus begriffsgeschichtlicher Sicht finden die entscheidenden Aushandlungsprozesse an anderer Stelle statt. Wo genau das ist, kann nur für den konkreten Fall bestimmt werden. Für die Parteiprogrammatik in der Zeit um 1900 werde ich in den folgenden Kapiteln zugrundelegen, dass – wenig überraschend und wie schon eingangs angesprochen – die weit ausdifferenzierte Parteipresse als relevanteste Öffentlichkeitssphäre identifiziert werden kann, wobei die Theoriezeitschrift *Die Neue Zeit* als Zentrum zu betrachten ist. Von diesem *Diskurskern* gingen die entscheidenden begrifflichen Aushandlungsprozesse aus, die in die Programmatik der Zeit mündeten. In der Mitte des 20. Jahrhunderts verfiel die Relevanz dieser Form von parteiinterner Öffentlichkeit rasant, so dass dann andere Diskursausschnitte und Textsorten untersucht werden müssen. Die Textsorte *Parteiprogramm* (und auch die mit diesen Texten durchgeführte digitale Korpusanalyse) erfüllt also auch einen heuristischen Zweck. Dieser besteht darin, hier die entscheidenden begrifflichen Verschiebungen und Schwerpunktsetzungen zu identifizieren, die dann (‚qualitativ‘) vertiefend nach geschilderten Prämissen untersucht werden.

2.8. KORPUS

Wie bereits erläutert wurde, kann das Vorkommen eines Ausdrucks in einem Text allein kein ausreichendes Kriterium für die Relevanz des Textes für die vorliegende Untersuchung sein, zumal sich zu einem bestimmten Begriff semantisch analoge und diskursiv verwandte Wissens Elemente oft problemlos auch in Texten nachweisen lassen, in denen das entsprechende Begriffswort nicht fällt.

Das Korpus, das der folgenden Untersuchung zugrundeliegt, besteht einerseits aus den offiziellen Parteiprogrammen, wobei die Grundsatzprogramme beginnend mit dem *Gothaer Programm* (1875) bis zum bis heute gültigen *Hamburger Programm* (2007) vollständig erfasst wurden, und zudem auch alle Wahlprogramme (in Eigenbezeichnung auch: ‚Regierungsprogramme‘) für die Bundestags- und Europawahlen seit der Neugründung der Partei in der Bundesrepublik umfasst. Ergänzt wurde dieser Teil des Korpus‘ durch nach semantischen Kriterien manuell erfasste

Kommissionsberichte oder programmatische Erklärungen, die die Programme inhaltlich ergänzen und somit ebenfalls zur Programmatik beitragen und die eine eng verwandte kommunikative Funktion haben, aber denen kein offizieller Parteitagbeschluss zugrundeliegt, und die daher auch nicht zu den Parteiprogrammen zu zählen sind. Diese Texte wurden digitalisiert⁷² um sie auch einer computerbasierten Analyse zugänglich zu machen.⁷³

Auch wenn das Zeitintervall von 1869 bis 2014 sehr groß ist, liegt der Fokus klar auf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, beginnend mit der Neuausrichtung der Programmatik im *Godesberger Programm* 1959 (über 95% der laufenden Wörter bzw. Token liegen in diesem Zeitabschnitt). Insgesamt besteht das Korpus aus 33 Programmtexten mit knapp 360 000 Token. Damit handelt es sich zwar nach aktuellen Maßstäben um ein kleines Korpus, es ermöglicht aber für einen klar konturierten Diskursbereich genaue Analysen von punktuellen semantischen Verschiebungen.

⁷² Insofern keine verlässlichen digitalen Textversionen vorlagen, die in den allermeisten Fällen fehlten. Um eine verlässliche und homogene Textbasis zu erhalten, wurden die Texte dann per OCR (Texterkennung) digitalisiert und eine genaue manuelle Überarbeitung und Fehlerkorrektur durchgeführt. Zusätzlich wurden alle Texte lemmatisiert, um aussagekräftigere Abfragen zu ermöglichen und Einzelabfragen der verschiedenen Flexionsformen zu vermeiden.

⁷³ Die mit der Analysesoftware AntConc durchgeführt wurde, siehe Anm. 174, und die vor allem im sechsten Kapitel verstärkt zum Einsatz kommen.

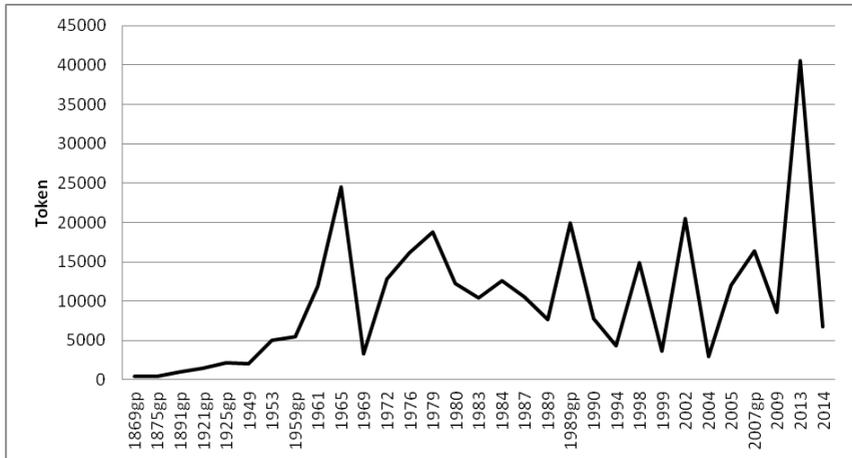


Abbildung 1: Das Subkorpus ‚Parteiprogramme‘ im Überblick

Der zweite große Teil des Korpus besteht aus Artikeln, die dem oben vorgestellten Theoriediskurs angehören. Die Grenzen wurden hier bewusst (als ‚*offenes Korpus*‘ im Sinne von Busse und Teubert 1994) offener gezogen, um einerseits eine dem gewählten Gegenstand gerecht werdende Flexibilität zur gewährleisten, semantische Unschärfe zuzulassen und ergiebige Diskusstänge ausführlich verfolgen zu können, und andererseits, da angesichts der Vielzahl potenziell relevanter Texte für eine qualitativ-hermeneutische Analyse schon aus forschungspraktischen (d.i. arbeitsökonomischen) Gründen keine Vollständigkeit angestrebt werden konnte, und dies methodisch auch gar nicht geboten war. Es hat sich vielmehr bestätigt, dass bereits mit einem kleineren sinnvoll zusammengestellten ‚*konkreten Korpus*‘ (im Sinne Busse und Teuberts) der Diskurs in seinen relevantesten Konturen abgebildet werden und die wichtigsten begrifflichen Aspekte erfasst werden konnten und sich darüber hinaus schnell Redundanzen zeigen.⁷⁴

⁷⁴ Dies steht in Übereinstimmung zu der Idee der ‚*qualitativen Vollständigkeit*‘ das Siegfried Jäger für die Kritische Diskursanalyse entwickelte, und der davon ausgeht, dass schon bei

Das – bewusst offen angelegte – Untersuchungskorpus lässt sich (abseits der Parteiprogramme) anhand einiger Kriterien im Hinblick auf die Fragestellung konturieren:

[1] Semantisch: Es wurden – neben den offiziellen Parteiprogrammen – nur Texte betrachtet, in denen soziale, kulturelle und / oder politische Entwicklungsprozesse als biologische, evolvierende Entitäten codiert werden oder derartige Vorstellungen thematisiert werden; die also nur evolutionistische Semantik im oben genannten Sinne enthalten oder thematisieren.

[2] Zeitraum: aus den schon genannten Gründen konzentriert sich das Korpus auf Beiträge, die ab etwa 1875 veröffentlicht wurden, als sich der Diskurs konstituierte. Schwerpunktartig wurden Beiträge aufgenommen, die bis zum Ersten Weltkrieg erschienen; danach wurde die Debatte nicht mehr in gleicher Intensität fortgeführt. Für den weiteren Untersuchungszeitraum verschiebt sich der Schwerpunkt hin zu den Parteiprogrammen.

[3] Diskursebene: Schon die Themenwahl impliziert, dass hier Texte (und Begriffe) im Mittelpunkt stehen, die im damaligen Diskurs an der Schnittstelle von politischer Öffentlichkeit zur Wissenschaft anzusiedeln sind (und die als ‚Scharnierbegriffe‘ im Sinne Georg Bollenbecks fungieren).

[4] Textsorten: Neben den Parteiprogrammen konzentriert sich das Korpus auf Beiträge aus der wissenschaftlichen Parteipresse, die aus den genannten Gründen für das Thema besonders ertragreich sind. Darüber hinaus wurden auch nach semantischen Kriterien als relevant zu bewertende Monographien miteinbezogen.

[5] Entscheidend für die Auswahl der Texte war nicht eine (vermeintliche) wissenschaftliche oder theoretische *Qualität*, sondern die Stellung der Texte (und ihrer Autoren als Akteure) im damaligen Diskurs. Als lose These wurde hierbei davon ausgegangen, dass für die einstige Dominanz wie für die gegenwärtige Vakanz evolutionistischer Narrative im politischen Diskurs nicht primär die theoretische Qualität als ursächlich anzusehen ist, sondern

nicht sehr großen Materialmengen kaum noch neue Themen auftauchen, vgl. Jäger 2012: 129 ff).

es vielmehr zu rekonstruieren gilt, *warum* evolutionistische Semantiken die Grammatik und den Diskurs zeitweise weitgehend prägen konnten; und dies (anders als es die gegenwärtige eindeutige Zuordnung von evolutionistischen Argumenten ins politisch *rechte Lager* nahelegt, vgl. Saage 2012: 7 ff.) über die verschiedenen politischen Lager in der politischen Linken und in der Arbeiterbewegung hinweg. Die damit einhergehende Frage lautet also, warum evolutionistische Erklärungsmuster für politische und gesellschaftliche Fragen besonders vielen Zeitgenossen offenbar *plausiblere* Antworten und Deutungshorizonte lieferten, als es heute als wissenschaftlich valider oder politisch opportuner geltende theoretische Rahmen ermöglichten.

Um diese Fragen in den Blick nehmen zu können, sind nicht a priori die stark rezipierten Klassiker der ‚kanonisierten Höhenkammliteratur‘ (Reichardt) einschlägig. Da es nicht darum gehen soll, die Geschichte der philosophischen Fachdebatten, sondern die Konstitutionsbedingungen und Erfolgsbedingungen von begrifflich verfassten Sinneinheiten auch über Intellektuellendiskurse hinaus zu untersuchen, erwiesen sich oft besonders Diskursfragmente, die aus heutiger Sicht weniger differenziert argumentieren und keine große Innovativität bezeugen, aber gerade dadurch einen ergiebigen Einblick in das Funktionieren der Begriffe in gesellschaftlicher Kommunikation erlauben, als ertragreich. Im Zentrum stehen also durchaus auch Texte, die eine *Weltanschauung* nicht erst begründen wollen, sondern *aus dieser heraus* argumentieren und zentrale Bestandteile davon als selbstverständlich voraussetzen, und diese so erst zugänglich machen.

[6] Bei der Auswahl wurden Texte bevorzugt, die in politisch-kommunikativen Auseinandersetzungen standen, und dadurch eher zum Verständnis der politisch-kommunikativen *Funktion* (im oben geschilderten Sinne) der dabei bemühten Begrifflichkeiten beitragen können.

2.9. FORTSCHRITT ALS GRUNDBEGRIFF DES MODERNEN BEWUSSTSEINS

Reinhart Koselleck ist nicht nur im Hinblick auf die Theorie und Methode der Begriffsgeschichte für die vorliegende Arbeit ein relevanter Autor. Auch

seine vielfältigen Studien zu Fragen der ‚geschichtlichen Zeit‘ und zur Historizität moderner Zeit- und Zukunftsvorstellungen sind bis heute unhintergehbare Grundlage der Beschäftigung mit den modernen Bewegungs- und Erwartungsbegriffen.

Mit dem Fortschrittsbegriff hat sich Koselleck wiederholt intensiv befasst (vgl. Koselleck und Meier 1972 - 1997, Koselleck 2006d, Koselleck 1989a). Das besondere Interesse für diesen Begriff erklärt sich leicht dadurch, dass es sich hierbei ohne jeden Zweifel um einen der ganz fundamentalen Grundbegriffe der Neuzeit handelt, dem Koselleck eine zentrale Rolle bei der Herausbildung des modernen Bewusstseins zuschreibt.⁷⁵ Wenn man zunächst versucht, die allgemeinen Bestimmungen von Grundbegriffen auf diese Kategorie anzuwenden, dann müsste man davon ausgehen, dass sich der Begriff gerade dadurch auszeichnet, dass er sich nicht auf seine zwar historisch wandelbare, aber doch synchron wie diachron halbwegs stabile lexikalische Bedeutung reduzieren lässt. In Übereinstimmung dazu müsste davon ausgegangen werden, dass das Aufkommen des Fortschrittsbegriffs und seine Ausweitung in neue Sprecherschichten und in die Alltagssprache eine besondere, neue Art der Weltwahrnehmung und -deutung *indiziert*. Den Status des Fortschritts als Grundbegriff illustriert Koselleck in seiner Studie zu *Fortschritt und Niedergang* anschaulich mit einer Anekdote, die einen kleinen, situativen Einblick in wichtige Charakteristika des Gebrauchs des Begriffs erlaubt:

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ereignete sich in einem kleinen Weserdorf, in Frenke, folgende Geschichte. Der zweitjüngste Sohn einer Handwerkerfamilie wurde konfirmiert. Bei der Rückkehr ins Haus erhielt er eine schallende Ohrfeige, zum letzten Mal, und durfte sich daraufhin zu Tisch setzen. Zuvor nämlich mußte er, wie alle Kinder, das Essen stehend einnehmen. Das war der Brauch. Und nun ereignete sich die Geschichte, wie mir der, der sie erlebt hat, selbst erzählt hat. Er war der Jüngste der Familie, noch nicht konfirmiert, und er durfte sich wie sein konfirmierter Bruder auch an den Tisch der Großen setzen, ohne Ohrfeige. Als die Mutter erstaunt fragte, was das zu bedeuten habe, sagte der Vater: ‚Das kommt vom Fortschritt.‘ Vergeblich horchte der Junge im

⁷⁵ „Ein zentraler Ausdruck, der die Neuzeit bekanntlich auf einen genuinen Begriff gebracht hat, ist der Fortschritt“ (Koselleck 2006b: 77).

Dorf herum, was das sei, der Fortschritt? Das Dorf bestand damals aus fünf Vollmeyerhöfen, zwei Halbmeyerhöfen, sieben Dorfhandwerkern und sieben Kötnerstellen. Aber niemand wußte hier eine Antwort. Und doch kursierte dieses Wort, es mag ein angelesenes oder in der Stadt gehörtes Schlagwort gewesen sein, und es traf den neuen Sachverhalt. Ein alter Brauch riß ab (Koselleck 2006d: 159).

Mehrere der typischen Eigenschaften, die Koselleck bei seiner Beschreibung von Grundbegriffen herausstellt, sind in der geschilderten Kommunikationssituation zu erkennen: Einerseits ist (auf Seiten der Produzenten und Rezipienten gleichermaßen) bei der geschilderten Verwendung des Begriffs vielfältiges außersprachliches Wissen involviert, das in den Gebrauch der Kategorie einfließt und er stützt sich evidenterweise nicht auf die ‚bloße‘ Kenntnis lexikalischer Eigenschaften. So wird der Wandel bzw. das Ende von tradierten Verhaltensmustern in der geschilderten Kommunikationssituation vom Vater gerade dem universalen Walten eines neuartigen ‚Fortschritts‘ zugerechnet, und damit das eigene Handeln als Bestandteil einer allgemeineren gesellschaftlichen Entwicklung eingeordnet. Mehr noch: Wenn die Veränderung alltäglicher Handlungsroutinen *vom Fortschritt kommt*, werden die konkrete Situation und in ihr vollzogene Handlungen als Bestandteil eines übergeordneten Prozesses geframt, der selbst sein eigenes Subjekt ist und dem man in seinem Handeln unterworfen ist: „Der empirische Agent der Handlung wird entlastet, er vollzieht eine Tat, deren Herkunft und Sinn dem Fortschritt zugeschrieben wird. Die individuelle Tat enthüllt sich als ein Geschehen, das durch den Handelnden hindurchgreift“ (Koselleck 2006d: 160). Dieser Gebrauch des Fortschrittsbegriffs *indiziert* Koselleck zufolge ein „transpersonales Handlungssubjekt“ (Koselleck 2006d: 160), das in die Lebenswelt der Akteure Einzug hält. Andererseits wird dieses bei der Verwendung der Kategorie involvierte ‚Weltwissen‘ oft in der Kommunikationssituation gar nicht explizit benannt und ist auch teilweise für die Sprecher (hier die Dorfbewohner) gar nicht explikationsfähig. Gerade *weil* der fragliche Ausdruck in der konkreten Kommunikationssituation nicht auf seine sprachsystemische Wortbedeutung zu reduzieren ist und er polysem und unscharf bleibt und doch in seinem Gebrauch fundamentale Elemente der historischen Weltsicht der Sprecher erkennen lässt, gibt sich Fortschritt hier als Grundbegriff im Sinne Kosellecks zu erkennen.

Dabei erscheint der Begriff als die erste und wichtigste Artikulation eines (in der Sattelzeit historisch neuen) Geschichtsverständnisses, das aus der zunehmenden Differenz von *Erfahrungsraum* und *Erwartungshorizont* resultiert. Mit diesem Begriffspaar versucht Koselleck die historische Verschiebung zu erfassen, die einerseits die Öffnung der Zukunft und die Annahme ihrer Gestaltbarkeit hervortreten lässt (und so das Aufkommen des Fortschrittsbegriffs markiert), aber andererseits so erst die Voraussetzung für die Verzeitlichung des begrifflichen Inventars schafft (und mit der daraus resultierenden Lösung der Begriffe von erfahrbaren Referenten oder, anders gesagt, dem „Auseinanderfallen von Wörtern und Sachen“ (Müller und Schmieder 2016: 303) erst die Voraussetzung für eine Begriffsgeschichte herstellt, die sich der Analyse der ‚Konvergenz‘ von Begriff und Geschichte verschreibt).

Erfahrung und Erwartung werden dabei nicht als Quellenbegriffe befragt, sondern als „formale“ (Koselleck 1989a: 351), „metahistorische“ (354) „Erkenntniskategorien“ (350), die „auf eine anthropologische Vorgegebenheit“ verweisen, „ohne die Geschichte nicht möglich oder auch nur denkbar ist“ (352). Die Kategorien sollen so tauglich sein, „indem sie Vergangenheit und Zukunft verschränken, geschichtliche Zeit zu thematisieren“ (353). Charakteristisch für jede Erfahrung, so wie Koselleck sie definiert, ist, dass sie (wie im oben zitierten Beispiel ersichtlich) individuelle und kollektive Anteile amalgamiert. Sie ist „gegenwärtige Vergangenheit, deren Ereignisse einverleibt worden sind und erinnert werden können“, sie umfasst „[s]owohl rationale Verarbeitung als auch unbewusste Verhaltensweisen“ und in jeder Erfahrung ist „durch Generationen oder Institutionen vermittelt, immer fremde Erfahrung enthalten oder aufgehoben“ (Koselleck 1989a: 354). Ganz analog bestimmt Koselleck auch die Erwartung als „vergegenwärtigte Zukunft“, die bewusst wie unbewusst, „personengebunden und interpersonal zugleich“ (355) gebildet wird und rationale und emotionale Bestandteile aufweist. Die Abgeschlossenheit der einen und die prinzipielle Offenheit der anderen Seite betont Koselleck als „unterschiedliche Seinsweisen“ (355) von Erfahrung und Erwartung, was auch die Metaphorik eines (abgegrenzten) *Erfahrungsraumes* und eines (offenen) *Erfahrungshorizonts* erläutert. Dabei seien sie allerdings nicht „statisch aufeinander zu beziehen“ (359), sondern die Verschränkung beider Seiten wird von Koselleck als historisch variabel beschrieben: „Es ist die Spannung zwischen Erfahrung und Erwartung, die

in jeweils verschiedener Weise neue Lösungen provoziert und insoweit geschichtliche Zeit aus sich hervortreibt“ (358). Dadurch sollen die Kategorien die Veränderbarkeit der ‚historischen Zeit‘ rekonstruierbar machen.

Charakteristisch für vormoderne Zeiten sei es, dass Erfahrungsraum und Erwartungshorizont in einer praktisch ungebrochenen Kontinuität („nahtlosen Überführung“, 361) zueinander stehen, was Koselleck vor allem unter Verweis auf die sozialhistorischen Rahmenbedingungen der agrarisch geprägten Lebenswelt der Bevölkerungsmehrheit plausibilisiert, die vor allem gleichförmige, zyklisch wiederkehrende und – wenn überhaupt – sich nur äußerst langsam verändernde Erfahrungen hervorbringe (vgl. 360). Der so strukturierte Erfahrungsraum werde praktisch nahtlos in die Erwartung überführt (vgl. 360 f), so dass nur Erwartungen aufkommen können, die auf vorherigen Erfahrungen aufbauen.

Diese statische Struktur zerbricht angesichts neuartiger Erfahrungen, die im späten 18. Jahrhundert aufkommen. Als besonders relevant stellt Koselleck hierbei den zunehmenden Einzug der (sich immer schneller entwickelnden) Technik in den Alltag heraus, was auch die intergenerationelle Kontinuität des Erfahrungsraumes unterbreche. Dazu nennt er die Erosion der alten Ständeordnung und wissenschaftliche Erschütterungen zuvor sicheren Wissens. Weiter betont Koselleck die Relevanz der sich ausbreitenden Erfahrung der Andersartigkeit des Lebens in überseeischen Teilen der Welt, wobei die Erfahrung der Andersartigkeit schnell temporal (in ein *Vorher* oder *Nachher* unterschiedlicher ‚Stufen der Entwicklung‘) gedeutet werde (vgl. 363). Gemeinsam haben diese neuen Erfahrungen eine Qualität, die Koselleck als „Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem“ (363, vgl. auch Müller und Schmieder 2016: 312 ff sowie Schmieder 2017) fasst. Diese Erfahrungen verweisen *zu gleicher Zeit* auf unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten in verschiedenen Segmenten (z.B. zwischen Ländern oder gesellschaftlichen Gruppen und Klassen, 364), woraus die Perspektive der aktiven Veränderung der diesseitigen Welt resultiere. Die neuartigen Erfahrungen zerreißen die feste Verbindung zwischen Erfahrungsraum und Erwartungshorizont, und machen somit erst Platz für eine Öffnung der Zukunft: „Es wird geradezu eine Regel, daß alle bisherige Erfahrung kein Einwand gegen die Andersartigkeit der Zukunft sein darf. Die Zukunft wird anders sein als die Vergangenheit, und zwar besser“

(Koselleck 1989a: 364). In diesem Sinne sattet das Aufkommen des Fortschritts im 18. Jahrhundert auf sozialgeschichtlich hervorgerufenen neuen Erfahrungsmustern auf, die zum „Erlebnis des Alltags geworden“ (Koselleck 1989a: 367) sind. Koselleck kommt so zu dem Ergebnis, dass der Fortschritt der „erste genuin geschichtliche Begriff [ist], der die zeitliche Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung auf einen einzigen Begriff gebracht hat“ (Koselleck 1989a: 366). Koselleck ordnet die Bedingungen des Aufstiegs des Fortschrittsbegriffs und seine Plausibilitätsfaktoren somit in eine sich (sachgeschichtlich) grundlegend wandelnde Lebenswelt ein, die der neue Begriff indiziert. Der Erfolg des Begriffs basiert auf vermehrt um sich greifenden Differenzerfahrungen, die die Andersartigkeit und Vervollkommnung der Zukunft nahelegen.

3. REVOLUTION

Außer den Aufgaben bürgerlicher Parteien enthielt das Programm der sozialistischen Vereine noch die Revolution. Sie erschien als das abgekürzte Verfahren dazu, das ideologische Ziel des Bürgertums, den allgemeinen Wohlstand zu verwirklichen (Horkheimer 1972: 17).

Mit den obigen Worten verwies Max Horkheimer – ohne den Begriff selbst zu verwenden – auf die semantischen Berührungspunkte des Revolutionsbegriffs der radikalen Oppositionsbewegung mit der bürgerlichen Fortschrittsemphase. Auch wenn sich Horkheimer in seinem Aufsatz über den *Autoritären Staat* aus dem Jahr 1942 konkret auf die Revolutionsbewegungen um 1800 bezog, kann diese Koppelung des Revolutionsbegriffs mit der bürgerlichen Fortschrittsemphase auch danach noch oft beobachtet werden. Denn der Revolutionsbegriff impliziert nicht vorrangig eine spezifische *Zielvorstellung* der geschichtlichen Entwicklung, sondern liefert primär ein Deutungsmuster für das *Wie?* der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Und daher kann (auch) für den Diskurs der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert die allgemeine Aussage getroffen werden, dass der Revolutionsbegriff nicht zuerst durch besonders radikale politische *Zielvorgaben* Konflikte erzeugte. Der Begriff stand aber in starker Konkurrenz zu anderen Bewegungsbegriffen gesellschaftlicher Veränderung: *Entwicklung* und *Reform*, aber auch der auf die Gesellschaft gewendete *Evolutionsgedanke* sind hier zu nennen.

Der Revolutionsbegriff war dabei einer derjenigen Termini, die innerparteilich stets umstritten waren: Trotz der zeitweise festen Verankerungen von revolutionären Vorstellungen in der Parteiprogrammatik⁷⁶ hatte es immer eine pragmatischere Strömung in der sozialdemokratischen Partei gegeben, die die Lage der Arbeiterklasse *in* der bestehenden Gesellschaft angehen wollte, statt auf den Umsturz aller

⁷⁶ In den Programmen der Sozialdemokratie taucht der Begriff aus verständlichen Gründen nicht auf; auch das ‚marxistische‘ Erfurter Programm aus dem Jahr 1891 verzichtet auf den Terminus. Unbestritten basieren aber auch die darin formulierten Aussagen ganz fundamental auf einem Geschichtsverständnis, das Revolutionen als die entscheidenden Momente in der Geschichte versteht und diese auch zukünftig erwartet.

Verhältnisse zu hoffen. Durch diese offenen Kämpfe um den Begriff definierte die Stellung zur *Revolution* wie nur wenige andere programmatische Fragen die politische Positionierung in den verschiedenen Strömungen und Flügeln der Partei. Und die Festlegung auf eine Position in der Revolutionsfrage hatte auch Konsequenzen für den Gebrauch von semantisch benachbarten Erwartungsbegriffen (wie *Entwicklung*, *Fortschritt*, *Wachstum*, *Evolution*), die mit dem Revolutionsbegriff synchronisiert werden mussten. Die Kontroversen um den Begriff verraten dabei viel über die grundlegenden Geschichtsauffassungen, die im damaligen Diskurs verbreitet waren. So handelt es sich beim Revolutionsbegriff um eine in stärkstem Maße *politisierte* Kategorie (im Sinne Kosellecks), um die heftig gestritten wurde und die dabei die „symbolische Selbstverortung“ (Andreas Dörner) und die Abgrenzungen der verschiedenen Parteiflügel und die verbreiteten Weltanschauungen intensiv prägte.

Betrachtet man die allgemeine Diskursstruktur, so kann man festhalten, dass die Grundform der evolutionistischen Geschichtsanschauungen (wie sie auch außerhalb der Arbeiterbewegung vertreten war) typischerweise mit *reformistischen* (und teils dezidiert revolutionsfeindlichen) Vorstellungen einherging. Der allgemeinen Auffassung nach standen evolutionistische und marxistisch-revolutionäre *Geschichtsauffassungen* in der Partei in Konkurrenz zueinander. Dies lässt sich bereits für die Zeit um die Vereinigung der sozialistischen Bewegung in den 1870er Jahren festhalten:

Die Gemäßigten, unter denen der Einfluß des Lassalleanismus und Katherdersozialismus vorherrschend war, lehnten eine solche [marxistisch-revolutionäre; F.D.] Orientierung ab. Sie distanzieren sich von der Klassenkampftheorie der Radikalen, die sie als reine ›Erfindung Marx' bezeichneten, und setzten sich, ausgehend von einem evolutionären gesellschaftlichen Entwicklungsmodell, für eine friedliche Lösung der sozialen Frage mit Hilfe staatlicher Interventionen in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich ein. Sie verfochten daher eine Taktik begrenzter Kooperation mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien, während die Radikalen eine kompromißlose Haltung gegenüber Staat und Gesellschaft einnahmen (Gilcher-Holtey 1986: 54 f).

Diese Konstellation blieb im Grundsatz lange bestehen, wobei sich der semantische Gegensatz nicht immer klar den verschiedenen parteiinternen Strömungen zuordnen lässt. Und auch die Vereinbarkeit von *Revolution* und

Evolution wurde durchaus vertreten, wie ein Beitrag des französischen Sozialisten Gabriel Deville aus der *Neuen Zeit* zeigt:

Es ist jedoch richtig, daß Evolution und Revolution nicht in Widerspruch zu einander stehen, einander nicht ausschließen; im Gegenteil, sie folgen und ergänzen einander; letztere bildet auf jedem Gebiet den Abschluß der ersteren; die Revolution ist nur die eigenthümliche Krisis, die jeden Abschnitt der Entwicklung zu einem thatsächlichen Abschluß bringt (Deville 1890/91).

Es werden also nur *typischen* Konstellationen angesprochen, wenn eine kategoriale Spannung zwischen Revolutions- und Evolutionsbegriff im sozialdemokratischen Diskursrahmen behauptet wird. Und es wird sich noch zeigen, dass evolutionistische Argumentationsweisen sich nicht exklusiv der reformistischen Strömung zuordnen lassen, sondern in allen Teilen der Partei verbreitet waren. Gilcher-Holtey richtet im obigen Zitat den Blick auch darauf, dass im damaligen Diskurs mit den verschiedenen vertretenen Revolutionsvorstellungen und –begriffen auch stets verschiedene Staatsauffassungen einhergingen. Ähnlich wie Gilcher-Holtey stellen auch die Begriffshistoriker Werner Conze und Dieter Groh die Relevanz des Staatsbegriffs für das Verständnis der Revolutionssemantiken heraus: Sie vertreten die These, dass die begriffliche Koppelung von *Staat* und *Revolution* das entscheidende Merkmal sei, das die verschiedenen Strömungen in der Partei und Bewegung sortierte. Dies sei die Hauptdifferenz der beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung, aus denen sich in den 1870er Jahren die sozialdemokratische Partei rekrutierte, die in ihr noch fortwirkten. Lassalle und seine Anhänger (bzw. Nachfolger) richteten sich mit ihren Forderungen an den *bestehenden* (preußischen) Staat, während Bebel und Liebknecht (als Vorbereiter marxistischer Semantiken) den Staat „grundlegend verwandeln wollten, bevor soziale Reformen in Angriff genommen werden sollten“ (Conze und Groh 1966: 49).⁷⁷

In diesem Kapitel wird die Frage zu beantworten sein, inwiefern evolutionistische oder darwinistische Argumentations- und Deutungsmuster auch auf das begriffliche Repertoire der in den Jahrzehnten um 1900 hegemonialen, die Parteiprogrammatik bestimmenden und sich als

⁷⁷ Vgl. hierzu auch Anmerkung 94.

marxistisch verstehenden Strömung ausstrahlen. Dazu wird im Folgenden anhand von zwei kleineren, heute kaum noch beachteten Diskurssträngen die Stellung des Revolutionsbegriffs zu evolutionistischen Semantiken exemplarisch untersucht. Dabei soll vor allem aufgezeigt werden, inwiefern die allgemein konstatierte Gegenüberstellung von *revolutionären* und *evolutionären* Geschichts- und Zukunftsvorstellungen im Diskurs in vielfacher Weise gebrochen und verwischt wurde. Denn es muss auch beachtet werden, dass die oben genannte Konstellation zweier Lager (die weitgehend den beiden Hauptströmungen entsprachen, aus denen sich die Partei 1875 zusammenschloss), später unübersichtlicheren Verhältnissen wich: Denn schon in den Jahren nach 1900 war genauer genommen auch die in der Forschung etablierte (und auf Otto Bauer zurückgehende) Einteilung der Partei in drei Lager - eine radikale und revolutionäre Linke, ein ausgleichendes *marxistisches* Zentrum um Bebel und Kautsky und eine parlamentarische Rechte – zu grob geworden.⁷⁸

Ganz allgemein lassen sich drei semantische Reibungspunkte identifizieren, an denen der Entwicklungs- bzw. Evolutionsgedanke⁷⁹ (in allgemeinsten Form verstanden als die Vorstellung, dass geschichtliche Veränderungen der menschlichen Gesellschaften kontinuierlich, linear und willensunabhängig nach erkennbaren Gesetzmäßigkeiten verlaufen, wobei jeder gesellschaftliche Zustand oder jedes gesellschaftliche Phänomen stets kausal mit vorhergehenden Zuständen verbunden ist) mit dem Revolutionsbegriff in Konflikt stand:

(1) Wahrscheinlichkeit der Revolution / Gegenwartsbezug

Der Entwicklungsgedanke konnte als allgemeines Argument gegen die Vorstellung herangezogen werden, dass in der Zukunft überhaupt mit revolutionären Prozessen zu rechnen sei. Denn dafür müssten in der Gegenwart bereits entsprechende (gesellschaftliche und ökonomische) Tatsachen oder *Faktoren* zu erkennen sein, aus denen man mit Hilfe *wissenschaftlicher* Methoden eine kommende

⁷⁸ Klönne kommt zu dem Ergebnis, dass für ein zutreffenderes Bild der Lage in der Partei in der Zeit um 1910 vielmehr sechs verschiedene Lager zu unterscheiden seien, vgl. Klönne 1980: 123.

⁷⁹ Beide werden im Diskursausschnitt oft synonym verwendet, siehe unten.

Revolution prognostisch vorhersagen können müsste. Diese seien aber nirgendwo zu erkennen.

Anders gesagt: die dem Evolutionismus eigentümliche Vorstellung der strengen Kontinuität jeder gesellschaftlichen Umgestaltung implizierte, dass eine zukünftige Revolution sich in der Gegenwart bereits abzeichnen müsse. Da dies nicht der Fall sei, beruhe die Erwartung der Revolution immer auf (wenigstens impliziten) Vorstellungen des Bruches der geschichtlichen Kontinuität und erfordere auch ein Zufallsmoment. Beides ist mit dem Evolutionsgedanken unvereinbar.

(2) Möglichkeit der Revolution / Vorhersagbarkeit

Dazu richtete sich der Evolutionsgedanke andererseits gegen den Glauben an die Möglichkeit einer willentlich erzeugten oder politisch erzwungenen Revolution. Der Evolutionsgedanke schließt durch die Vorstellung der (Natur-) *Gesetzmäßigkeit* der geschichtlichen Entwicklung die Vorstellung aus, dass man die ‚Revolution machen‘ könne.

(3) Charakter der Revolution

Und drittens stand der Evolutions- oder Entwicklungsgedanke den konkreten Revolutionsvorstellungen, die in der Bewegung verbreitet waren, entgegen. Diese rekrutierten sich in der Hauptsache noch aus den Narrationen und den Motiven der historischen Vorbilder des 18. und 19. Jahrhunderts⁸⁰ und brachten

⁸⁰ Stellvertretend für viele beschreibt Curt Geyer dies für die frühe deutsche Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: „Die sozialdemokratische Ideologie beruhte nicht nur auf diesen Erinnerungen [von vielen Parteimitgliedern an die Revolutionsereignisse in Deutschland 1848/49, F.D.] und den Marxschen Revolutionsprophetisierungen. Sie wurde außerdem auf das Stärkste beeinflusst durch die Revolutionen in anderen Ländern. Dem Beispiele von Karl Marx folgend, bestritten Bebel und Liebknecht nach dem deutsch-französischen Kriege ihre Hauptagitation mit der Verherrlichung des Aufstandes der Pariser Kommune, was sie in heftigen Konflikt nicht nur mit Bismarck, sondern auch dem liberalen Bürgertum brachte. Noch nach dem Ende des Sozialistengesetzes konnte man Spuren dieser Agitation feststellen“ (Geyer 1976: 29).

ein Revolutionsbild mit sich, das Revolutionen als eruptives, gewaltsames und augenblickliches Umschlagen von einem gesellschaftlichen und politischen Zustand in einen anderen vorstelle; als gewaltsame Ablösung einer Staats- und Regierungsform durch eine andere (oder auch nur als schlagartiger Austausch des Regierungspersonals; Revolution als Staatsstreich). In Analogie zur Naturgeschichte behauptet der Evolutionismus dagegen, dass jede gesellschaftliche Veränderung das Ergebnis von langfristigen, große Zeiträume umspannenden Prozessen sein müsse. Dies gelte umso mehr, wenn es um die grundlegende, ‚qualitative‘ Umgestaltungen der Gesellschaft geht. Was in der Form eines Volksaufstandes oder politischen Umsturzes erscheine, sei daher nicht selbst als Revolution zu verstehen, sondern mache nur bereits zuvor lange andauernde ‚revolutionäre‘ Veränderungen sichtbar.

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts waren die Debatten in der Parteipresse dominiert von den Auseinandersetzungen um die Herausforderung der hegemonialen marxistischen Programmatik, durch die reformistische⁸¹ Parteiströmung. Der Machtkampf zwischen den beiden Fraktionen, auf theoretischem Feld angeführt von den ehemaligen engen

Dem ist hinzuzufügen, dass die historischen Vergleiche mit der Commune nochmals später, nämlich anlässlich der Oktoberrevolution in Russland, wieder Konjunktur haben. Kautskys Broschüre über *Terrorismus und Kommunismus* ist dafür ein gutes Beispiel, vgl. Kautsky 1919b.

⁸¹ Bei der Benennung der Positionen als *revisionistisch* / *reformistisch* auf der einen und *marxistisch* bzw. *materialistisch* auf der anderen Seite stellt sich auch hier wieder das Problem, dass Quellenbegriffe und wissenschaftliche Erkenntniskategorien zusammenfallen. Dies ist hier nicht nur problematisch, weil deskriptiv-semantische Konfusionen drohen. Problematisch ist vor allem, dass die Termini im zeitgenössischen Sprachgebrauch vielfach eine (diskursgebundene) evaluative, in den genannten Fällen teils ausgeprägt pejorative Komponente haben. Diese dürfen die Beschreibung des Phänomens aber nicht kontaminieren. Zu diesem sich immer wieder stellenden Problem vgl. Koselleck 1989a: 350. Mangels treffenderer Alternative, und weil die Termini natürlich auch in der Forschung gesetzt sind, werden sie hier trotz dieser Einschränkung verwendet.

Das Problem stellt sich z.B. auch bei *Weltbild*, (materialistische) *Geschichtsauffassung*, *Marxismus* und in diversen weiteren Fällen.

Weggefährten Bernstein und Kautsky⁸², dominierte dabei nicht nur, wie bereits zuvor erwähnt, die Lagerbildung innerhalb der Partei, sondern er spielt auch eine große Rolle für das Selbstbild der Parteimitglieder im Hinblick auf ihre Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft und auf die Rolle der Partei im Parlament. Für die hier diskutierte Frage ist dabei beachtenswert, dass es in der Debatte (anders als oft behauptet) *nicht* um eine explizite und umfassende Infragestellung der bestehenden weltanschaulichen Grundlagen der Geschichtsauffassung geht. Bernstein, der prominenteste Exponent der Herausforderer des bestehenden Programmes, galt um 1900 in der deutschen Arbeiterbewegung und auch international als einer der führenden Theoretiker des Marxismus. Seine persönliche Zusammenarbeit mit Marx und besonders Engels in London, der Bernstein auch zu einem seiner Nachlassverwalter gemacht hatte, verlieh ihm (ähnlich wie seinem Freund und Kontrahenten Kautsky) enorme persönliche Autorität im Theoriediskurs der internationalen Arbeiterbewegung. Die von ihm eingeforderte Kurskorrektur sieht er selbst keineswegs als grundlegende Infragestellung des Marxismus an. Und er selber versteht sich auch nach der Veröffentlichung seiner Forderungen nach Korrekturen des sozialistischen Programmes weiter als marxistischen Theoretiker. Mehr noch: Bernstein sieht seine Forderungen in der Debatte vielmehr durch seine marxistische Weltanschauung gedeckt oder gar aus dieser hervorgehend:

Indes handelt es sich denn überhaupt um Überwindung des Marxismus oder nicht vielmehr um Abstoßung gewisser Reste von Utopismus, die der Marxismus mit sich herumschleppt und in denen wir die Urquelle der Widersprüche in Theorie und Praxis zu suchen haben, die dem Marxismus von seinen Kritikern nachgewiesen worden sind? (Bernstein 1969: 211).

Etwas vereinfacht und zugespitzt ausgedrückt ging es demnach im theoretischen Streit über den Revisionismus also um die Aufgabe von mit der marxistischen Weltanschauung verbundenen Überzeugungen, die Bernstein und seinen Anhängern zufolge mit deren eigenen Grundlagen im

⁸² Zum gemeinsamen Werdegang der beiden „Meisterschüler“ des Marxismus vgl. Morina 2017: 199 f. sowie Schelz-Brandenburg 1992.

Widerspruch stünden.⁸³ Getilgt werden sollten dabei vor allem die *utopischen* oder *metaphysischen*⁸⁴ Überreste im marxistischen Theoriegebäude. Und als ein solcher erschien angesichts der politischen und ökonomischen Alltagsrealität, wie sie von einem bedeutenden Teil der Parteimitglieder in der Zeit um 1900 erfahren wurde, besonders der Revolutionsbegriff. Es ist daher an dieser Stelle nicht nur auf die semantisch-argumentativen Gegensätze zu achten, entlang derer sich beide Seiten voneinander abgrenzen. Für die begriffsgeschichtliche Frage nach den Strukturen der Zukunftssemantik im untersuchten Diskurs ist auch danach zu fragen, welche impliziten semantischen Gemeinsamkeiten unter der Hand bestehen bleiben: Das Selbstverständnis eine *materialistische* Theorie der Geschichte zu entwickeln gehört jedenfalls dazu.

3.1. KONSTELLATION I

Neben den viel beachteten Grundsatzdebatten, die auf Bernsteins Artikelserie über die *Probleme des Sozialismus* folgen, die ab Oktober 1896 in der *Neuen Zeit* erschien, werfen besonders weniger stark rezipierte und heute kaum noch bekannten Auseinandersetzungen ein erhellendes Licht auf die kommunikative Funktion des Revolutionsbegriffes im Diskurs. So sah sich Kautsky in den Jahren 1908/09 in einen Disput mit dem ehemaligen evangelischen Theologen Max Maurenbrecher verwickelt, der erst kurz zuvor zur Partei gestoßen war. Maurenbrecher war Anhänger und Mitarbeiter von Friedrich Naumann und dessen *Nationalsozialem Verein*, bis dieser sich 1903 auflöste. Daraufhin wechselte Maurenbrecher zur SPD und wurde schnell einer der Sprecher des revisionistischen Lagers, auch wenn er

⁸³ Damit einher geht oft eine Argumentationshaltung, die sich als anti-dogmatisch und als *mit Marx* gegen *den Marxismus* argumentierend inszenierte. In den Worten Bernsteins, die er 1897 an Kautsky schrieb: „Kurz, wir können heute, wenn wir Marxisten sein wollen, gar nicht mehr streng marxistisch sein. Im Gegentheil, ich fühle bei jeder Gelegenheit das Bedürfnis, der Marxsucht unsrer jungen Leute entgegenzutreten“ Bernstein 20.II.1898: 453. Diese Haltung zweigt sich auch ‚unterhalb‘ der großen Theoriedebatten; siehe unten.

⁸⁴ Bernstein verwendet diesen Ausdruck vor allem im Kontext der Begründung seiner Ablehnung der Hegelschen Dialektik und der damit verbundenen geschichtsphilosophischen Überreste in der Bewegung. Der Terminus wird allerdings auch unspezifischer gegen die marxistische Semantik in Stellung gebracht, siehe unten.

in den wenigen Jahren seiner Parteimitgliedschaft immer eine Außenseiterrolle einnahm (vgl. Koth 1993: 127). Maurenbrecher hatte in einigen Vorträgen kurz vor und nach dem Parteitag in Nürnberg (13.-19. September 1908) die theoretischen Grundlagen der Partei und ihr marxistisches Selbstverständnis angegriffen, worauf Kautsky mit mehreren wütenden Polemiken reagierte. In der Hauptsache wurde beim Parteitag in Nürnberg über die Frage gestritten, ob und unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie die Budgets der Regierung bewilligen sollte – oder ob eine prinzipielle Verweigerungshaltung geboten sei.⁸⁵ Diese Frage bildete auch den Anlass zu der Debatte zwischen Maurenbrecher (der die Budgets mehr oder weniger bedingungslos bewilligen wollte) und Kautsky, in der es aber schnell um die allgemeinen Grundsätze der sich als *revolutionär* verstehenden Partei und deren Angemessenheit angesichts der politischen Verhältnisse im späten Kaiserreich ging. Die begrifflichen Konturen und die Funktionsweisen des Revolutionsbegriffs in der parteiinternen Kommunikation wurden in dieser Debatte besonders deutlich. Von den genannten Auseinandersetzungen mit Bernstein unterschied sich die Konstellation in der Debatte mit Maurenbrecher vor allem dadurch, dass dieser sich nicht als Marxist verstand und ganz offen die marxistische Hegemonie in der Programmatik attackierte. Gleichzeitig trat Maurenbrecher auch nicht vorrangig mit evolutionistischen Kategorien an. Vielmehr ist hier zu beobachten, welche Rolle evolutionistische Deutungsmuster in der semantischen *Tiefenstruktur* des Diskurses auch dort spielten, wo sie gar nicht explizit thematisiert wurden. Diese Debatte wird

⁸⁵ Diese Debatte fand unter dem Namen *Budgetstreit* Eingang in die politikwissenschaftliche Forschung, vgl. Euchner 2000: 173. In einigen Fällen wird der Streit um die Budgets auch noch als Ausläufer der *Revisionismusedebatte* ab 1896 behandelt; vgl. z.B. Klönne 1980: 118. Im engeren Sinne wird die Debatte in der *Neuen Zeit* durch einen Beitrag von Kautsky eröffnet, in dem er Maurenbrechers Äußerungen zur Budgetfrage kritisiert (Kautsky 1908b) und dessen Erwiderung durch den Kritisierten (Maurenbrecher 1908a). Dies nimmt Kautsky zum Anlass für eine grundlegende und ausführliche Bearbeitung der Frage nach ‚Reform und Revolution‘, die ab November 1908 in drei Folgen publiziert wird (Kautsky 1908c). Es folgen im Dezember zwei knappere gegenseitige Erwiderungen (Maurenbrecher 1908b / Kautsky 1908a), die die Debatte im engeren Sinne abschließen. Am Rande mischt sich auch noch Bernstein in die Debatte ein, der sich falsch wiedergegeben sah. Den Grundsatzartikel veröffentlichte Kautsky später in erweiterter Form als Monographie, vgl. Kautsky 1909.

hier daher als exemplarischer Ausschnitt aus dem untersuchten Diskurs eingehender betrachtet.

Die beiden Hauptakteure hatten, wie bereits angemerkt, sehr unterschiedliche Stellungen im Diskurs. Die polemische Schärfe, die beide Seiten, vor allem aber Kautsky, in der Debatte an den Tag legten, hatte sicher – neben der erwähnten offenen Infragestellung des marxistischen Selbstverständnisses der Partei – etwas damit zu tun, dass Maurenbrecher (ganz anders als zuvor Bernstein) von diesem kaum als Kontrahent auf Augenhöhe akzeptiert wurde, und die Kritik des Neulings mit völlig anderem politischen Hintergrund aus der Sicht des selbstbewussten Kautsky etwas Anmaßendes an sich hatte. Denn schließlich griff hier – aus seiner Sicht – ein unbedeutender Außenseiter nicht nur ihn persönlich an, sondern die von ihm vertretene *Geschichtsauffassung*, und damit gleichzeitig größere Autoritäten: „In der Tat kritisiert Maurenbrecher in seinem Briefe nicht bloß mich, sondern auch Bebel, Engels und an anderer Stelle sagt er selbst, er habe eine Kriegserklärung gegen die gesamten Marxepigonen losgelassen“ (Kautsky 1908c: 181). Das „Pröbchen seiner Leistungsfähigkeit“ (ebd.), das er in seinen Diskussionsbeiträgen ablegte, beeindruckte dagegen kaum. In den schroffen und bisweilen persönlichen Attacken gegen Maurenbrecher⁸⁶ kann man bisweilen leicht Überlegenheitsdemonstrationen erkennen, die nur den Schluss zulassen, dass Kautsky sich seiner Stellung als führender Theoretiker nach diversen Angriffen auf ihn und die Parteilinie zunehmend unsicher geworden war.⁸⁷ Verstärkt wurde diese schroffe Ablehnungshaltung so wohl auch dadurch, dass Kautsky – obwohl es für ihn an der Richtigkeit seiner Position keinen Zweifel gab – merkt, dass es

⁸⁶ Maurenbrecher bezieht das Klischee des praxisfernen Schreibstubentheoretikers auf Kautsky, wenn er feststellt, dass dieser „dem Versammlungsleben ja ziemlich fernstehen“ würde. Er sei zudem bestrebt, konkurrierende Anschauungen „mit Stumpf und Stiel aus der Partei auszurotten“ (Maurenbrecher 1908a: 148f. Kautsky meint, dass Maurenbrecher zwar „ein passabler Kalkulator“ sein möge (und schon das ist hier kein Lob!), aber „ein spottschlechter Politiker“ sei (Kautsky 1908b: 50). Er müsse seinen Kontrahenten „wirklich um Entschuldigung bitten, daß ich ihn so ernsthaft genommen habe. Es soll mir nicht wieder passieren“ (Kautsky 1908a: 402).

⁸⁷ Neben dem allgemeinen herausgeforderten Deutungsmonopol in parteitheoretischen Fragen sind hier auch die vielfachen ganz konkreten Angriffe auf Kautskys institutionelle Machtbasis als Herausgeber der *Neuen Zeit* zu beachten, die bereits in den frühen 1880er Jahren einsetzen, vgl. Gilcher-Holtey 1986: 51 ff.

für die von Maurenbrecher vorgebrachte Kritik in der Partei einen beträchtlichen Resonanzraum geben könnte. Schließlich hatte zuvor bereits die Auseinandersetzung mit Bernstein gezeigt, dass der von Kautsky verteidigte ‚offizielle Marxismus‘ weit weniger gefestigt war, als dessen Vertreter geglaubt hatten.⁸⁸

3.1.1. *Gegenwartsbezug*

Das Hauptargument, das Max Maurenbrecher gegen die herrschende Revolutionsemphase ins Feld führte, wendete sich gegen die Annahme, dass sich in kapitalistischen Gesellschaften die Klassegegensätze stets – jedenfalls auf lange Sicht – weiter verschärfen. Die Revolutionserwartung der Marxisten sei von dieser falschen *Zuspitzungstheorie* abhängig. Aber da sich die weitere Verschärfung der Gegensätze in der Gegenwart kaum ausmachen lasse, sondern sich vielmehr, auch befeuert durch die Erfolge der Reformbemühungen von Partei und Gewerkschaften, die stetige *Verbesserung* der Lage der Arbeiterklasse abzeichne, müsse auch die Hoffnung auf eine jedenfalls in absehbarer Zeit kommende Revolution aufgegeben werden:

- (1) Nicht das geringste Anzeichen spricht dafür, daß in der für politische Zukunftsberechnungen überhaupt in Frage kommenden Zeit mit einer Wiederkehr revolutionärer Bewegungen in Deutschland zu rechnen ist (Maurenbrecher 1908a: 149).

Ein Vorgriff auf zukünftige Entwicklungen ist in der von Maurenbrecher vertretenen Sichtweise in legitimer Art und Weise nur möglich auf der Grundlage von *in der Gegenwart bereits vorliegenden soziopolitischen Daten*, möglichst quantifiziert und bestenfalls in Statistiken aufbereitet, so dass die gegenwärtige Entwicklung in die Zukunft verlängert werden kann. Es sind

⁸⁸ Vgl. Steinberg 1972. Harald Koth führt die Schärfe der Auseinandersetzung schließlich auch auf die privaten Umstände Kautskys in dieser Zeit zurück: „Daß er jetzt so leicht erregbar war, hatte nicht nur politische Ursachen“ (Koth 1993: 125). Denn trotz der scheinbaren Harmonie und auch der relativen finanziellen Stabilität, die nach langen Phasen der Unsicherheit in der Familie eingekehrt war, steckte die Ehe von Karl und Luise in einer tiefen Krise. „Karl Kautsky fühlte sich durch diese privaten Probleme ziemlich verunsichert [...]. Polemiken standen bei ihm wieder hoch im Kurs, wie Maurenbrecher und Bernstein Ende 1908 erleben mußten“ (Koth 1993: 127).

daher *politische Zukunftsberechnungen*, auf die sich die Partei nach Maurenbrecher und anderen Reformisten beschränken müsse – alles darüber Hinausgehende lässt sich mit *diesem* Verständnis einer *materialistischen Geschichtsauffassung* nicht vereinbaren:

- (2) Was ich gegen Sie einzuwenden habe, läuft immer wieder darauf hinaus, daß Sie mit lauter Möglichkeiten operieren, die noch nicht Wirklichkeit sind (Maurenbrecher 1908a: 151).

In diesem Sinne ist die vorgetragene Argumentation implizit *evolutionistisch*: Aussagen über die Zukunft wurden nur dann als zulässig betrachtet, wenn sie sich aus Fakten ableiten ließen, die gegenwärtig bereits vorhanden waren; die *Wirklichkeit sind*. Und die Ablehnung einer revolutionären Perspektive erklärt sich so auch konkret aus einer optimistischen Interpretation der gegenwärtigen gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Wer sich mit diesem prognostischen Zukunftsbild⁸⁹ nicht begnügen wollte, handelte sich direkt den Vorwurf ein, *unwissenschaftlich* oder *utopisch* zu argumentieren – und da diese beiden Attribute über alle Lager hinweg verrufen waren, wollte sich dies niemand in der Partei nachsagen lassen.

Die Gegenseite trat allerdings in der Tat vehement für eine Geschichtsauffassung ein, die den sich permanent verschärfenden *Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit* ins Zentrum rückte. Für die Geschichts- und Zukunftsemantik in der Programmatik um 1900 ist dies von zentraler Bedeutung:

- (3) [Die Theorie des ‚Hereinwachsenden in den Sozialismus‘, F.D.] hat nur einen kleinen Fehler: das Wachstum, das sie beschreibt, ist nicht das Wachstum eines einzigen Elementes, sondern zweier Elemente, und zwar sehr gegensätzlicher Elemente: Kapital und Arbeit. Was den ‚Reformisten‘ als das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus erscheint, ist nur das Wachstum an Kraft der beiden gegensätzlichen Klassen, die einander in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüberstehen, bedeutet nur, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der anfänglich nur einer zwischen einer Anzahl von

⁸⁹ Zu Utopie und Prognose als zwei grundlegende Modi des Vorgehens auf die Zukunft vgl. Hölscher 1999: 41.

Individuen war, die eine kleine Minderheit im Staate bildeten, nun zu einem Kampfe riesenhafter selbstgeschlossener Organisationen anwächst, die das ganze gesellschaftliche und staatliche Leben bedingen. So bedeutet das Hineinwachsen in den Sozialismus das Hineinwachsen in große Kämpfe, die das ganze Staatswesen erschüttern, die stets gewaltiger werden müssen und nur enden können mit der Niederwerfung und Expropriierung der Kapitalistenklasse. Denn das Proletariat ist unentbehrlich für die Gesellschaft, es kann zeitweise niedergeworfen werden, nie aber vernichtet werden. Die Kapitalistenklasse dagegen ist überflüssig geworden [...] – die erste große Niederlage um die Staatsmacht, die jene Klasse erleidet, muß zu ihrem völligen und dauernden Zusammenbruch führen. [Wer sich diesen Einsichten verweigert, F.D.] muß blind sein für die Grundtatsache unserer Gesellschaft: den Klassengegensatz von Kapital und Arbeit (Kautsky 1908c: 222).

Auf der Annahme des sich stetig verschärfenden *Grundwiderspruchs* beruht die große Abstraktheit, die der Revolutionsbegriff in der Weltanschauung schon bald annahm, und die seine ohnehin große Ideologisierung noch weiter stark ausweitete:

- (4) Dadurch wird die Lage des Proletariats immer unerträglicher, bis die soziale Spannung immer gewaltiger, bis eines schönen Tages eine Kraftprobe eintritt, die zu einer völligen Verschiebung der Machtverhältnisse führt (Kautsky 1908c: 254).

Es ist hier kaum zu übersehen, dass der Revolutionsbegriff fast völlig seine konkreten politischen Handlungsbezüge verloren hat, und er vielmehr als eine ferne, konkret nicht mehr fassbare, und doch mit *Sicherheit* erwartete Leitkategorie über den konkreten Geschichtssemantiken steht, und sich von diesen damit auch absondert. Die Vertagung der Revolution auf einen völlig unbestimmten *schönen Tag* zeigt den semantisch-praktischen Spagat zwischen revolutionärer Rhetorik auf der einen und konstruktiver Realpolitik auf der anderen Seite, die sich in der Praxis mit den Erfolgen, die man in den bestehenden Ordnung erreichen konnte und weiter vorantrieb, abfand. Dies wurde oft als typisches Kennzeichen der Weltanschauung der Sozialdemokratie und der vor allem von Kautsky und Bebel vertretenden

Parteiideologie im späten deutschen Kaiserreich beschrieben.⁹⁰ Damit lässt sich – gegen das Selbstbild der Akteure – eine *utopische* Dimension des Revolutionsbegriffs nicht übersehen, so dass die Propagierung einer fernen, undatierbaren aber unabwendbar vorherbestimmten *völligen Verschiebung der Machtverhältnisse*, die von den Entbehrungen der gegenwärtigen Gesellschaft befreit, bisweilen durchaus eschatologisch anmutet.⁹¹

Die gegenseitigen Angriffe liefen also ganz symmetrisch: Von reformistischer Seite wurde die Behauptung der Verschärfung der Gegensätze in der Gesellschaft als schlichtes Fehlurteil im Hinblick auf die gegebene gesellschaftliche Lage kritisiert (1 und 2), worauf die andere Seite entgegnete (3), dass die Reformisten die bestehenden Widersprüche und das mit ihnen verbundene revolutionäre Potenzial verkennen: Ihnen *erscheine* die bisherige gesellschaftliche Entwicklung nur als stetige Verbesserung der Lage (und als kontinuierlicher Fortschrittsprozess), weil sie die unter der scheinbar harmonischen Oberfläche des *Wachstums eines einzigen Elementes* sich verbergenden Widerspruchstendenzen nicht wahrgenommen hätten. Der sich stetig verschärfende Gegensatz von Kapital und Arbeit sei jedoch stärker als alle anderen Gegensätze in der Gesellschaft und im Staate (Kautsky 1908c: 256). Beide Seiten bauen Ihre Argumentation für Ihren Erwartungshorizont darauf auf, dass sie der Gegenseite eine fehlerhafte Interpretation der Gegenwart vorwerfen.

Das Fehlurteil über die gegenwärtige Situation, das den revisionistischen Angriffen auf die etablierte Position zugrundeliegt, begründete sich aus marxistischer Sicht konkret darin, dass sie die Sache gewissermaßen vom Standpunkt des unreflektierten Alltagsverständes oder, wo soziologische oder ökonomische Befunde ins Spiel kamen, vom Standpunkt der *bürgerlichen Wissenschaft* betrachteten. Ihrer Beschreibung der Lage fehlte aus dieser Perspektive das *theoretische Fundament*, das es Ihnen erst erlaubt hätte, die gesellschaftliche Situation adäquat und vollständig zu erfassen. Bei

⁹⁰ Kennzeichnend für den K[autskyanismus] ist die Auffassung von der ökonomischen Determiniertheit historischer Prozesse, was den von ihm vermittelten Marxismus zu einer dogmatischen Lehre erstarren lässt, die vom naturgesetzlichen Zusammenbruch des Kapitalismus ausgeht und radikale Zusammenbruchs-Rhetorik mit reformistischer Praxis kombiniert. Marxhausen und Galceran 2008: Sp. 536

⁹¹ Die Verbindung von apokalyptischen und utopischen Motiven untersuchte vgl. Saage 2010.

denjenigen, die das revolutionäre Potenzial in der Gegenwart nicht erkennen konnten, handelte es sich daher für Kautsky um „geistlose Routinier[s]“, wogegen zu einem umfassenden Bild der Gegenwart nur ein Politiker gelangen wird, „der gleichzeitig ein Denker ist“ (Kautsky 1908c: 187). Aus diesem Unterschied beider Seiten resultiere, dass jene „sich nie gedrängt fühlen, die Gegenwart zu studieren“, während diese in ihrem „Studium der gegebenen Kräfte und Mächte“ durch die theoretische Lenkung ihres Blicks erst dazu getrieben werden, „den neu erwachsenden, noch wenig beachteten Faktoren [ihre] Aufmerksamkeit zuzuwenden“ (Kautsky 1908c: 187). Das theoriegeleitete Urteil über die Gegenwartsgesellschaft erschien daher aus dieser Sicht auch nicht weniger faktengesättigt als das *nüchterne, realistische* Bild, das die Revisionisten für sich beanspruchen. Ganz im Gegenteil war von Kautskys Warte aus die Auffassung, dass sich keinerlei gegenwärtige Anzeichen einer möglichen zukünftigen Revolution ausmachen lassen,

- (5) nur möglich in Gehirnen, die die Ökonomie ganz scholastisch auffassen, die ihre Begriffe aus Büchern übernommen haben und damit rein gedanklich weiterhantieren, ohne die geringste lebendige Anschauung des wirklichen ökonomischen Prozesses gewonnen zu haben (Kautsky 1908c: 225).

Neben dem sachlichen Argument, das er anbringen wollte, wehrte sich der Angegriffene hier natürlich auch gegen das Klischee des „abstrakten Theoretiker[s]“ (Kautsky 1908b: 44), der *dem Versammlungsleben fern stehe*, das ihm oft nachgesagt wurde. Die Revolutionsemphase und Behauptung der Zuspitzung der Gegensätze in der Gegenwart, die die Revisionisten als nicht durch die Tatsachen gedeckte Wunschvorstellung zeichneten, war so für Kautsky im Gegenteil „das Ergebnis tiefen Studiums und daher stets von *vermehrter Erkenntnis der Wirklichkeit* begleitet“ (Kautsky 1908c: 187 f., eigene Hervorhebung).

Es zeigt sich aber auch hier die Verwissenschaftlichungstendenz, die den Streit über unterschiedliche konkrete politische Handlungsstrategien (denn es ging ja eigentlich um die Frage der Bewilligung von staatlichen Budgets!) in den Wettstreit konkurrierender wissenschaftlicher Beschreibungen der gesellschaftlichen Verhältnisse überführte. Es ging bei diesem Framing des Streits um die Revolution im Grundsatz um die Frage, wer die

wissenschaftlich überlegene Beschreibung der Gesellschaft bietet, und nicht um politische Meinungsverschiedenheiten.

Die divergierenden Standpunkte hinsichtlich der Erwartbarkeit einer zukünftigen Revolution, die hier aufeinanderprallten, basierten also bereits auf stark auseinandergelassenen Interpretationen der Gegenwart. So glaubte Maurenbrecher, dass die „Grundlage der heutigen Machtverteilung auf längere Zeit hin unerschüttert bleibt“, dass „die Gewerkschaften [...] noch nicht daran denken können, den kapitalistischen Unternehmer einfach an die Luft zu setzen“, so wie die „politische Partei“ auch gar nicht die „Kraft [habe], die bestehenden Verfassungen zu stürzen“ (Maurenbrecher 1908a: 150). Kurz: Die Lage sei noch lange nicht reif für eine Revolution. Ganz anders sah dagegen die Einschätzung von Kautsky aus: Die konkreten historisch-ökonomischen Vorbedingungen einer Revolution, und das war für ihn wie gesehen insbesondere der schroffe *Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit* sowie die Entwicklung der politischen Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Institutionen, sah er in den „industriell hochentwickelten Staate[n]“ (wozu er selbstverständlich auch und besonders Deutschland zählte) in der Zeit um 1900 bereits als weitgehend gegeben an: Denn das Proletariat

- (6) besäße [...] wohl heute schon die Kraft, die Staatsgewalt zu erobern, und fände es heute schon die ökonomischen Bedingungen, die Staatsgewalt zur Verdrängung kapitalistischer Betriebe durch gesellschaftliche zu benutzen. Aber was dem Proletariat fehlt, ist das Bewußtsein seiner Kraft (Kautsky 1908c: 231).

Hier wird einerseits wieder die tief verankerte Dominanz der Vorstellung der Revolution als *Eroberung der Staatsmacht* deutlich, auch wenn diese für die Transformation der ökonomischen Grundstruktur nur *benutzt* werden soll. Dabei ist auch beachtenswert, dass bei der von Kautsky verteidigten Revolutionserwartung zu den ‚objektiven‘ Vorbedingungen, also der ökonomischen Zuspitzung des gesellschaftlichen ‚Grundwiderspruchs‘ und starken Institutionen der Arbeiterbewegung, mit dem ‚Bewusstsein seiner Kraft‘ noch ein subjektives bzw. auch *willentliches* Moment kommen musste. Die Relevanz des Willens in einem tendenziell objektivierten historischen Prozess blieb ein regelmäßiger Streitpunkt, der auch unten nochmals aufgegriffen wird.

3.1.2. *Plausibilitätsfaktoren des Revolutionsbegriffs*

Unterschiedliche Gegenwartsdagnosen wurden aber auch durch völlig anders gelagerte *Bewertungen* deutlich, die für die bisherige Entwicklung und die gegenwärtige Situation abgegeben wurden. Während die revolutionsfeindliche⁹² Seite die zurückliegenden Prozesse als zwar widersprüchlich und verworren, aber doch tendenziell als *Fortschrittsprozess* zeichnete und auch für die Zukunft mit einer

- (7) langen Dauer der Periode des schrittweisen, reformistischen Aufstiegs (Maurenbrecher 1908a: 150)

rechnete, ging mit der Erwartung einer kommenden Revolution praktisch immer eine stark ablehnende Charakterisierung der Gegenwart einher (die sich allerdings, wie schnell klar wird, nicht mehr auf allseits geteilte Erfahrungslagen stützen konnte). Auch die bisherige Geschichte wurde tendenziell nicht als stetiger oder schrittweiser Aufstieg geschildert, sondern als sich forciert vollziehender Niedergang.⁹³ Häufig vorkommende stark pejorative Wendungen indizieren diese pessimistische Sicht: So habe man es mit einer „kläglichem Gegenwart“ (Kautsky 1908c: 189) oder einem „elenden Regime“ (Kautsky 1908c: 220) zu tun, „dessen Kopflösigkeit und Haltlosigkeit oft genug zutage getreten“ sei in einer „Weise, die das ungeheuere Gelächter der ganzen Welt entfesselte. [...] Vielleicht nirgends

⁹² Es ist eigentlich nicht ganz sauber, Maurenbrechers Position als revolutionsfeindlich zu charakterisieren, da er sich an keiner Stelle dazu äußerte, ob eine Revolution aus seiner Sicht grundsätzlich wünschenswert wäre, oder nicht. Er lehnte die Revolution also auch nicht explizit ab. Diese Frage stellte sich ihm zufolge aber schlicht gar nicht, da, wie gesagt, die Erwartung der Revolution schlicht nicht realistisch sei.

⁹³ Selbstverständlich schätzten und betonten gerade die sich als *Marxisten* verstehenden Autoren die Errungenschaften des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Gerade sie standen trotz aller zur Schau gestellten Gegnerschaft zu Staat und Gesellschaft nicht für die einfache Ablehnung der bisherigen Gesellschaftsgeschichte. Der Topos der *Entwicklung der Produktivkräfte* durch den Kapitalismus als Voraussetzung jeder sozialistischen Gesellschaft war weit verbreitet und durchdrang auch den Bereich der Alltagsideologie. So erkannte auch Kautsky die „Vorbereitung des Sozialismus durch die Kapitalkonzentration“ an (Kautsky 1908c: 221). Hierbei ist jedoch zu beachten, dass dies nur als ein der Produktionsweise inhärentes *Potenzial* gedacht wurde, und nicht als bereits positiv *realisierte* Verbesserungen für die Mehrzahl der Menschen verstanden wurde!

treibt man so schnell wie in Deutschland völligem Zusammenbruch der ganzen bürgerlichen Welt entgegen“ (Kautsky 1908c: 254).

Es muss hierbei jedoch beachtet werden, dass die Revolutionserwartung, trotz dieser ablehnenden Interpretation der bisherigen Entwicklung als Vorgeschichte des Zusammenbruchs, die die zunehmende Verschlimmerungen der Lebensumstände für die Menschen mit sich gebracht habe, *im Grundsatz* die bisherige (kapitalistische) Gesellschaftsentwicklung durchaus schätzte und auch als ‚*notwendig*‘ für die erhoffte Befreiung betrachtete. Was sich *real* als furchtbare Entbehrungen vollziehe, sei zugleich nichts anderes als die Realisierung der Vorbedingungen der Revolution, die erst eine Befreiung von den Entbehrungen verspreche. Das zunehmende Elend der Menschen schaffe gleichzeitig die *ökonomischen Bedingungen* (6), um die gesellschaftlichen Potenziale frei entfalten zu können. Nur so kann auch verstanden werden, dass, wie das Erfurter Programm behauptet, der „Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung“ (Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt 1891: 189) werden soll. Die gesellschaftlichen Verwerfungen wären demnach angesichts der realen Entwicklung der *Produktivkräfte* prinzipiell unnötig, angesichts der *gesellschaftlichen Organisation* aber ganz unvermeidlich.

Grund und Begründung für die erhoffte und erwartete Revolution entspringen letztlich aus diesem Gegensatz von Möglichkeit und Wirklichkeit kapitalistischer Gesellschaften. Gegenwärtige Entwicklungen wurden mit dieser Optik daher stets in dystopischer Manier betrieben, womit die Revolutionsemantik bestens an die Verklüftung der arbeitenden Massen anschließen konnte, die – wie gesehen und für die Parteibasis sehr prägend – zuvor auch durch das Sozialistengesetz geprägt war. Es ist daher plausibel anzunehmen, dass diese Geschichtsauffassung und die mit ihr verbundene Konturierung des Revolutionsbegriffs wegen der inhärenten pessimistischen Gegenwartsdiagnose eine besondere Attraktivität in Kontexten entfaltete, deren Lebenswelt durch Ausgrenzungs- und Entbehrungserfahrungen geprägt war. Die Durchsetzung der marxistischen Semantik im sozialdemokratischen Diskurs

fiel daher nicht zufällig in die 1870er Jahre, in denen sich die stärker werdende Arbeiterbewegung mit massiven Repressionen konfrontiert sah. Die Relevanz der Erfahrung von Repression und wirtschaftlichen Entbehrungen betont auch der Parteienforscher Franz Walter:

Die Zeit des [reformorientierten, F.D.] ‚Lassalleanismus‘ lief in den 1870er Jahren ohnehin ab, die Zahl der ‚Marxisten‘ in der deutschen Arbeiterbewegung dagegen nahm stetig zu. Der massive politische und ökonomische Druck, der die Arbeiterbewegung in diesem Jahrzehnt geeinigt hatte, war zugleich der Resonanzboden für die Verbreitung marxistischer Ideen und Begrifflichkeiten (Walter 2009: 15).

Dies traf auf den Revolutionsbegriff ohne Zweifel in besonderem Maße zu: Es kann durchaus die These formuliert werden, dass gerade die mit dem Revolutionsbegriff einhergehende schroffe Negation der bestehenden staatlichen Ordnung die hohe Attraktivität und Plausibilität des marxistischen Denkstils erklärt, der in den spezifischen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der 1870er Jahre mit weit verbreiteten Erfahrungen gesellschaftlicher und politischer Ausgrenzung besonders viele Anhänger fand. Das marxistische Begriffsinventar lieferte so verstanden eine argumentative und wissenschaftliche Unterfütterungen für *bereits bestehende* Antipathien gegen den preußischen Staat.⁹⁴

Franz Walter nennt zwei sozialgeschichtliche Elemente, die die Durchsetzung radikaler und revolutionärer Semantiken begünstigten: Einerseits führte die *Lange Depression* (1873 – 1896) zu teilweise erheblichen Verschlechterungen der Lebensumstände der einfachen Bevölkerung, so dass „die Arbeiter in Deutschland die Klassengesellschaft und den

⁹⁴ Der Durchsetzung der marxistischen Semantik hat sicherlich auch geholfen, dass sie nicht nur allgemein an staatsfeindliche und revolutionär gestimmte Vorstellungen anschlussfähig ist. Die marxistische Strömung, vertreten vor allem durch die von Bebel und Liebknecht angeführte Eisenacher *Sozialdemokratische Arbeiterpartei*, galt gemeinhin als dezidiert preußen- und hohenzollernfeindlich. Hierin und auch in dem Eintreten für eine großdeutsche Lösung schloss sie direkt an Marx und Engels an. Damit konnte die marxistische Strömung die durch die Repressionspolitik des Preußischen Staates bestärkten antipreußischen Affekte viel besser bedienen, als der konkurrierende Lassalleanismus, der sich traditionell positiver auf den preußischen Staat bezog, vgl. Walter 2009: 13f., Grebing 1977: 61 ff., Conze und Groh 1966: 78 ff.

Klassenstaat [nur selten zuvor] als so bedrohlich, rücksichtslos und demütigend empfunden [haben] wie in den 1870er Jahren“ (Walter 2009: 15). Allein dies vergrößerte den *Resonanzboden* für revolutionäre Deutungsmuster. Allerdings hätte die Krisensituation allein „die deutsche Sozialdemokratie wohl nicht für marxistisches Vokabular geöffnet; da musste noch die politische Entrechtung, ja die gesellschaftliche Stigmatisierung hinzukommen, die die Sozialdemokraten zwischen 1878 und 1890 erlebten“ (ebd.). Diese politische Exklusion wurde staatlicherseits hauptsächlich durch das *Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie* betrieben, das (wie erwähnt) insbesondere das sozialdemokratische Publikationswesen mit strenger Zensur belegte. Rückblickend hatte Kautsky daher wohl auch durchaus recht, wenn er das „Ansehen“ der Partei auf ihre „kühne und rücksichtslose Opposition, die sie von Anfang an übte“ (Kautsky 1908b: 46), zurückführte. Aus dieser Perspektive war es auch völlig zutreffend, wenn Kautsky konkret behauptete, dass die unversöhnliche Oppositionsrolle der Partei das „feste Zutrauen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten“ gesichert habe. Fraglich wurde es allerdings, ob die alleinige Fokussierung auf politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung im Diskurs des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts noch eine angemessene Gegenwartsdiagnose liefern konnte: Die Revisionisten bestritten genau dies. Zu erwarten wäre in jedem Fall, dass die radikale Semantik bei weit verbreiteten Erfahrungen von Verbesserungen zunehmend unplausibel werden musste: Und an der bloßen Tatsache, dass in dieser Konstellation das tatsächliche Vorliegen der behaupteten negativen Entwicklungen und weiteren Zuspitzungen der Widersprüche in der Gesellschaft von den Verteidigern des Revolutionsbegriffs theoretisch erklärt und nachgewiesen werden musste, da diese Einschätzung nicht mehr als offenkundiges Ergebnis verbreiteter Alltagserfahrungen allgemeine Evidenz beanspruchen konnte, liefert starke Hinweise darauf, dass der Revolutionsbegriff hier bereits anachronistisch wurde, indem er nicht mehr direkt mit den sachgeschichtlichen Entwicklungen und den verbreiteten Erfahrungslagen konvergierte.

Die diskursiven Rahmenbedingungen, die einige Jahrzehnte zuvor die Attraktivität der marxistischen Revolutionssemantik garantierten, hatten sich inzwischen geändert.

Aus begriffsgeschichtlicher Sicht bestätigt sich hier, was Knoblich als allgemeinen Befund beschreibt: „Definition, Evaluation und Zurechnung gesellschaftlicher Ereignisse konstituieren deren öffentliche und gleichsam offizielle Wahrnehmung, und in dieser Sphäre liegt sicherlich ein Schwerpunkt der Wirksamkeit politisch-sozialer Begriffe“ (Knobloch 1992: 16). Dies gilt hier zweifellos auch für die verschiedenen Perspektivierungen des Revolutionsbegriffs. Eine Besonderheit ist es jedoch, dass die divergierenden Definitionen und Bewertungen der gegebenen gesellschaftlichen Lage sich erst vermittelt durch verschiedene prognostische Vorgriffen erschlossen. Die politisierten Gegenwartsdiagnosen, die hier am Streit um den Revolutionsbegriff sichtbar werden, resultierten aus dem Streit um eine Kategorie, die historische Zeit selbst zum Inhalt macht: Gerade dieser Umstand führte dazu, dass die semantische ‚Tiefenstruktur‘, die der Gebrauch des Begriffs hier, besonders unverstellte Rückschlüsse auf die im Diskurs vorhandenen und wirksamen Geschichtsauffassungen erlaubt.

3.1.3. *Zukunftsbezug: Die Stigmanörter Prophezeiung...*

Der Disput zwischen Kautsky und Maurenbrecher wurde, wie schon erwähnt, mit scharfer Polemik ausgetragen. Auffällig dabei ist, dass beide Kontrahenten beim Versuch der gegenseitigen Diskreditierung auf ein sich teilweise überschneidendes pejoratives Vokabular zurückgriffen. Die Titulierung als ‚Propheten‘ scheint Kautsky besonders zu treffen, da er sie wiederholt ironisch aufgreift. Was sein Kontrahent aber als „überflüssiges und mißglücktes Prophezeien“ missverstehe, sei tatsächlich „eine Tätigkeit, die jeder denkende und weiterblickende Politiker zu üben“ (Kautsky 1908c: 187) habe. Man solle auch nicht

- (8) glauben, daß wenigstens im gewöhnlichen Lauf der Dinge der geistlose Routinier, dem die Zukunft erwägenden oder, nach Maurenbrecher, ‚prophezeienden‘ Politiker überlegen wäre (Kautsky 1908c: 187).

Im Hinblick auf die semantische Einbettung des Revolutionsbegriffes in das gesamte Geschichtsverständnis wird hier bereits deutlich, dass die Revolution unterschwellig als *Ausnahmefall* im historischen Prozess entworfen wurde, die eben nicht in den *gewöhnlichen Lauf der Dinge* zu

integrieren ist. Obwohl *Revolution* unzweifelhaft dem begrifflichen Kerninventar des marxistischen Denkstils⁹⁵ angehörte, war diese Sonderstellung bei den Vertretern der *materialistischen Geschichtsauffassung* häufiger zu beobachten. Denn gerade das Nichterwägen einer (jedenfalls weitgehend) *unvorhersehbaren* Revolution, die jederzeit hereinbrechen kann, ließ den *Routinier* aus dieser Sicht als *geistlose* Figur erscheinen, der sich für die Zukunft nur die Fortführung oder Wiederholung des Bekannten vorstellen könne. Ein „rasche[r] Umschlag der Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung“ sei das „Charakteristikum jeder politischen Revolution“ (Kautsky 1908a: 402). Und dieser Umschlag zeichne sich gerade dadurch aus, dass er nicht durch einfache Hochrechnung bestehender Daten (vor allem der bisherigen Wahlergebnisse) antizipiert werden könne. Und so trete irgendwann

- (9) doch ein Ereignis ein, stark genug, die Mächte des Beharrens zu überwinden, die durch vorherige Vorkommnisse schon innerlich erschüttert wurden, wenn auch äußerlich noch alles beim alten blieb (Kautsky 1908c: 187).

Auch hier zeigt sich wieder der soeben beschriebene Gedanke, dass ein ‚tieferes‘ Verständnis der Gegenwart nur möglich ist, indem hinter den bloßen *Erscheinungen* stehenden gesellschaftlichen Strukturen erschlossen werden müssen. Dem Revisionisten, der das nicht mache, erscheine die Gegenwart immer nur als „bloße Wiederholung der ihm bekannten Situationen [...], in denen er sich bisher bewegte“ (Kautsky 1908c: 187). Anders gesagt: Der als *geistlos* geschmähte Routinier (4) verkörperte aus marxistischer Sicht eine Geschichtsvorstellung und eine Zukunftserwartung, die streng in Kontinuitäten dachte und die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft *bruchlos* in einer *kausal geschlossenen* Linie anordnete. Hierin hat dieses Geschichtsbild tatsächlich Schnittmengen mit dem ungebrochenen zeitgenössischen Evolutionismus, auch wenn es hier keine expliziten Bezugnahmen auf ihn gibt. Damit zeigt sich hier auch das zu Beginn dieses Kapitels erläuterte Spannungsverhältnis zwischen dem Revolutionsbegriff

⁹⁵ Auch diese Zugehörigkeit ist weniger selbstverständlich, als es auf den ersten Blick scheint. Denn noch Marx selbst hatte sich, angesichts sich ändernder gesellschaftlicher Verhältnisse und politischer Aktionsformen, in seinen späteren Schriften immer weniger geschichtsphilosophischen Revolutionsemphasen hingeeben.

und dem Evolutionsgedanken, denn die Unzulänglichkeit, die Kautsky dieser Position vorwarf, bestanden für ihn in der Hauptsache darin, dass sie nicht mit der Möglichkeit einer *plötzlichen* und, in ihren konkreten Eigenschaften und insbesondere hinsichtlich des genauen Zeitpunktes, *unvorhersehbaren* Revolution rechneten. Um es aber nochmals zu betonen: Mit der Möglichkeit der Revolution zu rechnen bedeutete für Kautsky natürlich nicht, dass diese zufällig und aus dem Nichts heraus passiere und in keiner Verbindung zu gegenwärtigen Strukturen stehe. Es gelte vielmehr, besonders den „neu erwachsenden, noch wenig bekannten Faktoren seine Aufmerksamkeit zuzuwenden“ (ebd.). Diese Sichtweise verlangte also danach, die *Andersartigkeit der Zukunft bereits in der Gegenwart zu suchen* und zu erkennen. Dazu gelte es allerdings, sich von den vertrauten und wiederkehrenden Phänomenen zu lösen, und sich den unbekannteren zuzuwenden. Da Revolutionen keineswegs unverbunden mit vorbereitenden Prozessen seien, und es nur an der korrekten Erkenntnis der ‚revolutionären Faktoren‘ in der Gegenwart mangle, sei die von Kautsky vertretene Auffassung „das Ergebnis tiefen Studiums und daher stets von vermehrter Erkenntnis der Wirklichkeit begleitet“ (Kautsky 1908c: 187 f): Wer für die Zukunft mit der Revolution rechnet, verstünde demnach auch seine Gegenwart besser.

Im ‚quasi-evolutionistischen‘ Geschichtsdenken seines Gegners sah Kautsky nicht nur die blinde Routine, die das Wichtigste übersieht, er warf seinem Kontrahenten auch seinerseits eine *prophetische* Haltung vor: Nachdem er den Vorwurf, dass seine *prophetischen* Vorhersagen nicht eingetreten seien, zu entkräften versuchte⁹⁶, wandte er den Vorwurf gegen seinen Herausforderer

⁹⁶ „Das ist es, was Maurenbrecher die Revolution prophezeien [...] nennt. Ich frage, wo ist hier nur ein Wort der Prophezeiung? Was hier vorliegt, ist die Erwägung der Möglichkeiten, [...] denen gegenüber man sich wappnen mußte“ (Kautsky 1908c: 187) und weiter: „Das Kommen der Revolution hatte ich völlig richtig vorausgesehen“ (Kautsky 1908c: 189).

Hier wird deutlich, dass Kautsky gegen den Vorwurf der (unsicheren und willkürlichen) Prophezeiung gerade nicht, wie möglicherweise zu erwarten gewesen wäre, auf die (scheinbare) Sicherheit einer *wissenschaftlichen* Prognose und damit auch eine weitgehende Abgeschlossenheit und Vorherbestimmtheit der geschichtlichen Bewegung setzte, sondern im Gegenteil für sich reklamiert, die *Offenheit* der Zukunft und die vielfältigen möglichen Entwicklungspfade zu beachten! Die starre Geschichtsmechanik und ein naiver Glaube an einen allgemeinen vorherbestimmten Geschichtsverlauf, die dem hegemonialen

und stellte fest, dass „auch ein so vorsichtiger Politiker wie Maurenbrecher mit seinen [...] Prophezeiungen gründlich Schiffbruch erleiden kann“ (Kautsky 1908c: 186).

Die gegenseitige Bezichtigung, *Prophezeiung* zu betreiben, verrät ex negativo viel über die unausgesprochenen und die verschiedenen Lager überschreitenden Imperative im Diskurs: Wer *Prophezeiung* betreibt, kann üblicherweise keine (guten) Gründe für seine Erwartung angeben; kann sie natürlich nicht *wissenschaftlich* validieren. Die allgemeine Wortbedeutung könnte wohl so zusammengefasst werden, dass der Ausdruck den sicheren *Glauben* an eine Vorhersage ausdrückt, für die keine validen Argumente angegeben werden können. Eine Revolutionsprophezeiung würde demnach darin bestehen, ihr Kommen nicht aus in der Gegenwart vorhandenen Strukturen (welche auch immer das sind, denn darum drehte sich ja der Streit!) abzuleiten, sondern einem (bloßen) ‚Gefühl‘ oder einer ‚Eingebung‘ zu folgen. Die semantischen Abgrenzungen der verschiedenen Zukunftserwartungen und Geschichtsauffassungen untereinander fanden auf dieser (bereits erwähnten) geteilten Grundlage statt: Die Art und Weise der Verankerung der Prognose in der Gegenwart unterschied sich – *dass* eine Zukunftserwartung *wissenschaftlich* an eine Gegenwartsanalyse gekoppelt werden muss, wurde im Diskurs unhinterfragt und obligatorisch vorausgesetzt.

Dazu verweist der Ausdruck *Prophezeiung* natürlich auch auf den ‚Propheten‘ zurück, von dem er abgeleitet wurde. Der Gebrauch von *Prophezeiung* als Schimpfwort basierte freilich auf dem diskursiven Kontext, in dem die Ablehnung von religiösen Überzeugungen in der politischen Weltanschauung allgemein geteilt (und erwartet) wurde, was natürlich auch konkret jede Form des Heilsversprechens betraf. Die politische Zukunftserwartung musste hierbei als eine Form des weltlichen und wissenschaftlichen Gegenentwurfs zur christlichen Soteriologie konstruiert werden.⁹⁷ Gerade hierin liegen die diskursspezifischen Voraussetzungen

Geschichtsbild der Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg oft zum Vorwurf gemacht wurde (siehe auch das folgende Kapitel), wird hier gerade nicht sichtbar.

⁹⁷ Was natürlich nicht ausschließt, dass Überreste religiöser Zukunftsemantiken sich auch in (transformierter Form) in der Struktur wiederfinden können, wie oben bereits angedeutet wurde.

dieses Gebrauchs: Der geteilte pejorative Gebrauch deutet so auf die (subkutane) Vorstellung hin, die die *materialistische Geschichtsauffassung* als aufgeklärtes Komplement (und nicht immer als Ersatz) für überwundene religiöse Dogmen verstand. Denn interessanterweise war Maurenbrecher, der mit dem Ausdruck *Prophezeiung* ja die Anschauungen seines Kontrahenten zu diskreditieren versuchte, selbst Theologe und evangelischer Pastor, der auch nach seinem Parteieintritt in die Sozialdemokratie im Jahr 1903 noch eine Verbindung von Sozialismus und Christentum anstrebte (vgl. Hübinger 1990)!

3.1.4. ... und Metaphysik

Zur Diskreditierung der gegnerischen Ansichten wurde im Diskurs nicht nur *Prophezeiung* in pejorativer Weise verwendet. Die den wissenschaftlich-prognostisch bestimmbaren Bereich überschreitenden Annahmen, gegen die Maurenbrecher sich wendete, denunzierte er mehrfach als (*politische*) *Metaphysik* (so z.B. Maurenbrecher 1908a: 152). Was im Hinblick auf die allgemeine denotative Wortbedeutung aus revisionistischer Perspektive durchaus nicht ganz abwegig ist, da die Erwartung der Revolution bei den Marxisten ja gerade nicht allein auf vorhandenen *natürlichen* Fakten beruhte, wurde von Maurenbrecher evaluativ aufgeladen, indem er der abzulehnenden Metaphysik eine *realistische Theorie* positiv entgegenstellte:

- (10) Sie aber und Ihre engeren Gesinnungsgenossen sind mit diesem realistischen Aussprechen dessen, was ist, nicht zufrieden; Sie suchen hinter der äußeren Erscheinung noch nach einem inneren Wesen, einer zweiten, tieferen Bedeutung der Begriffe. Sie treiben Metaphysik und nicht realistische Theorie (Maurenbrecher 1908a: 152).

Und da er nämlich

- (11) methodisch auf dem Standpunkt stehe, daß unsere Theorie nichts anderes sein soll als die Widerspiegelung unserer praktischen Tätigkeit in unserem Denken, so muß ich Ihre Ausführungen Metaphysik und nicht Theorie nennen (Maurenbrecher 1908a: 153).

Diese Verwendung von *Metaphysik* als Stigmawort wendete Kautsky seinerseits polemisch gegen den Urheber, indem er zu Protokoll gab, dass er

- (12) das Wort gern gelten lassen [will], wenn Maurenbrecher mit Metaphysik alles bezeichnen will, was jenseits des Bereichs seines Erkenntnisvermögens liegt (Kautsky 1908c: 182).

Wo die eine Seite mit der Gegenüberstellung von positiv konnotierter *Theorie* und negativ besetzter *Metaphysik* arbeitete, versuchte die andere im Gegenzug die Verweigerung der Übernahme der Revolutionserwartung als Ausdruck der individuellen Beschränktheit der Revisionisten lächerlich zu machen. Der von beiden Seiten geteilten Ablehnung der Beschäftigung mit Dingen, die hinter der *physis* (also der Natur) anzusiedeln sind, lag natürlich zunächst wieder der im Diskurs universale Anspruch zugrunde, jede Zukunftserwartung auf die sichere Grundlage einer Gegenwartserfahrung zu stellen. Die Propagierung eines frei entworfenen Idealzustandes, dessen Realisierungsmöglichkeiten nicht weitreichend ausgelotet werden, war im Theoriediskurs dieser Zeit nicht mehr satisfaktionsfähig. Es ist das *Wie?* der Verankerung der Zukunftsprognose in der Gegenwart, das die konkurrierenden Semantiken trennte: Maurenbrecher artikulierte in (10) die klare Forderung nach einer Beschränkung auf das *realistische Aussprechen dessen, was ist*. Er schloss damit an ein Common sense-Verständnis *materialistischer Geschichtsauffassung* an, das sich rein auf empirisch konstatierbare Fakten und Tatsachen stützen sollte. Es gab in dieser Vorstellung keine wie auch immer geartete Realität, die hinter den konkreten Tatsachen verborgen bliebe. Gefordert war eine Theorie, die „*direkt aus der Wirklichkeit fließt*“ (Maurenbrecher 1908a: 151)! Diese (in einem weiten Sinne) *positivistische* Axiomatik der revisionistischen Seite bedingte, dass jede Form von Abstraktion und darauf gegründeter Theoriebildung unter Vorbehalt stand. Theorie durfte nach dieser Vorstellung *nichts anderes sein als die Widerspiegelung unserer praktischen Tätigkeit in unserem Denken* (11): Die politische Theorie sollte die praktische Betätigung widerspiegeln, aber nicht anleiten. Sie hatte mit dieser Beschränkung auf abbildende Funktionen einen rein passiven Charakter.

3.1.5. *Revolutionstheorie*

Kautsky ging, wenig überraschend, von völlig anderen Prämissen aus. Hier wird eine Grunddifferenz zwischen beiden Geschichtsemantiken erkennbar: Während die revisionistische Vorstellung nur die konkreten, empirisch zugänglichen Tatsachen akzeptierte, um darauf eine Prognose zu

gründen, verankerte Kautsky seine „Zukunftsweissagungen“ (Maurenbrecher 1908a: 149) in einem Gegenwartsbezug, der sich als *begrifflich-theoretische* Fassung der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur und ihrer Entwicklungstendenzen verstand: Abgelehnt wurden auf der einen Seite „Theoretiker, denen die ökonomische Praxis fremd ist“, und die nur „leere Begriffsspielerei“ betreiben. Aber auch „Praktiker, denen jedes theoretische Interesse fremd bleibt“ (Kautsky 1908c: 225), springen in dieser Optik zu kurz. Die Begrifflichkeit zur Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit sollte, Kautsky zufolge, beide Seiten zusammenbringen und *Erfahrung* und *Anschauungen* in *theoretischen* Termini fassen, die von den konkreten Einzelerfahrungen und –erscheinungen abstrahieren. Erst diese erlaubten, indem sie die *Grundtendenzen* der kapitalistischen Ökonomie freilegen, angemessene Aussagen über die zu erwartende Entwicklung – auch über das prognostische Nahfeld, auf das sich Maurenbrecher beschränken wollte, hinaus. In diesem Sinne ist auch die oft betonte und ebenso oft kritisierte („naturgesetzlich verbriefte“; siehe folgendes Kapitel) Gewissheit zu verstehen, dass die *Revolution* und das Kommen einer sozialistischen Gesellschaft *garantiert* seien: So wie das oben geschilderte Erkennen des Klassengegensatzes in der Gegenwart bereits theoretische Kategorien erfordere, sollten diese dann auch sichere Aussagen über ‚notwendiges‘ zukünftiges Geschehen ermöglichen, indem sie die langfristigen Entwicklungstendenzen und die ihnen zugrundeliegenden *Gesetze* enthüllen: „Die Verschärfung der Klassengegensätze entspringt [...] mit Notwendigkeit aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise. [Die Revolution ist daher] als Folge des Klassenkampfes eine Unvermeidlichkeit“ (Kautsky 1908c: 189).

An diesem Punkt ist allerdings auch ersichtlich, wie Kautsky das oft beschriebene Paradox auflösen wollte, dass die *materialistische Geschichtsauffassung* Schwierigkeiten habe, die Aufgaben und den Zweck der eigenen Organisationen und eines offensiv geführten Klassenkampfes mit dem Ziel der sozialen Revolution zu begründen. Denn die Hauptthese sei ja gerade die *historische Notwendigkeit* des historischen Prozesses, so dass das Eintreten der angestrebten Ziele ja ohnehin garantiert sei. Und Kautsky betonte durchaus in diesem Sinne, dass man die Stärke der Arbeiterklasse in den politischen Kämpfen „natürlich nicht nach Belieben vergrößern“ könne, da die „Kräfte des Proletariats [...] in einem bestimmten Zustand der kapitalistischen Gesellschaft durch deren ökonomische Verhältnisse

bestimmt“ seien und sich nicht „willkürlich vermehren lassen“ (Kautsky 1908c: 229). Allerdings fanden die politischen Auseinandersetzungen dieser Vorstellung nach innerhalb der durch die *objektiven Bedingungen* gezogenen *Grundtendenzen* statt, so dass die Partei dafür sorgen müsse, dass die – im Grundsatz unveränderlichen – ‚Kräfte‘ effektiv genutzt werden: Und dies geschah Kautsky zufolge schon alleine dadurch, dass ansonsten unbewusst ablaufende Prozesse durch politische Theorie sichtbar gemacht werden:

- (13) Als gesellschaftlicher Prozeß ist daher der Klassenkampf lange ein unbewußter Prozeß und als solcher mit all der Kraftverschwendung behaftet, die allen unbewußten Vorgängen innewohnt. Nur die Erkenntnis des gesellschaftlichen Prozesses, seiner Tendenzen und Ziele vermag dieser Verschwendung ein Ende zu machen [und] die Kräfte des Proletariats zu konzentrieren [...] (Kautsky 1908c: 230).

Damit verlor die Theorie ihren passiven, mechanisch widerspiegelnden Charakter und wurde selbst als aktives und dynamische Moment im historischen Prozess entworfen, das einen eigenständigen Beitrag zur Realisierung revolutionärer Erwartungen leistet: „Theorie ist der Faktor, der die mögliche Kraftentfaltung des Proletariats aufs höchste steigert, indem er dessen durch die ökonomische Entwicklung gegebene Kräfte aufs zweckmäßigste gebrauchen lehrt“ (ebd.). *Notwendigkeit* besteht so nur auf der Ebene der langfristigen Grundtendenzen, und nicht auf der Ebene des konkreten Ablaufs des geschichtlichen Prozesses. Und gerade diesen gelte es – im vorgegebenen Rahmen – für die Partei zu ihren Gunsten zu gestalten (ausführlicher werden diese Probleme im folgenden Kapitel erörtert).

Damit verteilte sich die Behauptung von historischen *Notwendigkeiten* in beiden Domänen (Abfolgen konkreter Einzelereignisse vs. aus diesen abstrahierte allgemeine Entwicklungsprinzipien) zwischen den beiden Auffassungen in ungleicher Weise: Maurenbrecher ging davon aus, dass nur im prognostischen Nahfeld ausreichend Sicherheit erreicht werden könne, um einigermaßen verlässliche Aussagen über die Zukunft zu erlauben (wie z.B. die beschriebene Prognose, dass in näherer Zukunft keine Revolution mehr kommen werde)⁹⁸. Alles darüber Hinausgehende seien

⁹⁸„Alles Herumargumentieren mit der ständigen ‚Verschärfung der Gegensätze‘ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf absehbare Zeit in Deutschland keine Periode revolutionärer

„Prophezeiungen“. Dieses Verhältnis ist in der hegemonialen Weltanschauung genau umgekehrt: Sicherheit gibt es gerade *nicht* hinsichtlich des konkreten Ablaufs, sondern nur als Ergebnis der langfristigen Grundtendenzen des historischen Prozesses. So sei (da aus allgemeiner Gesetzmäßigkeit abzuleiten) bisweilen mit *Notwendigkeit* vorherzusagen, dass die Gesellschaft in einem Land auf revolutionäre Ereignisse zusteure, es sei nur damit immer noch nichts über den genauen Zeitpunkt, den konkreten Ablauf und vor allem auch nichts über den Ausgang von vorhersagbaren Kämpfen gesagt. Es handele sich bei der einen Variante, *Prophezeiungen* zu betreiben,

- (14) um sehr mannigfaltige Möglichkeiten, die ein besonderes Ereignis oder eine besondere Situation in ihrem Schoße bergen können, deren wahrscheinlichen Konsequenzen wir nachzugehen haben. Bei der anderen handelt es sich um eine notwendige, einzig mögliche Entwicklungsrichtung, deren Erkenntnis wir zu suchen haben. Bei der ersten knüpfen wir an bestimmte, konkrete Tatsachen an, die andere kann uns nur allgemeine Tendenzen aufzeigen, ohne über die Formen, welche sie annehmen werden, irgend etwas bestimmtes zu sagen (Kautsky 1908c: 188).

So erklärt sich die paradox erscheinende Situation, dass Kautsky, dem oft ein blindes Vertrauen in starre historische Gesetzmäßigkeiten vorgeworfen wurde, seinem Kontrahenten gegenüber anmahnt, die *Offenheit der Zukunft* zu beachten: Der als Ideal vorgestellte ‚denkende Politiker‘ werde nämlich

- (15) bei jedem eintretenden Ereignis alle Möglichkeiten erwägen, die es in seinem Schoße tragen kann, und sie zu ihren fernsten Konsequenzen ausdenken“ (Kautsky 1908c: 187).

Entwicklung zu erwarten ist“ (Maurenbrecher 1908a: 149), vgl. auch Maurenbrecher 1908b: 395 und das Zitat (1) oben.

Die von Maurenbrecher vorgetragene Prognose, dass mit keiner Revolution zu rechnen sei, versucht Kautsky zur Diskreditierung seines Gegners zu nutzen. Es handele sich um ein Fehlurteil, das aus guten Gründen bei der „deutschen Bourgeoisie tief eingewurzelt“ sei und auch ihre Intellektuellen kennzeichne (Kautsky 1908c: 254).

Im Hinblick auf die hegemonialen Weltanschauung in der Sozialdemokratie vorgeworfene Neigung zum Determinismus ist die Lage daher komplizierter, als es zunächst scheinen mag: Kautsky rechnete hier ganz eindeutig mit einer *offenen Zukunft* und erwägt verschiedenste Möglichkeiten, wie sich die Gesellschaft weiterhin entwickeln könnte. Allerdings war es besonders die Möglichkeit (oder vielmehr die Erwartung!) einer unvorhergesehen Revolution, die diese Offenheit erst begründete. Gerade weil die Revolution konkret nicht zu ‚berechnen‘ war, könne man sich auf noch so sicher erscheinende Prognosen nie ganz verlassen. Die Möglichkeit der Revolution bedingt demnach die Unzuverlässigkeit jeder Prognose.

3.1.6. *Freier Wille und Notwendigkeit*

Ohne dem folgenden Kapitel zu weit vorzugreifen, ist an dieser Stelle Kautskys Antwort auf den Vorwurf, marxistisches Geschichtsd Denken betrachte den *freien menschlichen Willen* zu wenig und lasse ihm angesichts der Fokussierung auf ökonomische Grundstrukturen der Gesellschaft und daraus abgeleiteten starren ‚Bewegungsgesetzen‘ keinen angemessenen Raum, äußerst aufschlussreich im Hinblick auf die Konturen der hegemonialen Geschichts- und Zukunftssemantik und ihrer Revolutionsprognose. Denn sie verrät viel über die im Diskurs (untergründig) wirkmächtigen evolutionistischen und darwinistischen Deutungsmuster, auch dort, wo sie nicht explizit als solche benannt wurden.

Mit der Betonung einer Schlüsselstellung des *freien Willens* und auch der Persönlichkeit der tätigen Menschen im historischen Prozess gingen natürlich auch völlig andere Vorstellungen über die *Ziele* praktischer Parteiarbeit einher, als sie Kautsky umrissen hatte: Wo dieser die Bewusstmachung der gesellschaftlichen Tiefenstruktur als praktischen Beitrag zur durch dieses (theoretische) Wissen ermöglichten Verschärfung des Klassenantagonismus propagierte, wollten Kritiker der geschichtlichen Notwendigkeit (zu denen Kautsky nicht nur Maurenbrecher und die National-Sozialen, sondern ganz ähnlich auch *Anarchisten* und *Liberale* zählte) den Willen der Menschen beeinflussen und „an das Wollen des Proletariats appellier[en]“ (Kautsky 1908c: 225). Ihr gemeinsamer Fehler lässt sich für Kautsky konkret darin benennen, dass sie den Zusammenhang zwischen individuellem Willen und gesellschaftlicher Ökonomie nicht verstünden: „Sie alle klagen Marx an, daß er nur eine blind waltende automatische

ökonomische Entwicklung kannte und vom menschlichen Willen nichts wußte“ (Kautsky 1908c: 224), was Kautsky natürlich widerlegen wollte. Denn der Begriff *Ökonomie* sei überhaupt nur angemessen zu verstehen, wenn ihm der menschliche Wille zugrunde gelegt wird. Es sei ein begrifflicher Fehler, ein *Wollen* zu konstruieren, das „neben der Ökonomie und über der Ökonomie als ein besonderes Element auftritt, welches diese ergänzt und bewirkt, daß sich die von der Ökonomie bedingten Dinge, so oder anders gestalten“ (Kautsky 1908c: 225). Allerdings sei dieser Wille, der die ökonomischen Strukturen erst verständlich mache, keineswegs unbestimmt und ‚frei‘. Die „Triebkraft jedes ökonomischen Prozesses“ sei nämlich ein *bestimmter* Wille:

- (16) Es ist in letzter Linie der Wille zu leben, der aller Ökonomie zugrunde liegt, ja der schon mit dem Leben der mit Eigenbewegung und Erkenntnisvermögen begabten Organismen ersteht. Jede Form des Wollens ist in letzter Linie auf den Willen zu leben zurückzuführen (Kautsky 1908c: 225).

Dieser *Lebenswille* kann Kautskys Theorie zufolge verschiedenste Ausprägungen annehmen – in reiner Form komme er nur bei den *einfachen Organismen* vor. Das „Wollen des Organismus auf höheren Stufen“ sei hingegen durch „viele Zwischenglieder“ vermittelt, die „sich zwischen den bloßen Willen zu leben und die mannigfachen Formen“ (Kautsky 1908c: 225) höherer Stufen schieben.

Diese Hervorhebung des universalen Zwangs aller Organismen zur Selbstbehauptung konnte seine gedankliche Herkunft aus einer (zeitgenössisch typisch monistisch eingefärbten) Lesart des Darwinischen *struggle for existence* (bzw. *struggle for life*) freilich kaum verbergen. Ganz konkret erkennt man hier auch die Gedanken Albert Friedrich Langes wieder, der auf die frühesten Publikationen Kautskys großen Einfluss hatte. Lange hatte als einer der ersten versucht, Darwin'sche Kategorien für die Arbeiterbewegung fruchtbar zu machen, wobei er den gesellschaftlichen Klassenkampf als Form des *struggle for existence* interpretierte (wodurch er mit Marx in Konflikt geriet).⁹⁹ Ganz in diesem Sinne transformierte sich das

⁹⁹ Vgl. Bayertz 1982, auch im folgenden Kapitel wird Langes Einfluss auf die sozialdemokratische Weltanschauung wieder thematisiert.

Wollen in Kautskys Adaption unter den unterschiedlichen *Lebensbedingungen* zu einer „Gewohnheit, die sich vererbt und durch natürliche Auslese verstärkt“ (Kautsky 1908c: 225) und so in Form von Instinkten und Trieben das Überleben sichere. Bei wechselhaften Bedingungen versage der so entstandene Instinkt und das Überleben hänge „im wesentlichen vom Erkenntnisvermögen des Organismus ab, der es vermag, die gegebene Situation zu erkennen und sich ihr anzupassen“ (Kautsky 1908c: 226). Auf diesem Wege entwickle sich die Intelligenz, die schließlich beim Menschen zum bestimmenden Moment des *Willens zum Leben* werde (was auch daraus resultiere, „daß die Individuen mit schwächerer Intelligenz eher ausgemerzt werden“ Kautsky 1908c: 226).

Interessanterweise ließ Kautsky auch die *Technik*, die für ihn das zentrale Element der die Gesellschaftsgeschichte bestimmenden Gesetze darstellte, aus dem so bestimmten *Lebenswillen* entstehen. Auch sie sei:

- (17) ein Ergebnis des Willens zu leben, aber sie zieht eine bedeutsame Modifikation desselben nach sich. Das Tier will leben, wie es bisher gelebt hat. Mehr verlangt es nicht. Die Erfindung einer neuen Waffe oder eines neuen Werkzeugs bringt die Möglichkeit mit sich, besser zu leben als bisher, reichlichere Nahrung zu erlangen, mehr Muße, mehr Sicherheit, oder endlich neue Bedürfnisse zu befriedigen, die man bis dahin nicht kannte. Je mehr die Technik sich entwickelt, desto mehr wird der Wille zu leben zum Willen, besser zu leben. Dieser Wille kennzeichnet den Kulturmenschen (Kautsky 1908c: 226).

Die unterschiedliche Verfügungsgewalt über künstliche Waffen und Werkzeuge stellte für ihn somit auch die Keimzelle von ungleichen Besitzverhältnissen dar, woraus sich gesellschaftliche Klassen überhaupt erst differenzierten (Kautsky 1908c: 226 f). Damit wurde faktisch nicht nur jedes Geschichtsbewusstsein auf eine evolutionistische Grundlage zurückgestellt. Auch die wandelbare Bedürfnisstruktur des Menschen resultiert nach dieser Idee aus dem grundlegenden *Lebenswillen*, ebenso wie der menschliche Gebrauch der Technik und der Klassenkampf, welche die Entwicklung der Gesellschaft in der Hauptsache vorantreiben.

Hiermit deuten sich Antworten auf die Frage nach der Funktion von evolutionistischen Anschauungen in der sozialdemokratischen Weltanschauung und Programmatik an. Darwinistische Versatzstücke und

evolutionistische Argumentationsansätze blieben in subtheoretischer Form auch in den sich selbst als marxistisch verstehenden Diskurssträngen weiter präsent. Vielfach unterblieb zwar ein expliziter Bezug zur darwinistischen Weltanschauung, da dies mit jedem politischen „Resonanzkalkül“¹⁰⁰ kollidiert wäre. Denn die enorme Wertschätzung, die der Darwinismus in bürgerlich-progressiven Kreisen erfuhr und die daran anschließende Beliebtheit evolutionistischer Vorstellungen in diesen Kreisen machten ein offenes Bekenntnis dazu im oppositionellen Diskursrahmen vielfach schwierig. Allgemeine Hochwerte wurden natürlich nicht durchgehend abgelehnt, standen aber doch zunächst unter Vorbehalt. Aber am beschriebenen Beispiel wird deutlich, dass der Lebenswille als *Triebkraft* jedes ökonomischen Prozesses angesehen wurde und damit sogar als „Ausgangspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung“ (Kautsky 1908c: 225) erschien. Alle originär marxistischen und gesellschaftsspezifischen Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungsprinzipien fußten so auf evolutionistischen Axiomen.¹⁰¹ Die evolutionistische Semantik ‚umschließt‘ in dieser Fassung die mit marxistischen Kategorien verfahrenende Geschichtsauffassung der gesellschaftlichen Entwicklung; sie definierte auch deren Rahmenbedingungen und brachte die wichtigsten historisch wirksamen Veränderungsprinzipien (*Technik, veränderliche Bedürfnisstruktur, Klassenkampf*) erst hervor:

- (18) Die ökonomische Notwendigkeit bedeutet nicht Willenlosigkeit. Sie entspringt der Notwendigkeit lebender Wesen, leben zu wollen, und der Unvermeidlichkeit, dazu die Lebensbedingungen zu benutzen, die sie vorfinden. Sie ist die Notwendigkeit bestimmten Wollens (Kautsky 1908c: 228).

Dass Kautsky die Verbindung der von ihm propagierten *Notwendigkeit* auf der Ebene allgemeiner Entwicklungsprozesse und gleichzeitiges Beharren

¹⁰⁰ Erdl bezeichnet mit diesem Begriff die „Absicht, mit einer Äußerung gut dazustehen, und den Aufwand, den man der Formulierung und Inszenierung dieser Äußerung daher angedeihen läßt“ (Erdl 2004: 336 f).

¹⁰¹ Mit dieser Fassung des Verhältnisses stellt sich Kautsky gegen die Positionen von Marx und von Engels, was ihm wohl gar nicht voll bewusst war. Zu Marx‘ Sicht auf die (Rück-)Übertragungen darwinscher Kategorien vgl. Schmieder 2014, auch im folgenden Kapitel wird der theoriegeschichtliche Hintergrund weiter ausgeführt.

auf erforderlicher *revolutionärerer Praxis* nicht ohne Widersprüche bestimmen konnte, lässt sich kaum übersehen: Es ist z.B. völlig unklar, warum (wenn, wie oben gezeigt, die *Revolution* und der *Sozialismus* mit begrifflich-theoretischer Sicherheit aus der widersprüchlichen Grundstruktur der kapitalistischen Ökonomie abgeleitet werden können) die politische Praxis der Partei erst die Klassengegensätze verschärfen und damit „die Revolution unvermeidlich“ (Kautsky 1908c: 253) machen solle, da die Zuspitzung ja zuvor als nicht beeinflussbar beschrieben wurden. Kautsky verwischte hier offenkundig die von ihm selbst zur Unterscheidung angemahnten Ebenen. So blieb er aus den gleichen Gründen auch unentschlossen, wenn er auf der einen Seite forderte, dass die Partei den Klassenkampf in einer Weise forcieren müsse, die bewusst die Zuspitzung der Widersprüche bewirke (und so auch politische Repression und „zunehmende Isolierung des Proletariats“ hervorrufen könne) um der Revolution zum Durchbruch zu verhelfen, während er an anderer Stelle zu dem Schluss kommt, dass man nicht „die Revolution beschleunigen“ könne, da ein „derartiges Ereignis [...] nicht von unserem Gutdünken“ abhängige (Kautsky 1908c: 259).

3.1.7. *Zwischenfazit*

Auch an diesen Selbstwidersprüchen wird deutlich, dass die marxistische Revolutionsemphase keineswegs argumentativ und begriffslogisch bruchlos aus den theoretischen Grundannahmen hervorging und tendenziell eine begriffliche Sonderstellung in der Weltanschauung einnahm, wie schon am Anfang dieses Kapitels behauptet wurde. Die zunehmende Unwahrscheinlichkeit revolutionärer Erhebungen in näherer Zukunft und auch die kaum zu leugnende Irrelevanz der Revolutionserwartung für die alltägliche Politik der Partei in den Parlamenten führten im 20. Jahrhundert zur zunehmenden praktischen Verdrängung der Revolutionsemantik aus den semantischen Kernbereichen der Programmatik. Teile des marxistischen Begriffshaushalts wurden angesichts der disparaten politischen Praxis der Partei im frühen 20. Jahrhundert anachronistisch. Kautsky selbst registrierte dieses Anachronistischwerden der *Zuspitzungstheorie* durchaus. In nicht-öffentlichen Kontexten äußerte er das auch teilweise ganz deutlich, so etwa in einem Brief an Viktor Adler aus dem Jahr 1912, in dem er resigniert feststellte, dass sich der Optimismus seiner revolutionären Erwartungen durchaus nicht bestätige: Es gebe in der Partei

und Bewegung durchaus keine „Steigerung des revolutionären Elans im politischen Kampf, sondern Apathie, Verzagtheit, Unbehagen in weiten Kreisen“. Auch hier ließ er allerdings von seiner Hoffnung auf eine unvorhersehbare historische Wendung nicht ab, denn gerade aus dieser Apathie heraus seien „Ausbrüche der Verzweiflung“ (Kautsky 1954: 582) nicht auszuschließen. Es wird hier unverkennbar, dass Begriff und Erfahrung auseinanderliefen und die gegen die revisionistischen Herausforderer vehement verteidigte *Revolution* zunehmend aus dem konkret überschaubaren Bereich verdrängt wurde und zum utopischen Fernziel verschwamm.

Es hat sich hierbei schon angedeutet, dass im sozialdemokratischen Sprachgebrauch in der Zeit um 1900 zwei Verwendungsweisen des Revolutionsbegriffs unterschieden werden können, womit auf der Ausdrucksebene ein polysemer Gebrauch einherging: Denn zunächst wurde der Begriff natürlich in einer ersten Verwendungsweise dazu verwendet, um auf konkrete, in Raum und Zeit und auch in inhaltlicher Hinsicht genau bestimmbare singuläre Ereignisse zu referieren, was noch keinen großen Anlass für Streit bot.¹⁰² Von den Einzelheiten abstrahierte dagegen die zweite Verwendungsweise, die den eigentlichen Gegenstand der Debatten darstellte, und die aus der Projektion gegenwärtiger gesellschaftlicher Strukturen in die Zukunft einen Kollektivsingular abstrahierte.¹⁰³ Dass es beim Sprechen über *die* Revolution auch zu der für Kollektivsingulare

¹⁰² Beispiele dafür wären Verwendungen im Kontexte der Rede über Revolution in Russland 1905, die im Diskurs genau beobachtet wurde. Kautsky versuchte hier gegen Maurenbrechers Vorwürfe ganz konkret nachzuweisen, dass seine aus Grundtendenzen abgeleiteten Vorhersagen insgesamt stimmig gewesen seien. Anlass und Gegenstand des Streits waren hierbei allerdings die Aus- und Vorhersagen über die konkreten sachgeschichtlichen Ereignisse, und keine divergierenden Überzeugungen hinsichtlich des Revolutionsbegriffs.

Man beachte aber auch ganz allgemein die Produktivität des Lexems bei der Bildung von Eigennamen (oft in Kombination mit Ländernamen) für konkrete historische Ereignisse, bei denen immer diese Grundbedeutung dominiert.

¹⁰³ Wenn *die* Revolution unattribuiert verwendet wurde, war natürlich praktisch exklusiv die erhoffte wie erwartete *soziale* Revolution gemeint, die in Abgrenzung zur bereits als durch vergangene Ereignisse – mehr oder weniger – abgegolten verstandene *bürgerliche* Revolution in den geschichtlichen Ablauf eingesetzt wurde.

typischen Erscheinung kam, dass diese selbst als Subjekt der durch sie bezeichneten Prozesse eingesetzt werden, ist keine große Überraschung.

- (19) Wir können und wollen die Revolution nicht beschleunigen. Ein derartiges Ereignis hängt nicht von unserem Gutdünken ab. Wir haben jedoch auch nicht die mindeste Ursache, sie zu fürchten und ihr auszuweichen. Wie furchtbar sie für uns werden mag, wir können sie nicht umgehen, und nur hinter ihr winkt der Menschheit zwar nicht gleich die volle Befreiung, aber der Weg zur Befreiung von allem Elend der Klassengesellschaft (Kautsky 1908c: 259, eigene Hervorhebung).

Auf der einen Seite stand also eine Verwendungsweise des Revolutionsbegriffs, die diese als konkret identifizierbare, individuelle Ereignisse vorstellte, die genau in Raum und Zeit datiert sowie auch auf inhaltlicher Ebene klar bestimmt werden konnten. Dem gegenüber stand ein Gebrauch, der die Revolution im Singular von konkreten Ereignissen und Erfahrungen abhob, wobei *die* Revolution mitunter an die Subjektposition historischer Prozesse rückte. „Denn im Zuge der Universalisierung unseres Begriffes tauschen Subjekt und Objekt ihre Rolle. Der Genitivus subiectivus wird zum Genitivus obiectivus“ (Koselleck 2006d: 174).

Genauere Konturen bekommt die Spaltung des Revolutionsbegriffs im hier untersuchten Diskurs aber erst im Hinblick auf die mit beiden Seiten verbundenen Zugriffsweisen auf ein zukünftiges Geschehen. Denn da *die* Revolution, gedacht als Initialpunkt der erstrebten sozialistischen Gesellschaft, noch nicht eingetreten war, fand die Verwendung des Begriffs trivialerweise praktisch exklusiv in Kontexten des Sprechens über die Zukunft statt. Dabei entsprachen die beiden Verwendungsweisen grob den beiden Grundmodi des Vorgreifens auf zukünftige Verhältnisse; im ersten Fall dem Grundmuster der *Prognose* entsprechend, während die andere Seite starke *utopische* Züge trägt (auch wenn das dem Selbstbild der Akteure natürlich keinesfalls entspricht).¹⁰⁴ Der Übergang des Revolutionsbegriffs aus dem Bereich der Prognose in utopische Zukunftsvorstellungen ist, wie oben beschrieben, kaum zu verstehen, wenn die politisch-sozialen und

¹⁰⁴ Zu *Prognose* und *Utopie* als grundlegende Modi der Bezugnahme auf Zukünftiges vgl. Hölscher 1999: 41.

lebensweltlichen Veränderungen der Umstände in den Arbeitermilieus um 1900 unbeachtet bleiben: Denn vorherige Generationen von Arbeitern hatten ja teils noch eigene Erinnerungen an die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49, oder sie partizipierten daran aus direkten Erzählungen von ‚Genossen‘ in den Arbeiterorganisationen (auch wenn das letztlich Erfahrungen des Scheiterns waren).¹⁰⁵ Von der optimistischen Perspektive einer konkret zu erwartenden Revolution, die die Verhältnisse schon in naher Zukunft zum Besseren umwerfen werde, wie sie noch an Bebels Ausruf beim Erfurter Parteitag, dass alle im Raum anwesenden den Tag der Befreiung noch selbst erleben werden (vgl. Holzheuer 1972: 47, siehe auch folgendes Kapitel, Zitat 17), war wie oben gezeigt wurde, schnell nicht mehr viel übrig und die Revolution verschwamm zum utopischen Fernziel.

Am obigen Zitat (19) wird aber auch nochmals deutlich, inwiefern mit den verschiedenen Zukunftserwartungen evaluativ divergierende Gegenwartsinterpretationen korrelierten. Das *Elend der Klassengesellschaft* kann im revolutionären Erwartungsfenster nur überwunden werden, wenn die potenziell *furchtbare* – aber durch eigenes Zutun kaum beeinflussbare – Katastrophe tatsächlich eingetreten ist, für die das ‚kapitalistische Elend‘ gleichzeitig als Voraussetzung angesehen wurde. Wo die reformistische Seite ihre Zukunftserwartung also formal als kontinuierliche, und prinzipiell unendlich aufsteigende Linie entwarf (7), und damit dem Grundmuster der ‚bürgerlichen‘ Fortschrittssemantik wie auch des evolutionistischen Geschichtsmodells entsprach, verkomplizierte die marxistische Revolutionserwartung diese Axiomatik. Ihre Vorstellungen beruhten auf einer semantischen Tiefenstruktur, die den geraden Aufstieg in zwei gleichzeitig und gegensätzlich verlaufende Prozesse differenzierte: Dem realen Ablauf als immer weiterer Intensivierung des *Elends der Klassengesellschaft*, der theoretisch als Zuspitzung des Grundantagonismus gefasst werden konnte, stand die Akkumulation von (noch nicht realisierten) gesellschaftlichen Potenzialen ihrer eigenen Befreiung gegenüber. In der Perspektive der vorgezeichneten Befreiung lässt sich auch dies als Fortschrittssemantik beschreiben, die allerdings die Geschichte als Umweg

¹⁰⁵ Conze und Groh untersuchen in ihrer Studie zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Nationaler Bewegung die personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen der nationalrevolutionären Bewegung der 1840er Jahre und der frühen Arbeiterbewegung der 1860er Jahre ausführlich, vgl. Conze und Groh 1966: 41ff..

hin zum apokalyptischen Umschlag entwarf. Der schroffe Gegensatz von *Realität* und *Möglichkeit*, der hier entworfen wurde, enthielt eine quasi-heilsgeschichtliche Aufladung der Revolutionserwartung, sobald dem Sprechen über die Revolution die erfahrungsbasierte Grundlage entzogen wurde und eine Revolution real kaum noch zu erwarten war. Die scharfe Systemopposition konnte so rhetorisch dort noch aufrechterhalten werden, wo sie in der tatsächlichen Politik längst aufgegeben war.¹⁰⁶

Aber: Wie gezeigt wurde, verzichtete die hier von Kautsky vertretende revolutionäre Geschichtsauffassung nicht darauf, evolutionistische (und verklausuliert auch dezidiert darwinistische) Versatzstücke in diese Tiefenstruktur zu integrieren, womit die eingangs gestellte Frage dahingehend beantwortet werden kann, dass sich semantische Fragmente evolutionistischer Argumentationsweisen nicht eindeutig der reformistischen Seite zuordnen lassen, sondern diese auch in revolutionäre Entwürfe eingeschrieben waren. Es konnte somit gezeigt werden, dass sich beide Seiten nicht nur in den konkreten *Inhalten* ihrer Vorhersagen von zukünftigen politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Entwicklungen deutlich unterschieden (ob nämlich die Revolution garantiert sei oder doch vielmehr unmöglich eintreten könne). Dem Streit lagen vielmehr auch unterschiedliche Vorstellungen darüber zugrunde, wie ein legitimer, bestenfalls *wissenschaftlich* abgesicherter Vorgriff auf die Zukunft überhaupt möglich sei.

¹⁰⁶ Zum Zusammenhang von *Revolution* und apokalyptischen bzw. eschatologischen Vorstellungen vgl. auch Hölscher 1999: 115 f.

Revisionistische Geschichtsauffassung	Revolutionäre Geschichtsauffassung
Erwartung basiert auf positiven Fakten / ‚Tatsachen‘	Erwartung basiert auf durch Abstraktion gewonnener ‚Theorie der Gegenwart‘
Hält Revolution im prognostizierbaren Bereich für ausgeschlossen	Erwartet Revolution aus begriffslogischer Herleitung, Zeitpunkt und konkrete Umstände bleiben ungewiss
Konkrete Verwendungsweisen der Begriffe	Allgemeine Kategorien; Neigung zu Kollektivsingularen
Verwendungsweisen entsprechen tendenziell unmarkiertem, standardsprachlichem Gebrauch	Weitgehende theoretische und ideologische Einbettung der Begriffe (Terminologisierung); starke Diskursgebundenheit
Macht nur konkrete Vorhersagen; kurzfristige Perspektive	Auch langfristige Perspektive; verlängert Zielbestimmung über Lebensspanne der Akteure hinaus
Prognostiziert, wo möglich, konkrete weitere Entwicklung mit <i>Sicherheit</i> / <i>Notwendigkeit</i>	Erwägt verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung, propagiert <i>Offenheit der Zukunft</i> bei <i>Notwendigkeit</i> der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungstendenz
wertet bisherige Entwicklung tendenziell als kontinuierlichen Fortschritt	wertet bisherige Entwicklung als kontinuierlichen Verfall
Zukunft ist willentlich gestaltbar	keine Möglichkeit der Beeinflussung der Entwicklungstendenz; Wille in allgemeine Tendenz integriert

Tabelle 2: Revisionistische und revolutionäre Geschichtsauffassungen

Aus der Debatte ging Kautsky als Verteidiger des überkommenen Revolutionsbegriffs (wie schon zuvor gegen Bernstein) siegreich hervor; Maurenbrecher verließ die Partei kurze Zeit später wieder. Die zugrundeliegenden Spannungen zwischen theoretisch formulierter scharfer Negation der bestehenden Verhältnisse und praktisch betriebener konstruktiver Reformpolitik in Parlamenten und Betrieben blieb aber weiter bestehen.

Die Politik der SPD wies damals eine Fülle innerer Widersprüche auf. Zwar hatte die große Mehrheit der Delegierten auf den Parteitagen wie auch der Parteipräsidenten in den einzelnen Regionen und in den Fraktionen sich hinter die Zurückweisung gestellt. Tatsächlich aber betrieb die SPD im wilhelminischen Staat auf vielen Ebenen genau die Politik der ‚Mitverantwortung‘ bzw. der ‚konstruktiven Opposition‘, die Bernstein programmatisch im Sinne hatte. Das gilt für die Ausschusstätigkeit im Deutschen Reichstag, für die parlamentarische Mitarbeit in einigen Ländern (vor allem in Südwestdeutschland, wo dem Parlamentarismus allerdings auch mehr Entscheidungsspielraum eingeräumt war), für viele Kommunalparlamente und vor allem für das gesamte System der vorstaatlichen öffentlichen Verwaltung (Sozialversicherungswerke usw.). Überall waren hier Sozialdemokraten an der praktischen Politik durchaus auf dem Boden ‚der bestehenden Ordnung‘ oder der ‚Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft‘ beteiligt. Die große Mehrheit der Partei bestand insofern aus ‚praktischen Revisionisten‘, auch wenn sie programmatischen Revisionismus verwarf [sic]. (Klönne 1980: 120)

3.2. KONSTELLATION II

Der begriffliche Konflikt zwischen dem Evolutionismus und dem Revolutionsbegriff brach ein weiteres Mal anlässlich eines im Jahr 1909 in den gewerkschaftsnahen *Sozialistischen Monatsheften* erschienenen Artikels von Edmund Fischer, einem dezidierten Vertreter des revisionistischen Flügels, auf: Anlässlich des 100. Geburtstages Darwins argumentierte Fischer hier (durchaus nicht sehr originell, aber gerade darum typisch für die verbreiteten Argumentationsmuster – die herangezogenen Topoi sind altbekannt) mit dem hier nun auch ganz dezidiert biologisch aufgeladenen *Entwicklungsgedanken* gegen die Revolutionsemphase des linken Parteiflügels. Zu besagtem Jubiläum waren in der sozialdemokratischen Presse die

bekanntem Vergleiche zwischen Darwin und Marx als in analoger Weise solitäre Entdecker der historischen *Gesetzmäßigkeiten* in Natur und Gesellschaft vielfach wieder aufgewärmt worden.¹⁰⁷ Fischer zufolge seien dabei aber vereinfachend die Gemeinsamkeiten der Theorien und deren Übereinstimmung zur Parteiprogrammatik herausgestellt worden, ohne die Differenzen ausreichend zu beachten. Diese sah Fischer als erklärter Vertreter des revisionistischen Flügels in der Stellung des Revolutionsbegriffs in der Programmatik, der aus seiner Sicht einen Widerspruch zu den Theorien Darwins wie auch Marxens darstelle.

Fischer nahm in seinem Artikel den Geburtstag Darwins zum Anlass, die mit seinem Namen verbundenen historischen Deutungsmuster gegen die offizielle Programmatik in Stellung zu bringen. Die Unvereinbarkeit einer von Darwin inspirierten, dem Entwicklungsgedanken verpflichteten Geschichtsauffassung und dem Revolutionsbegriff begründete Fischer schlicht (und darin durchaus nicht untypisch) mit den in der Natur zu beobachtenden großen Zeitspannen, die für evolutionäre Prozesse im Allgemeinen nötig seien. Dies übertrug er recht unvermittelt auf die gesellschaftliche Sphäre, wobei er – scheinbar willkürlich – geringere, aber immer noch sehr weite Zeiträume zugrundelegte: Während in der Natur die Entwicklungen sich oft über einen „Verlauf von Hunderttausenden von Jahren“ erstreckten, benötigten die „Umwälzungen im Gesellschaftsleben, die Entwicklung von einer Gesellschaftsform zur anderen“ immerhin noch „Jahrhunderte“ (Fischer 1909: 576). Weder die Übertragung des empirischen Befundes der notwendigen langen Dauer für tiefgreifende Umwälzungen aus der Naturgeschichte auf menschliche Gesellschaften, noch die genannten Größenordnungen hielt Fischer für weiter begründungswürdig, jedoch: diese und ähnliche Analogieschlüsse waren im damaligen Diskurs so weit verbreitet und die begleitende Wissenschaftsemphase so hegemonial, dass es sich aus seiner Sicht um

¹⁰⁷ Zuerst hatte Engels in seiner Grabrede für Marx diese Parallele aufgemacht: „Karl Marx war einer jener hervorragenden Männer, von denen ein Jahrhundert nur wenige hervorbringt. Charles Darwin entdeckte das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur auf unserem Planeten. Marx ist der Entdecker jenes grundlegenden Gesetzes, das den Gang und die Entwicklung der menschlichen Geschichte bestimmt, ein Gesetz, so einfach und einleuchtend, daß gewissermaßen seine bloße Darlegung genügt, um seine Anerkennung zu sichern“ (Engels 1956c: 335 f).

unstrittige und selbstevidente Tatsachenbehauptungen handeln musste. Dass derartige Aussagen nicht weiter begründet wurden, indiziert schlicht die (weitgehende) allgemeine Geltung im Diskurs.

Im Hinblick auf den Sprachgebrauch in Fischers Text fällt auf, dass die Ausdrücke *Entwicklung* und *Evolution* quasisynonym verwendet werden. Tendenziell findet man im Sprachgebrauch der Arbeiterbewegung in dieser Zeit häufiger einen Gebrauch, in dem der Entwicklungsbegriff beide Sphären umfassend oder auch stärker auf den gesellschaftlichen Bereich bezogen verwendet wird, während der seltenere Evolutionsbegriff (jedenfalls bei unmarkierten Verwendungen) eher auf den Bereich der Natur beschränkt blieb. Im vorliegenden Fall war das anders: *Evolution* hat hier nicht mehr fachterminologische Anreicherungen als der Ausdruck *Entwicklung*; und es ist auch keine Reservierung des Evolutionsbegriffes für die Sphäre der Natur zu erkennen. Diese domänenunabhängigen Verwendungen führen zu ungewöhnlichen Verbindungen und Komposita: Fischer spricht über „die Entwicklung, die Darwin uns lehrte“ (576), beschreibt aber auch eine „Marxsche Evolutionstheorie“ (583), die zu ersterer in harmonischer Übereinstimmung stehe.

3.2.1. *Begriffe besetzen: ‚materialistische Geschichtsauffassung‘*

Typisch für Fischers Argumentation ist weiter sprachpolitische Strategie. Er versucht an verschiedenen Stellen das begriffliche Inventar seines Gegners anzueignen, um damit Inkongruenzen in der Terminologie offenzulegen. Dazu verwendete er besonders Eigennamen oder Fahnenwörter des von ihm attackierten politischen Gegners, ohne jedoch die bestehenden Gebrauchskonventionen zu akzeptieren. Dass derartig versucht wird, die Begriffe des politischen Gegners zu ‚besetzen‘, ist in der politischen Kommunikation nicht gerade ungewöhnlich, und der Beschreibung derartiger Manöver hat sich die Politolinguistik vielfach gewidmet. Im Unterschied zu den üblichen Fällen, bei denen typischerweise entweder ein positiv konnotierter Begriff angeeignet oder aber eine spezifische Bedeutung durchgesetzt werden soll, ist das Ziel hier ein anderes: Da sich Fischer bei seinen Adressaten wie bei der Leserschaft der *Sozialistischen Monatshefte* auf die Kenntnis der diskursspezifisch terminologisierten Verwendungsweisen der Ausdrücke verlassen konnte, wurde durch den nicht-konventionellen Gebrauch die semantische Differenz zwischen der *etablierten* und der

innovativen Verwendungsweise herausgestellt. Die resultierende Bedeutungskonkurrenz verweist dann auf (vermeintliche oder tatsächliche) semantische Lücken und Inkongruenzen der parteihegemonialen Semantik.

Ein Beispiel verdeutlicht dies: Die von Fischer propagierte evolutionistische Geschichtstheorie, die sich von der hegemonialen Auffassung klar unterschied, sich aber seiner Ansicht nach als einzige zurecht auf einen Darwin und Marx verbindenden Entwicklungsgedanken stütze, nannte er durchgehend *materialistische Geschichtsauffassung*. Diese Wendung gehört als Selbstbezeichnung klar in das identitätsstiftende Ideologievokabular des marxistischen Parteiflügels, und diente dort als etwas umgangssprachlichere, aber trotzdem klar bestimmte Alternative für den terminologisch fixierteren (und seltener vorkommenden) ‚*historischen Materialismus*‘. *Materialistische Geschichtsauffassung* wurde von den Vertretern des marxistischen Flügels häufig in der Art eines Eigennamens bzw. als Fahnenwort für den eigenen geschichtstheoretischen Ansatz verwendet. Besonders Kautsky benutzte die Wendung *materialistische Geschichtsauffassung* sehr gerne und oft, was noch sein spätes Hauptwerk gleichen Namens aus dem Jahr 1927 zeigt (Kautsky 1988b). Dabei schloss er primär an Engels‘ Sprachgebrauch an, der den Ausdruck beispielsweise im Anti-Dühring mehrfach verwendete.¹⁰⁸ Die Gebrauchshäufigkeit von *materialistische Geschichtsauffassung* steigt in den Jahren ab 1890 sprunghaft an, was sich schon mit dem google-books-Korpus¹⁰⁹ schnell plausibilisieren lässt (vgl. Abb. 2). Diese rasante Zunahme

¹⁰⁸ „Hiermit war der Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung, vertrieben, eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben und der Weg gefunden, um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären. Mit dieser materialistischen Geschichtsauffassung war aber der bisherige Sozialismus ebenso unverträglich wie die Naturauffassung des französischen Materialismus mit der Dialektik und der neueren Naturwissenschaft“ Engels 1956d: 25f.; und weiter: „Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts, verdanken wir Marx. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft [...]“ (Engels 1956d: 26).

¹⁰⁹ Googles webbasierter Ngram-Viewer hat aus wissenschaftlicher Sicht allgemein und besonders aus korpuslinguistischer Sicht vielfältige Probleme und Einschränkungen, die einen Einsatz in der Forschung im Allgemeinen erschwerern. Insbesondere ist kaum eine Kontrolle der zugrundeliegenden Daten möglich. Die Ergebnisse sind daher durchaus mit Vorsicht zu genießen, Hinweise auf den hier relevanten Anstieg der allgemeinen

der Gebrauchsfrequenz korreliert zeitlich auffällig genau mit dem Aufstieg der marxistischen Strömung in der Partei und in der Programmatik und war wohl auch auf die vorsichtig einsetzende Massenwirkung der marxistischen Presse und Parteiarbeit nach dem Ende der Zensur durch das Sozialistengesetz zurückzuführen. Und dies zeigt so auch die tiefe Verankerung des Ausdrucks im marxistischen Lager.

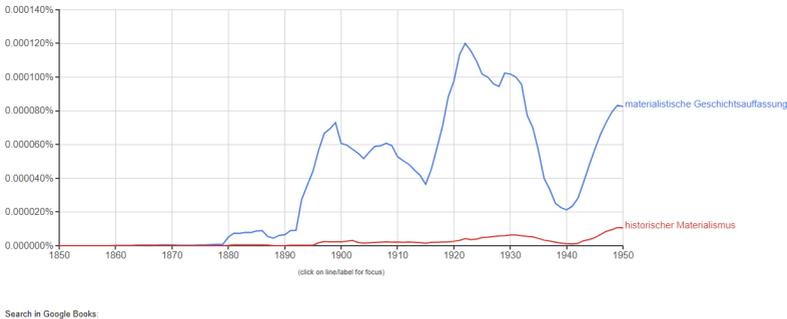


Abbildung 2: Wortverlauf materialistische Geschichtsauffassung im google-books-Korpus

Mit Fischers Irritationsversuch standen sich hier jedoch eine etablierte *materialistische Geschichtsauffassung*₁ und eine nichtkonventionelle *materialistische Geschichtsauffassung*₂ in Bedeutungskonkurrenz gegenüber, wobei *materialistische Geschichtsauffassung*₁ als Eigenname die dezidiert marxistisch-evolutionistische Geschichtsauffassung bezeichnet, die sich selbst auch klar (und mit dem Anspruch, auf ‚wissenschaftlichem‘ Fundament zu stehen) als *revolutionär* verstand. Die nichtkonventionelle Verwendung von *materialistische Geschichtsauffassung*₂ dagegen stellt diese davon abweichend als nicht-marxistisch, aber mit dem theoretischen Werk von Marx im Einklang stehend oder sogar daraus hervorgehend, und gerade darum auch als nicht-revolutionär vor! Dieser Sprachgebrauch impliziert die Behauptung, dass die Anschauungen der herausgeforderten ‚Marxisten‘ in der Partei nicht mit den Anschauungen des ‚Gelehrten Marx‘ (579) übereinstimmten, die nämlich gerade eine lineare Geschichtsvorstellung erforderten, die

Gebrauchsfrequenz kann man jedoch ohne Zweifel auch trotz der Einschränkungen gewinnen.

Veränderungen nur als das Ergebnis von langdauernden Prozessen kenne. Dass die Berufung auf den Theoretiker Marx durch Fischer gegen die Marxisten historisch fragwürdig und in der Sache theoretisch unhaltbar war, soll an dieser Stelle gar keine große Rolle spielen. Dies zeigt aber, dass eine gemeinsame weltanschauliche Basis unter den Parteimitgliedern bis in führende Kreise auch im frühen 20. Jahrhundert nicht gegeben war.¹¹⁰

Ganz ähnlich verhält es sich mit Fischers Berufung auf wissenschaftliche und politische Autoritäten: Kautsky, als herausragender Vertreter des attackierten Lagers, wurde von Fischer sehr wohlwollend und zustimmend zitiert, wo er als *Wissenschaftler* erschien, der empirisch adäquat historische ‚Gesetzmäßigkeiten‘ feststellte (und dabei beispielsweise konkret nachweisen könne, „dass die Entstehung des Feudaladels und der Fronarbeit eine Notwendigkeit“ gewesen sei, 578). Er wird dagegen ablehnend zitiert, wo er anlässlich der Revolution in Russland 1905 die Erwartung einer „Ära europäischer Revolutionen“ (580) formuliert, da diese Erwartung sich nicht aus den wissenschaftlich entdeckten Gesetzmäßigkeiten ableiten lasse. Derartige semantische Gegensatzpaare durchziehen die Argumentation Fischers gegen den Revolutionsbegriff. Die Autorität des soeben schon genannten ‚Gelehrte Marx‘, mit der von ihm begründeten „nüchternen Wissenschaft“ (579) wurden dem eigenen Lager zugeschlagen, wovon ein „Politiker Marx“ mit „illusionären Hoffnungen“ (579) unterschieden wurde, der die Revolution propagiere und auf den sich die „Marxisten“ (578) in Wahrheit bezögen.

Im Ergebnis entstanden im Falle Kautsky wie Marx ein Bild, das die politische Anschauungen (die Erwartung und Propagierung der Revolution) in Gegensatz zu den auf dem wissenschaftlichen Feld vertretenen Theorien

¹¹⁰ Fischers gesamter Text verwendet vielfach Marx'sche Begriffe, zeigt aber eine enorme Unkenntnis der Marx'schen Theorie. So ist ihm der Unterschied zwischen *Wert-* und *Preisform* völlig unbekannt, obwohl er ausführlich über die Entwicklung des *Mehrwerts* im Kapitalismus redet und damit ebenfalls die Überflüssigkeit der Revolution belegen möchte, wozu er verschiedenste Lohnstatistiken bemüht. *Mehrwert* misst sich bei Fischer in Mark. Dies zeigt vor allem - der Text wurde ja immerhin prominent in einer der wichtigsten Publikationen der Arbeiterbewegung veröffentlicht - dass auch noch im frühen 20. Jahrhundert eine theoretische Bildung der Mitglieder, wie sie von den marxistischen Parteitheoretikern angestrebt wurde, bis in die Führungsebene der Partei kaum verbreitet war (Fischer war neben seiner publizistischen Tätigkeit auch mehrfach Reichstagsabgeordneter).

setzt.¹¹¹ Damit zeigt diese zweite Konstellation, dass sich die politische Zuordnung evolutionistischer Semantiken hier nochmals anders darstellt, als es bei der zuvor behandelten Konstellation der Fall war. Während sich dort evolutionistische Versatzstücke in der hegemonialen Geschichtsauffassung offenbart hatten, zeigt diese (im gleichen Zeitraum stattfindende!) Auseinandersetzung die Inanspruchnahme evolutionistisch-darwinistischer Theoreme gegen revolutionäre Zukunftserwartungen.

3.2.2. *Fazit*

Aus theoriegeschichtlicher Sicht sind die allermeisten der von Kautsky in beiden Debatten herangezogenen Argumente Abwandlungen wohlbekannter Topoi aus dem geschichtsphilosophischen Arsenal des Marxismus. Es ist sicher deutlich geworden, dass er nur wenige im engeren Sinne ‚originelle‘ Gedanken zur Frage der *Revolution* in dieser Debatte angebracht hat. Allerdings war der kommunikative Zweck, den Kautskys Polemiken gegen Maurenbrecher und gegen Fischer verfolgten, ja auch ein anderer: Er versuchte mit aller Macht, den von ihm vertretenen *Denkstil* gegen Herausforderer zu verteidigen, die im Diskurs immer lauter zu vernehmen waren, und damit die Hegemonie der *materialistischen Geschichtsauffassung* über die Programmatik zu verteidigen. Angesichts der seit der Zeit des Sozialistengesetzes grundlegend veränderten Rahmenbedingungen wurde dieses Vorhaben immer hoffnungsloser. Dies wird schon daran erkennbar, dass die Veröffentlichung von Kautskys *Weg zur Macht* (Kautsky 1909), das den Hauptartikel gegen Maurenbrecher in erweiterter Form als Broschüre im Parteiverlag *Vorwärts* bringen sollte, einen Konflikt mit dem Parteivorstand nach sich zog (vgl. Fülberth 1972, Hünlich 1981: 153 ff). Das im Januar 1909 gedruckte, gut 100-seitige Heft war bereits im Handel, als Mitglieder des Parteivorstandes die Schrift lasen. Dabei störte sie die grundlegende Argumentationsrichtung kaum – denn Kautskys Argumente waren ja sämtlich altbekannt. Einige Mitglieder des Parteivorstandes waren aber entsetzt darüber, dass die Schrift aus ihrer Sicht den staatlichen Behörden unnötigerweise Anlass zu erneuter Repression liefere. Sie ließen die Schrift unverzüglich wieder einziehen. Kautsky wehrte

¹¹¹ Fischer nennt dies ganz explizit eine „psychologische Erscheinung, die man bei vielen Gelehrten finden“ könne (579).

sich erfolgreich gegen „den beschränktesten Parteivorstand unter allen sozialistischen Organisationen“ (Brief an Konrad Haenisch, 06.03.1909; zitiert nach Koth 1993: 131), indem er die *Kontrollkommission* einschaltete, die sich seiner Sichtweise anschloss. Auf die Option, die Schrift in einem anderen Verlag zu veröffentlichen (z.B. bei Dietz in Stuttgart oder in Wien, wozu er bereits zu Viktor Adler gereist war) verzichtete er schlussendlich, wobei er als Konzession an den Vorstand in Kauf nahm, seine Schrift an einigen wenigen Stellen zu entschärfen. Daran wird deutlich, dass in den Streitigkeiten über die Programmatik dieser kein sehr großes Eigengewicht (mehr) zugemessen wurde, sondern in der Hauptsache (und nur noch wenig verhüllt) die Imperative der parteipolitischen Praxis und die Erfolgskriterien der persuasiven Außenkommunikation in Konkurrenz zu den bürgerlichen und später linken Parteien den Ausschlag gaben. In diesem Streit und dem schlussendlichen Kompromiss wird das Bemühen deutlich, die kaum noch gegebene Einigkeit im Hinblick auf grundlegende programmatische Fragen in der Partei und besonders ihr revolutionäres Selbstverständnis nicht allzu offen hervortreten zu lassen. In der Sache hätte sich Kautsky wohl (noch klarer) durchsetzen können, aber dabei wäre in aller Öffentlichkeit dokumentiert worden, dass die marxistische Programmatik angesichts der tatsächlichen konstruktiven und pragmatischen Politik der Partei längst anachronistisch geworden war und kaum noch auf sichere Mehrheiten vertrauen konnte. Die Hegemonie der revolutionären Semantik war erkennbar fragil geworden.

Im Ergebnis zeigt sich hier auch die Verwissenschaftlichungstendenz, die darin besteht, den Wiederstreit von unterschiedlichen politischen Ansichten und Urteilen aufzulösen in eine Neucodierung als Frage der richtigen Erkenntnis des zur Debatte stehenden Gegenstandes: Wer sich nämlich ein angemessenes und theoretisch fundiertes Urteil über die bürgerliche Gesellschaft und ihre kapitalistische Ökonomie mache, der könne sich nicht mehr der Fehleinschätzung hingeben, dass auf parlamentarischem Wege eine grundlegende Verbesserung der Lage für das Proletariat zu erzielen sei: Die Unüberbrückbarkeit des ‚Interessensgegensatzes von Kapital und Arbeit‘ erlaube es den Herrschenden gar nicht, dies zuzulassen. Und andersrum könne aber das Proletariat, wenn es an seiner Lage wirklich etwas ändern wolle, auch nicht darauf verzichten, die ökonomische Grundstruktur der bestehenden Ordnung anzugehen: „Nirgends kann man auf dem Wege des Entgegenkommens Erhebliches für das Proletariat erlangen, überall, wo

man diese Politik versuchte, so in Frankreich, mußte sie wieder aufgegeben werden, weil sie an den harten Tatsachen scheiterte“ (Kautsky 1908b: 45). Diese ‚harten Tatsachen‘ waren in Kautskys Weltansicht aber als unüberwindliche *abstrakte begriffliche Gegensätze* gesetzt, und nicht als bloße Beschreibung von beobachtbaren konkreten politischen oder ökonomischen ‚Tatsachen‘. Aus diesem theoretisch konstatierten, nicht ‚nur‘ empirisch feststellbaren Interessensgegensatz können also auch Aussagen abgeleitet werden, die sich nicht aus den vorliegenden Fakten weiterrechnen lassen – die korrekt erkannte Grundstruktur der Gesellschaft und nicht ihre konkrete, historisch distinkte Ausprägung garantieren dann die Wahrheit der Aussage. Ihre Gültigkeit ist nicht von historisch bestimmten ‚Faktoren‘ abhängig.

Damit überführte Kautsky den durch die tagespolitischen Erfordernisse (im ersten Fall konkret die Frage, ob dem Haushalt der Regierung zuzustimmen sei oder nicht) aufgeworfenen politischen Streit über das zielführende praktische Agieren der Partei im parlamentarischen Rahmen im späten Kaiserreich in ein theoretisches Erkenntnisproblem. Dabei konnte es keine unterschiedlichen Meinungen und Standpunkte mehr geben; die zu gebende Antwort auf die diskutierte Frage ist schlicht wahr oder falsch.

4. NATURNOTWENDIGKEIT

Die Naturgesetzlichkeit der Gesellschaft ist Ideologie, soweit sie als unveränderliche Naturgegebenheit hypostasiert wird. Real aber ist die Naturgesetzlichkeit als Bewegungsgesetz der bewussten Gesellschaft. (Adorno 1982: 349)

Die Metaphorik, mit der gesellschaftliche Prozesse oder Ereignisse als *naturnotwendig* apostrophiert wurden, war im sozialdemokratischen Diskurs vor 1914 sehr weit verbreitet. Sie war aber keineswegs auf diese Sphäre beschränkt, nicht zuletzt, da es ein wohlbekanntes Faktum ist, dass letztlich alle Begriffe, die zeitliche Prozesse erfassen, metaphorischen Charakter haben. Sie greifen typischerweise auf räumliche Semantiken zurück. Das ist bei der *Entwicklung* nicht anders als beim *Fortschritt* oder der *Revolution*: „Wer über Zeit spricht, ist auf Metaphern angewiesen. Denn Zeit ist nur über Bewegung in bestimmten Raumeinheiten anschaulich zu machen“ (Koselleck 2003: 9).

Wenn man sich der *Naturnotwendigkeit* von der sprachlichen Ausdrucksgestalt her nähert, so erscheint diese bei näherer Betrachtung recht eigentümlich: Denn das Kompositum ergibt nur Sinn beim Sprechen über gesellschaftliche oder kulturelle Sachverhalte, konzeptionell gesehen also genau in der der Natur entgegengesetzten Domäne. *Notwendigkeit* in der Natur müsste nicht extra als *Naturnotwendigkeit* ausgewiesen werden. Das Bestimmungswort wäre schlicht überflüssig und das gesamte Kompositum ein Pleonasmus. Die Ausdrucksgestalt verweist so bereits auf den metaphorischen Gebrauch, für den der Ausdruck reserviert zu sein scheint.

Die grundsätzliche semantische Struktur bleibt davon unberührt: Die Metapher der *Naturnotwendigkeit* überträgt Sinngehalte aus der Domäne der Natur und ihrer Wissenschaften in die Sphäre der Gesellschaft, wobei besonders deren Geschichte und Zukunft ausgeleuchtet werden. Beim metaphorischen Sprechen werden in konkreten diskursiven Kontexten spezifische Aspekte der Spendersemantik (*source*) in der Zieldomäne (*target*) aktualisiert und hervorgehoben, während andere ausgeklammert

werden.¹¹² Es ist offenkundig, dass die materiellen Grundlagen der Entwicklungsprozesse in den beiden Domänen durch die Naturnotwendigkeitsmetapher im Allgemeinen nicht kurzgeschlossen werden – entscheidend ist vielmehr, dass durch die Metaphorik historische Prozesse als *gesetzmäßig ablaufend* und in ihren *grundsätzlichen Tendenzen vorherbestimmt* projiziert werden. Die Metaphorik hat dabei eine *Scharnierfunktion*, die die Semantiken der Evolutionslehre und der ‚materialistischen Geschichtsauffassung‘ synchronisiert. Sie wendet sich in ihren verschiedenen Varianten (implizit) gegen jegliche Geschichtsbegriffe, die das menschliche Handeln und die Priorität des (kollektiven) politischen Willens darin hervorheben: Wer die Metaphorik aufruft, behauptet die Dominanz der Notwendigkeiten der Natur über die Freiheit der Vernunft und des Willens. Nicht politische Zielsetzungen und noch so entschieden verfolgte praktische Bemühungen bestimmen demnach in letzter Instanz den historischen Verlauf. Die *Gesetze*, auf denen die *Notwendigkeit* beruht, liegen jenseits des Einflussbereichs menschlichen Zugriffs. Das politische Handeln der Menschen verliert da, wo Ereignisse mit *Naturnotwendigkeit* eintreten, an eigenständiger Relevanz. Zielgerichtetes politisches Handeln erfüllt oder realisiert dann den ohnehin vorgezeichneten Weg und muss selber semantisch in den (*naturnotwendigen*) Gesamtprozess integriert werden. Wer eine *Naturnotwendigkeit* in der Geschichte erkennt, leugnet oder relativiert die Einflussmöglichkeit der Menschen auf den historischen Prozess. Zwangsläufig trägt die Metaphorik zur semantischen Objektivierung des Entwicklungsdenkens bei. Der anti-voluntaristischen Stoßrichtung der Parteiprogrammatik kam das sehr gelegen. Es überrascht daher nicht, dass die *Naturnotwendigkeit* gerade im sozialdemokratischen Umfeld sehr verbreitet war.

¹¹² „Die Struktur von Metaphern besteht dementsprechend darin, Erfahrungen des einen Bereiches mit Hilfe von Erfahrungen des anderen Bereiches zu erklären. Die Projektionsprozesse können dabei unterschiedlich komplex sein. Die Metapher verfügt strukturell über einen Herkunftsbereich (*source*) und einen Zielbereich (*target*). Dadurch dass beim Metaphorisierungsprozess von einem Herkunftsbereich Bedeutungsaspekte auf einen Zielbereich projiziert werden, werden zugleich spezifische Bedeutungsaspekte hervorgehoben (*highlighting*), andere dagegen bleiben verborgen (*hiding*). Die Metapher basiert demnach auf den beiden Mechanismen *highlighting* und *hiding*“ (Spieß 2014: 36). Spieß greift hierbei auf die kanonischen Arbeiten zur Metaphertheorie von Lakoff und Johnson zurück, vgl. Lakoff und Johnson 1980: 10.

Es lässt sich daher allgemein sagen, dass die Rückverlagerung der Geschichte ins Naturhafte, die die Metapher transportiert, den Erwartungshorizont tendenziell wieder schließt: Wer in seiner Geschichte eine *Notwendigkeit der Natur* am Werke sieht, für den gilt es gerade nicht mehr unumwunden, „daß alle bisherige Erfahrung kein Einwand gegen die Andersartigkeit der Zukunft sein darf“ (Koselleck 1989a: 364). Die Zukunft muss zwar *notwendig* anders sein als die Gegenwart, allerdings wird sie gerade nicht mehr als offen und unabgeschlossen entworfen. In den wesentlichen Umrissen steht bereits in der Gegenwart fest, was von der Zukunft erwartet werden kann. Und dagegen scheint keine Intervention möglich.

Die Metaphorik der Naturnotwendigkeit schließt selbstverständlich an die Popularität des sich in der Gesellschaft ausbreitenden Darwinismus an. Sie hat daher in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine besondere Konjunktur, woran auch die hohe Frequenz der Metapher im sozialdemokratischen Diskurs ihren Anteil haben dürfte. Dies verdeutlicht schon die Verlaufskurve auf der Basis des DWDS-Referenzkorpus:¹¹³

¹¹³ Zeitlich korreliert die Frequenz der Naturnotwendigkeit auffällig mit der marxistischen Hegemonie in der Sozialdemokratie. Dies ist ein zusätzlicher Indikator für die enge Bindung der Metapher an das marxistische Denken. Die Verlaufskurve im DWDS-Kernkorpus zeigt deutlich ansteigende relative Gebrauchsfrequenzen im 19. Jahrhundert, die in den beiden Dekaden vor dem Jahrhundertwechsel ihren Höhepunkt erreichen, als der Marxismus die Debatte und Programmatik der SPD bestimmte. Interessanterweise bestätigt sich auch im google-books-Korpus eine hohe Frequenz ab den 1880er Jahren, wobei im Zeitraum, in dem die Frequenzen im DWDS-Korpus wieder fallen, im google-Korpus erst der Anstieg der Frequenzen beginnt. Vgl. Abb. 1.

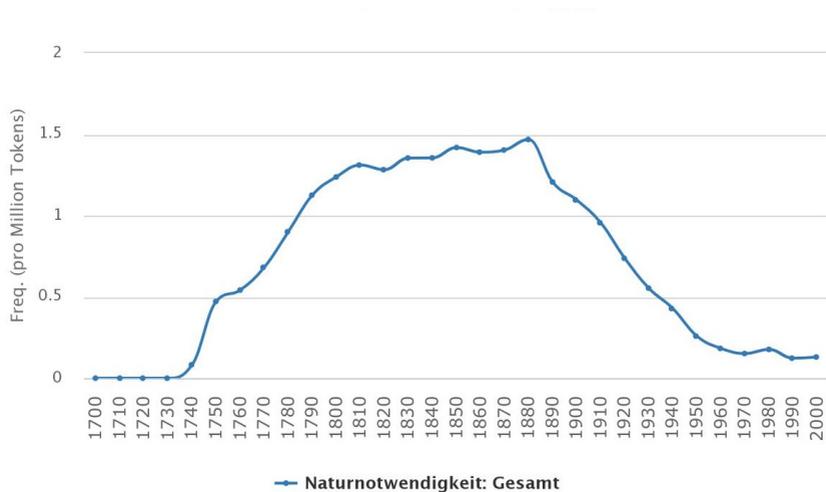


Abbildung 3: Verlaufskurve *Naturnotwendigkeit* im DWDS-Korpus, 1700 - 2000

Die Naturnotwendigkeitsmetaphorik gliedert sich in die allgemeine Dominanz biologischer bzw. naturhafter Vorstellungen im Entwicklungsdenken seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ein.¹¹⁴ Als solche ist sie an kein politisches Lager gebunden. Im Gegenteil: Auf die Gesellschaft gewendete darwinistische Argumentationen zeigen sich „für sehr verschiedene Deutungen sozialen Geschehens“ (Sieferle 1989: 118 f, zitiert nach Schwartz 1994: 552) offen. So wie es in dieser Hinsicht umstritten war, welche politisch-historischen Schlussfolgerungen aus den neuen Einsichten, die die wissenschaftliche Erschließung der Naturgeschichte bereithielt, zu ziehen seien und es also uneindeutig wurde, mit welcher politischen Agenda man sich gerechtfertigterweise im Einklang mit der naturwissenschaftlichen Autorität wähen konnte, erfährt auch die

¹¹⁴ „Wenn nun ungefähr ab 1770 der Entwicklungsbegriff auch auf Sachverhalte der politisch-sozialen Welt angewendet wurde, so handelte es sich hier um eine Übertragung des biologischen und anthropologischen Begriffs“ (Wieland 1972 - 1997: 201). Vgl. hierzu auch Schmieder 2015.

Naturnotwendigkeit eine scharfe Politisierung.¹¹⁵ Denn während es selbstverständlich möglich war, mit der Metapher die Übereinstimmung der bestehenden Verhältnisse mit einer ‚natürlichen‘ Ordnung auszuweisen und die Erwartung einer kleinschrittig und linear aus dem Bestehenden hervorgehenden Zukunft zu rechtfertigen, so dient die Metapher in oppositionellen Kontexten dazu, die Unabwendbarkeit der Überwindung der bestehenden Ordnung nach einem in seinen wesentlichen Zügen unabänderlichen Prozess auszuweisen. Die *Naturnotwendigkeitsmetaphorik* gliedert sich damit in einen „kruden Naturalismus, der letztlich alle Kultur in Natur aufzulösen drohte“ (Schwartz 1994: 552) ein, den die sozialdemokratischen Intellektuellen Schwartz zufolge aus dem bürgerlichen Lager übernommen hatten. *Naturnotwendigkeit* verändert damit aber die politischen Vorzeichen: Sie unterstreicht nun die optimistische und siegesgewisse Gegnerschaft gegen die bestehende Ordnung, während sie diese zuvor gerade legitimierte.

Die Redeweise, der zufolge gesellschaftliche Entwicklungen mit der *Notwendigkeit eines Naturgesetzes* ablaufen oder *naturnotwendige* Ergebnisse zeitigen, bleibt bei rein quantitativer Betrachtung in den Programmen der Sozialdemokratie unauffällig. Die *Naturnotwendigkeit* kommt allerdings an äußerst prominenter Stelle im Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1891 vor, was allein vor dem Hintergrund der hier behandelten Fragestellung einen genaueren Blick rechtfertigt. Allerdings ist die *Naturnotwendigkeit* auch im gesamten Theoriediskurs der Zeit auffällig präsent. Im ersten Teil des *Erfurter Programmes*, das von den Verfassern als theoretische Beschreibung der allgemeinen gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Situation intendiert war (und dem ein praktisch ausgerichteter Forderungskatalog als zweiter Teil zur Seite gestellt wurde), taucht die Formulierung direkt im ersten Satz auf:

- (1) Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit *Naturnotwendigkeit* zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen

¹¹⁵ Am deutlichsten erkennt man das wohl an der Einschätzung Haeckels, dass der Darwinismus und der Sozialismus sich gegenseitig ausschließen und das Selektionsprinzip der Deszendenztheorie ‚im eigentlichen Sinne des Wortes‘ aristokratisch sei, vgl. Haeckel 1878 sowie Bayertz 1998, hier besonders 266 ff.

Produktionsmitteln bildet (Erfurter Programm 1891, zitiert nach: Münkler 2007b: 371)

Allein diese herausgestellte Verwendung indiziert die hohe Relevanz der Wendung in der damaligen Programmatik: Denn vor dem Hintergrund der im zweiten Kapitel beschriebenen kommunikativen Grundfunktion von Parteiprogrammen, die fundamentalsten Überzeugungen und daraus abgeleitete politische Forderungen und Zielsetzungen zu formulieren und zu normieren, kann es keine Zweifel daran geben, dass hier die wichtigsten Grundaussagen der Programmatik formuliert und fixiert wurden.

Dabei ist zunächst festzuhalten, dass die Formulierung im *Erfurter Programm* bei genauer Betrachtung der syntaktischen Struktur nicht zur Attribuierung des allgemeinen, übergreifenden Prozesses der *ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft* dient. Es handelt sich nicht um eine *notwendige Entwicklung*, die die Kleinbetriebe beseitigen wird – sondern um eine Entwicklung, die *mit Notwendigkeit* zu ihrem Resultat führt. Der Prozess wird in Relation gesetzt zu seinem postulierten Ziel (*dem Untergang des Kleinbetriebes*), wobei die Verbindung adverbial als *mit Naturnotwendigkeit* ablaufend markiert wird. Nicht die *Entwicklung* wird bestimmt, sondern die Art und Weise, wie sie zu ihrem Ziel *führt*. Im Hinblick auf die semantische und pragmatische Dimension des Satzes erscheint diese Unterscheidung allerdings fast schon spitzfindig: Denn es wird so gerade keine Analogiebeziehung hergestellt, sondern adverbial tatsächlich eine semantische Bestimmung der Art und Weise vorgenommen, wie die *ökonomische Entwicklung* zum *Untergang des Kleinbetriebes führt*. Aus dieser Sicht wird im Programm nicht die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als naturnotwendig vorgesehlt, sondern konkreter der aus diesem allgemeinen Prozess resultierende *Untergang des Kleinbetriebes* (was als eine wesentliche Erscheinung der gegenwärtigen ökonomisch-sozialen Lage ausgewiesen werden soll). Da allerdings keinerlei Grund zur Annahme geliefert wird, warum gerade dieses spezielle Ergebnis mit Naturnotwendigkeit eintreten sollte, während das an anderer Stelle nicht der Fall wäre, es sich also in diesem Sinne um eine ‚unmarkierte‘ Verwendung handelt, erscheint es (für die Rezipienten) naheliegend, hier die Qualität der *Naturnotwendigkeit* vom konkreten Fall auf den Gesamtprozess auszuweiten.

Auch die zweite Belegstelle aus dem Programm, in der das Konzept in adjektivischer Form vorkommt, bestätigt diese Erwägungen:

- (2) Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei (Erfurter Programm 1891, zitiert nach: Münkler 2007b: 371).

Interessanterweise wird hier wieder nicht – wie vielleicht erwartet werden könnte – eine als Kollektivsingular auftretende *Entwicklung* oder ‚die‘ *Geschichte* (und, wie zu erwarten war, auch nicht der *Fortschritt*) als *naturnotwendig* markiert. Und es ist auch nicht der *Kampf der Arbeiterklasse* oder der Partei. Als *naturnotwendig* wird (wie im ersten Fall) das *Ziel* des Prozesses gesetzt. Inwiefern die allgemeineren historischen Prozesse (‚die‘ *ökonomische Entwicklung* oder ‚der‘ *politische Kampf*) im Diskurs ebenfalls als *naturnotwendig* vorgestellt werden, bleibt also noch anhand anderer Belegstellen zu untersuchen. Eher kontraintuitiv ist diese Formulierung (jedenfalls aus heutiger Sicht) jedoch, da sich Lesern, die mit dem Denkstil nicht vertraut sind, zwangsläufig die Frage stellen muss, warum der Kampf der Arbeiter überhaupt der Anleitung durch die Partei bedarf, wenn sein Ziel doch *naturnotwendig* ist. Es scheint hier eine semantische Spannung zwischen der Offenheit und Unbestimmtheit des Prozesses und der propagierten Unvermeidbarkeit seines Zieles zu geben. Das erwünschte Resultat scheint in der Formulierung des Erfurter Programmes unvermeidlich zu sein, es bleibt aber ungewiss, wie (und wann!) es erreicht wird. Auf diesen ‚teleologischen‘ Aspekt des Gebrauchs der *Naturnotwendigkeit* wird in Kürze zurückzukommen sein.

Dass die *Naturnotwendigkeit* für die Interpretation gesellschaftlicher Entwicklungen in der Sozialdemokratie in den Jahren um 1900 eine zentrale Rolle einnahm, und daher auch die Programmatik prägte, zeigt sich nicht nur durch die herausgehobene Stellung im *Erfurter Programm*, sondern auch durch die hohe Präsenz, die der Ausdruck in den zeitgenössischen Diskursen einnahm. Hier wird auch schnell deutlich, dass es nicht um die individuellen Präferenzen von einzelnen Autoren¹¹⁶ geht, sondern dass

¹¹⁶ Auch wenn es nicht übersehen werden kann, dass Kautsky, der den allgemeinen Teil des Erfurter Programmes verfasst hatte, eine besondere Vorliebe für die Metapher hat. Dies wird

Autoren aus verschiedenen Zusammenhängen und politischen Lagern den Begriff verwenden.

In der (vor allem ideengeschichtlichen und politologischen) Forschung wurde die Relevanz der Naturnotwendigkeit durchaus registriert. So kommt Steinberg zu dem (durchaus als paradigmatisch zu bezeichnenden) Ergebnis, dass die damalige „Marx-Orthodoxie [...] die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft als einen naturnotwendigen Prozess“ interpretiere; die Marxinterpretation der Parteiintellektuellen wie Bebel und Kautsky verabsolutiere „im Banne des naturwissenschaftlichen Entwicklungsgedankens das, was bei Marx als Tendenz gezeichnet war, zur naturnotwendigen einfachen Entwicklung“ (Steinberg 1972: 60).¹¹⁷ Klönne sieht die *Naturnotwendigkeit* als Teil der Vorstellungen, die für die Ideologie der Masse der Parteimitglieder wohl prägender gewesen sei, als fest ausbuchstabierte Parteiprogrammatik und –ideologie. Dabei betont er, dass die Rede von der Naturnotwendigkeit den Erfahrungen der alltäglichen Erfolge der Partei in den Parlamenten und an den Wahlurnen Rechnung trage, und gleichzeitig das Versprechen der *Naturnotwendigkeit* des Zusammenbruchs der bestehenden Ordnung „in einem riesigen Kladderadatsch“ der pragmatischen, „unideologischen“ Alltagspolitik „eine feiertägliche Weihe“ (Klönne 1980: 116) verleihe.

schon daran deutlich, dass die *Naturnotwendigkeit* (oder eng verwandte Metaphern) mehrfach auch in den Titeln seiner Werke vorkommen, so in seiner Kritik der Oktoberrevolution, die er in eine *Naturgeschichte der Revolution* einordnen möchte (Kautsky 1919b) oder später Kautsky 1932. Es wird hierbei deutlich, dass – anders als bei vielen anderen Konzepten oder Theoremen – die *Naturnotwendigkeit* das Denken des damals wichtigsten Programmatikers der Sozialdemokratie praktisch durchgehend begleitet.

¹¹⁷ Ganz ähnlich wird die Konjunktur des Ausdrucks im Programm und Theoriediskurs der Zeit heute typischerweise als Indiz der Verflachung Marx'scher Kategorien verstanden. So erkennt Ingo Elbe in ganz charakteristischer Weise in den Formulierungen des Erfurter Programmes einen für die europäische Sozialdemokratie typischen „vulgäre[n] Evolutionismus“ und einen „deterministische[n] Entwicklungsbegriff“, hinter dem ein „Gesetzesfetischismus“ stecke, der letztlich „nichts anderes als eine Geschichtsmetaphysik mit sozialistischem Vorzeichen“ sei (Elbe 2010: 16).

Auch die Relevanz im Diskurs wird häufiger konstatiert, vgl. z.B. Klönne 1980: 116f.

4.1. NATURNOTWENDIGKEIT UND MARXISTISCHE TERMINOLOGIE

Zunächst soll kurz die Frage aufgeworfen werden, mit welcher Art von Begriff wir es bei der *Naturnotwendigkeit* (im 1891er Programm und darüber hinaus) überhaupt zu tun haben (wozu der metaphorische Charakter des Gebrauchs kurz außer Acht gelassen wird): Denn angesichts der zentralen Stellung in einer der Hauptaussagen, die das Programm über die gegenwärtige politische Lage macht, und angesichts der umfassenden Theoretisierung der Programmatik der Partei im entsprechenden Zeitraum, stellt sich die Frage, ob der Begriff (analog etwa zu *Revolution* oder den vielen anderen Begriffen des damaligen Ideologievokabulars) als Teil der originären Terminologie zu betrachten ist.

Und auch wenn es im Grunde offensichtlich ist, dass Hauptmerkmale von Terminologien hier fehlen, lassen sich durchaus Eigenschaften originärer Terme finden. Denn die Rede über eine *Naturnotwendigkeit*, mit der die *ökonomische* Entwicklung ihre (wie auch immer gearteten) Ergebnisse zeitigt, funktioniert besonders gut im Kontext des übergeordneten theoretischen Rahmens der *materialistischen Geschichtsauffassung*, die ja die ökonomische Struktur der Gesellschaft als unhintergebares Movens ihrer Veränderung postuliert. Der Gebrauch des Begriffs der *Naturnotwendigkeit* im Programm verweist klar erkennbar auf die präsupponierten Gesetzmäßigkeiten, die den beschriebenen historischen Prozessen zugrundeliegen: Für denjenigen, der diese Grundannahmen nicht teilt, ist die Rede über die *Naturnotwendigkeit* schlicht nicht plausibel. Der Gebrauch des Ausdrucks wird flankiert und gestützt durch diverse Überzeugungen und Deutungsmuster, die dezidiert dem evolutionistisch-marxistischen Denkstil zuzuordnen sind, und die in diesem Kontext theoretisch fixiert sind. Durch diese kontextuelle Verankerung ist die Offenheit des Gebrauchs der Kategorie tendenziell eingengt und vielfältige Deutungspotenziale würden tendenziell beschnitten. Es ist auch völlig klar, dass der Gebrauch der Kategorie qua Einbettung in den allgemeineren marxistischen Theoriehorizont grundsätzlich innerhalb des sozialdemokratischen Diskurshorizonts als *Parteibegriff* auftreten muss, da er den zentralen Narrationen der verschiedenen Fraktionen, die die ‚materialistische Geschichtsauffassung‘

ablehnen, widerspricht.¹¹⁸ Das Vorkommen an prominenter Stelle im Grundsatzprogramm indiziert daher nebenbei klar die Hegemonie des marxistischen Lagers im entsprechenden Zeitraum.¹¹⁹ So gesehen ist es nicht völlig abwegig, die Kategorie in die Nähe der Terminologie zu rücken.

Insgesamt stehen dem aber gewichtigere Gründe entgegen. Denn wenn es sich bei der *Naturnotwendigkeit* tatsächlich um einen originären Term handeln würde, so wären in jedem Falle Sprachthematisierungen zu erwarten, die den

¹¹⁸ Es wurde bereits erwähnt, dass der Marxismus der II. Internationale, so wie er von Bebel, Kautsky und zunächst Bernstein geprägt wurde, in der Partei nie unumstritten war. Auch in Führungspositionen war es durchaus nicht unüblich, sich an derartigen ‚weltanschaulichen‘ Debatten gar nicht zu beteiligen und sich auch keinem der Lager zugehörig zu fühlen. Dazu kommen durchgehend reformorientierte und pragmatischere Strömungen (die besonders in den Parlamenten vertreten waren und sich auch im Umfeld der Gewerkschaften bewegten), die auch schon vor dem bekannten *Revisionismusstreit* ab 1896 im Diskurs vertreten waren Vgl. auch Klönne 1980: 123.

¹¹⁹ Es sei an dieser Stelle nochmals an die Charakterisierung der Textsorte als *Sprachnormierungsversuch* hingewiesen. Mit der Behauptung der Hegemonie ist noch nicht gesagt, auf welche Diskursbereiche sich diese konkret erstreckt. Brandis sieht im theoretischen Teil des Erfurter Programms „nur die Zusammenfassung des geistigen Besitztums einer dünnen Oberschicht der Partei, die sich um die ‚Neue Zeit‘ gruppierte. Bei ihrer Annahme war diese Sammlung von theoretischen Thesen weder von dem Bewußtsein der gesamten Mitgliedschaft noch dem der gesamten Führerschaft verarbeitet. Sie war eine der Bewegung erst gesetzte, erst von ihr zu erringende theoretische Plattform, die sehr wenig über die eigentlichen Bewußtseinsinhalte der Partei besagte. Sie war die Vorwegnahme einer geistigen Entwicklung“ (Brandis 1975: 68).

In der Selbstbeschreibung der heutigen SPD (und der ihr nahe stehenden Geschichtsschreibung) wird die streng marxistisch-evolutionistische Programmatik um 1900 tendenziell als undemokratische Anomalie beschrieben, für die das „Wirken einiger weniger Parteiführer [verantwortlich sei, F.D.], die das wahre Bild der Sozialdemokratie als reformerische und demokratische Kraft zeitweilig gehehmt“ (Tuckfeld 1997: 89) hätten. Auch wenn hier nicht der Ort dazu ist, diese Frage angemessen zu erörtern, so muss dieser Position doch zugutegehalten werden, dass sie die Intellektuellendiskurse der Theoriepresse und Programmdebatten nicht naiv mit den Auffassungen ‚der Partei‘ oder ‚der Bewegung‘ identifiziert. Übersehen oder bewusst marginalisiert werden dabei allerdings ganz offenkundig die Radikalisierungstendenzen, die unter und nach dem Sozialistengesetz den Diskurs in voller Breite erfassten, und die die Voraussetzungen für die Durchsetzung der marxistischen Semantik in der Parteiprogrammatik geschaffen hatten, indem diese Semantik das weit verbreitete Bedürfnis nach radikaler Abgrenzung vom bestehenden preußischen Staat und Adel verbunden mit der optimistischen Gewissheit des bevorstehenden Endes dieses Staates befriedigen konnte.

Begriff selbst zum Gegenstand machen und definitorisch einordnen und abschließen. Denn Sprachthematizierungen in diesem Sinne sind nicht anders zu verstehen als Versuche, die Offenheit des Gebrauchs eines Begriffs einzuebnen und verbindliche Gebrauchskonventionen zu etablieren. Diese wären im untersuchten Diskurs zuallererst im ausführlichen Kommentar zum *Erfurter Programm* zu erwarten, in dem vor allem die theoretische und ‚weltanschauliche‘ Einbettung der knappen Aussagen aus dem allgemeinen Teil des Programms aufgezeigt werden soll.¹²⁰ Hier finden sich auch Erläuterungen zum oben genannten Eröffnungssatz des Programms (1), und auch Thematisierungen von anderen Begriffen werden dabei vorgenommen. Die *Naturnotwendigkeit* bleibt hier aber gerade ausgespart: „Gleich im ersten Satz unseres Programms stoßen wir auf ein bemerkenswertes Wort: ‚ökonomische Entwicklung‘. Dasselbe führt uns sofort auf den Kernpunkt der sozialdemokratischen Gedankenwelt“ (Kautsky 1892: 2). Im Zuge der Erläuterung des Entwicklungsbegriffs ist zwar noch zu erfahren, „daß in der Gesellschaft wie in der Natur eine stete Entwicklung wahrnehmbar“ (Kautsky 1892: 2) sei. Darüber hinaus blieb die Semantik der Idee der Naturnotwendigkeit aber unexpliziert. Im Gegensatz zum *Entwicklungsbegriff*¹²¹ schien man bei der Naturnotwendigkeit keinen Erläuterungsbedarf zu sehen. Dies ist vor allem als Indiz dafür zu verstehen, dass die Metapher für die Akteure völlig unproblematisch war; ihr Gebrauch eckte nicht an und bot keinen erkennbaren Anlass für Irritationen. Der Gebrauch der Metapher folgte eher den Regeln von alltagssprachlichen Ausdrücken, wobei direkt die

¹²⁰ Der Kommentar sollte das Ziel verfolgen, die knappen Aussagen des allgemeinen Teils des Programms weiter zu erläutern und ihre theoretische Einbettung aufzuzeigen. Der Text wendet sich dabei ausdrücklich an die eigenen Parteimitglieder, denen eine verständliche und trotzdem konzise Darstellung der eigenen ‚Weltanschauung‘ geboten werden soll. Die Idee, dass ein Parteiprogramm und „dessen kurze nackte Sätze“ (Kautsky 1892: V) einer theoretischen Explikation bedürfen, zeigt schon deutlich, wie stark das Ideal einer eigenen wissenschaftlich fundierten ‚Weltanschauung‘ den Diskurs beherrscht.

Der Text fand in der Partei eine weite Verbreitung und prägte die Weltanschauung vieler einfacher Parteimitglieder nachhaltig: Michael Krätke zufolge wurde der Text „so etwas wie der Katechismus der Sozialdemokraten im Kaiserreich. Aus diesem Buch, immer wieder neu aufgelegt und ergänzt, lernten Generationen von Genossen, was Sozialismus als Ziel wie Bewegung bedeutete“ (Krätke 2013: 65).

¹²¹ Vgl. Schmieder 2015.

Bedeutungsvielfalt der verschiedenen Verwendungen auffällt.¹²² Denn dass die Metapher nicht thematisiert wird, ist nur so zu verstehen, dass die Rede von der *Naturnotwendigkeit* sich reibungslos in die Vorstellungswelt der Akteure einfügt. Dass die Metapher das im vorliegenden Fall tut, wird allein durch ihre Produktivität deutlich. In dem (gut 260 Seiten langen) Text taucht der Lexemverband „*Naturnotwendigkeit*“ nicht weniger als 33-mal auf.¹²³ Er gab offenkundig keinen Anlass für Erläuterungen oder Normierungen. Anders formuliert: Die Häufigkeit des Vorkommens und Exponiertheit der Metapher an den genannten Diskursstellen zeigt klar an, dass die Rede von der *Naturnotwendigkeit* für die Akteure einen hohen kommunikativen Gebrauchswert hatte. Dass ein situativ hoher kommunikativer Gebrauchswert und semantische Unschärfe einer Kategorie keine Gegensätze darstellen müssen, ist für Begriffshistoriker keine große Überraschung. Es fällt hierbei auf, dass mit der *Naturnotwendigkeit* gerade eine Kategorie in der Textsorte Parteiprogramm herangezogen wird, die nicht zur originären Terminologie zu rechnen ist, während bisher besprochene Terme, die für die Vorstellungswelt und den Denkstil in der Partei von fundamentaler Bedeutung sind, hier gerade ausbleiben. Es bleibt zu zeigen, dass die *Naturnotwendigkeit* sich trotz der fehlenden terminologischen Fixierung in die Vorstellungswelt der in der Programmatik hegemonialen Gesichtsemantik eingliedert und diese semantisch abstützt. Es wird hierbei erkennbar, dass es sich bei der Parteiideologie, wie sie von den marxistischen Theoretikern explizit mit dem Anspruch, eine geschlossene ‚*Weltanschauung*‘ zu formen, angestrebt wurde,¹²⁴ nicht um eine geschlossene, theoretisch voll

¹²² Insofern hier also bestenfalls vage Ansätze einer terminologischen Fixierung zu erkennen sind, ist es auch nicht sehr plausibel zu behaupten, dass sich der „Kern der Kautskyschen Theorie [...] um den Begriff der *Naturnotwendigkeit*“ Tuckfeld 1997: 94 gruppiere – auch wenn die Metapher sich besonders symbiotisch in die durch Kautsky repräsentierte *Weltanschauung* einfügt.

¹²³ Wobei adjektivische und substantivische Treffer gezählt wurden. Dies entspricht einer relativen Häufigkeit von 462,79 pMW. Die Lexemverband *REVOLUTION* / *REVOLUTION.ÄR* kommt mit einer absoluten Frequenz von 47 nicht wesentlich häufiger vor.

¹²⁴ „Sozialismus als Endziel einer umfassenden, widerspruchsfreien *Weltanschauung* – das war das Programm Karl Kautskys, das war das Programm seiner ‚materialistischen Geschichtsauffassung‘, seiner Version des ‚Marxismus‘. [...] Wir müssen, so scheint es, Kautskys Bemühung um eine materialistische Geschichtsauffassung als einen der vielen Versuche werten, nach Zerstörung der traditionellen weltlichen und geistigen

durchreflektierte Struktur handelt, sondern dass bei derartigen politisch-theoretischen Kategoriensystemen immer unausgeleuchtete Reste bleiben, die auch den Gebrauch der Begriffe in diesen Systemen prägen. Die Naturnotwendigkeit funktioniert auch ohne genaue theoretisch-definitivische Einpassung in das System in diesen Ko- und Kontexten zeitweise außerordentlich gut.

4.2. BEDEUTUNGSÜBERSICHT

Die Bedeutungsvielfalt des Gebrauchs von *Naturnotwendigkeit* im zeitgenössischen Diskurs wird zu großen Teilen bereits im genannten Kommentar zum *Erfurter Programm* abgedeckt. Dies zeigt abermals deutlich, dass keine terminologische Einfriedung die okkasionelle Polysemie beschneidet. Um der Stellung der Kategorie in der Programmatik nachzukommen, wird im Folgenden knapp die hier vorliegende Bedeutungsvielfalt aufgezeigt. Abweichungen und Ergänzungen, die sich im Hinblick auf den Gebrauch von *Naturnotwendigkeit* im weiteren zeitgenössischen Diskurs ergeben, werden im Anschluss deutlich gemacht. Bereits die relativ wenigen Belege aus dem Programm und Kommentar zeigen eine beachtliche semantische und pragmatische Streuung. Das Substantiv ist dabei seltener als adjektivische und adverbelle Verwendungen (20 vs. 13 Token, im Folgenden werden beide Formen betrachtet):

4.2.1. Teleologische Verwendungsweise

In den bisher besprochenen Belegstellen (1) und (2) aus dem Erfurter Programm wurde die Naturnotwendigkeit, wie erwähnt, im Hinblick auf ein bestimmtes *Ziel* (konkret: den *Untergang des Kleinbetriebes* in (1) und das nicht explizit benannte aber unmissverständliche *Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse* in (2)) verwendet. *Naturnotwendigkeit* wird hier im Sinne von ‚Unvermeidlichkeit‘ oder ‚Vorherbestimmtheit‘ (eines Ereignisses / einer Folge von etwas / eines Ziels eines Prozesses) verwendet.¹²⁵ Es werden bei

Ordnungskonzeptionen eine neue ‚Religion‘ im weitesten Sinne des Wortes zu formulieren“ (Holzheuer 1972: 13).

¹²⁵ Es lassen sich daher auch leicht quasi-synonyme Formulierungen im Diskurs identifizieren, die äquivalente Aussagen treffen, ohne die *Naturnotwendigkeit* heranzuziehen:

dieser Verwendungsweise keine (direkten) Aussagen über den Verlauf des Prozesses gemacht, dieser wird dabei also auch nicht notwendigerweise als ‚determiniert‘ oder als ‚mit Zwangsläufigkeit ablaufend‘ charakterisiert. In den Erläuterungen zum Programm handelt es sich hierbei um die häufigste Verwendungsweise, knapp die Hälfte der 33 Token lassen sich dieser Variante zuordnen:

- (3) Was aber für niemand zweifelhaft sein kann, der die ökonomische und politische Entwicklung der modernen Gesellschaft, namentlich im Verlauf dieses Jahrhunderts, verfolgt hat, ist die Naturnothwendigkeit des endlichen Sieges des Proletariats (Kautsky 1912: 228).¹²⁶

Substantivische Konstruktionen wie in (3) sind hierbei eher die Ausnahme, typischerweise taucht die Naturnotwendigkeit adjektivisch in Nominalphrasen nach dem Muster *naturnotwendiges Ziel* oder *naturnotwendige Folge* auf. Neben den formalen Kategorien *Folge* oder *Ziel* werden in einigen Fällen auch konkrete Ereignisse markiert, deren Eintreten *naturnotwendig* verbrieft sei. Hierbei wird wiederum in der Mehrzahl der Fälle das Endziel des politischen Kampfes der Partei, so wie er damals gesehen wurde, als *naturnotwendig* attribuiert (entweder negativ als *Zusammenbruch der bestehenden Ordnung* oder positiv als *sozialistische Gesellschaft, Zukunftsstaat* etc.):

- (4) die unaufhaltsame ökonomische Entwicklung führt den Bankerott der kapitalistischen Produktionsweise mit Naturnotwendigkeit herbei (136).
- (5) Die sozialistische Produktion ist also die naturnotwendige Folge des Sieges des Proletariats (229).

„Der Sozialismus ist unvermeidlich, weil der Klassenkampf, weil der Sieg des Proletariats unvermeidlich ist“ (Kautsky 1910a: 144). Propositional ändert der Wegfall der Naturdimension zumeist nicht viel.

¹²⁶ Die folgenden Seitenzahlen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf diese Ausgabe des Kommentars.

Als zweite Gruppe von *naturnotwendigen* Zielen tauchen die negativen Folgeerscheinungen der bestehenden Gesellschaftsordnung auf¹²⁷:

- (6) Deswegen wird es doch niemandem einfallen, daraus den Schluß ziehen zu wollen, die Handweberei habe noch eine Zukunft, ihr Untergang sei nicht naturnothwendig. In England ist schon längst der letzte Handweber verhungert (25).
- (7) Und das Elend der Arbeitslosigkeit ist heute nur ganz ausnahmsweise Folge von Störungen der Produktion durch äußere, übermächtige Einflüsse, es ist vielmehr die naturnothwendige Folge der Entwicklung der Produktion selbst (47).

Auffällig ist an dieser Stelle, dass keine positiv evaluierten Phänomene (selbstverständlich abgesehen von den genannten häufigen ‚letzten Zielen‘ der Bewegung) zu beobachten sind (und dies auch im weiteren Diskurs nur äußerst selten vorkommt). Auf dieses Phänomen wird weiter unten nochmals eingegangen.

4.2.2. Prozessuale Verwendungsweise

Die (eigentlich naheliegendere) Variante, bei der die *Naturnotwendigkeit* zur Bestimmung des (geschichtlichen) Prozesses selbst und nicht seines Ziels dient, ist seltener vertreten als die obige Variante. *Naturnotwendig* lässt sich in diesem Fall grob im Sinne von ‚naturgesetzmäßig‘ oder ‚unabänderlich‘ paraphrasieren. Obwohl seltener als die erste Variante, kommt auch die prozessuale Verwendungsweise häufig sowohl im Kommentar zum *Erfurter Programm* (sieben Token können dieser Variante eindeutig zugeordnet werden) als auch in der zeitgenössischen Parteipresse vor:

- (8) Was unsere Gegner als böse Absicht der kultur- und freiheitsfeindlichen Sozialdemokratie ausschreien, ist eine

¹²⁷ Der *Untergang des Kleinbetriebes* wurde zweifellos von den Zeitgenossen als ein Resultat der Entwicklung verstanden, das große soziale Verwerfungen impliziert. Daher ist auch die Formulierung aus dem Erfurter Programm (1), wenn auch vermittelt, hier zuzurechnen.

naturnothwendige Tendenz der ökonomischen Entwicklung in der heutigen Gesellschaft (169).

- (9) Die Erhebung des Proletariats aus seiner Erniedrigung ist ein unvermeidlicher, naturnothwendiger Prozeß (198).
- (10) Aber wir wollen damit weder sagen, daß die soziale Revolution, die Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln, sich von selbst machen, daß die unwiderstehliche, naturnothwendige Entwicklung dies ohne menschliches Zuthun besorgen werde, noch auch, daß alle sozialen Reformen unnützes Zeug seien [...] (105).

Tendenz, *Prozess* und *Entwicklung* sind hier die typischsten Substantive, die als *naturnotwendig* attribuiert werden. Sinnverwandte Aussagen lassen sich auch dort feststellen, wo die Lexeme *Naturnotwendigkeit* oder *naturnotwendig* nicht vorkommen:

- (11) Die neuere Wissenschaft zeigt uns, daß nirgends ein Stillstand stattfindet, daß in der Gesellschaft wie in der Natur eine stete Entwicklung wahrnehmbar ist (2).

Als Eigenschaft des Prozesses entspricht die Naturnotwendigkeit eher der zeitgenössischen evolutionistischen Alltagsideologie, die Gesellschafts- und Naturgeschichte eng miteinander verschaltete. Sie kann dabei leicht mit dem einfachen Fortschrittsoptimismus verzahnt werden, indem sie diesen als ‚objektiv‘ und ‚gesetzmäßig‘ auszeichnet (es wird gleich deutlich werden, dass die Verbindung mit dem Fortschrittsglauben gerade da zu beobachten ist, wo hegemoniale Geschichtstheorie unplausibel wird).¹²⁸ Kontinuität, Stetigkeit und Linearität des Prozesses werden dabei tendenziell hervorgehoben, was verbreitete alltägliche Erfahrungslagen im späten Kaiserreich anspricht (vgl. Walther 1981: 101 ff).

¹²⁸ Die Verbindung von Fortschrittsdenken mit der Idee der Naturgesetzmäßigkeit stellt Wolfgang Lefèvre als wichtige Eigenart der Fortschrittsauffassung des 19. Jahrhunderts heraus, vgl. Lefèvre 2000, hier besonders 170 ff.

4.2.3. Kausale Verwendungsweise

Der größte Teil der Vorkommen lassen sich diesen beiden Verwendungsweisen recht klar zuordnen. Darüber hinaus werden die Lexeme bisweilen herangezogen, um logische, kausale oder materielle Abhängigkeiten zu artikulieren, *naturnotwendig* also i.S.v. ‚logisch zwingend‘ oder ‚kausal verknüpft‘ verwendet. Die Abgrenzung besonders zur teleologischen Lesart ist nicht immer ganz scharf zu ziehen. Allerdings werden hier typischerweise semantische oder materielle Implikationen formuliert, und nicht historische Notwendigkeiten:

- (12) So groß die allgemeine Unsicherheit für alle Klassen schon unter gewöhnlichen Verhältnissen ist, sie wird noch gewaltig gesteigert durch die *Krisen*, welche die Warenproduktion von einer gewissen Höhe der Entwicklung an mit Naturnotwendigkeit von Zeit zu Zeit hervorruft (86).
- (13) So erzeugt zum Beispiel das Elend, das der Kapitalismus naturnotwendig über das Proletariat verhängt, dessen Kampf gegen das Elend (XII f).
- (14) Der internationale Verkehr ist mit der kapitalistischen Produktionsweise naturnotwendig verknüpft (244).

Die Spezifik dieser Variante liegt hier also darin, dass die *Naturnotwendigkeit* verwendet wird, um begriffliche oder kausale Verhältnisse zu benennen. Eine strenge Abgrenzung zur teleologischen Lesart ist, wie gesagt, nicht immer ganz leicht durchzuhalten. In (12) formuliert die *Naturnotwendigkeit* die begriffliche Implikation, dass es zur Bedeutung des Begriffs der *Warenproduktion* gehöre, dass diese *Krisen* hervorrufe. Analog werden in (13) *Kapitalismus* und *Elend* in Beziehung zueinander gesetzt (da es um die allgemeine Eigenschaft des Kapitalismus geht, Elend hervorzurufen, handelt es sich hier auch nicht um die oben beschriebene teleologische Variante. Es wird dabei kein konkreter, ‚realer‘ Prozess beschrieben, sondern die Aussage getätigt, dass es zu den kategorialen Eigenschaften des *Kapitalismus* gehöre, die genannten Folgen zu zeitigen, – wo und wann auch immer er auftritt). Es wird in dieser Variante auch unklar, worin die semantische Spezifik der *Naturnotwendigkeit* im Vergleich zur einfachen *Notwendigkeit* besteht. Denn an

der Bedeutung der Aussagen in (12)-(14) würde sich denotativ praktisch nichts ändern, wenn dort *Notwendigkeit* / *notwendig* auftauchen würde. Die Besonderheit der Naturnotwendigkeit lässt sich hierbei nur als Konnotation richtig fassen, wobei auffällt, dass die Anlehnung an in der Natur bestehende Notwendigkeiten und ihre wissenschaftliche Beschreibung für besondere Autorität bürgt, und zwar weitgehend kontextunabhängig und nicht auf den Bereich der Gesellschaftsentwicklung oder Naturgeschichte beschränkt.

In dieser Variante ist die *Naturnotwendigkeit* politisch völlig indifferent. So wendet sich Kautsky in einem Artikel aus dem Jahr 1932 gegen die These, dass das periodische Vorkommen von Kriegen *naturnotwendig* aus der *menschlichen Natur* resultiere, was verschiedene Opponenten vertreten (vgl. Kautsky 1932). *Naturnotwendigkeit* kann in dieser Form auch problemlos als Teil der Ideologie des politischen Gegners auftauchen.

4.3. POLITISIERUNG UND KOMMUNIKATIVER GEBRAUCHSWERT

Die Naturnotwendigkeitsmetaphorik war in den Jahren um 1900 nicht auf den sozialdemokratischen Diskurs beschränkt. Auch im ‚bürgerlichen‘ wissenschaftlichen und politischen Diskurs war sie, wie bereits erwähnt, zeitweise tief verankert. Relevanter für die hier behandelten Fragen ist es aber, dass sich auch bei den innerparteilichen Kämpfen um die semantische Hegemonie eine Parteilichkeit der Metapher nicht übersehen lässt. Denn es ist leicht erkennbar, dass die Naturnotwendigkeitsmetaphorik eine starke Affinität zu den Narrationen und Deutungsmustern der ‚materialistischen Geschichtsauffassung‘ aufweist. Von den genannten Varianten ist es besonders die teleologische Lesart, die sich nahtlos und denkstilkonform in die semantische Gesamtstruktur der Programmatik um 1900 eingliedert: Insbesondere kongruiert sie in der dargelegten Form auffällig genau mit der schon zuvor erläuterten Prämisse, dass durch die Analyse der *Grundtendenzen* der ökonomischen Entwicklung Aussagen über die allgemeinsten zu erwartenden Ereignisse und Gesellschaftszustände zu machen sind, angesichts der Vielzahl und Unübersichtlichkeit der dabei konkret relevanten *Faktoren* allerdings der genaue Ablauf, der zu diesen Zuständen führt, größtenteils im Dunkeln bleiben muss und auch keine gesicherten Aussagen über zu erwartende Zeiträume zu machen sind. In idealtypischer

Weise werden diese Aspekte in den Erläuterungen zum Programm bei den Ausführungen über die final angestrebte Gesellschaftsform, den *Zukunftsstaat*, zusammengebracht:

- (15) Die kapitalistische Gesellschaft hat abgewirthschaftet; ihre Auflösung ist nur noch eine Frage der Zeit; die unaufhaltsame ökonomische Entwicklung führt den Bankerott der kapitalistischen Produktionsweise mit Naturnothwendigkeit herbei. Die Bildung einer neuen Gesellschaftsform anstelle der bestehenden ist nicht mehr etwas Wünschenswerthes, sie ist etwas Unvermeidliches geworden (136).

Das Ergebnis des Prozesses ist unvermeidbar und nur noch eine Frage der Zeit, die aber niemand genau bestimmen kann; die Naturnotwendigkeit wird durch die allgemeinen Tendenzen der *unaufhaltsamen ökologischen Entwicklung*, und freilich nicht tatsächlich durch naturgeschichtliche Prozesse, garantiert; und in diesem Gefüge trumpft der stumme Zwang der Entwicklung über die willentlichen Zielsetzungen der Menschen.

Es ist daher auch gerade dieser (teleologische) Gebrauch der *Naturnotwendigkeit*, der im entsprechenden Zeitraum im Diskurs besonders häufig vorkommt und mit den Selbstbeschreibungen, so wie sie in den Programmen und der Parteiöffentlichkeit vorgenommen werden, eng verwoben ist. Im Zeitraum um die Verabschiedung des *Erfurter Programmes* taucht diese Variante auch in der *Neuen Zeit* häufiger auf. Ein typisches Beispiel dafür ist der französische Sozialist (und Erstübersetzer des Marx'schen *Kapital* ins Französische) Gabriel Pierre Deville, der in der *Neuen Zeit* zu dem schlichten Ergebnis kam:

- (16) Der Sozialismus ist nichts, als das mit Naturnotwendigkeit eintretende Ergebnis der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung (Deville 1890/91: 478).

Es ist hierbei auch konsequent, dass, wie erläutert, vor allem die politischen Letztziele (neben dem *Sozialismus* der finale „Sieg des Proletariats“ (5) oder der „Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise“ (6)) als *naturnotwendig* verbrieft markiert wurden. Denn gerade deren Eintreten glaubte man ja durch die wissenschaftliche Vermessung der gegenwärtigen ökonomischen Grundtendenzen als (früher oder später) unvermeidlich identifizieren zu

können, während der Weg dahin und der Zeitplan im Vagen bleiben. Es bleibt die „unaufhaltsame ökonomische Entwicklung“ (6) selbst, die als Garant der *Naturnotwendigkeit* auftritt. Als *naturnotwendig* werden daher auch konsequent nur derartige Ereignisse geadelt, deren Eintreten man aus den allgemeinen Grundtendenzen ableiten zu können glaubt (1-4). Der konkrete Ablauf selbst (insofern es nicht die zu Kollektivsingularen abstrahierten Grundtendenzen selbst sind, allem voran ‚die‘ *ökonomische Entwicklung*) bleibt darüber hinaus – ‚weltbildadäquat‘ – ungeklärt.

In dieser Einbettung dient die *Naturnotwendigkeit* also zur Attribuierung der letzten Ziele des politischen Kampfes, die den alltäglichen Erfahrungswelten zunehmend enthoben bleiben und vielmehr der symbolischen Vergemeinschaftung des eigenen Lagers dienen. In dieser Form ist die *Naturnotwendigkeit* begrifflich gekoppelt an die Formulierung starker politischer Endziele, die den Bruch der bisherigen Kontinuität implizieren – seien diese positiv (*Zukunftsstaat*, *sozialistische* Produktionsweise), negativ (*Zusammenbruch* der bestehenden Ordnung oder der *alten Welt*) oder als Ereignis des Bruchs (*Revolution*, *Kladderadatsch*) gegeben. Denkstilkonform können die vermittelnden Zwischenresultate daher auch nur (tendenziell) negative sein: Insofern die originäre revolutionäre Semantik die bisherige Geschichte und die weitere Entwicklung bis zum alles verändernden Bruch als *Verfallsprozess* entwirft, in dem sich die Entbehrungen für die große Mehrheit der Menschen stetig weiter verschärfen, werden *naturnotwendige* Verbesserungen der Lage inkongruent. In den Jahren nach dem Ende des Sozialistengesetzes, als die politischen Kämpfe zugespitzt und die Erfahrung der Repression und Ausgrenzung, aber auch massenhafter wirtschaftlicher Entbehrungen weit verbreitet waren, war diese Semantik hoch plausibel. Ihr Gebrauchswert resultierte dabei nicht nur aus ihrer Eigenschaft, verbreitete Erfahrungslagen zu bestätigen und höher aggregiert einzuordnen, sondern auch, qua objektiv gesetzter Siegesgewissheit, der radikalen Ablehnung der bestehenden Verhältnisse einen wissenschaftlichen und objektiven Anstrich zu geben. Einen prägnanten Ausdruck findet diese Lage in der heute kurios erscheinenden optimistischen Einschätzung der Verhältnisse, die Bebel auf dem Erfurter Parteitag äußerte:

- (17) Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten [!] brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallene Gewalt aufzunehmen haben.

(Zustimmung.) [...] Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele [!] ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht selbst erleben werden (Bebel auf dem Erfurter Parteitag 1891, abgedruckt in Ritter 1992: 282 f, hier 283).

Es passt daher auch bestens in dieses Bild, dass mit dem (für alle Beteiligten) offenkundigen Anachronistischwerden der revolutionären Emphase in der Programmatik der SPD angesichts ihrer neuen staatstragenden Rolle in der Weimarer Republik und dem Einrücken in defensive Positionen gegen die neu entstandene Konkurrenz von links (in Gestalt der ehemaligen Genossen, die nun den Spartakusbund konstituiert hatten) auch die *Naturnotwendigkeit* das Lager wechselte: Gegen die radikalen Kritiker, die die Demokratie nicht festigen, sondern beseitigen wollten, wandten nun diejenigen, der zuvor noch entschlossen die naturnotwendige Unausweichlichkeit der Revolution propagiert hatten, sich nun aber in der neuen Rolle des Verteidigers der bestehenden Ordnung sahen, ein:

- (18) Das alles [die Abschaffung der Demokratie, F.D.] aber soll notwendig sein für die Revolution, weil es ein Naturgesetz sei, dass in revolutionären Zeiten immer die weniger radikalen von den radikalen Parteien abgelöst werden und nur die radikalste Partei die Revolution zum völligen Siege bringen könne“ (Kautsky 1919a: 6).

Die *Naturnotwendigkeit* bleibt die Kategorie zur radikalen Negation der bestehenden Gesellschaft, mit der Verschiebung der politischen Haltung zum herrschenden Staat tauschen sich auch die politischen Zuordnungen der Kategorie aus. Es passt hier auch ins Bild, dass das *Görlitzer Programm* aus dem September 1921, das den neuen Bedingungen der Weimarer Republik Rechnung tragen sollte und daher die bestehende Ordnung in versöhnlicheren Tönen zeichnet, auf das Postulat von Naturnotwendigkeiten jeglicher Art verzichtet (vgl. *Görlitzer Programm* (1921) 2007).

Eine verbindliche Festlegung der oben beschriebenen Gebrauchskonventionen hat es jedoch auch vor 1918 nie gegeben. Besonders in den Lagern, die sich der semantischen Hegemonie der marxistischen Intelligenz nicht beugen wollten, waren diese Redeweisen schon zuvor weniger plausibel. Es überrascht daher nicht zu sehr, dass Eduard Bernstein, der schon früh mit den geschichtsphilosophischen

Grundüberzeugungen der Programmatik haderte, und der nur kurze Zeit später unter der Parole ‚Das Ziel ist mir nichts – die Bewegung ist mir alles‘ die teleologische Passivität der hegemonialen Semantik herausforderte, 1893 in der *Neuen Zeit* eine andere politische Zuordnung der Kategorie erkennen ließ. Mit seinen Absetzbewegungen von der hegemonialen Semantik des *Erfurter Programms* (und auch von den Gebrauchskonventionen des Begriffs) erweist sich sein Sprachgebrauch als Seismograph schon zügig nach 1890 einsetzender Erfahrungen, dass der politische Alltagskampf schnell unerwartete Erfolge zeitigte (ob an der Wahlurne oder durch die stetig erkämpften Verbesserungen und Erleichterungen im Staat und den Betrieben). Diese neuen Erfahrungslagen waren offenkundig kaum mit der bestehenden Weltanschauung in Deckung zu bringen. Der Glaube an die *Naturnotwendigkeit* charakterisiert bei Bernstein die naiven Überzeugungen des liberalen Gegners, der sich zudem in seinem Glauben faktisch täuscht. Während die Liberalen die (soziale) „Fortentwicklung“ nämlich als „natürliche Wirkung“ der technisch-ökonomischen Umwälzungen“ missverstünden, hätten die Sozialisten erkannt, dass zu den technisch-ökonomischen Faktoren auch noch „das bewußte und planmäßige Eingreifen der Gesellschaft“ (Bernstein 1893: 782) erfordert sei. Bereits hier splitterte die hegemoniale Semantik in der Partei auf und die sprachnormierende Autorität des Programmes verlor mehr und mehr an Verbindlichkeit: Bernstein bekannte sich zwar zum *wissenschaftlichen* Charakter der sozialistischen Geschichtsauffassung und er wies subjektivistische Sozialismuskonzeptionen demonstrativ von sich. Aber schon hier erschien der Glaube an die Vorherbestimmtheit der angestrebten Ziele ebenso ausgehöhlt wie der Glaube an die letztendliche Unvermeidlichkeit einer revolutionären Umgestaltung:

- (19) [F]ür den Sozialismus bedeutet die technische Fortentwicklung der Produktionsmethoden wohl die fachliche Möglichkeit, aber noch nicht die unbedingte, mit der Notwendigkeit von Naturereignissen von selbst eintretende Verwirklichung des sozialen Fortschritts [...] (Bernstein 1893: 782).

Die Abwendung von der semantischen Ausrichtung an ein fernes *Endziel* und die Verlagerung der Aufmerksamkeit auf die kurz- und mittelfristig politisch realisierbaren Verbesserungen der Lebensbedingungen ging einher mit einer Abwendung von der anti-voluntaristischen Stoßrichtung der

Programmatik. Die realen Verbesserungen, für die sich der stets an der politischen Praxis orientierte Bernstein vor allem interessierte, mussten bewusst und willentlich erkämpft werden. Diese beiden semantischen Umstellungen verunmöglichten eine affirmative Bezugnahme auf die *Naturnotwendigkeit*. Sie wechselte daher das politische Lager. Es war daher auch, nebenbei gesagt, nicht sehr überraschend, dass hier der *Sozialismus* häufiger als Eigenname der *Bewegung* denn als *Zielbegriff* fungierte, und dass die Verwirklichung des (sozialen) *Fortschritts* als vorrangiger Zweck des Kampfes einrastete.

Aus diesen semantischen Differenzen ergibt sich, dass die Metaphorik der *Naturnotwendigkeit* in diesen Kontexten tendenziell einer Passivität in der Praxis das Wort redete. Denn wenn das letzte angestrebte Ziel ohnehin unverrückbar garantiert ist und eine bewusst forcierte politische Praxis dies gar nicht tangieren kann (also weder das Ergebnis gefährden noch befördern kann, und auch nicht wesentlich beschleunigen oder verzögern), und die Praxis selber in die Notwendigkeit eingeschrieben ist, erscheint jeder Versuch einer willentlich herbeigeführten Verschärfung der Kämpfe oder reformistisch realisierten Verbesserung der Lebensbedingungen vergeblich zu sein.

- (20) Der Gang der Entwicklung ist keineswegs unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten [...]. Was aber keiner kann, weder der mächtigste Monarch noch der tiefste Denker, ist, die Richtung der Entwicklung nach seinem Willen bestimmen und die Formen, welche sie annehmen wird, genau vorhersagen (140 f).

Die Metapher vermittelt so semantisch eine *praktische Passivität* mit *verbaler Radikalität*. Auch hierin liegt der kommunikative Gebrauchswert der *Naturnotwendigkeit*. Sie hilft dabei, die oft beschriebenen Widersprüche zwischen radikaler Programmatik und konstruktiver Realpolitik zu kaschieren. Sie unterstreicht das Selbstbild einer Sozialdemokratie als „revolutionäre, nicht aber Revolutionen machende Partei“, die weiß, „daß es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern“ (Kautsky 1894: 368).

Auch die evaluative Bedeutungsdimension der *Naturnotwendigkeit* verdient Aufmerksamkeit: Denn es dominieren zwar klar affirmative Bezugnahmen auf das Konzept der *Naturnotwendigkeit* (so dass das Vorliegen derselben

behauptet werden soll). Kritische bzw. ablehnende Verwendungen tauchen aber gleichwohl auf: So schreibt Kautsky, der, wie erwähnt, die Naturnotwendigkeit ja besonders häufig heranzieht und auf den auch die Formulierungen aus dem *Erfurter Programm* zurückgehen, in seinem gleichnamigen Beitrag entschieden gegen die vom politischen Gegner erdachte *Fabel (!) von der Naturnotwendigkeit des Krieges* an (Kautsky 1932). Er wird hieran nochmals deutlich, dass die Präsenz der Metapher – anders als oft behauptet¹²⁹ – *nicht* vorschnell als starkes Indiz dafür zu verstehen ist, dass die Vorstellung einer allgemeinen Determiniertheit historischer Prozesse analog zur Naturgeschichte, so wie sie damals mehrheitlich interpretiert wurde, im Diskurs weit verbreitet ist.

Es sind in aller Regel nicht die als Kollektivsingular auftretenden Bewegungsbegriffe (*Entwicklung, Geschichte, Fortschritt*), die als *naturnotwendig* attribuiert werden, sondern es handelt sich typischerweise um *bestimmte* Prozesse, denen diese Eigenschaft zugesprochen wird (so ist es ja im *Erfurter Programm* der ‚Untergang des Kleinbetriebes‘, der zu seinem naturnotwendigen Ziel kommt). Interessant ist dabei der Gegensatz zur *Naturnotwendigkeit*, der im soeben genannten Artikel aufgemacht wird: Es wird gegen die Vorstellung argumentiert, dass ‚der‘ Krieg eine naturnotwendige Folge der menschlichen Natur sei (wie Spengler, Freud und Steinmetz behaupten), da es sich für Kautsky um eine *historische* Kategorie handelt. Wenn allerdings *historisch* und *naturnotwendig* einen (wohl

¹²⁹ Im politischen Diskurs hatte Karl Korsch schon 1929 den „darwinistisch naturwissenschaftliche[n] Entwicklungsbegriff“ ausführlich kritisiert, vgl. Korsch 1971: 41. In der wissenschaftlichen Literatur hatte Erich Matthias in seiner vielbeachteten Studie über den (seiner Beschreibung nach maßgeblich durch Kautsky geformten) Marxismus als *Integrationsideologie* der Sozialdemokratie die „pseudonaturwissenschaftliche Entwicklungsmetaphysik“ als zentrales Element ausgemacht, die „in dem Bestreben gipfelt, das gemeinsame Gesetz zu ergründen, dem menschliche wie tierische und pflanzliche Entwicklung unterworfen ist“ (Matthias 1957: 153). Zweifel daran macht Rudolf Walther, langjähriger Redakteur und Autor der *Geschichtlichen Grundbegriffe*, geltend: „Immerhin setzt diese These voraus, daß eine ansehnliche Reihe von deutschen und ausländischen sozialdemokratischen Theoretikern den angeblichen Kern von Kautskys Werk – den naiven Evolutionismus – nicht sah oder nicht sehen wollte“. Er plädiert stattdessen für eine – aus begriffsgeschichtlicher Sicht viel plausiblere – historisierende Sichtweise, nach der die „Theorieproduktion je verschiedene, komplizierte ökonomische und politische Veränderungen in der wilhelminischen Gesellschaft auf verschiedene Weise konzeptualisierte und theoretisch verarbeitet“ (Walther 1981: 86).

auch erschöpfenden) Gegensatz bilden, sind zwangsläufig keine „echten“ Naturnotwendigkeiten im historischen Bereich denkbar. Hier zeigt sich wieder die weit verbreitete Vorstellung, dass jeweils unterschiedliche Gesetze in Natur und Gesellschaft herrschen.

Im Ergebnis zeigt sich bei diesem Gebrauch der *Naturnotwendigkeit*, dass er in der erläuterten Form eine recht ausgeprägte Koppelung an die Geschichtssemantik, so wie sie im Programm von 1891 in originärer Form vorliegt, aufweist. Man kann vorsichtig davon sprechen, dass hier auch eine (eigentlich für Terminologien typische!) theoretisch-systematische Einbettung in das Kategoriensystem der ‚materialistischen Geschichtsauffassung‘ jedenfalls in rudimentärer Form vorliegt, ohne dass diese explizit definitorisch gesetzt worden wäre. Dazu passt die Ausschließlichkeit der teleologischen Variante in den offiziellen Programmen, und auch die quantitative Dominanz dieser Verwendungsweise in der Parteipublizistik fügt sich in dieses Bild ein. Die hohe Frequenz der Metapher in den genannten Diskursarealen indiziert so das Vorliegen einer semantischen Tiefenstruktur, die die Geschichtsauffassung „unterhalb“ der Ebene der expliziten theoretisch-kategorialen Bestimmungen prägt.

4.4. EXKURS: ZUR THEORIEGESCHICHTLICHEN DIMENSION DER REDE ÜBER DIE NATURNOTWENDIGKEIT

Aus begriffsgeschichtlicher Sicht bleibt danach zu fragen, wie die Metapher den Weg in den Diskurs gefunden hat. Denn dass es sich um keine Neuprägung handelt, ergibt sich schon daraus, dass die Metapher – wie oben erwähnt – im bürgerlichen Evolutionismus des 19. Jahrhunderts bereits fest etabliert war. Dass die Vorkommen im untersuchten Diskursausschnitt aber auch nicht einfach aus der allgemeinen bzw. alltagssprachlichen Konjunktur in der Zeit um 1900 entspringen, ist nach der bisher aufgezeigten Relevanz der Naturnotwendigkeit in in der Programmatik auch offensichtlich. Im Hinblick auf die Frage, wie die Metapher in den Diskurs eingeführt wurde, lassen sich zwei Hauptpfade zurückverfolgen:

Den ersten Bezugs- und Reflexionspunkt für den Gebrauch der Metapher in den Diskursen ab den 1870er Jahren stellten selbstverständlich die

kanonischen Schriften des Marxismus dar, an deren Sprachgebrauch sich viele anlehnten. Diese bei Marx und Engels beginnende Linie stellt die *Naturnotwendigkeit* tendenziell in eine Reihe mit den verschiedenen anderen Grundkategorien der marxistischen Terminologie, die in der Sozialdemokratie spätestens ab den 1880er Jahren inflationär verwendet wurden. Dass es bei der Übertragung in den sozialdemokratischen Diskursrahmen zu signifikanten semantischen Verschiebungen kam, ist nicht überraschend. Dass die Anlehnung an den Sprachgebrauch von Marx und Engels und die (vermeintliche) theoretische Abstammung aus den Originaltexten den kommunikativen Wert der Metapher noch zusätzlich verstärkten, muss ebenfalls kaum erwähnt werden. Vorausgesetzt ist dabei jedoch stets die für die frühe Sozialdemokratie typische „Lesart“ des Marxismus, die diesen in der Hauptsache als Wissenschaft der gesellschaftlichen Entwicklung versteht (so dass die *materialistische Geschichtsauffassung* und der *Marxismus* als quasi-synonyme Eigennamen für den gleichen Theoriekomplex fungieren konnten). Anders gesagt: Wo die „Kritik der politischen Ökonomie“ nicht „als Historiographie gedeutet“ (Elbe 2010: 19) wurde, konnte die Kategorie der *Naturnotwendigkeit* nicht derart nahtlos einrasten, wie es in der sozialdemokratischen Programmatik um 1900 der Fall war. Wichtig ist an dieser Stelle allerdings auch, dass – anders als oft behauptet – zu dieser sozialdemokratischen Lesart die Ablehnung jeder einfachen Identifikation oder Gleichsetzung von natur- und gesellschaftsgeschichtlichen Prozessen gehört, und die daher auch kaum als „reduktionistisch“ bezeichnet werden kann.¹³⁰ Für die semantische

¹³⁰ Dies wird beispielsweise schnell ersichtlich angesichts der „gemeinverständlichen“ Einführung in die *Kritik der politischen Ökonomie* aus der *Internationalen Bibliothek*, die hinsichtlich des Marx-Verständnisses enorme Wirkung entfaltete. Im Hinblick auf das Anliegen des *Kapital* heißt es da: „[Marx] beschäftigt sich in dem Werk nicht mit den Naturgesetzen [...]. [Er] untersuchte vielmehr die Bewegungsgesetze einer bestimmten Form des gesellschaftlichen Produzirens, die einer bestimmten Zeit (den letzten Jahrhunderten) und bestimmten Nationen eigenthümlich ist“ (Kautsky 1903: 3). An anderer Stelle grenzt Kautsky die Geschichtsauffassung des Marxismus von der Henry Thomas Buckles ab (der ihn in frühen Jahren stark beeinflusst hatte). Dessen Geschichtstheorie weise zwar schon zur Marx'schen hin, die entscheidenden Einsichten erreiche dieser jedoch nicht. Daran hindere Buckle „sein schon erwähnter liberaler Standpunkt, der die Gesetze der herrschenden Produktionsweise für Naturgesetze hielt. Von diesem Standpunkt aus bestand der Fortschritt der Gesellschaft darin, daß man ihre Naturgesetze immer klarer erkannte und die Gesellschaft

Struktur der Metapher bedeutet das, dass die Natur und ihre Gesetze tatsächlich vor allem illustrativen Wert haben, und dass nicht tatsächlich Notwendigkeiten, wie sie für die Natur unterstellt wurden, behauptet werden sollen. Die Notwendigkeiten in den beiden Domänen, die die Metapher in Beziehung setzt, stehen somit in einem „Als-ob“-Verhältnis zueinander.

Tatsächlich findet sich der Ausdruck *Naturnotwendigkeit* und verwandte Formulierungen hin und wieder in den damals von den Parteintellektuellen rezipierten Texten von Marx und Engels. Die Konventionen unterscheiden sich aber recht deutlich vom Sprachgebrauch in der frühen Sozialdemokratie. Da hier nicht der Ort für umfassende theoriegeschichtliche Erörterungen ist, sollen knappe Bemerkungen ausreichen, um die begrifflich-theoretischen und semantisch-pragmatischen Verschiebungen hin zum Sprachgebrauch in der Sozialdemokratie um 1900 aufzuzeigen.¹³¹ Es sollte dabei deutlich werden, dass und inwiefern die Spezifika der Verwendung von Begriffen sich aus den kommunikativen Problemlagen der Akteure orientieren, und diese sich zwischen beiden Sphären deutlich unterscheiden.

diesen ewigen Wahrheiten gemäß einrichtete.“ Er „hatte noch keine Ahnung davon, daß jeder Gesellschaftsformation andere ökonomische Gesetze entsprechen“ (Kautsky 1899b: 6).

Die oft gehörte Behauptung, dass in der Sozialdemokratie die Tendenz zur Behandlung der Gesellschaftsgeschichte als Spezialfall der allgemeinen Evolution in der Natur tonangebend gewesen sei, lässt sich daher in allgemeiner Form kaum aufrechterhalten. Ball schreibt in seiner Studie zu Marx-Darwin-Analogien in diesem Sinne im Hinblick auf die damals tonangebenden Darwinisten (im deutschsprachigen Raum vor allem Edward Aveling, Karl Kautsky, Ludwig Woltmann oder Ludwig Büchner) in der sozialistischen Debatte: „All shared the common conviction that Marx’s method and his intentions paralleled Darwin’s and that, moreover, human history should be regarded merely as a branch of natural history. Purpose, intention-teleology-were out, ‘evolution’ via ‘natural selection’ in. All were alike in subscribing to a leftist version of Social Darwinism – a Socialist Darwinism, as it were. None was aware that such a view contrasted sharply with Marx’s own rather more skeptical view of Darwin’s relevance to the study of human history” (Ball 1979: 470).

¹³¹ Zum Thema immer noch aktuell: Vgl. Schmidt 1978, hier besonders S. 93 ff. Die bei Adorno begonnene Dissertation zum Thema „Die Naturgesetze der kapitalistischen Entwicklung in der Lehre von Marx. Zum geschichtsphilosophischen Gehalt des historischen Materialismus“ von Hans-Jürgen Krahl blieb leider unvollendet.

Die Differenzen beginnen bereits da, wo sich bei den damals rezipierten Texten von Marx und Engels auffallend häufig ein Gebrauch der *Naturnotwendigkeit* zeigt, mit dem begriffliche oder ‚faktische‘ Abhängigkeiten artikuliert werden, die in keinem Bezug zur historischen Entwicklung stehen (also entsprechend der dritten der oben unterschiedenen Bedeutungsvarianten einzuordnen wären). Mehr noch: Die *Naturnotwendigkeit* taucht bei Marx gerade dort auf, wo Verhältnisse beschrieben werden, die durch ihre *überhistorische Unveränderlichkeit* charakterisiert sind. In diesem Sinne wird die „nützliche Arbeit“ im Kapital als „eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen“ bestimmt; sie ist dort eine „ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln“ (Marx 1956b: 57).¹³²

Jürgen Kocka macht darauf aufmerksam, dass der Begriff *Naturgesetz* (was dann auch vermittelt die *Naturnotwendigkeit* betrifft) bei Marx zwei Bedeutungsdimensionen habe: Einerseits verwende er – wie im obigen Zitat deutlich erkennbar – den Begriff, um Konstanten zu benennen, die in allen Gesellschaftsformen präsent seien. Dazu komme aber, dass der Begriff bei Marx auch *kritisch* auf die Art und Weise der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften abziele: „Naturgesetzlich in diesem Sinne läuft der gesellschaftliche oder ökonomische Prozeß ab, solange die Menschen noch nicht zum bestimmenden Subjekt ihrer Verhältnisse geworden sind“ (Kocka 1986: 16). Ganz in diesem Sinne betont Rudolf Walther die Vielschichtigkeit des Begriffs der *Naturgeschichte* bei Marx. Auch er tritt dafür ein, die kritische Dimension des Begriffs in den Texten von Marx nicht zu übersehen. Der Begriff der Naturgeschichte enthalte so bei Marx den „Protest gegen die Subsumption der Subjekte unter die blind wirkenden, der gesellschaftlichen Kontrolle entzogenen Marktgesetze [...]“. Diese kritische Funktion

¹³² Ganz ähnlich im Kapitel zur Maschinerie, in dem Marx über ein Theorem spöttelt, „abscheulich für jeden ‚Philanthropen‘, der an die ewige Naturnotwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise glaubt“ (Marx 1956b: 471).

„verbietet es, den Begriff als ein Indiz für Marx' angeblichen, geheimen Evolutionismus zu interpretieren“ (Walther 1981: 17).¹³³

Theoriegeschichtlich betrachtet ist der Streit um den Begriff der *Naturnotwendigkeit* im Dreieck Marx-Engels, marxistische Orthodoxie und revisionistische Kritiker noch deutlich vertrackter. Denn da ja die Kritiker der Parteiideologie wie auch das hegemoniale Lager die *Naturnotwendigkeit* in der Geschichte als Resultat spezifisch geschichtlicher Gesetze und konkret den Entwicklungstendenzen der *kapitalistischen Ökonomie* deuten, sind hierbei auch besonders divergierende Auslegungen des Ökonomiebegriffs wichtig. Davon hängt es auch ab, inwiefern die (*Natur-*)*Notwendigkeit* eine deterministische Geschichtsvorstellung impliziert, was der Geschichtsauffassung des *Erfurter Programms* ja oft zum Vorwurf gemacht wurde. Denn der in den Theoriediskussionen Marx (und noch viel mehr Engels) meist unterstellte Begriff von *Notwendigkeit* wäre nach der soeben gezeigten Differenzierung ein äußerlicher, mechanischer Begriff; oder eben im alltagssprachlichen Sinne: ein *naturwissenschaftlicher*. Wirkliche Dinge, die *notwendig* sind, wären demnach mit *Zwang* entstanden, da alle (notwendigen) Bedingungen vorlagen, und es so keine andere Möglichkeit zu ihrer Entstehung gab. Diese *Notwendigkeit* ist das begriffliche Gegenteil von *Zufälligkeit*, bzw. zumindest schließen sich beide aus. Niemand kann Naturnotwendigkeit in der Geschichte erkennen und gleichzeitig einen zufälligen Verlauf der Geschichte behaupten.

Dieser ‚Es-kann-nicht-anders-sein-Determinismus‘ wurde Bezug zur gesellschaftlichen Entwicklung in der Debatte bisweilen als Position von Marx und Engels betrachtet und damit legitimiert. Nach dem oben Gesagten kann aber festgehalten werden, dass in den Originaltexten, die damals rezipiert wurden und die der Geschichte eine *Notwendigkeit* unterstellen, von einem Notwendigkeitsbegriff ausgegangen wird, der gerade *nicht* Zufälliges ausschließt: Gesellschaftlich Wirkliches wäre nämlich *notwendig*, weil das subjektive Tun der Individuen es hervorgebracht hat; weil es die Menschen selbst sind, die (meist unbewusst) ihre Geschichte machen. Dieses Tun wäre aber nicht durch äußere Faktoren vollständig bestimmt, so dass es nicht anders

¹³³ Auch Michael Krätke kommt zu dem Schluss, dass Marx da, wo er über *Naturgesetze der kapitalistischen Ökonomie* spreche, darauf abziele, deren Schein der Naturgesetzmäßigkeit zu kritisieren. Vgl. Krätke 2017: 98 ff.

hätte sein können, aber auch nicht völlig unbestimmt oder kontingent. Zu glauben, dass das Tun der Menschen im mechanischen (deterministischen) Sinne ‚notwendig‘ ist, also alles Wirkliche der vorläufige Endpunkt einer vollständig geschlossenen Kausalkette wäre, war für Engels vielmehr eine theologische Vorstellung, die schwer ohne ein von Anfang an Sinn setzendes Moment auskommt: „Ob wir das den ewigen Ratschluß Gottes mit Augustin und Calvin, oder mit den Türken das Kismet, oder aber die Notwendigkeit nennen, bleibt sich ziemlich gleich für die Wissenschaft“ (Engels 1956a: 488).

Geschichtsmetaphysisch-deterministische (Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse legen unverrückbar fest, was zukünftig passieren wird) Lesarten des Marx’schen Geschichtsverständnisses wie historisch voluntaristische Ansätze (die der marxistischen Lehre ökonomisch-objektivistische *Einseitigkeit* oder das Nichtbeachten der *Eigendynamik* der psychischen Sphäre und dem menschlichen Willens und seiner politischen Ideen vorwerfen) bauen auf einer bestimmten Interpretation des Ökonomiebegriffs auf: Denn es galt ja lagerübergreifend als unbestritten, dass geschichtliche Prozesse *in letzter Instanz* durch die *Ökonomie*, und damit durch materielle Entitäten bestimmt seien, dass also die konkrete Art und Weise, wie Menschen *im gesellschaftlichen Zusammenhang* arbeiten, Güter herstellen und austauschen, als bestimmendes geschichtliches *Prinzip* in den Mittelpunkt gerückt ist; dass „die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen [...] nicht in den Köpfen der Menschen [zu suchen sind], in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der *Philosophie*, sondern in der *Ökonomie* der betreffenden Epoche“ (Engels 1956b: 210).

Es bleibt nun zu klären, welche Begriffe von *Produktion* und *Ökonomie* hierbei zugrunde liegen, die die *reale Basis* darstellen und so den Motor aller geschichtlichen Veränderungen bilden sollten. In den Theoriedebatten in der Sozialdemokratie wurde (wie in der Alltagssprache) zumeist *Ökonomie* als Synonym von *Wirtschaft* verstanden; oder bestenfalls als etwas streng Materielles, allein der Empirie zugängliches vorgestellt. Dagegen wäre aus theoriegeschichtlicher Sicht einzuwenden, dass Marx seine Bestimmung der materiellen Basis der Gesellschaft gerade in der „*gesellschaftlichen* Produktion ihres Lebens“ (Marx 1956e: 8, eigene Hervorhebung) gefunden hatte. Die

Pointe des Materialismus nach Marx (und auch das wichtigste Distinktionsmerkmal zum älteren französischen bzw. feuerbach'schen Materialismus) bestünde so gerade darin, das *Zusammenwirken* von wortwörtlich rein materiellen Faktoren (Umformung der Materie durch Arbeit mithilfe von Technik) und der gesellschaftlichen Organisation derselben (Arbeitsteilung, Austausch der Produkte, Warenförmigkeit) zu denken; die Einheit von beiden *dialektisch* zu fassen. *Ökonomie* und *Produktion* können so nicht im buchstäblich-naturwissenschaftlichen Sinne rein materiell verstanden werden, betont Marx doch gerade, dass die Menschen

in der Produktion nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander [wirken]. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt (Marx 1956d: 407).¹³⁴

Gesellschaftliche Produktion und Ökonomie sind für Marx gleichzeitig die Produktion von *Dingen* und die Produktion von „gesellschaftlichen Beziehungen“ (ebd.); Produktion von *Ideen*. Erst auf dieser, gesellschaftliche Verkehrsformen mit einbeziehenden *realen Basis* erhebt sich der *ideologische Überbau*; das *gesellschaftliche* Sein bestimmt das Bewusstsein.

Der (heute kaum noch beachtete) italienische Philosoph Lucio Colletti hat in seiner Einleitung der italienischen Ausgabe von Bernsteins *Voraussetzungen des Sozialismus*¹³⁵ 1968¹³⁶ durchaus scharfsinnig auf die Implikationen die-

¹³⁴ Zitiert nach der – dort kenntlich gemachten – von Engels überarbeiteten Fassung von 1891.

¹³⁵ Eine deutschsprachige Einzelausgabe erschien 1971, vgl. Colletti 1971.

¹³⁶ In ähnlicher Form formulierte Kurt Lenk nur wenige Jahre später: „Damit unterläuft Bernstein ein entscheidendes Mißverständnis: Denn ursprünglich meinte politische Ökonomie die Einheit der menschlichen Beziehungen in Staat und Gesellschaft. [...] Für den Begriff der politischen Ökonomie bedeutete diese Form der Arbeitsteilung eine Einschränkung auf bloße Ökonomie als eines Bereichs nur mehr dinglich materieller Gegenständlichkeit, losgelöst von der Totalität sozialer und politischer Beziehungen zwischen den Individuen. [...] Im Fortgang der politischen Ökonomie von Marx auf

ses „vereinfachte[n] und naive[n]“ Ökonomiebegriffs bzw. auf die „tiefgreifende Verfälschung des Begriffes von der ‚Ökonomie‘ oder, besser gesagt, der ‚sozialen Produktionsverhältnisse‘“ (Colletti 1971: 27 f.) für den Diskurs um historische Notwendigkeiten in der Sozialdemokratie um 1900 hingewiesen: *Ökonomie* und *Produktion* wurden (vor allem, aber nicht nur von Bernstein) als rein materielle, physikalisch-biologische *Faktoren* aufgefasst; das *gesellschaftliche Sein* wurde zu einer jeglicher Gesellschaftlichkeit vorausgehenden Sphäre. „Die *soziale* Produktion verwandelt sich in dieser Weise zur ‚Produktionstechnik‘; das Objekt der politischen Ökonomie zum Objekt der Technologie“ (Colletti 1971: 28 f.). Gesellschaft und Produktion wurden getrennt. Dieser in der Sozialdemokratie übliche Marxismus, „der die Menschen als Produkt und als Resultat der Umwelt ansieht, vergißt, so schreibt Marx, daß die Menschen ihrerseits die Umwelt prägen und daß der ‚Erzieher selbst erzogen werden muss‘; er vergißt, daß es nicht ausreicht, die praktisch-materiellen Umstände als *Grund* und den Menschen als *Folge* anzusehen, sondern dass es nötig ist, auch die innere Bewegung zu betrachten: denn so, wie der Mensch, der die Folge ist, gleichzeitig auch die Ursache seiner Ursache ist, so ist die letztere gleichzeitig Folge seiner Folge“ (Colletti 1971: 30).

Die Rede über *Naturgesetzlichkeit* oder *Naturnotwendigkeit* der historischen Entwicklung bei den sozialdemokratischen Theoretikern wies diese Differenzierung und kritische Dimension – wie gesehen – freilich nicht auf. Tatsächlich lehnte Marx die schon zu seinen Lebzeiten populärer werdenden Versuche, die Geschichte menschlicher Gesellschaften als Naturgeschichte zu lesen, entschieden ab. So lässt sich eine gewisse Ironie nicht leugnen, wenn Marx sich über Albert Lange und seine *Arbeiterfrage* (Lange 1870) amüsiert, der seine Theorie in voller Übereinstimmung zu Marx‘ *Historischen Materialismus* sah, für die dieser aber nur Spott übrig hatte. An Langes Inanspruchnahme der naturgeschichtlichen Kategorien ließ Marx kein gutes Haar. Marx schrieb 1870 an Kugelmann, dieser mache ihm

große Elogen, aber zu dem Behuf, sich selbst wichtig zu machen. Herr Lange hat nämlich eine große Entdeckung gemacht. Die ganze Geschichte ist unter ein einziges großes Naturgesetz zu subsumieren. Dies

Bernstein läßt sich diese charakteristische Reduktion des Politischen aufs Ökonomische symptomatisch ablesen“ Lenk 1973.

Naturgesetz ist die Phrase (– der Darwinsche Ausdruck wird in dieser Anwendung bloße Phrase –) ‚struggle for life‘, ‚Kampf ums Dasein‘, und der Inhalt dieser Phrase ist das Malthussche Bevölkerungs- oder rather Übervölkerungsgesetz. Statt also den ‚struggle for life‘, wie er sich geschichtlich in verschiedenen bestimmten Gesellschaftsformen darstellt, zu analysieren, hat man nichts zu tun, als jeden konkreten Kampf in die Phrase ‚struggle for life‘ und diese Phrase in die Malthussche ‚Bevölkerungsphantasie‘ umzusetzen. Man muß zugeben, daß dies eine sehr einbringliche Methode – für gespreizte, wissenschaftlich tuende, hochtrabende Unwissenheit und Denkfaulheit ist (Marx 1956a: 685 f, eigene Hervorhebung).

Ursache dieser Fehlinterpretationen sei es, so Marx, dass Lange die Relevanz der dialektischen Methode in der *Kritik der politischen Ökonomie* nicht begreife.¹³⁷ Die von Marx eingeforderte *dialektische*, der historischen Besonderheit in den überhistorischen Gesetzen nachgehende Untersuchung der Natur und ihrer Notwendigkeit war den programmatischen Debatten um 1900 tatsächlich völlig fremd.¹³⁸ Vielmehr waren es gerade die von Lange erstmals kompilierten Versatzstücke, die kurze Zeit später begeistert aufgegriffen wurden.¹³⁹

¹³⁷ „Erstens versteht er rien von Hegels Methode und darum zweitens noch viel weniger von meiner kritischen Weise, sie anzuwenden“ (Marx 1956a: 686).

¹³⁸ Das weitgehende Unverständnis und die Nichtbeachtung der Relevanz der dialektischen Methode in der Kritik der politischen Ökonomie ist aus theoriegeschichtlicher Sicht auch zweifellos eines der wichtigsten Merkmale des Marxismus der Sozialdemokratie. Bernstein greift in den späten 1890er Jahren in seinen *Voraussetzungen* die ohnehin wenig beachtete (Hegelsche) Dialektik direkt an, da sie mit den denkstilkonformen Wissenschaftsidealen kollidiert, die inzwischen galten. In der *Neuen Zeit* wird dieser Punkt etwas halbherzig gekontert und vertieft – es sind aber zweifellos andere Bereiche, in denen Bernstein mit seinen Thesen die Parteigenossen provozieren konnte. Vgl. Bernstein 1969, Kautsky 1899a, Bernstein 1899.

¹³⁹ So empfiehlt August Bebel in seiner Schrift über die Frau und den Sozialismus (das, obwohl es unter dem Sozialistengesetz der Zensur zum Opfer gefallen war, eine enorme Verbreitung erreichte und noch zu Lebzeiten des Autors in über 50 Auflagen erschien) Langes *Arbeiterfrage* ausdrücklich diejenigen, die „den Zusammenhang der Lehren Darwins mit der sozialistischen Weltanschauung“ nicht begreifen (Bebel 1973: 7).

Die Inanspruchnahme darwinistischer Theoreme für die Zwecke der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, die Lange in seiner Arbeiterfrage erstmals ausführte, kann als stilbildend für die spätere sozialdemokratische Theorieproduktion angesehen werden: Lange versuchte in seiner Arbeiterfrage, den Klassenkampf und die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsform als „spezifische Form, welche der Kampf um das Dasein in dieser seiner neuesten Phase angenommen“ (Lange 1870: 11) haben, zu erhellen. Besonders der allgemeine *Gegensatz von Kapital und Arbeit* und die private Aneignung des Mehrwerts stellten für Lange dabei zentrale Reflexionspunkte der gegenwärtigen Lage dar. Er kam so zu der Ansicht, dass der „Kampf um das Dasein [...] dadurch in die Form eines Kampfes um den Arbeitslohn“ eingetreten sei (Lange 1870: 12). Um die konkreten Merkmale dieser Form des allgemeinen Daseinskampfes zu erfassen, griff Lange hauptsächlich auf malthusianische Argumentationsmuster zurück (vgl. Lange 1870: 47 ff): Die allgemeine „Überproduktion an Lebenskeimen“ sei das „Grundgesetz“ (Lange 1870: 48) des Daseinskampfes in der physischen Natur, wobei daraus erwachsene Verteilungskämpfe sich in den kapitalistischen Gesellschaften auch als Überschuss an Talent und Fähigkeiten, die einem (relativen) Mangel an „höheren Stellungen“ in Staat und Wirtschaft gegenüberstehen, zeigen könnten (vgl. Lange 1870: 50 f). Die Pointe bei Langes Fassung des Problems besteht darin, dass er die damals etablierte, „bürgerliche“ Inanspruchnahme der Bevölkerungstheorie von Malthus ins Gegenteil verkehrt: Anders als die geläufige Interpretation insinuierte, sei es gerade nicht zutreffend, dass jede Gesellschaft als Folge eines allgemeinen Bevölkerungsgesetzes Armut und Elend hervorbringen müsse. Lange erkannte die herrschaftssichernde und –legitimierende Funktion, die aus dieser Sichtweise resultierte. Es handle sich daher um eine „gefälschte Wissenschaft“, die „in blinder Einseitigkeit den Standpunkt der Kapitalisten“ (Lange 1870: 15) teile. Die sozialen Probleme resultierten aber aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Struktur und seien nicht einfach aus einem allgemeinen Gesetz zu deduzieren. Was als „Schranke des schiebbar unüberwindlichen Naturgesetzes“ erschien, werde nun nicht mehr anerkannt, da sich gezeigt habe, dass das gegenwärtige Elend als „unvermeidliche Schickung betrachtet“ wurde, „was doch [...] keineswegs unvermeidlich war“ (Lange 1870: 7). Eine *Aufhebung* dieser Strukturen – die also gerade nicht als überzeitliche *Notwendigkeit der Natur* zu verstehen seien – ist nach dieser Fassung des Problems nicht nur möglich, sondern sogar

unumgänglich. Damit war Langes Evolutionismus natürlich von hohem Nutzen für die Zwecke der sozialdemokratischen Akteure: Er half einerseits dabei mit, die mit der darwin'sche Deszendenztheorie verbundene Autorität ins eigene Lager herüberzuziehen, und legitimiert zusätzlich das eigene politische Unterfangen als mit den allgemeinsten Naturgesetzen in Übereinstimmung stehend.

Damit beeinflusste gerade die von Marx kritisierte Variante des Evolutionismus den sozialdemokratischen Diskurs in den betreffenden Punkten nachdrücklich. Lange hatte durch seine weitgespannte Leser- und Anhängerschaft auch keinen kleinen Anteil an der Integration von darwinistischen und evolutionistischen Deutungsmustern in die Programmatik der Sozialdemokratie (vgl. Na'aman 1975). Beachtenswert ist dabei, dass – wie deutlich geworden sein sollte – dass diese Differenzen zur Marx'schen Position im sozialdemokratischen Diskurs gar nicht auffallen und so auch nicht thematisiert werden. Darin kann man wieder ein Indiz dafür erkennen, dass die spezifische Verbindung naturgeschichtlicher und gesellschaftsgeschichtlicher Deutungsmuster, die die Programmatik der Zeit dominierte, besonders plausible Deutungsangebote für die Erfahrungsmustern vieler Akteure bereithielt und so gemäß dem Bedürfnis nach ‚weltanschaulicher‘ und theoretischer Unterfütterung der politischen Grundüberzeugungen, die sich vor allem im Kontext der Sozialistengesetze gebildet hatten, komponiert wurde. Es kann hier auch keinen Zweifel an der bereits mehrfach festgestellten Konstellation geben, dass die spätere Geringschätzung der theoretischen Qualität gerade dort zu beobachten ist, wo sich kommunikativer Erfolg historisch nicht leugnen lässt. Die Differenzen zur Terminologie von Marx werden aber verständlich, wenn man sich die völlig divergenten kommunikativen Problemlagen vergegenwärtigt: Es zeigt sich hier wieder, dass die theoretische Qualität und der kommunikative Erfolg eines Begriffs sich nicht gegenseitig bedingen. In ungebrochener Form ohne jede dialektische Spitzfindigkeit hatte die Metapher im politischen Diskurs nach dem Ende des Sozialistengesetzes den großen Vorzug, dass sie die erfahrungsbasierten subjektiven politischen Positionen und Ziele in eine objektive Wahrheit übersetzt und in dieser Form die *Vernwissenschaftlichung* der politischen Auseinandersetzung bedienen und befördern konnte.

5. KONTINUITÄT UND BRUCH – AUF DEM WEG NACH GODESBERG

Die Geschichtssemantik des *Erfurter Programms* wurde vom Zentrum um den Parteivorstand gegen die Angriffe von revisionistischer Seite und auch von der radikalen Linken mehrfach erfolgreich verteidigt, was durch eine von Bebel und Kautsky angestrebte Parteresolution aus dem Jahr 1903 gegen eine Zurücknahme der revolutionären Grundausrichtung, die mit hoher Mehrheit vom Parteitag in Jena angenommen wurde, hoch offiziell besiegelt wurde (vgl. Resolution gegen die revisionistischen Bestrebungen 1984[1903]). Das sich in dieser Zeit selbst als ‚Zentrum‘ definierende Lager, das diese Semantik vertrat, fasste das als großen Sieg auf. Nicht zu übersehen ist dabei jedoch, dass der Widerspruch zwischen dem siegesgewissen revolutionären Anspruch der programmatischen Verlautbarungen auf der einen und der konstruktiven Reformpolitik, die das politische Alltagsgeschäft immer mehr bestimmte, auf der anderen Seite sich mit den Jahren immer weiter verschärfte. Es ist hier nicht der Ort, die weitere Programmgeschichte der SPD im Detail nachzuzeichnen. Es ist jedoch offenkundig, dass schon bei der Spaltung der Arbeiterbewegung, die maßgeblich aus der Uneinigkeit in der Partei hinsichtlich der Haltung zum Ausbruch des Weltkriegs resultierte, die programmatischen Grundlagen immer weniger Relevanz in der tatsächlich praktizierten Politik hatten und die Verbindlichkeit der im Programm formulierten Grundsätze auch danach immer weiter abnahm. Offiziell beanspruchte zeitweise die *Unabhängige Sozialdemokratie* (zu der prominente Vertreter beider Lager und auch Bernstein und Kautsky persönlich übergewechselt waren, was die nach dem Revisionismusstreit entfremdeten Freunde im Alter wieder näher zusammenbrachte, vgl. Gilcher-Holtey 1986: 268) die Erfurter Programmatik weiterzutragen. Beim ersten Aktionsprogramm der USPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag 1919 in Leipzig, beriefen sich die Delegierten ausdrücklich auf die „leitenden Ideen des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms“, die im Allgemeinen unvermindert als gültig angesehen wurden, und angesichts der konkreten neuen politischen Lage der Revolutionsphase lediglich in praktischer Hinsicht ergänzt werden sollten (vgl. Dowe und Klotzbach 1984b: 201). In der Zeit der Weimarer Republik verschärfte sich der Gegensatz zwischen Programm und Praxis weiter, da die in die Weltanschauung des *Erfurter*

Programms eingeschriebene fundamentale Systemopposition nun kaum mehr plausibel vertreten werden konnte, da sich die SPD im Weimarer Parteienspektrum meistens als diejenige Kraft verstand, die sich am stärksten mit der bestehenden Republik *identifizierte* (und diese in der unruhigen Endphase auch über alle politischen Lager hinweg am entschlossensten verteidigte). Die SPD gab sich mit dem *Görlitzer Programm* von 1921 zwar eine Grundlage, die angesichts der neuen Rahmenbedingungen viele Grundelemente der Erfurter Semantik zurücknahm oder relativierte und somit in geringerer Spannung zur nun praktizierten Regierungspolitik stand, an dem die Parteilinke aber neben der aufgegebenen Klassenkampfposition nicht zuletzt die fehlende „Hervorhebung der evolutionären Entwicklung zum Sozialismus“ (Münkel 2007a: 20) störte. Die Programmatik und sich an ihr aufgehängende Richtungskämpfe verloren in der Weimarer Zeit jedoch insgesamt an Relevanz für die Partei, da die drängenden Probleme der praktischen Politik immer weniger mit den allgemeinen Grundbegriffen der programmatischen Weltbeschreibungen ausgeleuchtet werden konnten und diese immer weniger einen Abgleich mit den programmatisch festgeschriebenen Zielbestimmungen erlaubten: „Auseinandersetzungen über die Theorie waren in Weimar – im Gegensatz zur Sozialdemokratie des Kaiserreichs – nunmehr im wesentlichen auf Gruppen an der Peripherie der Partei beschränkt“ (Miller 1974: 12, vgl. auch Walter 2009: 65, Dowe und Klotzbach 1984a: 40).

Eine Selbstverständigung mit den und über die eigenen programmatischen Grundlagen fand erst wieder im Exil statt, in das viele Sozialdemokraten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 gehen mussten (vgl. ebd.). Aus dieser diskursiven Ausgangslage resultiert allerdings auch die Art und Weise, wie der programmatische Umbruch, den das neue Grundsatzprogramm nach dem Weltkrieg brachte, vonstattenging. Denn der Konflikt zwischen Politik und Programm schwelte bis dahin weiter; schließlich war formal noch das *Heidelberger Grundsatzprogramm* aus dem Jahr 1925 gültig, in dem nach der Wiedervereinigung der SPD mit den verbliebenen Teilen der USPD – primär des innerparteilichen Ausgleichs wegen – die Grundlagen der alten Erfurter Semantik wieder eingesetzt

worden waren.¹⁴⁰ Die kommunikative Aufgabe für die Verfasser des *Godesberger Programms* bestand nun vor allem darin, diese Ungleichzeitigkeit zwischen Programm und Politik aufzulösen – und zwar einseitig auf der Ebene der Programmatik. Der dabei tatsächlich vollzogene radikale Bruch mit dem bisherigen programmatischen Selbstverständnis musste dabei nur als Kontinuität oder Rückbesinnung verpackt werden, um die nötige Selbstidentifikation der neugegründeten Partei nach innen sicherzustellen und ein zum politischen Gegner abgegrenztes Profil nach außen zu etablieren. Denn de facto bedeutete das *Godesberger Programm* nicht weniger als den programmatischen Nachvollzug des Einrückens auf die Positionen des politischen Gegners, die zuvor schon praktisch vollzogen wurden.

Um diese Neuausrichtung der Programmatik nachvollziehen zu können, werden im Folgenden zunächst als Zwischenschritte einige Schlaglichter auf die Debatten geworfen, die während des und kurz nach dem Nationalsozialismus geführt wurden. Im Anschluss soll die Neuausrichtung der Programmatik in der Bundesrepublik begriffsgeschichtlich nachvollzogen werden, wobei besonders das Aufsteigen des Fortschrittsbegriffs und eine daran ausgerichtete Zielbestimmung sozialdemokratischer Politik fokussiert wird.

¹⁴⁰ Wobei bemerkenswerterweise im ersten Satz des *Heidelberger Programms* – auch die alte Formulierung von 1891 aufgreifend –, wo im *Erfurter Programm* die *Naturnotwendigkeit* vorkam, nun von einer *inneren Notwendigkeit* gesprochen wurde: „Die ökonomische Entwicklung hat mit *innerer Gesetzmäßigkeit* zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert“ (Heidelberger Programm (1925) 2007: 341).

Nebenbei gesagt kann man die Rückkehr zu den Grundstrukturen der alten Erfurter Programmatik mit dem Ziel, die innerparteiliche Einheit zu betonen und die Differenzen zwischen den verschiedenen Lagern zu verringern, durchaus als Bestätigung der These verstehen, die die „zentristische“ Programmatik primär im Hinblick auf ihre Funktion als *Integrationsideologie* interpretiert. Diese Perspektive hatte Erich Matthias in einer vielbeachteten Studie aus dem Jahr 1957 herausgearbeitet. In der Folge wurde diese Interpretation aber mehrheitlich (unter anderem von Steinberg) zurückgewiesen, wobei die Rolle der Ideologie bei der Wiedervereinigung der Sozialdemokratie in der Debatte unbeachtet blieb, vgl. Matthias 1957, Steinberg 1972: 75 ff., Euchner 2000: 157. Siehe auch Anm. 129.

5.1. EIN KURZER ZWISCHENSCHRITT: DAS PRAGER MANIFEST

Die politische und gesellschaftliche Ausgrenzung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und die staatliche Repression, die das Sozialistengesetz gebracht hatte, hatten in der Arbeiterbewegung – wie im vorigen Kapitel gesehen – dazu geführt, dass eine radikalere Semantik anschlussfähiger wurde und die Problemlagen vieler Funktionäre wie Anhänger der Partei adäquater fassen konnte, als es die vorherigen reformerischen Sozialismuskonzepte vermocht hatten. Die Radikalisierung der Programmatik, für die das *Erfurter Programm* steht, wäre ohne das weit verbreitete Gefühl der Unterdrückung und die massenhaft erfahrene materielle Not kaum denkbar.

Interessanterweise wiederholte sich die durch staatliche Verfolgung katalysierte Radikalisierung der programmatischen Semantik in den frühen 1930er Jahren vor dem Hintergrund der weitgehenden Zerschlagung der politischen Institutionen der deutschen Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus und die politische Verfolgung vieler Mitglieder.¹⁴¹ Die Bedingungen der neuen Kommunikationssituation, unter denen das stattfand, sind angesichts der bis dato unbekanntenen Qualität der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen jede politische Opposition und besonders die Institutionen der Arbeiterbewegung natürlich kaum zu vergleichen. Dies zeigt sich beispielsweise schon daran, dass die Sozialdemokratie auch unter dem Sozialistengesetz zu den Reichstagswahlen angetreten und weiterhin mit einer Fraktion im Parlament vertreten war, so dass die Partei in dieser Zeit trotz der Repressionsmaßnahmen des Staates

¹⁴¹ Zur Geschichte der Arbeiterbewegung unter dem Nationalsozialismus vgl. Schneider 1999, Schönhoven 2017.

In gewisser Hinsicht lässt sich auch die Ablösung der *Görlitzer Grundsatzprogramms* (1921) durch das *Heidelberger Programm* aus dem Jahr 1925 ebenfalls nach diesem Muster verstehen. Daniela Münkel vertritt die These, dass das *Heidelberger Programm*, das in vielen Punkten die Gesellschaftsbeschreibung des *Erfurter Programms* rehabilitiert, nicht nur als Zugeständnis an eine unzufriedene Parteilinke zu verstehen sei: „Die Rückkehr zur marxistisch-klassenkämpferischen Gesellschaftsanalyse war sicherlich nicht zuletzt den Erfahrungen der Anfangsjahre der Weimarer Republik geschuldet, die durch Inflation, soziale Deklassierung und eine Verschärfung der sozialen Konflikte gekennzeichnet waren“ (Münkel 2007a: 22).

(wie der Zensur der Parteipresse) ihre Verankerung in der Bevölkerung sogar weiter ausbauen konnte und sie so am Ende der zwölf Jahre, in denen die Bismarck'schen Gesetze Bestand hatten, stärker und gefestigter dastand, als zu Beginn dieser Phase. An eine derartige systematische politische Arbeit in Deutschland war nach 1933 hingegen freilich nicht mehr zu denken.

Die Ausgestaltung des als *Prager Manifest*¹⁴² bekannt gewordenen Textes folgte unter den Bedingungen des Exils viel weniger den institutionellen Konventionen und Ritualen, die die Verabschiedungen von offiziellen Programmen auf und rund um reguläre Parteitage mit sich bringen. Der Kreis, der im Prager Exil an den Diskussionen über einen Programmentwurf, der den neuen Verhältnissen angemessen sein sollte, beteiligt war, war deutlich beschränkter, als es unter „normalen“ Bedingungen der Fall gewesen wäre. Auch wenn man davon ausgeht, dass der oft offensiv nach außen getragene Anspruch von Parteien, die sich ein neues Programm geben möchten, möglichst alle verschiedenen Strömungen und besonders auch die Parteibasis an den Programmdebatten zu beteiligen, einen deutlichen Inszenierungscharakter aufweist und primär den Imperativen der (exoterischen wie esoterischen) politischen Kommunikation geschuldet ist, kann nicht übersehen werden, dass der Parteivorstand im Prager Exil viel exklusivere Zirkel umfasste, als üblicherweise durch Programmkommissionen an den Debatten beteiligt werden. Formal betrachtet muss auch beim *Prager Manifest*, das am 20.1.1934 von der Exilorganisation der Parteileitung verabschiedet wurde, eine Parteiinstitution als Emittent angenommen werden. Im Unterschied zu den offiziellen Grundsatzprogrammen wurde der Text allerdings nicht von einem Parteitag beschlossen (wie es Klein bei seiner Typologie für die Textsorte fordert, vgl. Klein 2000: 734).

Ähnlich wie beim *Erfurter Programm*, bei dessen Genese sich der von Kautsky verfasste Entwurf gegen den der Parteileitung durchsetzte, kann auch beim *Prager Manifest* ein konkreter Verfasser benannt werden, der den Text

¹⁴² Ein Abdruck des Manifests findet sich in der Sammlung *Programmatischer Dokumente* von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, vgl. *Prager Manifest der Sopade 1984*. Im Folgenden angegebene Seitenzahlen beziehen sich hierauf.

hauptsächlich entworfen hat.¹⁴³ Rudolf Hilferding, der sich vor allem mit seinem Werk über das *Finanzkapital* aus dem Jahr 1909 (Hilferding 1974) einen Namen gemacht hatte, galt, auch angesichts seiner regelmäßigen Artikel in der *Neuen Zeit*, bereits in der Weimarer Republik als führender Intellektueller der Sozialdemokratie und wird bis heute in der Literatur als ausgewiesener „Parteitheoretiker“ (Walter 2009: 78) geführt. Kautsky und Hilferding hatten gemeinsam großen Anteil an der Ausgestaltung des *Heidelberger Programms* aus dem Jahr 1925, bei dem Hilferding die Ausführungen Kautskys zur den allgemeinen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus um Thesen zum Finanzkapital ergänzte (vgl. Dowe und Klotzbach 1984a: 38).¹⁴⁴ Allerdings stand er – ganz anders als sein „Vorläufer“ Kautsky – der praktischen Politik keineswegs fern, was schon dadurch deutlich wird, dass er das Amt des Finanzministers in sozialdemokratisch geführten Regierungen in der Weimarer Republik gleich zweimal ausübte. Auch wenn er dabei nach der Einschätzung von Franz Walter „kläglich“ scheiterte und er „wahrscheinlich überhaupt einer der unpraktischsten Menschen in der SPD-Führung“ (Walter 2009: 86 f.) gewesen sei, gab der damals überaus bekannte Verfasser, der in der Parteiöffentlichkeit der Weimarer Republik zweifellos als intellektuelles Schwergewicht galt und dessen theoretisch-programmatische Überlegungen überaus geschätzt wurden (nicht zuletzt auch von der Parteiführung unter Otto Wels, vgl. ebd.), dem Exilmanifest ein gewisses Gewicht, auch wenn schnell klar wurde, dass die erhofften Wirkungen nicht eintreten konnten.

Bei dem von ihm für die *SoPaDe*, wie sich die Gruppe führender Sozialdemokraten um den Parteivorsitzenden Otto Wels im Exil nannte,

¹⁴³ Hilferding wird oft schlicht als Autor oder Verfasser des Prager Manifests genannt (so beispielsweise im Wikipedia-Artikel zum Prager Manifest, vgl. Art. Prager Manifest 2018), was die Sache doch arg vereinfacht. Hilferdings Text war der Gegenentwurf zu einem ersten Vorschlag für ein neues Programm, den Kurt Geyer, Friederich Stampfer und Erich Rinner erarbeitet hatten, der aber nicht die Zustimmung der SoPaDe-Mehrheit fand. Dieser erste Entwurf wurde trotzdem bei der Neugestaltung als Grundlage hinzugezogen. Hilferdings Gegenentwurf wurde dann – redaktionell überarbeitet! – am 20. Januar 1934 von der SoPaDe verabschiedet, vgl. Dowe und Klotzbach 1984b: 225.

¹⁴⁴ Zudem wurde Hilferding auch zum Herausgeber der neuen Theoriezeitschrift *Die Gesellschaft*, die die Nachfolge der *Neuen Zeit* antreten sollte, nachdem diese eingestellt worden war. Insofern tritt Hilferding hier auch hinsichtlich seiner institutionellen Stellung in der Sozialdemokratie in die Fußstapfen des einstigen ‚Chefideologen‘, vgl. Koth 1993: 210.

verfassten Manifest trat die theoretische Analyse, für die Hilferding ansonsten bekannt war, klar hinter die agitatorischen Ziele zurück. Die *SoPaDe* hatte den Anspruch erhoben, legitime Vertreterin des Parteivorstandes zu sein, was nicht von allen Gruppen unwidersprochen akzeptiert wurde.¹⁴⁵ Die Auslandsgruppe schaffte es aber, einen kontinuierlichen Kontakt zu sozialdemokratischen Gruppen in vielen Teilen Deutschlands zu halten und funktionsfähige Strukturen zu organisieren. Das Manifest konnte über diese Netzwerke in immerhin 40000 Exemplaren nach Deutschland geschmuggelt werden (vgl. Markscheffel 1984), wobei die Broschüre als Anleitung zum Selbstrasieren getarnt wurde. Zusätzlich veröffentlichten die Exilzeitungen *Neuer Vorwärts* und die *Sozialistische Aktion* den Text am 28. Januar 1934 (vgl. Dowe und Klotzbach 1984b: 225).

Der kommunikative Zweck des Textes kann, wie angedeutet, klar rekonstruiert werden: Die Parteiführung in Prag sah sich mit dem Problem konfrontiert, dass Teile der Partei und ihres Umfeldes unzufrieden mit der – aus ihrer Sicht – zögerlichen und passiven Politik der SPD waren und sich damit nicht begnügen wollten. Im sozialdemokratischen Lager hatten sich im Zuge des Aufstiegs des NS verschiedene Fraktionen gebildet, die sich mit der offiziellen Parteilinie kaum mehr arrangieren wollten. Die primäre kommunikative Aufgabe, die mit dem Manifest erreicht werden sollte, bestand so darin, die sich in dieser Zeit aufsplitternden sozialistischen (Widerstands-)Gruppen unter dem Dach der SPD zusammenzuhalten.

Von den neu entstandenen sozialistischen Gruppen, die eine aktivere Widerstandspolitik betreiben wollten, waren *Neu Beginnen* und die *Revolutionären Sozialisten Deutschlands* die wohl relevantesten (vgl. Walter 2009: 93 ff., Schneider 1999: 74 ff., 890 ff., Grebing 1993: 46 ff). Die Einheit der Bewegung und der Partei war in dieser Situation für den Exilvorstand gleich in mehrfacher Hinsicht in Frage gestellt: Einerseits durch die aus den eigenen Reihen gebildeten radikaleren Widerstandsgruppen in Deutschland, die nicht nur die gegenwärtige SPD-Politik, sondern auch rückwirkend die

¹⁴⁵ Nicht zuletzt hatte die Gruppe auch relevante Teile des Parteivermögens mit ins Exil transferiert, was ihrer Stellung zweifellos nicht abträglich war, vgl. Münkler 2007a: 24. Dem Führungsanspruch wollte sich unter anderem die vergleichsweise große Widerstandsgruppe um Werner Blumenberg nicht unterordnen, die die Leitung der illegalen Aktivitäten in Deutschland durch die Akteure in Deutschland selbst koordinieren wollte, vgl. Obenaus 2012.

zaghafte und defensive Strategie und Programmatik der Partei in der Weimarer Republik kritisierten. Zudem spielte unverkennbar auch die grundsätzliche Spaltung der Arbeiterbewegung hierbei eine Rolle, auch wenn sich das Manifest an alle Sozialisten diesseits der kommunistischen Organisationen wendet. Und auch der wiedermalige Zusammenbruch der internationalen Organisationsstrukturen muss hier genannt werden. Die kommunikative Aufgabe, die mit dem *Prager Manifest* gelöst werden sollte, bestand daher primär darin, angesichts der Erosion der Institutionen der Sozialdemokratie, eine verbindende programmatische Grundlage zu schaffen, die den Zusammenhalt der sich in dieser Zeit zersplitternden sozialdemokratischen und sozialistischen Gruppen wieder ermöglichen sollte. Die tradierte Programmatik (die auch noch dem formal weiterhin gültigen Grundsatzprogramm zugrunde lag) konnte dies offenkundig nicht mehr leisten.

Zu diesem Zweck wählte die *SoPaDe* für ihr Manifest eine entschlossene und radikale Sprache, die es in dieser Form in der sozialdemokratischen Programmatik noch nicht gegeben hatte und die es seitdem nie wieder geben sollte. Diese propagierte eine konsequente und kompromisslose Gegnerschaft gegen das NS-Regime, über dessen Charakter man sich – trotz der recht frühen Veröffentlichung ein Jahr nach der Übertragung der Macht an die Nationalsozialisten – keinerlei Illusionen machte (wobei sich die Exilgruppe auf „zahllose scharfsichtige Analysen moderner Rechtsdiktaturen“ (Walter 2009: 78) stützen konnte, die in den frühen dreißiger Jahren in der Parteipresse erschienen waren). Insbesondere rückte hierbei der (reaktivierte) Revolutionsbegriff (der ja, wie in Kapitel 4 beschrieben, trotz seiner tragenden Funktion in der Zukunftserwartung aus pragmatischen Gründen nie in den Programmen verwendet wurde) zum neuen Fahnenspruch der SPD auf. Bereits im Titel wurde die SPD auf dieses Label festgelegt; der Text erschien im *Neuen Vorwärts* unter der Überschrift „*Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*“. Dass es für die Exilleitung und die sozialdemokratischen Strukturen in Deutschland oft genug nicht einfach war, diesem revolutionären Anspruch gerecht zu werden und dass es leichter fiel, das neue Schlagwort „aufzuschreiben [...], als es in der Realität mit Inhalt zu füllen“ (Walter 2009: 93), ändert an der semantischen Radikalisierung nichts. Zwar hatte man sich freilich auch vorher mit dem Attribut *revolutionär*

geschmückt, aber als Fahnenwort für das eigene Lager tauchte es kaum auf, besonders in der Kombination mit *Sozialismus*.

Im Selbstverständnis des späten 19. Jahrhundert grenzte man sich eher von einem früheren *revolutionären Sozialismus* ab, dem es – im Unterschied zur „modernen“ Sozialdemokratie – vor allem an der Einsicht in die ökonomische Grundstruktur und die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise gefehlt habe.¹⁴⁶ Die Revolutionsemphase kann daher nur sehr bedingt als eine Rückkehr zu alten Semantiken interpretiert werden: Einerseits implizierte die Prognose einer zukünftigen Revolution auch hier wieder für die Gegenwart die Artikulation starker symbolischer Gegnerschaft gegen die herrschenden Verhältnisse,¹⁴⁷ was für die Probleme der SoPaDe letztlich relevanter gewesen sein dürfte als das Bekenntnis zu einem fernen, unkalkulierbaren Erlösungsmoment. Primär aus diesem Grund wurde auch gerade der Revolutionsbegriff herangezogen, um die verschiedenen Oppositionsgruppen symbolisch zu integrieren – da die Gemeinsamkeiten im Hinblick auf das politische Ziel und eine verbindende Weltanschauung fraglich geworden sind, findet die symbolische Vergemeinschaftung negativ über die von allen angesprochenen Gruppen geteilte Feindschaft gegen den gemeinsamen Gegner statt. Der Revolutionsbegriff wurde damit zur größtmöglichen Klammer, die um die verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Gruppen gezogen werden konnte: „Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen

¹⁴⁶ Der „friedliche Sozialismus der bürgerlichen Utopisten, der die Erlösung der Menschheit mittelst des Eingreifens der besten Elemente der oberen Klassen bringen wollte, verwandelte sich bei den Arbeitern in einen gewalttätigen, *revolutionären Sozialismus*, dessen Durchführung Proletarierfäuste besorgen sollten. Aber auch dieser urwüchsige Arbeitersozialismus hatte kein Verständnis für die Arbeiterbewegung [...]. [E]r hatte keine Ahnung von der ökonomischen Entwicklung, welche die materiellen Elemente der sozialistischen Produktion schafft und durch den Klassenkampf diejenige Klasse groß zieht und reifen läßt, die berufen ist, sich dieser Elemente zu bemächtigen und aus ihnen die neue Gesellschaft zu entwickeln.“ (Kautsky 1892: 235 f., eigene Hervorhebung).

¹⁴⁷ Auch wenn die Revolutionsemphase des Manifests sich natürlich nicht auf die Beseitigung des Nationalsozialismus beschränkte, sondern die beschworene Revolution der „Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft“ (226) dienen sollte, und die Niederwerfung des Nationalsozialismus nur als „revolutionäres Durchgangsstadium“ (229) verstanden werden sollte.

Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär“ (237).

Von der alten Geschichts- und Zukunftssemantik, die noch in den mittleren 1920er Jahren als Integrationsideologie¹⁴⁸ bemüht wurde, um die verschiedenen Fraktionen zusammenzuhalten, fanden sich im *Prager Manifest* jedoch nur noch rudimentäre Fragmente. Zwar wurde auch hier die Perspektive formuliert, dass die „Gegensätze im Innern des Faschismus“ und „die sich stets verschärfenden Klassengegensätze im Kapitalismus“ sich weiter zuspitzen könnten (226), womit die zentralen Deutungsmuster der *materialistischen Geschichtsauffassung* aufgerufen wurden. Und man ging immer noch (oder: wieder?) davon aus, dass sich die „Bedingungen und Ziele des Kampfes [...] nicht willkürlich bestimmen“ lassen, da sie „aus den sich zuspitzenden Gegensätzen der kapitalistischen Gesellschaft und aus den Tatsachen der nationalsozialistischen Gegenrevolution“ (227) erwachsen. Aber bereits die Formulierung, die den Nationalsozialismus additiv den gewohnten Kategorien nachschiebt, indiziert, dass die neuen Umstände sich nicht mehr leicht semantisch in die tradierten Deutungshorizonte einsortieren ließen. Die Propagierung einer an die postulierten gesellschaftlichen Widersprüche (und ihre „auf das grausamste“ (227) verschärfte Zuspitzung durch die NS-Regierung) anschließenden Zielbestimmung und darauf gegründete Siegesgewissheit fehlen jedoch völlig. Der Sieg gegen den Nationalsozialismus erschien hier also den Verfassern keineswegs mehr als sicher und *gesetzmäßig* vorherbestimmt, sondern als das Ergebnis eines Kampfes, den die *Massen* unter der Anleitung der Partei erringen sollten.

Die Revolution wurde damit aus dem Bereich der Utopie ins prognostische Nahfeld der Zukunftserwartung zurückverlagert. *Revolution* meint jetzt nämlich in einem ersten, konkret-anschaulichen Sinne die Niederwerfung der NS-Diktatur. Diese soll möglich werden – „wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen“ (229) – durch die erwartete

¹⁴⁸ Siehe oben Anm. 129 und 140.

Verschlechterung der materiellen Lage der „Arbeiter und Angestellten“¹⁴⁹ (227), die diese zu der Forderung nach Wiedezulassung der Koalitionsfreiheit bringen würde. Diese auf sozialen Grundkonflikten beruhenden Ansprüche implizierten die Forderung nach weiteren demokratischen Rechten. Bemerkenswerterweise bleibt die *Demokratie* im *Prager Manifest* der Revolution (und vermittelt auch dem sozialistischen Fernziel) völlig untergeordnet. Der Kampf für die Demokratie, der sich in Weimar unter der Hand zum politischen Hauptziel gemausert hatte, wurde nun (wieder) zum historisch und begrifflich untergeordneten *Mittel*, das beim Erreichen der eigentlichen Letztziele als so hilfreich wie unumgänglich angesehen wurde: „Die Wiedereroberung demokratischer Rechte wird zur *Notwendigkeit*, um die Arbeiterbewegung als Massenbewegung wieder als bewußte Bewegung der Massen selbst zu führen. Der Kampf um die Demokratie [...] ist nur revolutionäres Durchgangsstadium [...]“ (228 f., eigene Hervorhebung). In dieser Form in den Bereich der kurz- und mittelfristigen Erwartung zurückverlagert, wurden für den Fall eines erfolgreichen revolutionären Umsturzes ganz konkrete Sofortmaßnahmen für eine neue Regierung genannt, die zunächst die neuen Machtverhältnisse sichern sollten (explizit gefordert wird beispielsweise die Einführung eines Revolutionstribunals!, vgl. 230). Das zweite Feld, für das qualitative Veränderungen prognostiziert werden, blieb freilich die wirtschaftliche Struktur des Landes (die auch als Grundlage der faschistischen Reaktion interpretiert wurde). Die Konturen der als notwendig erachteten wirtschaftlichen Umgestaltungen blieben im Allgemeinen und boten keine inhaltlichen Überraschungen. An die Stelle des kapitalistischen Profitstrebens sollte die Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf treten, was über die *Vergesellschaftung* der relevantesten Wirtschaftszweige erreicht werden sollte (vgl. 231 f).¹⁵⁰

¹⁴⁹ Übrigens steht auch diese später kanonisch werdende Formel für die eigene Zielgruppe für die Aufweichung des vorherigen Selbstbildes als Klassenpartei. Sie taucht im (unmarxistischen) *Görlitzer Programm* von 1921 zuerst auf.

¹⁵⁰ Semantisch wird bei der Behandlung der ökonomischen Fragen primär auf die Entgegensetzung von „Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise“ (231) und der (damals noch positiv konnotierten) *Planung* gesetzt, was mit dem in dieser Zeit aufkommenden semantischen Gegensatz zwischen jeglichen Formen der Steuerung und Regulierung der Wirtschaft und dem Freiheitsbegriff bricht!

Man wollte somit keinen Zweifel daran lassen, dass man dieses Mal die nun als Fehler angesehene Zurückhaltung hinsichtlich weitergehender sozialistischer Umgestaltungen 1918 ff. nicht mehr praktizieren werde: „Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging“ (229). Ganz in diesem Sinne behauptete man für sich zwar, legitime Vertretung des Parteivorstandes zu sein, betonte jedoch auch den Bruch zu den alten Parteiinstitutionen: „Der alte Apparat ist nicht mehr, und Versuche, zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen“ (226).

Diese Neubestimmung des semantischen Gefüges um *Revolution* und *Demokratie* konnte von den zeitgenössischen Akteuren nur als fundamentale Distanzierung der SPD-Führung von der eigenen Politik in der Weimarer Republik verstanden werden. Der Bruch, für den das Exilmanifest steht und den es vollzog, umfasst somit sowohl die allgemeine ‚weltanschauliche‘ Grundlage der sozialdemokratischen Programmatik (indem die alte Entwicklungslehre getilgt wird), als auch die Sphäre der konkreten Alltagspolitik. Sprachlich kodiert (und symbolisch entschärft und verschleiert) wird dieser Bruch allerdings durch verschiedene Bezeugungen der Kontinuität zur eigenen Tradition. Neben der massiven Verwendung des alten marxistischen Theorie- und Ideologievokabulars (wie am Beispiel *Revolution* gesehen mit teilweise okkasionell abweichender Bedeutung) lassen sich diverse Anspielungen auf die marxistische Gesellschaftstheorie ausmachen, die sich aber kaum auf die argumentative Ebene auswirken. So werden nicht nur die einschlägig marxistisch „geschulten“ Leser des Textes in den pathetischen letzten Sätzen des *Prager Manifests* („Deutsche Arbeiter, ihr habt nur die Ketten eurer Knechtschaft zu verlieren aber die Welt der Freiheit und des Sozialismus zu gewinnen!“; 238) die Anspielung auf die Schlussformeln des *Manifest* erkannt haben – ohne dass dazu allzu plakativ die saliente Vereinigungsformel bemüht werden müsste.¹⁵¹ In ähnlicher Weise wird auch (unausgewiesen) Marx‘ Formulierung aufgenommen, dass die herrschende Klasse „ihre eigenen Totengräber“ produziere – wobei

¹⁵¹ Die bekannte Schlussformel aus dem *Manifest der Kommunistischen Partei* von 1848 lautet: „Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ (Marx und Engels 1956: 493).

bemerkenswerterweise im *Prager Manifest* die „kapitalistische Entwicklung“ (237) an die Subjektposition rückte.¹⁵²

Dieser, mit konkret-anschaulichem Inhalt (*Eroberung der Staatsmacht, Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse* und *Neuordnung der Wirtschaft*) gefüllte Revolutionsbegriff wurde allerdings als „Mittel zum Endziel der Verwirklichung wahrer Freiheit und Gleichheit, der Menschenwürde und voller Entfaltung der Persönlichkeit“ (233) gedacht, sie sollte erst so die Möglichkeit einer Gesellschaft eröffnen, in der die „Massen nicht mehr arbeiten, um den Monopolbesitzern der Produktionsmittel einen dürftigen Lebensraum und ein allzeit von Krisen bedrohtes Dasein abzurufen, sondern sie werden arbeiten für die Gestaltung der sozialistischen Zukunft unter glücklicheren Bedingungen zu höheren Zielen“ (234). Derartig in Pathosformeln verpackt blieb der utopische Überschuss, den die Revolutionsemphase schon zuvor gehabt hatte, weiterhin an Bord. Die Beschwörung des (utopischen) Fernziels wollte man sogar unter den Bedingungen des verzweifelten Kampfes gegen die Diktatur nicht aufgeben. Damit behält der Revolutionsbegriff auch hier noch eine utopische, den konkreten politischen Problemen entthobene Dimension, wobei dieser Revolutionsperspektive jede Notwendigkeit und Siegesgewissheit abhanden gekommen ist.

Im Ergebnis zeigt sich im *Prager Manifest* eine Tendenz, semantische Verschiebungen der Programmatik unter dem Fahnenwort *Revolutionärer Sozialismus* als programmatische Kontinuität erscheinen zu lassen. Dieses Muster wird sich schon beim *Godesberger Programm* wieder zeigen.

Die tatsächlichen Wirkungen des *Prager Manifests* waren nicht sehr groß (vgl. Münkel 2007a: 25). Für Klönne handelt es sich beim Text des Prager Parteivorstands „bei näherer Betrachtung [um] ein teils fragwürdiges Dokument“: Die eigenen Versäumnisse seien zwar angesprochen worden, in der skizzierten Perspektive einer revolutionären Massenaktion gegen das

¹⁵² Man könnte auch noch die Formel des Übergangs vom ‚Reich der Notwendigkeit‘ in das ‚Reich der Freiheit‘ anführen, die Marx im dritten Band des *Kapital* gebracht hatte, und die im *Prager Manifest* zur Markierung des Endpunkt des anvisierten *revolutionären* gesellschaftlichen Umbaus herangezogen wurde (vgl. 234).

NS-System „verbreitete der Text zweifellos illusionäre Hoffnungen“ (Klönne 1980: 269).

Für die hier behandelte Thematik ist das Dokument trotz alledem relevant, indem es die praktische Aushöhlung der alten evolutionistischen Geschichtsauffassungen indiziert. Es dokumentiert zwar in einigen Punkten tatsächlich eine *Rückkehr* zu einem radikaleren und oppositionelleren Selbstverständnis (wofür der eigentlich recht unbedeutende Text in der linken Geschichtsschreibung gefeiert wurde, vgl. Klönne 1980: 269), wobei allerdings gerade die evolutionistisch-marxistischen Kernelemente der älteren ‚Weltanschauung‘ nicht reaktiviert wurden. Die Ausführungen beschwören vielmehr, ganz konträr zu der vorherigen Siegesgewissheit und der daraus abgeleiteten Geduld bei der Realisierung der ersehnten Ziele, die Notwendigkeit des *revolutionären Kampfes*, der entschlossen zu führen sei, und rufen damit eine voluntaristische Semantik auf, die den vorherigen Grundüberzeugungen völlig entgegenläuft: Gefordert wurden nun „Neue Organisationsformen mit opferbereiten Kämpfern“ (226).

Bemerkenswerterweise wurden diese Ausführungen, wie gesagt, mit Hilferding gerade von einem Autor getätigt, der mit der marxistisch-evolutionären Geschichtstheorie der alten SPD bestens vertraut war und auch aktiv zu ihr beigetragen hatte. Auf welchem verlorenem Posten diejenigen standen, die an der alten Semantik festhalten wollten, zeigt eine Broschüre von Kautsky, die dieser im März 1933, kurz nach der Machtergreifung im Januar, vorgelegt hatte (Kautsky 1933). Anders als der Titel *Neue Programme* suggeriert, wurden hier gerade nicht mögliche Konsequenzen und notwendige Aktualisierungen für die sozialdemokratische Programmatik angesichts der gegebenen politischen Situation reflektiert, sondern Kautsky versuchte in der defensiven Haltung, die er seit den reformistischen Herausforderungen in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts immer wieder eingenommen hatte, die Forderungen nach einer Änderung des Programms als unberechtigt zurückzuweisen. Auf die immer lauter werdenden Forderungen (die im Prager Text dann kurz später manifest wurden) nach einer Rückbesinnung auf ein revolutionäres Selbstverständnis konnte Kautsky nur noch starr mit seinem altbekannten Fatalismus der Umstände antworten: „Unsere alten Genossen haben es in keiner Weise nötig, sich von der heutigen Jugend revolutionären Enthusiasmus einimpfen zu lassen. [...] Die marxistische Arbeiterbewegung war stets von revolutionärer Gesinnung

erfüllt in dem Sinne, daß sie die Gesellschaft von Grund auf umwandeln wollte. Nur hing es nicht von ihrem Belieben ab, ob sie dieser Gesinnung durch reformistische oder reformerische Aktionen Ausdruck gab“ (Kautsky 1933: 17). Anders als das *Prager Manifest*, das zwar auch keine längerfristigen Erfolge zeitigte, aber doch wahrgenommen wurde, blieben die Stellungnahmen des nun persönlich und politisch völlig isolierten Kautsky praktisch ungehört (vgl. Steenson 1978: 241 ff).

5.2. NEUE RAHMENBEDINGUNGEN DER PROGRAMMDEBATTEN

Im Zuge der Neugründung der SPD in den westlichen Besatzungszonen gab es direkt einen enormen Bedarf nach genereller Verständigung über grundsatzprogrammatische Fragen und die eigene politische Identität im neuen deutschen Staat – die gesellschaftlich-politischen Veränderungen und Erfahrungen der letzten Jahre ließen ein ungebrochenes Fortschreiben der alten Semantiken (die ja, wie gesehen, schon in der Weimarer Zeit immer anachronistischer wurden) als Unmöglichkeit erscheinen. Neben dem organisatorischen Wiederaufbau der Parteiinstitutionen (der vielerorts so zügig vorstättenging, dass bereits im Herbst 1945 viele Strukturen wieder hergestellt waren, vgl. Miller 1974: 9 ff) kann die Diskussion der notwendigen programmatischen Änderungen als zweite dringende Hauptaufgabe der Partei in der direkten Nachkriegszeit angesehen werden (vgl. Klotzbach 1976: 469). Dabei konnte man nur auf unsichere Fundamente aufbauen: Denn erstens waren, wie oben gesehen, programmatische Fragen schon in der Weimarer Republik immer weiter aus dem Fokus der Aufmerksamkeit geraten; dazu kam zweitens, dass Diskussionen über eine Neuausrichtung des Programms in der Zeit der NS-Diktatur nur in Ansätzen von den Sozialdemokraten im Exil geführt werden konnten, dabei aber oft isoliert und unverbunden betrieben wurden.¹⁵³

¹⁵³ Ein bemerkenswertes Dokument, das aus den Debatten im Exil hervorgegangen ist und sich mit den drängenden grundsatzprogrammatischen Problemen beschäftigt, ist ein Referat
186

Zusätzlich rekrutierten sich die relevanten Akteure im Prozess der Neugründung und Neuausrichtung aus unterschiedlichsten Zusammenhängen. Nur ein geringer Teil des neuen Spitzenpersonals konnte auf eine längere Karriere in der Partei zurückblicken. Neben den Durchmischungen, die das Exil vieler Funktionäre mit sich gebracht hatte, kamen nun vor allem viele neue Politiker zur Sozialdemokratie, die zuvor in den verschiedenen Gruppen der weitverzweigten linken Szene in der Weimarer Republik und im Exil engagiert waren (und dabei oft genug ausgewiesene Gegner der SPD gewesen waren). Neben den heute noch bekannten Namen wie Carlo Schmid, Herbert Wehner oder Karl Schiller sei hier nur auf Willi Eichler hingewiesen, der später Vorsitzender der Programmkommission für das *Godesberger Programm* wurde, und in den 1920er und 1930er Jahren Anhänger des ethisch motivierten Sozialismus um Leonard Nelson gewesen war. Die junge SPD hatte seit ihrer Neugründung den Anspruch erhoben, dieses unübersichtliche Feld von Parteien, Gruppen und Zirkeln zu einen, womit sie sehr erfolgreich war. Dies brachte aber auch verschiedenste ‚weltanschauliche‘ Prägungen und politische Vorstellungen in die Debatten ein, so dass auch angesichts dieser Heterogenität die Karten in den Programmfragen neu gemischt wurden. Und es war auch klar, dass sich allein aus dem Anspruch, die einzige Vertreterin des demokratischen Sozialismus im neuen Staat zu sein, ergab, dass man nicht nur dazu gezwungen war, sondern es auch gezielt anstrebte, eine größere politisch-ideologische *Pluralität* in der Partei zu akzeptieren.¹⁵⁴ Der Neuaufbau der Partei vollzog sich angesichts dieser verschiedenen Faktoren „in einem theoretischen Vakuum“ (Miller 1974: 13).

Die Kommunikationssituation, in der die Grundsatzdebatten stattfanden, war also recht verworren. Dazu kam, dass trotz des raschen Neuaufbaus der Parteiinstitutionen offizielle Diskussionen über ein neues Programm zunächst eher unterdrückt wurden. Vor allem (aber nicht nur) Kurt

von *Erich Ollenhauer* aus dem Jahr 1942, das die Ergebnisse der Diskussionen der Londoner Exilgruppen bündelt, vgl. *Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland* 1984.

¹⁵⁴ Kurt Schumacher formulierte dieses Ziel häufig, so bereits im Mai 1945: „Unsere Aufgabe ist es, als weitaus größte Partei, [sic!] überhaupt hier am Ort, als Magnet auf alle Splitter zu wirken. [...] Die Zukunft hat nur für eine Partei demokratischer Sozialisten im System der Parteien Platz“ (Schumacher 1972: 31).

Schumacher, unter dessen maßgeblicher Ägide der Neuaufbau vollzogen wurde, hielt Programmdebatten für verfrüht (vgl. Dowe und Klotzbach 1984a: 46).¹⁵⁵ Der unter anderem von Willi Eichler geltend gemachte Bedarf nach einem der neuen Situation entsprechenden konkreteren Programm und einer „inneren Klärung von Begriffen und Problemen“, „die uns vor Jahrzehnten selbstverständlich und gelöst erschienen“ (Eichler auf dem SPD-Parteitag 1946, zitiert nach Klotzbach 1976: 472), wurden lange zurückgewiesen. Es gab daher wenig ‚offizielle‘ Gelegenheiten, die überall aufkommenden Debatten strukturiert führen zu können. Unter diesen Bedingungen verlagerten sich die Debatten in die Nische der Kulturpolitik, wo schnell auch grundsatzprogrammatische Probleme erörtert wurden. Besonders die kulturpolitischen Konferenzen, die sich nach 1945 überall gebildet hatten, entwickelten sich als Orte, an denen die Zusammenführung diverser Diskussionsfäden zur programmatischen Standortbestimmung stattfand und die „einen lockeren, nicht parteioffiziellen Rahmen bildete[n], der offene und ungezwungene Aussprachen förderte“ (Klotzbach 1976: 472). Die regelmäßig organisierten kulturpolitischen Konferenzen wurden damit zu einem Ort, wo dem Bedürfnis nach grundsätzlicher Orientierung und Klärung nachgegeben werden konnte, als Debatten über ein neues Programm noch nicht auf der Tagesordnung standen.

Für die hier behandelte Frage sind diese Konferenzen gerade deshalb relevant, weil an diesen Diskursstellen die semantischen Aushandlungsprozesse transparent werden, deren Ergebnisse später in den offiziellen Parteiprogrammen vorliegen. Die begriffliche Neuzusammensetzung der Programmatik wurde hier vorbereitet und vorweggenommen, so dass ein besserer Blick auf die Transformationen möglich wird, als er sich allein auf der Ebene der offiziellen Programme bietet. Als weitere wichtige Wegmarken dieses semantischen Umbauprozesses ist (neben den schon genannten diversen Stellungnahmen

¹⁵⁵ Was nichts daran ändert, dass sich Schumacher selber in dieser Zeit teils ausführlich zu grundsätzlichen Fragen äußerte und auch nichts daran, dass er als einer der wichtigsten Akteure angesehen werden muss, die die semantische Neuausrichtung der Partei und ihre weltanschauliche *Öffnung* betrieben: „Er war es auch, der von Anfang an die Offenheit der wiedererstandenen Partei in weltanschaulicher Hinsicht betonte und dabei insbesondere an Menschen, die aus christlicher Motivation den Sozialismus bejahten, die Aufforderung richtete, in der SPD ihr politisches Wirkungsfeld zu finden“ (Miller 1974: 15).

von Schumacher, vgl. Schumacher 1972, Schumacher 1984, Schumacher 1974b, Schumacher 1974a) auch das bereits 1947 von Richard Löwenthal (unter dem Pseudonym *Paul Sering*) veröffentlichte Buch *Jenseits des Kapitalismus* zu erwähnen, das in der unübersichtlichen und unsicheren Lage Orientierung bieten wollte, indem die Möglichkeiten der Wiederaufnahme des politischen Projektes der Arbeiterbewegung „auf dem Weg zum freigewählten eigenen Ziel“ (Löwenthal 1946: 2) ausgelotet werden. Dass dazu der begriffliche „Schutt aus den Köpfen wegzuräumen [ist], der den Weg vorwärts nicht weniger verbaut als der Schutt auf den Straßen“ (ebd. 3), und also das bisherige begriffliche Inventar zur Disposition gestellt wurde, versteht sich von selbst. Einen weiteren wichtigen Beitrag zur semantischen Neubestimmung stellt auch das Referat des erst nach dem Krieg zur Partei gestoßenen Carlo Schmid auf dem Parteitag 1950 in Hamburg (Schmid 1950) dar, das große Beachtung fand, da hier nicht nur einzelne programmatische Punkte, sondern das grundlegende Selbstbild der Partei zur Disposition gestellt wurde (Klotzbach 1976: 476).

Die für die Umstrukturierung der Geschichts- und Zukunftssemantik relevanten Aspekte der Programmdebatte, die die später vollzogene offizielle Neuausrichtung vorbereite, sollen im Folgenden aufgezeigt werden.

5.3. POLITISCHES PROGRAMM UND WISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

Für die Frage nach den sich im Zuge der Neugründung der Partei vollziehenden Umstrukturierungen der Geschichts- und Zukunftssemantik in der Programmatik ist es aufschlussreich, zunächst die Begründung für die Zurückweisung von Programmdebatten zu betrachten: Denn die Vorbereitungen für ein neues Programm wurden nicht etwa, wie man vielleicht erwarten könnte, deswegen als verfrüht zurückgewiesen, weil es eines weiteren Klärungsprozesses hinsichtlich der im neuen Staat politisch angestrebten Ziele bedurft hätte. Verfrüht seien die Debatten vielmehr, wie Kurt Schumacher häufiger im für ihn nicht untypischen marxistischen Duktus erklärte, da die Kenntnis der neuen „Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte“ (Klotzbach 1976: 470) nicht ausreichend sei. Die Sozialdemokraten müssten ihr „wissenschaftliches Handwerkszeug

überholen und erst den konkreten soziologischen Standort ermitteln, von dem aus wir bindende Theorien ermitteln können“ (Kurt Schumacher, Programmatische Erklärungen auf der Konferenz in Hannover am 5.10.1945, zitiert nach Klotzbach 1976: 470). Es wird somit schnell klar, dass es vor allem um die „*theoretische Basis* des demokratischen Sozialismus“ ging, die angesichts der Diagnose der wissenschaftlichen Defizienz noch nicht aktualisiert werden könne, da „der Nachholbedarf an soziologisch-wirtschaftswissenschaftlichen und anthropologischen Studien [...] seiner Ansicht nach zu groß“ (Dowe und Klotzbach 1984a: 46, eigene Hervorhebung) sei. Diese (nicht nur von Schumacher vertretene, sondern allgemein akzeptierte und beispielsweise auch noch 1950 von Carlo Schmid wiederholte, vgl. Schmid 1950: 3) Begründung macht deutlich, dass hier noch die (alte) Idee zugrundelag, dass das Programm (und die Programmatik) primär als eine (parteiliche) Form der *Gesellschaftsanalyse* und *-beschreibung* aufzufassen seien, und erst auf dieser Grundlage politische Ziele und Forderungen aufgestellt werden können und sollen. Programmtexte, die diesem Ideal nicht entsprechen, waren für Schumacher nicht mehr als „entweder naive Wunschzettel oder dreistes Wortgeklingel“ (Schumacher 1984: 287).

Bei den Debatten über ein neues Programm ging es diesem Programmbegriff entsprechend also nicht primär darum, sich über vom politischen Willen aufgestellte Ziele oder Werte zu verständigen, sondern um das adäquate Erfassen von (dem Anspruch nach) *objektiven* gesellschaftlichen Verhältnissen, woraus die Ziele und der Rahmen dessen, was überhaupt als realisierungsfähig angenommen werden kann, erst abgeleitet werden müssen. Der Horizont der politischen Zielsetzungen blieb damit streng eingegrenzt. Dieser Programmbegriff war tief mit den allgemeinen Objektivierungstendenzen der Geschichts- und Zukunftsbegriffe der Programmatik und besonders der Wissenschaftsemphase der alten *materialistischen Geschichtsauffassung* verzahnt, die ihre Ziele nicht frei setzen wollte, sondern die sich aus der Erkenntnis der objektiven Entwicklungstendenzen ergeben sollten. In allen ‚klassischen‘ Programmen der deutschen Sozialdemokratie vor 1933 war diese Vorstellung bis in die äußere Form eingeschrieben: Die Grundstruktur der Zweiteilung eines Programms in einen theoretischen, gesellschaftsanalytischen und einen praktischen Teil, entspricht genau dieser

Vorstellung der Dependenz politischer Zielbestimmungen und praktischen Politik von der Gesellschaftsanalyse in idealtypischer Weise.¹⁵⁶

Interessant ist, dass noch 1950 von Schmid die SPD in emphatischer Weise als Vertreterin der Arbeiterklasse bestimmt wurde. Dies ist vor allem deswegen bemerkenswert, da sich hier zeigt, dass in der Phase der Neugründung der SPD das alte Selbstbild als ausgewiesene Arbeiterpartei, das mit der marxistisch-evolutionistischen Geschichtsauffassung eng verwoben war, noch weitgehend intakt war, und erst allmählich Probleme bereitete. Mehr noch: Schmid verstand die Eigenschaft, Vertreterin der Arbeiter zu sein, als überzeitliche Konstante der Partei, während die Programmatik darüber hinaus stets den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen sei: „Wir sind keine Kirche, und wir treiben keine Theologie, auch keine weltliche Theologie. Aber insoweit ist unsere Lage identisch mit jener der Kirchen und unsere Aufgaben ähnlich jener der Theologie: es gibt in dem, was wir von der Welt fordern, neben Zeitbedingtem feste Größen, die so lange gelten werden, als es den ‚Arbeiter‘ gibt“ (Schmid 1950: 4). Schmid charakterisierte also auch die BRD-Gesellschaft noch vollumfänglich als Klassengesellschaft, woran auch die inzwischen eingesetzte wirtschaftliche Erholung und die daraus resultierenden (bzw. dabei durchgesetzten) Steigerungen des Lebensstandards der Arbeiter nicht das Geringste ändern könne (vgl. ebd. 19). Dass dieses Selbstverständnis nicht mehr lange Bestand hatte, ist bekannt: Nur vier Jahre später wurde der ‚Klassenparteicharakter‘ im Zuge der nun immer mehr auch offiziell zur Vorbereitung eines neuen

¹⁵⁶ Und diese Vorstellung kommt auch dann in einer zweigeteilten Struktur zum Ausdruck, wenn beide Teile tatsächlich kaum innere Verbindungen erkennen lassen, was zum Beispiel beim 1891er Programm oft bemängelt wurde.

Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass angesichts der kategorialen Abhängigkeiten die allgemeinen und gesellschaftsbeschreibenden Teile (oft auch ganz explizit) als relevanter angesehen wurden. Dies wird beispielsweise daran deutlich, dass der vielbeachtete Kommentar zum 1891er Programm, der ja als Ersatz für einen Katechismus des Sozialismus fungieren sollte, sich ausschließlich dem theoretischen Teil widmet, vgl. Kautsky 1892: 1. Die Zäsur, die nicht nur im Hinblick auf konkrete Inhalte, sondern vor allem auf die grundsätzliche Rolle der Programmatik für die Partei mit dem *Godesberger Programm* 1959 vollzogen wurde, zeigt sich daher schon daran, dass das neue Programm (nach einigen Debatten) schließlich vollständig auf eine „Zeitanalyse“ verzichtete, „die der erste Entwurf noch enthalten hatte“ (Dowe und Klotzbach 1984a: 53).

Grundsatzprogramms geführten Diskussionen unmissverständlich fallengelassen (vgl. Klotzbach 1976: 479). Dies zeigt allerdings, dass auch für das Selbstbild der Partei durchaus grundlegende begriffliche Umstrukturierungen in einigen Fällen kaum als Ergebnis von längerfristigen Diskussionsprozessen verstanden werden können und auch kaum in die Logik einer (zumeist ex post konstruierten) gezielt verfolgten Agenda eingeordnet werden können, sondern vielmehr Resultat von situativen kommunikativen Notwendigkeiten anzusehen sind.

5.4. DAS ENDE DER ALTEN GESCHICHTSAUFFASSUNG UND DER ABSCHIED VON DER *NATURNOTWENDIGKEIT*

Auch bei der kulturpolitischen Konferenz des Jahres 1947, die für die programmatische Erneuerung ein wichtiges Forum bereitstellte, wurde der Anspruch, dass die Anschauungen der Partei nur auf der Grundlage einer Analyse der Gesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen beruhen könne, den Debatten noch ganz selbstverständlich und unproblematisiert zugrundegelegt. Allerdings wurden hier schon nicht mehr mangelnde soziologische und anthropologische Kenntnisse der Partei zur Vertagung von Programmdebatten angeführt (angestrebt wurde vielmehr eine Selbstverständigung in grundsätzlichen Fragen, die Perspektive eines neuen Grundsatzprogramms wurde dabei zumindest offiziell kaum erhoben). Postulierte neue wissenschaftliche Erkenntnisse wurden nun als Einwand gegen die alte Geschichtsauffassung selbst gewendet, mit denen diese als überholt und unhaltbar deklariert wurde.

Die ältere marxistisch-evolutionistische Geschichtssemantik, von der sich die Partei zuvor ja nie (offiziell) distanziert hatte, war ohne Zweifel einer der Hauptpunkte, der die Debatten über notwendige programmatische Korrekturen nach dem Weltkrieg befeuerte. Sie wurde das erste Element der alten Weltanschauung, das im Zuge der semantischen Neuausrichtung demontiert wurde. Es gibt kaum einen relevanten Beitrag zur (noch inoffiziellen) Programmdebatte, der ohne eine Distanzierung von der nun als *deterministisch* oder *geschichtsphilosophisch* gescholtenen alten Geschichtsauffassung auskam. Wo das *Prager Manifest* die Distanzierung von der eigenen Programmatik noch nicht offen als solche benennen wollte, fand dies in der Zeit des Neuaufbaus der Partei nun ganz demonstrativ statt.

Die verbreitete, „aus der Tatsache des Sieges der Nationalsozialisten im Jahre 1933 gewonnene Einsicht, daß es so etwas wie eine naturnotwendige Entwicklung zum Sozialismus hin nicht gibt“ (Klotzbach 1976: 469), muss vielmehr als Hauptmotiv für das schnelle Aufkommen der Forderung nach Änderungen der eigenen Programmatik in der ganzen Debatte angesehen werden.

Aus der Konferenz 1947 ging eine EntschlieÙung hervor, die sich erstmals ausdrücklich gegen eine monokausale Deutung des historischen Prozesses wendet. Zur Begründung wurde jedoch nicht an erster Stelle auf die katastrophalen politischen Erfahrungen der letzten Jahre verwiesen, sondern – ganz dem Programmideal der Geschichtsauffassung entsprechend, die man nun zurückwies – auf ein neues Niveau der soziologisch-anthropologischen Kenntnisse, das man inzwischen erlangt habe: Insbesondere die „Erfahrungswissenschaften vom Menschen und von der menschlichen Gesellschaft“ hätten „in steter Vertiefung die Vielschichtigkeit des menschlichen Verhaltens und damit des geschichtlichen Prozesses [!] durchsichtig gemacht“ (EntschlieÙung der Kulturpolitischen Konferenz 1947 in Ziegenhain 1984: 294).

Interessanterweise blieb damit die Anerkennungslogik in zentralen Punkten bei dieser verwissenschaftlichten Argumentation die gleiche, mit der zuvor das evolutionistisch-marxistische Geschichtsverständnis in der Partei durchgesetzt wurde: Als überlegen herausgestellt wurde die jeweilige neue Sichtweise nämlich sowohl in den Programmdebatten der 1880er Jahre als auch 1945 ff, indem sie als auf der Kenntnis und Entschlüsselung des historischen Prozesses und seiner Gesetze beruhend legitimiert wurde. Und in beiden Fällen trachtete man danach, sich einen *erfahrungs-* oder naturwissenschaftlichen Anstrich zu geben, der für eine (weitgehend) widerspruchsimune Autorität bürgte. Die Aussonderung der alten Weltanschauung erfolgte somit, in Ludwik Flecks Terminologie, *„denkstilkonform“*¹⁵⁷ nach den alten, Konventionen, die hier gleichzeitig aus der Programmatik verdrängt wurden!

Die klare Konsequenz für die über 80 Teilnehmer der Konferenz konnte nur in der demonstrativen Zurückweisung der alten Geschichtsauffassung

¹⁵⁷ Siehe Anm. 13.

bestehen, was eine „radikale Wende“ (Dowe und Klotzbach 1984a: 47) bedeutete. Dabei wollte man die „Erkenntnisse Karl Marx‘ und seiner Schüler“ (ebd.) nicht in Gänze verdammen, aber man betonte doch die „Einseitigkeit einer nurökonomischen Betrachtung“ (ebd.) des geschichtlichen Verlaufs. Die Erkenntnisse des alten Geschichtsverständnisses „beanspruchen Wahrheit auf Grund einer vermeintlichen [!] Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung, in der das Proletariat lediglich bestimmt sei, die Gesetze [!] des dialektischen Geschichtsprozesses vollstreckend zu erfüllen“ (ebd.). Die alte Sichtweise erschien nun völlig einseitig und daher – der Entschließung zufolge – primär aus *wissenschaftlichen* Gründen (und nicht zuerst politischen) als inopportun. Als programmatische Konsequenz daraus machte man vor allem die Anerkennung der „geistige[n] Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des geschichtlichen Prozesses“ (ebd.) geltend. Als letzten Grund des (nun seiner objektivistischen Einfriedung entledigten) politischen Kampfes berief man sich auf in höchstem Maße abstrakte und deutungsoffene Hochwerte wie die „Würde des Menschen“ (ebd.) oder die „Idee des Menschen“ (ebd. 295), die in keiner erkennbaren Beziehung zur eigenen ‚Weltanschauung‘ mehr standen und a priori keinerlei parteiliche Festlegung erkennen ließen.

Bei den Bemühungen, eine wissenschaftliche Fassade für die Erneuerung des Geschichtsbildes der Partei zu konstruieren, versuchte man bei der Ziegenhainer Konferenz 1947 sogar, (mehr oder weniger) explizit die biologisch-anthropologischen Grundlagen der alten evolutionistischen Entwicklungstheorie als durch die zwischenzeitlichen wissenschaftlichen Fortschritte überholt auszuweisen. Arno Henning (der Leiter der ausrichtenden Sozialistischen Kulturzentrale, vgl. Dowe und Klotzbach 1984a: 47) befasste sich in einem der vier Hauptreferate, die die Diskussionen rahmten, mit den „naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse[n] des letzten halben Jahrhunderts“ (vgl. Entschließung der Kulturpolitischen Konferenz 1947 in Ziegenhain 1984: 293).¹⁵⁸ Die evolutionistischen Fundamente des vorherigen Geschichtsbildes wurden hierbei zurückgewiesen, da sie den aktuellen

¹⁵⁸ Die Vorträge und Diskussionen in Ziegenhain sind praktisch ausschließlich aus Quellen zweiter Hand zu rekonstruieren, vgl. Eckert 1973: 52.

Erkenntnissen vor allem der Anthropologie nicht mehr entsprechen. Auch Willi Eichler führte in seinem Referat über die *Geschichte als Lehrmeisterin* aus, dass „die Wissenschaft [...] es nicht [erlaube], ein objektives Gesetz zu begreifen“ (Eckert 1973: 53). Kurz nach der Konferenz schrieb er in der Zeitschrift *Geist und Tat*¹⁵⁹, dass „der Versuch des Marxismus, eine Art wissenschaftlicher Aufzeichnung des *notwendigen*, das heißt unvermeidlichen Geschichtsverlaufs in eine bestimmte Richtung zu unternehmen, scheitern [mußte], weil er sich damit schon eine unmögliche Aufgabe gesetzt hatte“ (zitiert nach Eckert 1973: 53). Es klingt daher fast ironisch, wenn in der Schlussparole des Entschlusses der Ziegenberger Konferenz die *Notwendigkeit* wieder auftaucht, die hier aber gerade ein voluntaristisches Bekenntnis artikuliert, und keineswegs mehr die Idee einer Zwangsläufigkeit historischer Prozesse: Es ist nämlich gerade als Bekenntnis zur und als Postulat der Pluralität in der Partei zu verstehen, dass in der SPD alle diejenigen eine „Heimat finden“ sollen, „die von der *Notwendigkeit* einer sozialistischen Gesellschaft überzeugt sind“ (Entschließung der Kulturpolitischen Konferenz 1947 in Ziegenhain 1984: 295, eigene Hervorhebung).

Diesem argumentativen Muster folgte auch Schmid in seinem Grundsatzreferat; er sezierte die alten Anschauungen jedoch deutlich detaillierter und behandelte dabei auch ausführlich die Rolle des Darwinismus. Auffällig ist, dass jede Zurückweisung von alten Überzeugungen durch die ausführliche Würdigung derselben vorbereitet wird, was das starke Bedürfnis zeigt, die vorbereitete neue Programmatik als logische Folge der älteren Überzeugungen aussehen zu lassen. Der Darwinismus war für Schmid dabei nur das letzte Glied in einer in absteigendem Allgemeinheitsgrad gestaffelten Reihe von vier Elementen, die das Weltbild der Arbeiterbewegung bisher geformt hatten, beginnend mit der allgemeinen Wissenschaftsemphase (vgl. ebd. 9), die den Glauben geschürt hatte, dass alle Erscheinungen und auch die Gesellschaft kausal geschlossen auf vorherige Ursachen zurückzuführen seien und damit kein Raum mehr für Kontingenz und Zufälligkeiten geblieben sei, wozu dann zweitens weiter die Übertragung der naturwissenschaftlichen Prinzipien auf die Erkenntnis der Geschichte im Historismus komme (vgl. ebd. 10);

¹⁵⁹ Die in den damaligen Diskursen eine der wichtigsten Publikationen war, vgl. Boll 2002.

konkretisiert wiederum durch die Erkenntnis der spezifisch gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten durch die *Sozialökonomik* (vgl. ebd. 11). Dem Darwinismus rechnet Schmid dabei vor allem die Idee der Notwendigkeit der Entwicklung und der kontinuierlichen Vervollkommnung zu, wobei er (anders als in der im vierten Kapitel beschriebenen Ausprägung) den Darwinismus primär an der Seite linearer Geschichtsvorstellungen und des klassischen Fortschrittsdenkens sieht. Wenn sich auch Darwins Thesen im Grundsatz vollständig bestätigt hätten, so sei man doch zu dem Ergebnis gekommen, dass anders als zuvor angenommen, der Evolutionsprozess keinerlei Richtung kenne (und daher nicht dazu taue, die Erwartung notwendiger historischer Verbesserungen zu stützen) und auch keinesfalls die Kontinuität der Entwicklung verbürge. Im Ergebnis zeige sich ein „Element der Willkür“, das „stark dazu beigetragen [habe], den Glauben zu zerstören, daß das Morgen in seinem So-sein notwendig ‚aus‘ dem Heute resultieren müsse. Wir wissen nunmehr von einer anderen Seite her, daß es ‚auf‘ das Heute folgt, daß es sich aber nicht ‚aus‘ ihm bildet, sondern ‚auf‘ ihm“ (ebd. 17). Damit sprach Schmid allerdings auch direkt die semantische Grundstruktur der zur Debatte stehenden Geschichtsverständnisse an: Mit der Ablehnung der Vorstellung, dass die Entwicklung der Gesellschaft so dekodiert werden könne, dass alle Zustände und gesellschaftlichen Phänomene als Resultat der Veränderung von vorhergehenden Zuständen ihrer selbst verstanden werden können, dass sie also ‚aus‘-einander hervorgehen, wandte sich Schmid direkt gegen das Grundaxiom jedes evolutionistischen Geschichtsdenkens. Er stellte damit die Grundstruktur der vorherigen Weltanschauung zur Disposition, die ja tatsächlich bedingte, dass im Erfahrungshorizont der alten Programmatik kein Raum für *Willkürelemente* vorgesehen war. Dem weit verbreiteten latenten Unbehagen an den objektivistischen Tendenzen der Geschichtsauffassung verschaffte Schmid somit eine klare – selbst wissenschaftlich daherkommende! – argumentative Struktur. Aussagen, dass man sich nicht mehr auf „absolute Wahrheiten“ berufen könne, sondern mit „Wahrscheinlichkeiten“ (ebd.) kalkulieren müsse, die die neuen Wissenschaften bereitstellten, trafen nach der Erfahrung des Nationalsozialismus und vor dem Hintergrund der nun notwendig werdenden politisch-semantischen Distanzierung von den Vorgängen in der neu entstandenen DDR den Nerv der Zeit und konnten sich sicher sein, kaum mehr Widerspruch zu erzeugen.

Schmid forderte in diesem Sinne, dass die (neue) Programmatik auf jede Form von „Dogmen“ verzichten müsse (ebd. 19), und die Partei ihren Mitgliedern „keine Patentlösungen und keine Weltanschauung [!] bieten“ (ebd. 24) dürfe. Sozialdemokrat wurde man in der hier konzipierten Programmatik nicht mehr qua Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder durch das Bekenntnis zu einer geteilten Wirklichkeitsbeschreibung, sondern dadurch, dass man „das Ziel vor Augen und in Freiheit, d.h. ohne die Hilfe eines Katechismus [...] sich an eine persönliche Entscheidung wagt“ (ebd. 24). Damit löste sich hier der Anspruch, eine gemeinsame *Weltanschauung* zu vertreten, aus der die politische Zielbestimmung zwangsläufig resultierte, auf. Es sollte damit der Raum für parteiinterne *Pluralität* (und das sowohl in weltanschaulicher Hinsicht als auch im Hinblick auf die durch die Partei repräsentierten Gruppen) geöffnet werden, wodurch an die Stelle der alten begrifflichen Struktur, die mit starkem und exklusivem Wahrheitsanspruch vorgetragen wurde, ein Kategorienfundament trat, das sich aus *Wertbegriffen* zusammensetzte, die weitgehend ohne theoretische Herleitung und weltanschauliche Einbindung in ein semantisches Netz mit anderen Kategorien standen. Aus ihren begrifflich-argumentativen Abhängigkeiten gelöst konnten die „*Grundwerte*“, die nun eine tragende Rolle in der Programmatik erhielten, (im Rahmen der wissenschaftlich vorgegebenen *Wahrscheinlichkeiten*) frei aufgestellt werden. Anders als die alte Terminologie erfordern Grundwerte keine *Einsicht* und kein *Verständnis* von ihren Anhängern, sondern man kann sich zu ihnen frei *entscheiden*; sie bedürfen keines Kommentars. Der Zusammenhang der Parteimitglieder stellte sich durch die Übereinstimmung in geteilten Grundwerten und angestrebten Zielen her, die nicht mehr (dem alten Ideal zufolge) „intrinsisch“ aus einer geteilten Wirklichkeitsbeschreibung resultierte. Die symbolische Vergesellschaftung wurde nun primär durch Wertbegriffe hergestellt, die sich kaum noch rational begrifflich bestimmen und rekonstruieren lassen. Helga Grebing merkt dazu treffend an, dass dies jedoch nicht impliziere, dass der Zusammenhang, der dadurch hergestellt wurde, unverbindlicher und schwächer ist, als es zuvor der Fall gewesen war: Es wäre nämlich

falsch, die Bedeutung der noch vorhandenen ideologischen ‚Formeln‘ und ‚Fetzen‘ zu unterschätzen: gerade weil sie nicht mehr inhaltlich Verbindliches darzustellen, sondern nur noch Haltungen, Einstellungen zu decken versuchen, sind sie zwar rational schwer zu fassen, emotional aber um so wirksamer. (Grebing 1977: 252)

Dies ermöglichte es den nun allgemein als „Staatsbürger“ adressierten potenziellen Wählern,

sich auf quasi unbefragbare ‚Wahrheiten‘ zu berufen, einen Schutzwall statisch bestimmter, unveränderlicher Haltungen um sich zu errichten und sich der Aufgabe der rationalen Durchdringung der politischen Wirklichkeiten und der Dynamik des politischen Prozesses zu entziehen (ebd.).

Auch wenn sich die kulturkritischen Untertöne hier kaum übersehen lassen, anerkennt Grebing in diesem Prozess der Auflösung der verbindlichen Weltanschauungen doch die politisch-kommunikativen Notwendigkeiten an, denen sich die Partei damit beugte. Es gibt daher Grebing zufolge auch keinen Weg zurück zur „echten“ Weltanschauung, die nicht von der „politischen Durchdringung der Wirklichkeit“ befreit, sondern diese fördert. Derartige Forderungen stünden auf verlorenem Posten. Es fällt allerdings auch auf, dass Grebings Gegenüberstellung von vorheriger verbindlicher Weltanschauung und neuer fragmentierter Werteorientierung selber ein bemerkenswert idealisiertes Bild der älteren Weltanschauungssemantik zugrundeliegt, das weitgehend der Selbstbeschreibung der damaligen Parteiiintellektuellen entsprach – wie in den vorherigen Kapiteln an mehreren Stellen gesehen, ist die tatsächliche semantische Integrationsleistung der alten Weltanschauung viel schwieriger einzuschätzen, als es das damalige Ideal entworfen hatte.¹⁶⁰

Diese Umstellung des programmatischen Fundaments auf Werte führte schließlich auch dazu, dass das Verhältnis zum politischen Gegner sich unter der Hand völlig verwandelte: Es war nun nicht mehr „objektiv“ in die Weltanschauung eingeschrieben (und man konnte sich diesem so auch nicht mehr in der Einsicht in die objektiven Entwicklungstendenzen

¹⁶⁰ Und dies wurde nicht nur im Nachhinein im wissenschaftlichen Diskurs konstatiert, sondern den damaligen Protagonisten fiel die Beschränktheit ihres Bemühens um eine homogene, auf theoretischer Schulung und *Bildung* beruhenden Weltanschauung selber auf; so mussten die Herausgeber der *Neuen Zeit* leicht resigniert feststellen, dass trotz aller unbestreitbarer Erfolge, die das Blatt in der (auch internationalen) sozialistischen Debatte erringen konnte, letztlich jedoch – entgegen den Anspruch, mit dem man das Projekt begonnen hatte – die ‚gebildeten Proletarier‘ kaum erreichte, sondern vor allem für eine bürgerliche Leserschaft schrieb, vgl. Gilcher-Holtey 1986: 53.

vorauswissen!), womit dieser zum prinzipiell gleichen *Konkurrenten* wurde, der nur für andere politische Werte eintrat.

Es fällt hierbei auf, dass in diesen Debatten ein doch recht erheblicher argumentativer Aufwand betrieben wurde, um die Zurückweisung der politisch inopportun gewordenen Geschichtsauffassung als *wissenschaftlich* motiviert zu inszenieren. Denn am Primat der praktisch-politischen Anforderungen, denen die alte Geschichtssemantik nicht mehr gerecht werden konnte, kann kaum ein Zweifel aufkommen, wenn man sich nur die wichtigsten Punkte vergegenwärtigt, an denen der alte Denkstil und seine Begriffe mit verbreiteten Erfahrungslagen in Konflikt geriet, womit diese insgesamt ihren politisch-kommunikativen Gebrauchswert verloren. Diese wurde:

1. unübersehbar inkompatibel mit der allseits geforderten *Öffnung der Partei* für gesellschaftliche Gruppen, die nicht dem traditionellen Milieu der Sozialdemokratie entsprachen (und die Schmidts Argumentation glänzend semantisch vorbereitete)¹⁶¹ und
2. unvereinbar mit der Aufgabe der systemoppositionellen Rhetorik und der vollständigen Ausrichtung auf eine staatstragende Rolle in der Bundesrepublik, die nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus niemand mehr ernsthaft in Frage stellte.¹⁶²
3. zunehmend zum Problem, da sie dem politischen Gegner eine Angriffsfläche darbot, da angesichts der historischen Verwandtschaft eine Nähe zur Staatsideologie der DDR hergestellt werden konnte, was immer mehr Wähler abschreckte.¹⁶³

¹⁶¹ Man beachte hierbei, dass im oben zitierten Passus Schmidts die Rolle des *Proletariats* in der „vermeintlichen Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung“ herausgestellt wurde! Mit der Lösung von der nun naiv erscheinenden Geschichtssemantik wurde auch die exklusive Bindung an die Arbeiterschaft und die Identität als *Klassenpartei* obsolet!

¹⁶² In diesem Kontext ist auch das Aufrücken des Demokratiebegriffs zu beachten, der ja, wie zuvor gesehen, zeitweise (und zuletzt im *Prager Manifest*) kategorial eher untergeordnet blieb. Dies war nun natürlich undenkbar und *Demokratie* rückte zum zentralen programmatischen Hochwert auf.

¹⁶³ Das zeigte sich besonders bei den Bundestagswahlen 1953, die unter dem Eindruck des gescheiterten Volksaufstandes in der DDR stattfanden, und bei denen die SPD noch schlechter als 1949 abgeschnitten hatte, vgl. Grebing 1993: 62.

4. schließlich nicht zuletzt schnell verworfen, nachdem die SPD bei den ersten Bundestagswahlen unerwartet schlecht abgeschnitten hatte und sich mit der Oppositionsrolle anfreunden musste (Miller 1974: 18 ff). Die Wahlniederlagen wirkten dabei als Verstärkungsmomente, die die ohnehin eingeschlagenen Prozesse weiter massiv beschleunigten.

Im Ergebnis resultierte also das Ausscheiden des alten Geschichts- und Zukunftssemantik aus einer zweifachen Umstellung der programmatischen Grundlagen: Erstens, indem die alte Geschichtsauffassung als in wissenschaftlicher Hinsicht nicht mehr zeitgemäß verabschiedet wurde, und zweitens, indem (darauf beruhend) der zugrundeliegende Anspruch, politische Überzeugungen und Ziele wissenschaftlich-gesellschaftsanalytisch abzuleiten, durch das – selbst „erfahrungswissenschaftlich“ legitimierte! – Postulat der Autonomie des menschlichen Willens und der Vielschichtigkeit des historischen Prozesses fallengelassen wurde und theoretisch ungebundene Hochwerte an seine Stelle traten.

5.5. DAS GODESBERGER PROGRAMM ALS ZÄSUR

Der programmatische Wandel, für den das auf dem Parteitag in der Bad Godesberger Stadthalle 1959 verabschiedete Programm zur Chiffre geworden ist, ist bis heute für das Selbstbild der Sozialdemokraten von zentraler Bedeutung.¹⁶⁴ Auch und besonders die Geschichtsauffassungen, die der Programmatik zugrundeliegen, wurden dabei revidiert.

Das *Godesberger Programm* wurde von der Presse und vom politischen Gegner als große, unerwartete Neuerung und als fundamentaler Bruch in der sozialdemokratischen Programmatik wahrgenommen (vgl. Klotzbach 1976: 483). Dabei kann das Programm in der endgültigen Form, die 1959 in Bad Godesberg beschlossen wurde, als (in den wichtigsten Punkten) konsequente Festschreibung der Diskussionsergebnisse der

¹⁶⁴ Ein Beispiel hierfür ist der erste Satz der Einleitung eines Dokumentenbandes zu den SPD-Programmen der sozialdemokratischen Historiker Dieter Dowe und Kurt Klotzbach. Sie beschreiben die Programmgeschichte der SPD entlang der „Entwicklung [...] von einer Klassenpartei mit revolutionärem Anspruch zu einer breite Schichten des Bürgertums erfassenden reformorientierten Volkspartei“ (Dowe und Klotzbach 1984a: 13).

Programmdebatten gelten, die seit der Neugründung der Partei schon fast eineinhalb Jahrzehnte andauerte:

Nur mit dem dürftigen Stand der Informationen über programmatische Ansätze und politische Grundkonzeptionen der SPD nach 1945 ist der Tenor zu erklären, der die Presse Ende des Jahres 1959 und in den folgenden Monaten beherrschte, nachdem die Partei das seit der Wahlkatastrophe von 1957 immer massiver geforderte Grundsatzprogramm verabschiedet hatte (Dowe und Klotzbach 1984a: 52).

Das 1959er Grundsatzprogramm kann darüber hinaus auch allgemein als Dokument des semantisch-begrifflichen *Nachvollzugs* von bereits zuvor eingetretenen „sachgeschichtlichen“ Verschiebungen interpretiert werden, indem die hier festgeschriebene neue Programmatik der Erfahrung Rechnung trägt, dass die gesellschaftlich-diskursiven Rahmenbedingungen, die ihren Erfolg einst ermöglichten, längst nicht mehr gegeben waren. Auf Ebene der begrifflich-programmatischen Reflexion und der symbolischen Selbstverständigung wurden hier endgültig die lange zuvor in der politischen Praxis bereits ratifizierten Verabschiedungen von den Grundannahmen und Gewissheiten der materialistisch-evolutionistischen Weltanschauung erstmals offiziell festgeschrieben.

Der weitere Verlauf der Programmdebatte, der zum Godesberger Programm des Jahres 1959 geführt hat, soll hier daher nicht mehr im Detail nachvollzogen werden, und auch inhaltlich sollen nur die für die Thematik relevanten Aspekte exemplarisch aufgezeigt werden, da – wie gesagt und oben geschildert – die entscheidenden semantischen Umstellungen der Programmatik bereits zuvor praktisch, wenn auch nicht offiziell festgeschrieben, vollzogen wurden.¹⁶⁵ Allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass die Programmdebatten hauptsächlich durch die Konfrontation der „zwei Hauptgruppen“, den offensiv argumentierenden „Reformern“ und dagegen die alte Programmatik verteidigenden „Traditionalisten“,

¹⁶⁵ Das Godesberger Programm ist zudem auch so gut erforscht, wie kaum ein anderes Parteiprogramm des 20. Jahrhunderts. Neben den vielen politikwissenschaftlichen Beiträgen sei hier besonders auf die Analyse des *Godesberger Programms* des Politolinguisten Fritz Hermanns hingewiesen, die für die gesamte Disziplin viele Anregungen brachte, vgl. Hermanns 1989.

geprägt waren (Klotzbach 1976: 479). Etwas vereinfachend kann man sagen, dass sich in den beiden Lagern die alte und die neue Geschichtsauffassung gegenübertraten. Wolfgang Abendroth kämpfte als Anführer des ‚traditionalistischen‘ Lagers zwar auf verlorenem Posten,¹⁶⁶ er erfasste die Zäsur, die das *Godesberger Programm* vor allem im Hinblick auf die Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie bedeutete, jedoch zielsicher:

Der Entwurf für das Grundsatzprogramm, den der Parteivorstand nunmehr dem Parteitag in Bad Godesberg zur Annahme vorlegt, hat mit diesen traditionellen geistigen Grundlagen der Partei nichts mehr zu tun. [...] Er verzichtet auf jeden Versuch, die wirkliche Gesellschaft und ihren Staat kritisch und wissenschaftlich [!] zu untersuchen, ihre Bewegungsgesetze [!] und Widersprüche aufzudecken, um den Ansatzpunkt für die Zielsetzung, Strategie und Taktik der Partei zu gewinnen (Abendroth, Ein Programm-Entwurf der Anpassung und Resignation, zitiert nach: Grebing 2000: 447).

Abendroth benannte dabei präzise die oben ausgeführten Punkte, in denen das Grundsatzprogramm 1959 mit der vorherigen Programmatik brach: Der Verzicht auf eine Gesellschaftsanalyse als Grundlage aller weiteren politischen Forderungen und Zukunftsorientierungen und, damit einhergehend, auch besonders der Verzicht auf die alte Geschichtssemantik.

Im Hinblick auf die in das Programm eingeschriebene Zukunftsperspektive verdient vor allem das neue Fahnenwort Beachtung: Denn einerseits trug die Rede vom *demokratischen Sozialismus*, als dessen Vertreterin sich die SPD im *Godesberger Programm* stilisierte, den Erfahrungen der Verhältnisse in der späten Weimarer Zeit Rechnung, in denen die Sozialdemokratie zur Hauptverteidigerin der Republik avancierte.¹⁶⁷ Andererseits signalisierte

¹⁶⁶ Was nicht zuletzt daran deutlich wird, dass sein Gegenentwurf zum *Godesberger Programm*, der sich inhaltlich und formal um Kontinuität zu den klassischen marxistischen Programmen bemühte, auf dem Parteitag in Bad Godesberg gar nicht behandelt wurde, vgl. Programmwurf Wolfgang Abendroth 1967, Grebing 2000: 448.

¹⁶⁷ Eine konzise und ausführliche Darstellung der Rolle der Arbeiterbewegung und der SPD in der späten Weimarer Republik liefert Winkler 1990. *Demokratischer Sozialismus* war auch in dieser Zeit schon als Schlagwort in der Sozialdemokratie verbreitet, rückte aber erst im *Godesberger Programm* zum Fahnenwort auf. Theoriegeschichtlich rekonstruiert Salvadori 1982

dieses neue Label aber auch unmissverständlich das Abrücken der Sozialdemokratie von einer grundlegenden systemoppositionellen Haltung und der daran anschließenden Zukunftsperspektive, die die Notwendigkeit einer grundsätzlich anderen Gesellschaft bedeutete. Konnotativ im Sinne Maas' aktualisierte der *demokratische Sozialismus* dabei die alte soziale Praxis, die unter den neuen Rahmenbedingungen politisch inopportun geworden war. Darin liegt seine integrative und sinnstiftende Stärke, die er in der Programmatik erfüllen sollte, und somit erklärt sich andererseits auch die Notwendigkeit der omnipräsenten attributiven Entschärfung.

Fritz Hermanns merkt zum neuen Fahnenwort berechtigterweise an, dass seine konkrete Gestalt eher programmatische Kontinuität, und nicht Gegenteiliges zu signalisieren scheint: Denn insofern rein denotativ betrachtet der *demokratische Sozialismus* in der Sprache des neuen Programms nichts als ein Synonym von *Sozialdemokratie* ist (vgl. Hermanns 1989: 89), verlagere die „chiastische Umstellung der Wortbestandteile *sozial* und *demokrat*“ (ebd.) die konnotativen Gewichte: Die Substantivierung zum *Sozialismus* verleiht ihm (scheinbar) ein größeres Gewicht. Und auch die gewählte syntaktische Struktur, die den *Sozialismus* nun an die rechte Position setzt, in der (im Deutschen) das Allgemeinere steht, verstärkte diese Akzentuierung (vgl. ebd. 90). Die wichtige semantische Verschiebung, für die das neue Fahnenwort steht und die durch seine Einsetzung auch vollzogen wird, wird hier also erst vor dem Hintergrund der diachronen Dimension deutlich: Denn das Neue am neuen Fahnenwort des *demokratischen Sozialismus* war ja gerade die Hinzufügung des Attributs *demokratisch*, das nun immer mitgesagt wurde, wo der *Sozialismus* vorher alleine stand. Vor diesem Hintergrund signalisierte das neue Fahnenwort im politischen Diskurs der BRD eine unmissverständliche Distanzierung von den vorherigen Überzeugungen und Zielen – und ein klares Bekenntnis dazu, die politischen Ziele im Rahmen der neuen, *demokratischen* Staats- und Gesellschaftsordnung anzugehen.¹⁶⁸ Man kann also auch an der Einführung des neuen Fahnenworts erkennen, dass hier (ganz ähnlich wie zuvor beim

das begriffliche Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus in der marxistischen Theorie der Arbeiterbewegung.

¹⁶⁸ Und natürlich grenzte man sich damit auch von der DDR und ihrer Legitimationsideologie ab.

Prager Manifest, wo die Richtung der semantischen Verschiebung allerdings eine ganz andere war) versucht wurde, eine radikale programmatische Veränderung als Kontinuität erscheinen zu lassen. Denn auch wenn das, angesichts der neuen Umstände, scheinbar trotzige Beharren auf dem Wort *Sozialismus* zur Selbstbeschreibung ja trotz allem die Erinnerung an die vorherige Radikalität evoziert und es dem politischen Gegner ermöglicht, dieses Wort weiter als Stigmawort gegen die Sozialdemokratie zu wenden (auch wenn das durch das Attribut gleich wieder zurückgewiesen wird), kann kein Zweifel daran aufkommen, dass dieser neue Sozialismus, den man nun erreichen wollte, kaum noch Gemeinsamkeiten mit der prognostizierten Gesellschaftsform hatte, die die alte Programmatik als naturnotwendig vorherbestimmt sah.

Ideengeschichtlich verwurzelt sei dieser demokratische Sozialismus nach Auskunft des *Godesberger Programms* „in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie“ (Godesberger Programm der SPD 1984: 364).¹⁶⁹ Demonstrativ ausgespart wurde die marxistische Theorietradition, die ja im bis dato formal gültigen *Heidelberger Programm* (1925) noch die Ausrichtung bestimmt hatte. Diese Auslassung ist oft beschrieben und viel diskutiert worden. In einer Textsorte, in der es üblich ist, sich zu allem Möglichen zu bekennen, um keinerlei Zweifel über den eigenen politischen Standort zuzulassen, und zwar auch, wenn das, wozu man sich bekennt, völlig außer Zweifel steht (*Demokratie, Freiheit, Verfassung* etc.), konnte das Nichterwähnen des zuvor so zentralen programmatischen Elementes nur als schroffe Distanzierung interpretiert werden. Die Nichterwähnung des Marxismus als eigene Traditionslinie ist um so auffälliger, als dieser Teil der eigenen Geschichte so nicht leise und diskret verabschiedet wurde, sondern eingedenk der Rezeptionskonventionen von Parteiprogrammen im Politikbetrieb vielmehr als demonstrative Distanzierung von einem wichtigen Bestandteil der eigenen Geschichte verstanden werden musste. Fritz Hermanns bemerkt dazu, dass „es nicht falsch [ist], was da das Godesberger Programm über die Wurzeln des Sozialismus sagt (es ist bloß trivial, denn fast alles ist in Europa auf die eine oder andere Art und Weise in Christentum, Humanismus und klassischer Philosophie verwurzelt); es lässt aber Wichtiges aus, das offenbar jetzt stört, wie eine böse Erinnerung.

¹⁶⁹ Folgende Seitenangaben beziehen sich auf diesen Abdruck des *Godesberger Programms*.

Etwas, das offenbar jetzt nur noch peinlich ist und das den Leser nur auf falsche Gedanken bringen könnte“ (Hermanns 1989: 86). Weit weniger bekannt ist, dass diese demonstrative Auslassung im *Godesberger Programm* später ebenso demonstrativ wieder zurückgenommen wurde, als im *Berliner Programm* aus dem Jahr 1989 (sogar die Formulierung von 1959 aufgreifend!) herausgestellt wurde, dass der demokratische „seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in marxischer Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung“ (Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1989: 7) habe. Interessanterweise bot gerade diese Rücknahme der Korrektur des Selbstverständnisses kaum Anlass für Diskussionen, obwohl es um die Gestaltung des *Berliner Programms* zuvor teilweise heftigen parteiinternen Streit gegeben hatte: „[D]ie geschichtlichen Wurzeln, auf die die SPD sich berief, waren nicht umstritten; so wenig, daß auch *Marx* wieder ins Boot genommen wurde, allerdings um den Preis der vorrangigen Nennung des Christentums“ (Grebing 2000: 580). Auch bei der Neufassung des Programms im Jahr 1998 (im Jahr, als Gerhard Schröder Bundeskanzler wurde), blieb dieser Satz unangetastet. Hierin kann man selbstverständlich keine Relativierung der Distanzierung von der eigenen Tradition erkennen. Die Wiedereingliederung des Marxismus in die eigenen Traditionslinien ist vielmehr den kommunikativen Anforderungen der Parteipolitik jener Zeit geschuldet: In einer Phase der Verunsicherung und Infragestellung von sozialdemokratischen Gewissheiten sollen weitere Irritationen des Selbstverständnisses vermieden werden. Der Rückbezug auf die eigene marxistische Tradition sollte vor allem den linken Parteiflügel in der Zeit der Neuausrichtung der Partei auf die *Neue Mitte* besänftigen. Beide Bestimmungen des (*demokratischen*) *Sozialismus* in den Jahren 1959 und 1989 entsprangen somit viel stärker den jeweiligen situativen Anforderungen der Kommunikation im Politikbetrieb als längerfristigen begriffsgeschichtlichen Bewegungen.

An dieser Stelle muss jedoch erwähnt werden, dass eine grundsätzlich andere Wirtschaftsordnung in den Debatten ab 1945 von vielen Sozialdemokraten nicht nur gefordert, sondern auch ganz konkret erwartet wurde, diese Hoffnung aber schnell an den enttäuschenden Wahlausgängen scheiterte. Die Erwartung, dass nun die Gelegenheit gekommen sei, die Wirtschaft und damit die Gesellschaft grundsätzlich umzugestalten, war in der Zeit der Neugründung sehr weit verbreitet, was man durchaus auch als Lehre aus der

abwartenden Politik, die die SPD 1918 ff. praktiziert hatte, verstanden wissen wollte. Die Programmdebatten ab 1945 führten somit nicht, wie man annehmen könnte, ohne Umweg zur Aufgabe des sozialistischen, gesellschaftsverändernden Anspruchs. Die Sozialisierungen, die man nun glaubte angehen zu können (und zu müssen), blieben (wenn auch von jeder geschichtsphilosophischen Einbettung entledigt) für viele zunächst das „Kernstück des Sozialismus“ (vgl. Klotzbach 1976: 474 f.) und das wichtigste Werkzeug, um die Gesellschaft im gewünschten Sinne zu verwandeln. Spätestens angesichts der Wahlniederlagen in den frühen 1950er Jahren hatte es sich jedoch gezeigt, dass nach den Erfahrungen der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung und den dabei geweckten Hoffnungen auf allgemeine Steigerung des Wohlstandes die Propagierung von weitreichenden Eingriffen in die wirtschaftliche Grundstruktur, wie es die Sozialisierung von zentralen Wirtschaftsbereichen, die die SPD gefordert (und teils auch schon bemerkenswert konkret ausgearbeitet hatte, vgl. ebd.) hatte, bedeutet hätte, auf viele Wähler jetzt abschreckend und nicht verheißungsvoll wirkte.¹⁷⁰ Im Ergebnis vermied man es fortan, den Sozialismus mit Eingriffen in die wirtschaftliche Grundstruktur in Verbindung zu bringen, wodurch die „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ (Godesberger Programm: 363), die der demokratische Sozialismus erstrebe, völlig nebulös blieb.

Bei alleiniger Betrachtung des Inhalts kann man also zu dem Ergebnis kommen, dass mit dem *Godesberger Programm* in den zentralen programmatischen Bereichen und insbesondere der Geschichts- und Zukunftsauffassung die Aufgabe der eigenständigen Positionen und Beschreibungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit vollzogen wurde. In den inhaltlichen Bestimmungen des Programms kann man daher sogar „die Konversion der SPD zu den Glaubensartikeln des Gegners“ erkennen, woraus sich direkt das kommunikative Problem ergab, dass diese Konversion „nicht allzu deutlich als eine solche erkennbar sein durfte“ (Hermanns 1989: 84).

Mit der neuen Programmatik, die im *Godesberger Programm* festgeschrieben wurde, endete für viele Interpreten aufgrund der dabei angestrebten (und

¹⁷⁰ Das Bild der Verhältnisse in der sowjetischen Zone, das im Zuge der sich verfestigenden Teilung gezeichnet wurde, tat sein Übriges.

programmatisch auch vollzogenen) Wandlung von der Arbeiter- zur Volkspartei die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland.¹⁷¹ Ohne diese Diskussion hier zu führen, kann es jedoch keinen Zweifel daran geben, dass das *Godesberger Grundsatzprogramm* das unmissverständliche Ende der evolutionistischen Geschichtsauffassung und evolutionistisch hergeleiteten Zukunftserwartungen in der Programmatik der Sozialdemokratie markiert.

¹⁷¹ So z.B. in der Gesamtdarstellung der deutschen Arbeiterbewegung von Axel Kuhn, wo das *Godesberger Programm* konsequenterweise auch der letzte Text ist, der in die Dokumentensammlung aufgenommen wurde, vgl. Kuhn 2004.

6. AUSBLICK: *FORTSCHRITT* ALS NEUER GRUNDBEGRIFF?¹⁷²

...mit Sicherheit läßt sich voraussagen, daß wir demnächst eine ökologische Geschichtsschreibung werden lesen können, die unsere gesamte Vergangenheit, analog unserer eigenen Erfahrung, in die Perspektiven der Ressourcenverknappung und der Umweltabhängigkeiten menschlicher Handlungschancen rücken wird. (Reinhart Koselleck 2006h: 54)

Nachdem im vorigen Kapitel das Ausscheiden der evolutionistischen Semantiken aus den Programmen der deutschen Sozialdemokratie beschrieben wurde, bleibt die Frage offen, welche Begriffe und semantischen Strukturen nach dem Umbruch der Programmatik der SPD an die Stelle der aufgegebenen Geschichts- und Zukunftssemantik getreten sind. Das *Godesberger Programm* selbst bietet dazu bestenfalls vorläufige Antworten: Im vorigen Kapitel konnte zwar gezeigt werden, dass im Zuge der Neuausrichtung auch das neue Fahnenwort *Demokratischer Sozialismus* lanciert wurde, womit trotz der Aufgabe des systemoppositionellen Anspruchs und der weitreichenden Annäherung an die Positionen der politischen Konkurrenz die Eigenständigkeit symbolisch generiert wurde. Genauere begriffliche Konturen erhielten der Begriff und mit ihm verbundene Geschichtsauffassungen oder Zukunftserwartungen im Programm über die *Trias Freiheit, Gerechtigkeit* und *Solidarität* (364), die ihm als seine *Grundwerte* zugeordnet werden, aber kaum.

Die dabei angesprochenen rhetorischen Manöver mit den Ziel, sich zwecks einer jeweils opportunen Außendarstellung von der eigenen Vergangenheit zu distanzieren oder sich zu ihr zu bekennen, sollen hier nicht weiter vertieft werden, da ihre Aussagekraft für die Frage nach der neuen Zukunftssemantik, die in der Folge des *Godesberger Programms* die alten evolutionistischen Begriffe beerbte, beschränkt ist. Denn sichtbar wird hieran vor allem die *Selbstbeschreibung* und die *Selbstinszenierung* der Verfasser;

¹⁷² Eine frühere Version dieses Kapitels wurde bereits 2016 als Aufsatz publiziert, vgl. Deus 2016.

ihre Vorstellung davon, wie die SPD sich darstellen und wozu sie sich bekennen solle, um in der Massendemokratie erfolgreich zu sein. Dies gibt aber noch keine verlässliche Auskunft darüber, welche Geschichts- und Zukunftsemantiken tatsächlich in der Programmatik in der Folge des *Godesberger Programms* die marxistisch-evolutionistischen Kategorien beerbt haben. Für eine Annäherung hieran, wird im Folgenden versucht, mit einer Analyse der quantitativen Verteilungen der einschlägigen Lexeme in den Programmen seit 1945 einen Überblick auf der Ausdrucksebene zu ermöglichen.¹⁷³

6.1. GESAMTÜBERBLICK: NEUE ZUKUNFTSEMANTIK

Ein erster, weitgehend *induktiver* und nicht am einzelnen Begriff ansetzender Zugang zu einer Untersuchung der sozialdemokratischen Zukunftsemantik in der Programmatik kann bei dieser Frage darin bestehen, schlicht die Häufigkeiten der entsprechenden Begriffswörter in den Programmtexten zu erheben. Die Frage lautet dann einfach, wie oft welche Ausdrücke im Korpus auftauchen, mit denen zukünftige Gesellschaftszustände antizipiert werden oder die Entwicklung der Gesellschaft beschreiben. Auf diesem Weg können erste Erkenntnisse über die Konjunkturen verschiedener Ausdrücke gewonnen werden, wobei die Einschränkungen eines rein quantitativ auf der Sprachoberfläche ansetzenden Vorgehens, die im zweiten Kapitel erläutert wurden, zu beachten sind. Insbesondere aber können so die Stellen im Korpus identifiziert werden, an denen ein Begriffswort besonders intensiv diskutiert wurde, wobei sich allerdings schnell bestätigt, dass der ungebrochene Schluss von Verwendungshäufigkeiten auf die programmatische Relevanz der Ausdrücke kaum möglich ist. Eine Suche

¹⁷³ Ein solches quantitativ orientiertes Vorgehen auf der Grundlage eines digitalen Korpus der Parteiprogramme wird hier vor allem deswegen möglich, weil der *Umfang* der Programme seit der Gründung der Bundesrepublik enorm angestiegen ist, und somit erst in diesen Zeiträumen ausreichende Textmengen generiert wurden, die – angesichts der im zweiten Kapitel formulierten Problematiken – aussagekräftige Untersuchungen erst möglich machen. Dazu ist der Einsatz hier methodisch besonders sinnvoll, da die durch die Themenwahl vorgegebene Fokussierung hier weitgehend wegfällt.

nach den zehn häufigsten Erwartungs- und Zielbegriffen in der *Wortliste*¹⁷⁴ aller offiziellen Parteiprogramme seit 1945 führt zu folgendem Ergebnis:

	Frequenz	
1	324	Freiheit
2	322	Demokratie
3	290	Frieden
4	227	Gerechtigkeit
5	223	Reform
6	188	Verbesserung
7	185	Fortschritt
8	169	Wachstum
9	165	Investition
10	149	Wohlstand
...	68	Sozialismus

Abbildung 4: Wortliste Erwartungsbegriffe seit 1945

¹⁷⁴ Also eine Auflistung aller im Korpus vorkommenden Lexeme, sortiert nach der absoluten Vorkommenshäufigkeit. Dabei wurden nur die offiziellen Parteiprogramme (Grundsatz-, Wahl- bzw. Regierungsprogramme und Europaprogramme) beachtet, um Verfälschungen durch die Themengebundenheit z.B. von Berichten aus Kommissionen zu vermeiden. Die Texte wurden mit der korpuslinguistischen Analysesoftware *AntConc* ausgewertet und zuvor mithilfe des *TreeTaggers* (und des Stuttgart-Tübingen-Tagsets (STTS)) lemmatisiert, um aussagekräftigere und präzisere Ergebnisse zu erhalten und Mehrfachabfragen der verschiedenen Flexionsformen zu umgehen. Aus dieser Liste wurden die zehn häufigsten substantivischen Treffer manuell identifiziert, deren Bedeutung einen zukünftigen Zustand, eine politische Zielsetzung oder den (historischen) Prozess betreffen; formale Kategorien (*Zukunft*, *Ziel* etc.) wurden nicht beachtet.

Auch wenn das auffallend häufige Vorkommen des Ausdrucks *Freiheit* in den sozialdemokratischen Parteiprogrammen seit 1945 ein so möglicherweise nicht zu erwartender Befund ist, gibt diese rein quantitative Bestimmung keine verlässliche Auskunft über die Relevanz der Ausdrücke für die politische Selbstbeschreibung und die programmatische Identität der Sozialdemokratie. Dass der Freiheitsbegriff in praxi das wichtigste Element der Grundwertetrias des *Demokratischen Sozialismus*¹⁷⁵, so wie er im Programm von 1959 bestimmt wurde, ist, überrascht jedoch kaum. Auch Hermanns kommt zu der Einschätzung, dass *Freiheit* „neben und wohl mehr noch als *Demokratischer Sozialismus*“ als „große[s] Fahnenwort des Godesberger Programms“ (Hermanns 1989: 95) anzusehen sei. Immer wieder stoße man auf Argumentationen, die aus *Freiheit* andere Ziele oder politische Notwendigkeiten ableiten (vgl. ebd.). Für die Leser präsentierte sich die Realisierung und Sicherung der *Freiheit* als das Hauptanliegen des *Demokratischen Sozialismus*. Allerdings: Begriffslogisch blieb im *Godesberger Programm* (und in den späteren Grundsatzprogrammen) *Freiheit* dem *Demokratischen Sozialismus* untergeordnet; allein schon dadurch, dass sie als einer von drei Grundwerten des *Demokratischen Sozialismus* bestimmt wurde. Auch Sprachthematizierungen (vgl. Bubenhofer und Scharloth 2014), die das Bemühen demonstrieren, den *Demokratischen Sozialismus* (wenigstens rudimentär) zu terminologisieren, und die es beim Freiheitsbegriff nicht in ähnlicher Weise gibt, legen es nahe, dass das Ringen um den (*Demokratischen*) *Sozialismus* für die Selbstverortung der Sozialdemokraten nach 1945 zunächst der ausschlaggebende Punkt war: Der Sozialismusbegriff provozierte Streit um das eigene Selbstverständnis.¹⁷⁶

Ein rein quantitativer Überblick über die Verwendungshäufigkeit des Begriffswortes *Sozialismus* zeigt, dass der Begriff in den frühen Programmen

¹⁷⁵ Der, nebenbei erwähnt, im *Godesberger Programm* konsequent kleingeschrieben wurde, um im *Berliner Programm* als Eigenname großgeschrieben zu werden, worauf im aktuell gültigen *Hamburger Programm* von 2007 wieder die (distanziertere) Kleinschreibung folgte, vgl. Godesberger Programm der SPD 1984, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1989, Hamburger Programm 2007.

¹⁷⁶ Diese Überlegungen verdeutlichen auch, dass einem rein quantitativ-induktiven und weitgehend voraussetzungslosen Zugang zur Korpusanalyse, wie er in der Linguistik als *corpus-driven* bezeichnet (und oft explizit oder stillschweigend gegenüber hypothesengeleiteten Analysen präferiert) wird, für begriffsgeschichtliche Fragen enge Grenzen gesetzt sind.

noch gar nicht sprachlich realisiert wurde, sondern erst in der Zeit der Weimarer Republik auftauchte.¹⁷⁷ Sieht man von diesen wenigen verstreuten Vorkommen ab, fällt auf, dass der Ausdruck vor allem in den Grundsatzprogrammen seit dem *Godesberger Programm* gebraucht wurde (wobei das erste SPD-Programm zu einer Europawahl im Jahr 1979 eine bemerkenswerte Ausnahme ist). Dies scheint die geläufige These zu bestätigen, dass der Begriff in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (und bis heute) zwar zum grundlegenden Selbstverständnis zumindest noch von Teilen der Partei gehört und daher auch in den Grundsatzprogrammen präsent bleibt, aber in den an das politischen Geschäft näher angeschlossenen Wahlprogrammen keine Rolle spielt und ihm so auch für das konkrete Politik- und Gesellschaftsverständnis keine nennenswerte Identifikations- und Orientierungsfunktion mehr zukommt.

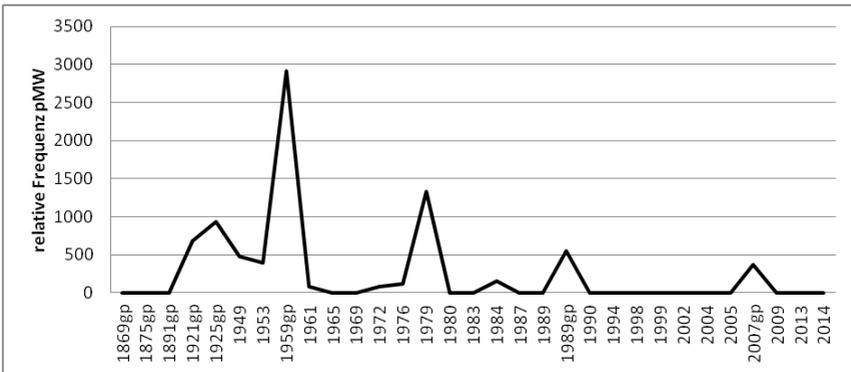


Abbildung 5: Wortverlauf *Sozialismus*

¹⁷⁷ Auch ein adjektivischer Gebrauch findet, abgesehen von den Nennungen der Parteinamen, kaum statt. Allein das Gothaer Programm erwähnt das Streben nach einer „sozialistischen Gesellschaft“ (Programm und Organisationsstatuten der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, beschlossen auf dem Vereinigungskongreß in Gotha 1875 1984: 180).

6.2. FORTSCHRITT UND WACHSTUM

Das neue Fahnenwort des *demokratischen Sozialismus* gibt so wenig Auskunft über neue Geschichts- und Zukunftssemantiken in der Programmatik. Denn während schon der mit ihm verbundene Zielvorstellung einer „menschenswürdigenden Gesellschaft“ (364), „in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann [...]“ (363), kaum klarere begriffliche Konturen gegeben wurden, bleibt vor allem die Art und Weise, wie man sich nun den Prozess zur neuen Gesellschaft(-sordnung) vorstellte, die der *demokratische Sozialismus* erstrebt, ungeklärt. Dazu müssen die Ausdrücke betrachtet werden, die zur Beschreibung des Entwicklungsprozesses selbst verwendet werden (oder daran Anteil haben). Die Analyse dieser Ausdrücke verspricht Auskunft zu geben über die semantischen Strukturen, die in der älteren Programmatik zuvor durch die evolutionistischen Vorstellungen abgedeckt wurden. In der obigen Wortliste deutet sich hier mit *Reform*, *Verbesserung*, *Fortschritt*, *Wachstum*, (und auch *Investition* und *Wohlstand* gehört in diese Reihe, auch wenn ihre Wortbedeutungen nicht direkt ‚prozessuale‘ oder ‚dynamische‘ Vorstellungen enthalten) ein ganzes Begriffsfeld an, das auf Semantiken verweist, die gesellschaftliche Entwicklung als *kontinuierlichen* Prozess entwerfen, bei dem *wirtschaftliche Aspekte* im Vordergrund stehen und der eine stetige Verbesserung beschreibt. Um dieses Feld genauer in dem Blick zu bekommen, wird im Folgenden besonders der Fortschrittsbegriff und seine Verschränkung mit ökonomischen Vorstellungen anhand des Wachstumsbegriffes untersucht.

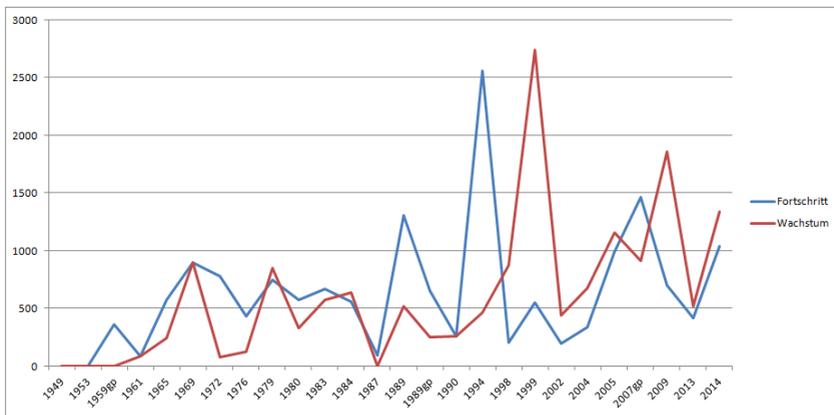


Abbildung 6: Wortverlauf *Fortschritt* und *Wachstum*

Der Wortverlauf zeigt, dass die Rede vom *Fortschritt* in die Programme der SPD erst in den 1960er Jahren Einzug hielt (siehe Abbildung 6). Es wird hier also schon deutlich, dass die neue Geschichtsemantik seit der programmatischen Neuausrichtung völlig anders sprachlich realisiert wurde, als es zuvor der Fall war. Denn jedenfalls im Hinblick auf die sprachliche Realisierung standen die ersten Wahlprogramme¹⁷⁸ noch völlig in der Kontinuität der marxistischen Ideologiesprache der alten Programmatik, so dass hier auch die z.B. *Fortschritt* hier gar nicht vorkam.

Die ebenfalls seit dieser Zeit steigende Frequenz von *Wachstum* indiziert Vorstellungen kontinuierlicher Steigerung der wirtschaftlichen Potenzen und sich daraus ergebender Möglichkeiten stetig steigenden *Wohlstandes*. Diese Begriffe wurden in der Programmatik immer stärker, seitdem, wie oben angeführt, das Vorhaben, die wirtschaftliche Struktur in der Bundesrepublik durch Sozialisierungen grundlegend zu verändern, sich spätestens angesichts der enttäuschenden ersten Bundestagswahlen als Illusion erwiesen hatte. Damit kam man allerdings der politischen Konkurrenz und ihrer *Sozialen Marktwirtschaft* gefährlich nahe. Für die

¹⁷⁸ Zur Bundestagswahl 1949 brachte die SPD einen „Wahlaufruf“, während zur Wahl 1953 eine Wahlkampfreden von Willi Eichler als Wahlprogramm diente.

Sozialdemokratie stellte sich die Notwendigkeit staatlicher sozial- und wirtschaftspolitischer Steuerung und Korrektur der wirtschaftlichen Entwicklung allerdings verstärkt, um der Verpflichtung auf die Arbeiterschaft und die unteren Gesellschaftsschichten generell unter dem Grundwert der *Gerechtigkeit*, zu dem sich die vorherige Bindung an die *Klasse* und ihr zuge dachte historische Implikationen zusammengeschmolzen hatte, Genüge zu tun. An diese semantische Stelle rückte in den ersten Jahren der neugegründeten Partei sofort die (alte) Idee der *Planung* (und des wirtschaftlichen *Plans*) ein, die in den Programmdebatten vor dem *Godesberger Programm* intensiv diskutiert wurden. Ähnlich wie die Idee der Sozialisierungen verschwanden der Begriff der *Planung* unverzüglich aus der Sprache der sozialdemokratischen Programmatik, nachdem sich in den frühen 1950er Jahren die Unattraktivität dieser Semantik bei den meisten Wählern gezeigt hatte (und die Rede über wirtschaftliche Planung immer stärker ungewollte Assoziationen zu den Entwicklungen in der DDR weckte, die man unbedingt vermeiden musste).¹⁷⁹

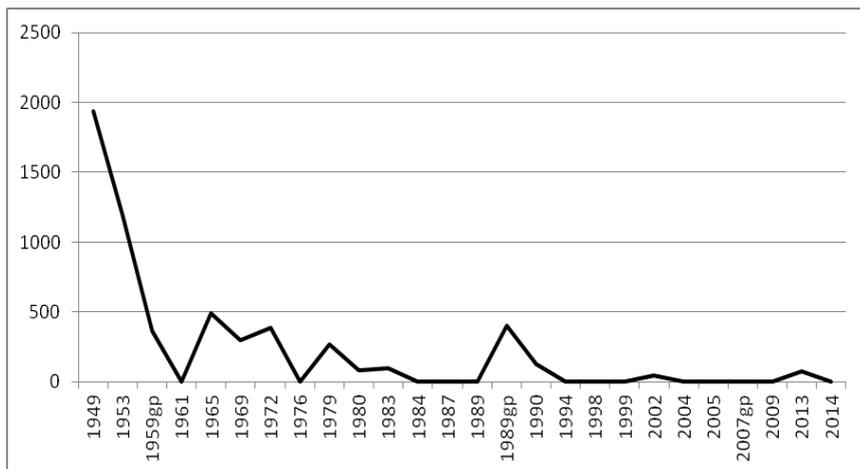


Abbildung 7: Wortverlauf *Planung*

Im *Godesberger Programm*, für das oft ein starkes, gar „naives“ Vertrauen in die Dauerhaftigkeit und uneingeschränkte Nützlichkeit des

¹⁷⁹ Zur Verschränkung des Fortschrittsdenkens mit Konzepten der *Planung* vgl. Metzler 2003.

Wirtschaftswachstums sowie eine „unreflektierte, wenn nicht gar naive Fortschrittseuphorie“ (Grebing 2000: 444) als Grundcharakteristikum ausgemacht wurden, wurden die Ausdrücke *Fortschritt* und *Wachstum* noch kaum verwendet. Das spätere Argumentationsmuster, das aus der Verschränkung beider Kategorien entstand, war in Ansätzen allerdings auch hier schon zu erkennen. Im mit „*Stetiger Wirtschaftsaufschwung*“ (369) treffend betitelten Abschnitt heißt es:

- (1) Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken. Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen. Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird (Grundsatzprogramm 1959, S.13).¹⁸⁰

Eine tatsächliche und weitreichende programmatisch-inhaltliche Neu- ausrichtung des geschichtlichen Deutungsmusters wurde allerdings insofern vorgenommen, als dieses nun mit ‚Wettbewerb‘ und ‚freier Markt‘ semantisch gekoppelt wurde.

- (2) Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. [...] Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht (Grundsatzprogramm 1959, S.13).

¹⁸⁰ Im weiteren Verlauf dieses Kapitels werden Zitate aus den Programmen nachgewiesen, indem ohne Paginierung das Jahr und die Art des Programms (Grundsatz- Wahl-, oder Europaprogramm) angegeben wird. Die Programme seit 1949 sind in digitalisierter Form sämtlich in der digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung zugänglich: <https://www.fes.de/bibliothek/digitale-bibliothek/grundsatz-regierungs-und-wahlprogramme-der-spd-1949-heute>.

Eine Neuausrichtung der sozialdemokratischen Geschichtssemantik fand hier insofern statt, als das Bekenntnis nicht nur zur *politischen* Verfassung des Staates (das sich ja wie gesehen schon in der Weimarer Republik erst praktisch, dann auch programmatisch anbahnte), sondern auch zu seiner grundlegenden *Wirtschaftsordnung* hier erstmalig explizit und verbindlich formuliert wurde: Die Propagierung der *Notwendigkeit* einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung wich der – unter den Erfahrungslagen des ‚Wirtschaftswunders‘ hoch plausiblen – Erwartung, dass das (wirtschaftliche) *Wachstum* in der durch aktive Wirtschaftspolitik, Sozialstaat und Korporatismus justierten *sozialen Marktwirtschaft* auch die Arbeiter und unterprivilegierten Schichten an steigendem gesellschaftlichem Wohlstand beteiligen werde.

Vom *Fortschritt* war in der Folge zunehmend exklusiv als *technischem Fortschritt* die Rede. Als Kollektivsingular tauchte er nur selten auf. Kategorial gekoppelt war er mit der ihn ermöglichenden *freien Wirtschaft* (oder dem *Wettbewerb*), aus ihm resultierenden *Wirtschaftswachstum* und daraus resultierendem bzw. ermöglichtem *Wohlstand*.

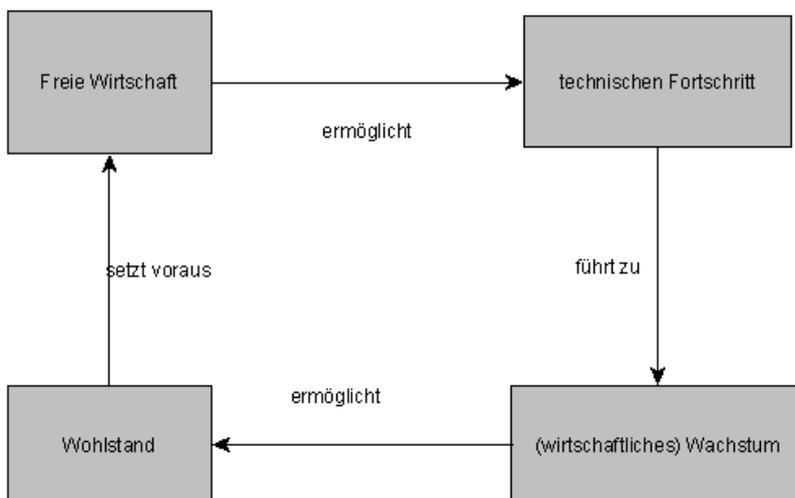


Abbildung 8: Deutungsmuster *Fortschritt - Wachstum - Wohlstand*

In dieser Fassung gehörte das kausale Deutungsmuster zum Kern der sozialdemokratischen Programmatik der 1960er und 1970er Jahre; in den Wahlprogrammen dieser Zeit wurde es immer wieder formuliert und aufgerufen. Durch den Einbezug des *freien Marktes* als Ermöglichungsvoraussetzung von (*technischem*) *Fortschritt*, *Wirtschaftswachstum* und allgemeinem *Wohlstand* wurde die Differenz zwischen der alten sozialdemokratischen Entwicklungssemantik, die aus der Erfahrung, dass großen Teilen der Bevölkerung ihr Ertrag des *Fortschritts* vorenthalten wurde, die Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaft abgeleitet hatte, und der bürgerlich-liberalen Fortschrittssemantik tendenziell nivelliert. Wo der Verzicht auf das Wort *Fortschritt* in den älteren Programmen noch die Differenz zur liberalen Fortschrittsemphase sprachlich markiert hatte, wird nun konsequenterweise auch ausdrucksseitig voll auf den Fortschritt gesetzt. Dazu einige Beispiele:

- (3) Die neue Bundesregierung wird gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank die Währung schützen und die Stabilität unserer D-Mark sichern. Sie wird insbesondere den Wettbewerb stärken und wird dahin wirken, daß der technische Fortschritt in Form von Preissenkungen an den Verbraucher weitergegeben wird. Sie wird jedem Preiswucher entgentreten (Regierungsprogramm 1961, S. 27).
- (4) Die unternehmerische Investitionstätigkeit ist die Voraussetzung dafür, daß die Ergebnisse der Forschung sich in den Produktionsstätten ständig in technischen Fortschritt verwandeln. Nur eine vorausschauende Wirtschaftspolitik ist imstande, die Voraussetzungen für eine fortschreitende Automation zu schaffen und deren strukturelle Konsequenzen zu bewältigen (Regierungsprogramm 1965, S. 11).
- (5) Die Steigerung der Produktivität, die Verbesserung der Lebensbedingungen für alle, die Selbstbehauptung des einzelnen und die Entfaltung menschlicher Freiheit in einer von Technik und Machtapparaten gekennzeichneten Welt werden durch den Fortschritt von Bildung und Wissenschaft bestimmt. Diesen Fortschritt zu sichern gehört zu den vorrangigen Aufgaben aller Politik (Regierungsprogramm 1965, S. 91).

- (6) Wir werden auch künftig den Arbeitnehmern die Vollbeschäftigung und den Selbständigen die wirtschaftliche Existenz sichern. Niemand wird um den Arbeitsplatz fürchten müssen. Die Realeinkommen werden weiter steigen. Wir werden dafür sorgen, daß Rationalisierung und technischer Fortschritt nicht zu Lasten des einzelnen gehen. Das Wachstum nach Maß wird von den Sozialdemokraten gewährleistet (Regierungsprogramm 1969, S. 7).
- (7) Die neue Aufgabe von historischer Dimension, Europa zu einer Region wirtschaftlicher Stabilität, sozialen Fortschritts und steigender Lebensqualität zu machen, packen wir an (Regierungsprogramm 1972, S. 11).

Die Rede vom *sozialen* Fortschritt wie in (7) war in den Programmen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts recht weit verbreitet. In dieser Verwendungsweise war Fortschritt allerdings nicht in der beschriebenen Form mit *Wachstum* und *Wohlstand* gekoppelt. *Sozialer Fortschritt* war Ziel politischer Arbeit, *technischer Fortschritt* hingegen eröffnete erst politische Gestaltungsräume. Rein quantitativ betrachtet wurde der *Fortschritt* häufiger als *technischer* oder *technologischer* attribuiert. Dies zeigt ein Überblick über die statistisch signifikantesten Kollokationspartner¹⁸¹ des Lexems im Zeitraum von 1959 bis 1990:

¹⁸¹ Zeitraum 1959 – 1990; Intervall (5/5). Da die Lexeme *technisch/technologisch* deutlich seltener im Korpus vertreten sind als *sozial* (113 vs. 666), resultiert aus absolut betrachtet ähnlich vielen Token der Kollokation (18 vs. 20) eine deutlich höhere statistische Signifikanz der Kollokation von *Fortschritt* und *technisch*, als der von *Fortschritt* und *sozial*.

Rang	Stat. (MI)	
1	8.54963	technisch
2	6.99020	Wachstum
3	6.51215	Wissenschaft
6	5.59788	Möglichkeit
7	5.58810	sozial
8	5.35461	Frieden
10	4.94580	bei
11	4.79755	wirtschaftlich
13	4.67343	Entwicklung

Abbildung 9: Kollokationen *Fortschritt* 1959 - 1990

Als politischer Zielbegriff hat *Fortschritt* auf diese Weise seine politische Bindung an das bürgerlich-liberale Lager abgestreift und taugte somit auch zunehmend (und bis heute andauernd) als Identifikationsbegriff für die Sozialdemokraten:

- (8) Hinter Willy Brandt sammeln sich die jungen, die fortschrittlichen Kräfte der deutschen Politik (Regierungsprogramm 1961, S. 46).

Zusammenfassend lässt sich hier festhalten, dass die Zäsur in der sozialdemokratischen Programmatik, die auf dem Parteitag 1959 in Bad Godesberg beschlossen wurde, zu einer völlig neuen sprachlichen Realisierung und begrifflichen Organisation der Geschichts- und Zukunftsemantik führte. Die Dominanz ökonomischer Momente im Entwicklungsdenken und daran gebundene deontische Momente der Intervention blieben intakt, wurden allerdings unter den neuen politisch-kommunikativen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik völlig neu konfiguriert. Die marktwirtschaftliche (zuvor: *kapitalistische*) Verfassung der Gesellschaft wurde nicht nur endgültig akzeptiert, sondern systematisch in die eigene Programmatik integriert. In der völlig neuen sprachlichen

Realisierung der Programmatik stand der nun vermehrt gebrauchte Fortschrittsbegriff einerseits für die Weiterführung von kontinuierlich-evolutionistischen Momenten der alten Geschichtsdeutung (allerdings selbstverständlich gerade nicht ihrer spezifischen Adaption in Verbindung mit dem Revolutionsbegriff!), andererseits für die weitgehende Aufgabe der gesellschaftskritischen und systemoppositionellen Dimension der alten Semantik, was dem in der BRD fraglosen Selbstverständnis als Regierungs- und Volkspartei geschuldet war. Die alte Ideologiesprache der Arbeiterbewegung war nun praktisch völlig verschwunden, was auch eine neue symbolische Markierung der eigenen sozialen Trägerschicht bedeutete. Die *Öffnung zur Mitte* war so auch und besonders eine rhetorische Öffnung. Nicht mehr Arbeiter oder das Proletariat waren der Adressat der eigenen Politik, sondern, wie es im neuen Grundsatzprogramm von 1959 hieß: *der Mensch*.

6.3. KRISE DER FORTSCHRITTSSEMANTIK SEIT DEN 1970ER JAHREN

Das geschilderte Fortschrittsversprechen, wonach eine sozialdemokratisch gezähmte *Marktwirtschaft* durch alljährliche hohe *Wachstumsraten* und immer weiter entwickelte *Technologisierung* und fortschreitende zur Anwendung gebrachte *Wissenschaft* zu immer mehr *Wohlstand* führe, wovon durch sozialstaatliche Interventionen auch die unteren Bevölkerungsschichten ihren gerechten Anteil bekommen würden, war in den 1960er und frühen 1970er Jahren eine offensichtlich sehr überzeugende und politisch attraktive Narration. In Kombination mit der Demokratisierungssemantik bestimmte es das politische Leitbild der Partei in den erfolgreichen Zeiten der sozialliberalen Koalition unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt bis in die frühen 1980er Jahre. Aber bereits ab Mitte der 1970er Jahre geriet die Fortschrittssemantik in immer stärkeren Konflikt mit den ihr widersprechenden wirtschaftlichen, sozialen und lebensweltlichen Erfahrungen, die sich verstärkt im politischen Diskurs bemerkbar machten. Insbesondere die aufkommende ökologische Frage und die Debatten über die *Grenzen des Wachstums*, die der vielbeachtete *Club of Rome*-Bericht 1972 (Meadows 1972) angestoßen hatte, sind hier die relevanten Stichworte. Und auch im Bereich der Wirtschaft zeigten zunehmende Krisenmomente (wie

die Rezession 1974, die Stahlkrise in den späten 1970ern oder auch die Ölkrisen, die im Alltag besonders spürbar wurden), dass die Erwartung eines stetig und unbegrenzt andauernden Wachstums nicht der Realität entsprach. In diesem Diskursumfeld verlor die dem Fortschrittbegriff inhärente Kontinuitätsvorstellung schnell an Attraktivität und die Propagierung eines ‚Weiter-wie-bisher‘ wurde mehr und mehr zur Bedrohung (zur Eintrübung der optimistischen Zukunftserwartung in der deutschen Öffentlichkeit dieser Zeit generell vgl. Radkau 2017: 317 ff).

Dass die eigenen Grundwerte und das optimistisch-kontinuierliche Geschichtsbild der Grundsatzprogrammatik mit den „sachgeschichtlichen“ Entwicklungen und den verbreiteten lebensweltlichen Erfahrungen vieler Menschen immer weniger in Deckung zu bringen waren, wurde in der SPD zügig registriert. Die schon im Juni 1973 durch Willy Brandt einberufene *Grundwertekommission* war eine institutionelle Reaktion auf die Bewusstwerdung des Alterns der Grundsatzprogrammatik. Zwar sollte die Kommission (ähnlich der Lage bei den Grundsatzdebatten im Zuge der Neugründung 1945) ausdrücklich *kein* neues Grundsatzprogramm erarbeiten oder vorbereiten, da das *Godesberger Programm* „für uns deutsche Sozialdemokraten nach wie vor verbindliche Leitschnur für unsere politische Arbeit“ sei, wie Brandt noch 1977 betonte. Allerdings müsse man „Fragestellungen nachgehen, die nach 1959 hinzugekommen sind“ (Brandt 1977: 3).

So findet man im von der Grundwertekommission erarbeiteten Diskussionspapier zu *Grundwerten in einer gefährdeten Welt* (Eppler 1977) eine Bestandsaufnahme des Aktualitätsverlustes sozialdemokratischer Grundüberzeugungen, die vor allem um die Entzauberung und „Erschütterung“ des Fortschritts Glaubens kreist. So zeige sich inzwischen, „daß die Fortsetzung bisheriger Trends in der ökonomisch-technischen Entwicklung eine humane Zukunft gefährdet. [...] Das Godesberger Programm ging von raschem und stetigem wirtschaftlichem Wachstum aus. Heute wissen wir: Weder technologischer noch wirtschaftlicher Fortschritt sind selbstverständlich und problemlos“ (ebd. 10). Als „Kern des Fortschritts Glaubens“ wurde übereinstimmend zur Stellung des Fortschrittsbegriffs in der eigenen Programmatik die Überzeugung genannt,

- (9) daß die Automatik der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Entwicklung auch die Durchsetzung der humanistischen Werte befördere und garantiere. Für die demokratische Arbeiterbewegung schien sich diese Erwartung im Zuge zunehmender materieller Besserstellung und wachsender sozialer Sicherheit auf Grund ihres gewerkschaftlichen Kampfes, aber auch im Prozeß fortschreitender Demokratisierung der Gesellschaft auf Grund ihres parteipolitischen Kampfes zu erfüllen. Zugleich verflachte der Fortschrittsglaube für breite bürgerliche Schichten zu der Vorstellung, der materielle, quantitative Fortschritt sei nicht nur die Grundlage und Garantie, sondern selbst schon das Ganze des gesellschaftlichen Fortschritts (Eppler 1977: 11).

Zur immer deutlicher hervortretenden Ambivalenz des Fortschrittsglaubens und der Verunsicherung der eigenen Zukunftsperspektive schreibt die Grundwertekommission:

- (10) Besonders im letzten Jahrzehnt hat der technisch-produktive Fortschritt immer mehr seinen im Wertsinne zweideutigen Charakter enthüllt: über die verheerenden Möglichkeiten der Rüstungstechnik und der Repressionstechnik hinaus hat sich ein neues Bewußtsein der Gefahren der Umweltzerstörung und der Erschöpfung einzelner Rohstoff- und Energiequellen gebildet, das gewahrt wird, wie leicht die Entwicklung der Produktivkräfte von der Entfesselung destruktiver Kräfte begleitet sein kann. Weit entfernt davon, den Fortschritt zu menschlicheren Lebensverhältnissen zu garantieren, kann der technische Fortschritt je nach den Umständen ein menschenwürdiges Leben gefährden. [...] An die Stelle des Vertrauens in die wohlthätige Automatik des wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Fortschritts ist so einerseits die Ungewißheit über seine Fortsetzbarkeit in der Zukunft, andererseits die Sorge um die zerstörerischen Begleiterscheinungen einer unkontrollierten technisch ökonomischen Entwicklung getreten. Die verlorene Zukunftsgewißheit, die aus beiden Wurzeln stammt, bestimmt heute als geistige Unterströmung das Klima jeder politischen Diskussion. Niemand kann diese verlorene Gewißheit wiederherstellen (ebd.: 12 f).

Aus der Diagnose dieser „Orientierungskrise“ wurde die Perspektive und Aufgabe gewonnen, den Fortschrittsbegriff nicht fallenzulassen, sondern

„die Frage in den Mittelpunkt stellen, welche Art von Fortschritt wir von unseren Werten her wollen“ (13). Ein „humaner Fortschritt“ solle konturiert werden und eine „Orientierung an einem Fortschrittsverständnis im Sinne unserer Grundwerte“ wurde gefordert. Nur dann „[bekomme] der Begriff des Fortschritts wieder einen glaubwürdigen Sinn, einen nicht als gesetzmäßig [!] erwarteten, sondern frei gewollten, einen nicht materiell eingegengten, sondern einen humanen sozialistischen Sinn“ (13).

Diese Verunsicherung des eigenen Fortschrittsverständnisses zeigte sich sehr deutlich in den Wahlprogrammen ab 1980 und auch im *Berliner Grundsatzprogramm* von 1989. Viele Belegstellen zeigen eine erneute erhebliche Irritation der eigenen Geschichtssemantik, und Elemente der um sich greifenden *Wachstumskritik* wurden in die Programme integriert. Ohne präzisierendes Attribut kommt der Ausdruck kaum noch vor. Als rhetorisches Grundmuster wurde der Begriff dabei in einen nun negativ evaluierten *technischen* und *ökonomischen Fortschritt* einerseits und einen weiterhin positiv konnotierten *sozialen* oder *gesellschaftlichen Fortschritt* andererseits aufgespalten, der zu ersterem in Opposition gesetzt wurde:

- (11) Nicht alles, was technisch möglich ist, bedeutet auch gesellschaftlichen Fortschritt. Wir dürfen nicht alles tun, wozu wir technisch in der Lage wären (Regierungsprogramm 1980, S. 17).
- (12) Fortschritt ist nur das, was dem Menschen dient (Regierungsprogramm 1980, S. 36).
- (13) Das Bewußtsein von der drohenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat blanken ökonomischen Fortschrittsglauben vergangener Jahre zweifelhaft werden lassen (Regierungsprogramm 1983, S. 164).
- (14) Wachstum darf nicht Selbstzweck sein. Wir dürfen nicht zum Untertan unseres eignen Wirtschaftssystems werden. Man darf nicht den technischen Fortschritt vorantreiben, ohne die Arbeitswelt zu humanisieren und die Arbeitszeit zu verkürzen (Regierungsprogramm 1983, S. 166).
- (15) [wir stehen vor der Frage], wie aus technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden kann (Regierungsprogramm 1983, S. 187).

- (16) Wir wollen unsere Kraft dafür einsetzen, technischen und sozialen Fortschritt zusammenzubringen (Regierungsprogramm 1987, S. 16).

Auch das Berliner Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1989 verzichtete nicht auf den *Fortschritt* als Zielbegriff. Aber auch hier musste geklärt werden, was mit der unklar gewordenen Vokabel eigentlich gemeint ist. Der alte Topos der Opposition von Qualität und Quantität wurde hierzu bemüht („Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt“). Und typisch waren auch Relativsatzkonstruktionen, mit denen eine Versicherung über die gemeinte Bedeutung des Begriffs hergestellt werden konnte, die zuvor völlig überflüssig gewesen wäre:

- (17) Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn (Grundsatzprogramm 1989, S. 5).

6.4. RESÜMEE

Die vorliegende Arbeit hat sich das Ziel gesetzt, anhand ausgewählter Begriffe evolutionistische Semantiken in der Programmatik und der *Weltanschauung* der Sozialdemokratie zu beschreiben und deren zeitweiligen diskursiven Erfolg pragmatisch-funktional zu dechiffrieren. Zu diesem Zweck wurde ein begriffsgeschichtlicher Zugriff gewählt, der sprachpragmatisch und kommunikationswissenschaftlich konturiert wurde. Die gewählte methodische Vorgehensweise hat sich insofern bewährt, als anhand der herangezogenen Begrifflichkeiten (besonders im Falle des Revolutionsbegriffs und der Metapher der Naturnotwendigkeit) weitreichende semantische Tiefenstrukturen erschlossen werden konnten, die die isolierte Begriffsbedeutung weit übersteigen. Insofern erwiesen sich für die Untersuchung die einzelnen Begriffe tatsächlich nicht als isolierte semantische Einheiten, sondern dienten – um es bildlich zu formulieren – als „analytische Sonde[n]“ (Kollmeier 2012), die ein ganzes ein semantisches Feld strukturieren und erschließbar machen.

Bei der Analyse des Revolutionsbegriffs im dritten Kapitel konnte gezeigt werden, inwiefern sich die allgemeine semantisch-politische Spannung zwischen dem Revolutionsbegriff und evolutionistischen Semantiken *nicht* in eine klare politische Zuordnung der Diskurspositionen übersetzte, sondern sich vielmehr politisierte Adaptionen evolutionistischer Deutungsmuster im parteilichen Sprachgebrauch niederschlugen, und so evolutionistische Semantiken die Parteiprogrammatik lagerübergreifend durchzogen - auch und besonders da, wo sich diese als *revolutionär* verstand. Trotz der allgemeinen semantischen Spannung konnte die marxistische Strömung evolutionistische Gedanken somit in spezifischer Perspektivierung aneignen, woraus diskursiv besonders anschlussfähige und erfolgreiche Deutungsmuster entstanden, was deren diskursiven Erfolg auch erst (mit-)ermöglichte. Es zeigte sich dabei auch, inwiefern der kommunikative Erfolg von begrifflichen Strukturen, wie sie der evolutionistisch angereicherte Marxismus im späten 19. Jahrhundert lieferte, mit – im Sinne Kosellecks Bestimmung des Interesses begriffsgeschichtlicher Forschung für die *Konvergenz von Begriff und Geschichte* – ‚sachgeschichtlichen‘ Kontexten korreliert(e).

Diese allgemeinen Befunde bestätigten sich auch bei der Analyse der Metapher der *Naturnotwendigkeit*, wobei hier besonders die diskursspezifische Organisation der Erwartungen hinsichtlich historischer Zwangsläufigkeit und willentlicher Gestaltbarkeit der Zukunft organisiert wurden. Die Funktionsweise der konkret untersuchten Metapher der Notwendigkeit zeigte sich dabei als aufschlussreich, insofern hier die Funktion einer quasi-begrifflichen Einheit untersucht werden konnte, die nicht in mit beispielsweise dem Revolutionsbegriff vergleichbarer Weise theoretisch-reflexiv bestimmt werden konnte, und gerade dadurch einen anderen Einblick in die ‚tiefensemantischen‘ Funktionsweisen ermöglichte.

Im fünften Kapitel konnte rekonstruiert werden, wie die vorherige *Vervissenschaftlichung*, die der Evolutionismus (mit) in die Programmatik und die Weltanschauung hereingetragen hatte, mit ihm wieder rückgängig gemacht wurde, wobei dies bemerkenswerterweise – in Ludwik Fleck’scher Terminologie – *denkstilkonform* nach den Konventionen der Weltanschauung vonstattenging, die damit zu Grabe getragen wurde. Hierbei zeigte sich, dass mit diesem semantischen Umbau nicht nur die Bedeutung einzelner Begriffe und die Zusammensetzung des begrifflichen Inventars verändert wurden,

sondern sich vielmehr die Funktionsweise der Begriffe, die nun weitgehend ohne theoretisch-*weltanschauliche* Einbettung auskommen mussten, neu darstellte.

Eine genauere Rekonstruktion der theoriegeschichtlichen Hintergründe der Darwin-Rezeption und der eigenständigen naturgeschichtlichen Theoriebildung in der (deutschen) Sozialdemokratie könnte möglicherweise hilfreich sein, um die hier untersuchten Enden der evolutionistischen Semantiken theoriegeschichtlich präziser fassen zu können (Ludwig Woltmann, Edward Aveling, Ludwig Büchner, Friedrich Albert Lange und ähnliche Autoren müssten genauer untersucht werden). Der konkrete Ertrag für die hier anvisierte politisch-kommunikative Funktion der Begriffe in der beschriebenen Weise bliebe dabei jedoch fraglich: Denn es ist in der vorliegenden Untersuchung mehrfach deutlich geworden, dass die beschriebenen semantischen Prozesse nicht als *Top-down-Struktur* von den Theoriedebatten aus ‚nach unten‘ in die Programmatik und die alltäglicheren Diskursszenarien zu verstehen ist, sondern: Es hat sich (jedenfalls für den untersuchten Diskursausschnitt) als allgemeine Tendenz gezeigt, dass dort, wo oft das Primat theoretisch begrifflicher Weichenstellungen angenommen wurde, diese sich bei genauerer Betrachtung eher als Resultat der kommunikativen Aufgaben und Probleme entpuppten, auf die sie reagierten.

Desiderat bleibt im Hinblick auf den untersuchten Diskursstrang aber unter anderem eine genauere Untersuchung der Residuen der evolutionistischen Semantiken nach der programmatischen Neuausrichtung, wobei vor allem eine (transformierte) Wiederkehr im Zuge der Entdeckung der *ökologischen Frage* und der Thematisierung der *Endlichkeit der Ressourcen* einen interessanten Ansatzpunkt bieten würde, da sich hier ja, wie oben angedeutet, gerade das Altern der wirtschaftlich orientierten Fortschrittsgläubigkeit offenbarte, die zuvor an die Stellen der evolutionistischen Kategorien eingerückt war. Indiziert wird dieser mögliche neuerliche Rückgriff auf evolutionistische Deutungsmuster durch eine Vielzahl an Publikationen aus dem sozialdemokratischen Diskurshorizont, die sich ab den späten 1970er Jahren mit der Krise der Fortschrittssemantik, die die Partei bis dahin getragen hatte, beschäftigen, und dabei auf

(selbstverständlich transformierte) evolutionistische Argumentations- und Deutungsmuster zurückgriffen.¹⁸²

Auf der anderen Seite wäre die weitere Entwicklung der evolutionistischen Semantiken in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage außerhalb der sozialdemokratischen Diskursgrenzen zu untersuchen, um auszuloten, inwiefern das hier beschriebene Anachronistischwerden sich in anderen Diskursbereichen anders darstellt (vgl. hierzu Knobloch 2011, Deus 2014, Deus 2015).

Die Geschichte des Fortschrittsdenkens in der deutschen Sozialdemokratie führte in den 1990er Jahren jedoch in eine Aporie: Die unkritische Fortschrittsemphase der 1960er und 1970er Jahre hatte nachdrücklich ausgedient, und die Etablierung eines *neuen* und *humanen*, später auch eines *nachhaltigen* Fortschritts blieb konturlos. Aufgeben wollte man den Fortschritt jedoch erkennbar nicht. Eine tragfähige Neubestimmung wird so bis heute gesucht.¹⁸³

Im Jahr 2007 (kurz vor der Verabschiedung des aktuell gültigen Grundsatzprogrammes) erschien ein von Matthias Platzeck, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück herausgegebener Sammelband, der den Titel „Auf der Höhe der Zeit. Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert“ trägt. Darin argumentieren die drei Herausgeber dafür, dass sich eine zeitgemäße Sozialdemokratie auf *ihre ursprünglichen Ideen und Ziele besinnen* müsse: So habe sich um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert die „widersprüchlichen Entwicklungen“ (Platzeck et al. 2007: 19) einer prosperierenden Industrie bei gleichzeitig zunehmender sozialer Ungleichheit und Verarmung gezeigt. Es überrascht nicht, an welche ursprünglichen Ideen die Autoren anschließen möchten: Denn auf den genannten Widerspruch hätten „weder orthodoxe Marxisten noch Wirtschaftsliberale überzeugende Antworten [gefunden], wenn auch aus

¹⁸² Als Beispiele seien hier nur genannt: (Strasser und Traube 1981), (Lafontaine 1985) sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ‚Fortschritt 90‘ (vgl. u.a. Lafontaine 1990). Das *Berliner Grundsatzprogramm*, das durch die historischen Ereignisse 1989/1990 kaum zur Geltung kommen konnte, nahm diese semantischen Verschiebungen sehr deutlich auf.

¹⁸³ Ein von Matthias Machnig herausgegebener Sammelband (Machnig 2011) stellt genau diese Frage ein weiteres Mal. Darin will unter anderen Sigmar Gabriel erneut „Dem Fortschritt eine neue Richtung geben“, vgl. Gabriel 2011.

unterschiedlichen Gründen“ (ebd.). Die einzig überzeugende Antwort fand den Verfassern zufolge „die nichtmarxistische Soziale Demokratie als neue, ganz eigene Idee und Haltung, als originäres Konzept und fortschrittliche politische Bewegung“ (ebd.). Den ‚ökonomistischen‘ orthodoxen Marxisten auf der einen und Liberalen auf der anderen Seite hätten die reformistischen Sozialdemokraten um Bernstein

die Prinzipien von Reform und Fortschritt, Kompromiss und Interessenausgleich über die Klassengrenzen hinweg entgegen [gestellt]. Wo andere auf den Selbstlauf wirtschaftlicher und historischer Kräfte vertrauten, setzten Sozialdemokraten auf die aktive und pragmatische Gestaltung des Wandels. Die Dynamik der Märkte wollten sie offensiv mit sozialer Reform und gesellschaftlicher Erneuerung verbinden, um auf diese Weise Wachstum und Wohlstand systematisch allen Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen. Marktwirtschaft, Demokratie und sozialen Zusammenhalt nicht nur vereinbar zu machen, sondern mit politischen Mitteln sogar in ein Verhältnis der positiven Wechselwirkung zu setzen - genau darin bestand der historisch völlig neue und beispiellose Fortschrittsentwurf der Sozialen Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts (ebd., S. 19 f).

Dass die ‚ökonomistisch-marxistische Orthodoxie‘ in der angesprochenen Zeit den Vorstand der Partei institutionell und die Programmatik ideologisch klar beherrschten, verschweigen die Autoren. Mit der Idee einer durch politische Mittel hergestellten positiven Wechselwirkung zwischen Marktwirtschaft und Demokratie landet ihr Rückgriff auf einen ‚beispiellosen Fortschrittsentwurf‘ der *Sozialen Demokratie* ohnehin zielsicher in der sozialdemokratischen Fortschrittsemphase der 1960er Jahre und nicht bei Eduard Bernstein und den Reformisten der Zeit um 1900. Die Frage, ob sich an den Umständen, die diese Fortschrittskonzeption in den 1970ern unplausibel werden ließen, bis heute etwas geändert hat, kann hier nicht beantwortet werden. Fest steht für die Autoren jedenfalls, dass angesichts der Herausforderungen der Gegenwart die „sozialdemokratische Grundhaltung [...] daher auch heute durchgängig aktives Drängen auf Fortschritt und positive Gestaltung sein [muss]. Die eigenen Werte und Ziele ernst zu nehmen heißt, wo immer möglich, Verantwortung zu

übernehmen. Genau diesen Weg hat die SPD in den vergangenen Jahren beschritten“ (ebd, S.23).¹⁸⁴

Im Jahr 2011 hat sich die Grundwertekommission unter dem Vorsitz von Julian Nida-Rümelin noch einmal mit dem Fortschrittsbegriff beschäftigt. Darin heißt es:

Das Megathema der nächsten Jahre, das über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet und besonders die Sozialdemokratie herausfordert, heißt: Wie wird an den Grenzen des bisherigen Wachstums sozialer Fortschritt und gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich? Wir sind überzeugt: Wer die Kraft und die Ideen für den sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hat, wird die politische Debatte der nächsten Jahre prägen (Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD 2010: 4).

Dieser Satz hätte auch im Bericht der Grundwertekommission aus dem Jahr 1977 einen guten Platz gefunden. Weit vorangekommen ist die SPD bei der Suche nach einem neuen Fortschrittsverständnis in den letzten 30 Jahren nicht. Ob das unverdrossene Festhalten der SPD am politischen Schlagwort *Fortschritt* letztlich erfolgreich sein wird, ist weiterhin offen. Dass der Erfolg ihr dabei bisher Recht gibt, kann man allerdings nicht behaupten.

¹⁸⁴ Gemeint sind hier die letzten Jahre der Amtszeit von Gerhard Schröder, in die die Umsetzung der Agenda 2010 fällt.

7. LITERATURVERZEICHNIS

7.1.1. *Parteiprogramme, Reden, Berichte*

- Brandt, Willy (1977): Vorwort. In: Erhard Eppler: Grundwerte in einer gefährdeten Welt. Vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand. Bonn: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Theorie und Grundwerte), S. 3–4.
- Entschließung der Kulturpolitischen Konferenz 1947 in Ziegenhain (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 293–295.
- Godesberger Programm der SPD. Beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959 (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 361–383.
- Görlitzer Programm (1921) (2007). In: Daniela Münkel (Hg.): "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin: Vorwärts-Buch (Geschichte), S. 353–358.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin (1989). Bonn.
- Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007. (2007). Berlin.
- Heidelberger Programm (1925) (2007). In: Daniela Münkel (Hg.): "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin: Vorwärts-Buch (Geschichte), S. 341–350.
- Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD (2010): An den Grenzen des Wachstums – neuer Fortschritt ist möglich. Berlin.

- Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland. Grundgedanken eines Referates von Erich Ollenhauer in einer Mitgleiderversammlung der 'Union' in London 1942 (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 239–256.
- Prager Manifest der Sopade. Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus / Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 225–238.
- Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag 1891 (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 187–192.
- Gothaer Programm und Organisationsstatuten der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, beschlossen auf dem Vereinigungskongreß in 1875 (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 179–186.
- Programmwurf Wolfgang Abendroth (1967). In: Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politische Soziologie. Neuwied, Berlin: Luchterhand (Soziologische Texte, 47), S. 407–428.
- Resolution gegen die revisionistischen Bestrebungen. Beschlossen auf dem Parteitag der SPD in Jena 1903 (1984). In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 193–196.
- Schmid, Carlo (1950): Parteitag 1950. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands vor der geistigen Situation dieser Zeit. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD. Hamburg: Verlagsanstalt Auerdruck.

Schumacher, Kurt (1972): Wir verzweifeln nicht! Rede von Dr. Kurt Schumacher, gehalten vor sozialdemokratischen Funktionären am 6. Mai 1945 in Hannover. In: Der Auftrag des demokratischen Sozialismus. Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Willy Brandt. Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft (Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie), S. 3–38.

Schumacher, Kurt (1974a): Abgrenzung gegenüber den Kommunisten. Januar 1946. (Kommentar zu einer Entschließung der SPD der britischen Besatzungszone auf einer Konferenz in Hannover am 3./4. 1. 1946. Auszug). In: Susanne Miller: Die SPD vor und nach Godesberg. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft (Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, 2), S. 86–87.

Schumacher, Kurt (1974b): Was wollen die Sozialdemokraten?`Neubau nicht Wiederaufbau! Rede, gehalten in Kiel am 27. Oktober 1945 (stark gekürzt). In: Susanne Miller: Die SPD vor und nach Godesberg. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft (Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, 2), S. 75–85.

Schumacher, Kurt (1984): Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, 1945. In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 257–292.

7.1.2. *Sekundärliteratur*

Adorno, Theodor W. (1982): Negative Dialektik. 3. Aufl. (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft).

Anan, Deniz (2017): Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Empirische Studien zur Parteienforschung).

Art. Prager Manifest. In: Wikipedia (2018). Online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Prager_Manifest&oldid=176407358, zuletzt geprüft am 23.07.2018.

- Ball, Terence (1979): Marx and Darwin. A reconsideration. In: *Political Theory* 7 (4), S. 469–483.
- Bayertz, Kurt (1982): Darwinismus als Ideologie. In: Kurt Bayertz, Bernhard Heidtmann und Hans-Jörg Rheinberger (Hg.): Charles Darwin und die Evolutionstheorie. Köln: Pahl-Rugenstein (Studien zur Dialektik, 5), S. 105–120.
- Bayertz, Kurt (1998): Darwinismus als Politik. Zur Genese des Sozialdarwinismus in Deutschland 1860-1900. In: Erna Aesch (Hg.): Welträtsel und Lebenswunder, Ernst Haeckel - Werk, Wirkung und Folgen. [Ausstellung im Schloßmuseum Linz vom 13. Oktober 1998 bis 6. April 1999]. Linz: OÖ Landesmuseum (Kataloge des OÖ. Landesmuseums / Neue Folge, 131), S. 229-288.
- Blumenberg, Werner (1960): Karl Kautskys literarisches Werk. Eine bibliographische Übersicht. Den Haag: Mouton.
- Boll, Friedhelm (2002): Jugendbewegung, Widerstand und Exil, Marxismuskritik und Westorientierung. Der Kreis um die Zeitschrift Geist und Tat. In: Michel Grunewald (Hg.): Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960). Le milieu intellectuel de gauche en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960). Bern: Peter Lang (Convergences, 24), S. 595–640.
- Bollenbeck, Georg (2007): Eine Geschichte der Kulturkritik. Von J. J. Rousseau bis G. Anders. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1768).
- Brandis, Kurt (1975): Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie. Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes. Berlin: Rotbuch-Verlag (Rotbuch, 133).
- Bubenhof, Noah; Scharloth, Joachim (2014): Sprachthematizierungen. Ein korpuslinguistisch-frequenzorientierter Zugang. In: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* (2), S. 140–154.
- Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms. 1. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Busse, Dietrich (2002): Zur Semantik öffentlicher Kommunikation. Typologische Aspekte. In: Inge Pohl (Hg.): Semantische Aspekte öffentlicher Kommunikation. Frankfurt a. M., New York: P. Lang (Sprache - System und Tätigkeit, Bd. 44), S. 23–42.

- Busse, Dietrich (2003): Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte? Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie. In: Carsten Dutt (Hg.): Herausforderungen der Begriffsgeschichte. 1. Aufl. Heidelberg: Winter, S. 17–38.
- Busse, Dietrich (2008): Begriffsgeschichte – Diskursgeschichte – Linguistische Epistemologie. Bemerkungen zu den theoretischen und methodischen Grundlagen einer Historischen Semantik in philosophischem Interesse anlässlich einer Philosophie der Person. In: Alexander Haardt und Nikolaj S. Plotnikov (Hg.): Diskurse der Personalität. Die Begriffsgeschichte der "Person" aus deutscher und russischer Perspektive. München: Fink, S. 115–142.
- Busse, Dietrich (2013): Linguistische Diskurssemantik: Rückschau und Erläuterungen nach 30 Jahren. In: Dietrich Busse und Wolfgang Teubert (Hg.): Linguistische Diskursanalyse. Neue Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Interdisziplinäre Diskursforschung), S. 31–53.
- Busse, Dietrich; Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Dietrich Busse, Fritz Hermanns und Wolfgang Teubert (Hg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. 1. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 10–28.
- Colletti, Lucio (1971): Bernstein und der Marxismus der zweiten Internationale. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt (Arbeiterbewegung - Theorie und Geschichte).
- Conze, Werner; Groh, Dieter (1966): Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während, und nach der Reichsgründung. Stuttgart: Ernst Klett (Industrielle Welt, 6).
- Coves, Faustino Oncina (2016): Begriffsgeschichte als Ideologiekritik bei Koselleck. In: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 5 (2), S. 42–53.
- Deus, Fabian (2014): Fortschritt und Evolution im Neoevolutionismus. In: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 3 (1), S. 60–72.

- Deus, Fabian (2015): Vom Fortschritt zum Überleben der Art. Anmerkungen zur Geschichtsemantik des populären Neoevolutionismus. In: Fabian Deus, Anna-Lena Diesselmann, Luisa Fischer und Clemens Knobloch (Hg.): Die Kultur des Neoevolutionismus. Zur diskursiven Renaturalisierung von Mensch und Gesellschaft. Bielefeld: Transcript, S. 71–101.
- Deus, Fabian (2016): "Zukunft kommt von selbst - Fortschritt nur mit uns". Zum Fortschrittsbegriff in der Programmatik der Sozialdemokratie. In: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 5 (2), S. 62–77.
- Dörner, Andreas (1995): 'Rechts', aber nicht 'draußen'. Zur Selbstverortung in den Parteiprogrammen der Republikaner. In: Andreas Dörner und Ludgera Vogt (Hg.): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin, Boston: De Gruyter (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, 6), S. 364–395.
- Dowe, Dieter; Klotzbach, Kurt (1984a): Einleitung. In: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2), S. 13–56.
- Dowe, Dieter; Klotzbach, Kurt (Hg.) (1984b): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 2., überarbeitete und aktualisierte Aufl. Bonn: J.H.W. Dietz (Politik im Taschenbuch, Bd. 2).
- Dutt, Carsten (2013): Begriffsgeschichte als Historie der Moderne. Semantik und Pragmatik nach Koselleck. In: Carsten Dutt und Reinhard Laube (Hg.): Zwischen Sprache und Geschichte. Zum Werk Reinhart Kosellecks. Göttingen: Wallstein (Marbacher Schriften, N.F., 9), S. 65–80.
- Eckert, Georg (1973): Auf dem Weg nach Godesberg. Erinnerungen an die Kulturkonferenz der SPD in Ziegenhain. In: Heiner Flohr, Klaus Lompe und Lothar F. Neumann (Hg.): Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis. Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag. 2. Aufl. Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 95), S. 49–58.
- Eiden-Offe, Patrick (2017): Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats. 1. Aufl. Berlin: Matthes & Seitz Berlin.

- Elbe, Ingo (2010): Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965. 2., korrigierte Auflage. Berlin: Akademie-Verlag.
- Eppler, Erhard (1977): Grundwerte in einer gefährdeten Welt. Vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand. Bonn: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Theorie und Grundwerte).
- Erdl, Marc Fabian (2004): Die Legende von der politischen Korrektheit. Zur Erfolgsgeschichte eines importierten Mythos. Bielefeld: Transcript.
- Euchner, Walter (2000): Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil I. In: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische Soziallehre, Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. 1. Aufl. Essen: Klartext (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen. Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd. 13), S. 15–354.
- Fisch, Jörg (2013): Reinhart Koselleck und die Theorie historischer Zeiten. In: Reinhard Laube und Carsten Dutt (Hg.): Zwischen Sprache und Geschichte. Zum Werk Reinhart Kosellecks. Göttingen: Wallstein (marbacher schriften. Neue Folge, 9), S. 48–64.
- Fleck, Ludwik (1980): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre von Denkstil und Denkkollektiv. Frankfurt am Main: Suhrkamp (suhrkamp taschenbuch wissenschaft. Nr. 312).
- Fritz, Gerd (2005): Einführung in die historische Semantik. Tübingen: M. Niemeyer.
- Fritz, Gerd (2006): Historische Semantik. 6. Aufl. Stuttgart: Verlag J.B. Metzler.
- Fülberth, Georg (1972): Karl Kautskys Schrift Der Weg zur Macht und seine Kontroverse mit dem Parteivorstand der SPD 1909. In: Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand. Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fülberth. Hg. v. Georg Fülberth. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, S. VII–XXIII.
- Ganzer, Burkhard (1990): Lewis Henry Morgan (1818-1881). In: Wolfgang Marschall (Hg.): Klassiker der Kulturanthropologie. Von Montaigne bis Margaret Mead. München: C. H. Beck, S. 88–108.

- Gardt, Andreas (2012): Diskursanalyse. Aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten. In: Ingo H. Warnke (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin, New York: Walter de Gruyter (Linguistik, Impulse & Tendenzen, 25), S. 27–52.
- Gehlen, Arnold (2004): Über kulturelle Kristallisation. In: Ralf Konersmann (Hg.): Kulturphilosophie. 3., aktualis. Aufl. Leipzig: Reclam (Reclam-Bibliothek, 1554), S. 222–242.
- Geulen, Christian (2010): Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts. In: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe*, 7 (1). Online verfügbar unter www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Geulen-1-2010.
- Geyer, Curt (1976): Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. München: Oldenbourg (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 33).
- Gilcher-Holtey, Ingrid (1986): Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie. Berlin: Siedler.
- Goll, Reinhard (1972): Der Evolutionismus. Analyse eines Grundbegriffs neuzeitlichen Denkens. München: Beck (Beck'sche schwarze Reihe, Bd. 90).
- Götze, Karl Heinz (1994): Die Wende gegen den Westen. Bildung und Kultur - Georg Bollenbecks große Untersuchung über ein deutsches Deutungsmuster. In: *Die Zeit*, 30.09.1994 (40).
- Grebing, Helga (1977) [1966]: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. 8. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (Dtv, 647).
- Grebing, Helga (1993): Die deutsche Arbeiterbewegung. Zwischen Revolution, Reform und Etatismus. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Bibliographisches Institut (Meyers Forum, 20).
- Grebing, Helga (2000): Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II. In: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische Soziallehre, Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. 1. Aufl. Essen: Klartext (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen. Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd. 13), S. 355–598.

- Gumbrecht, Hans Ulrich (1978): Funktionen parlamentarischer Rhetorik in der französischen Revolution. Vorstudien zur Entwicklung einer historischen Textpragmatik. München: W. Fink.
- Hardtwig, Wolfgang (1972 - 1997): Art. Verein. Gesellschaft, Geheimgesellschaft, Assoziation, Genossenschaft, Gewerkschaft. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 6. 8 Bände. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 789–829.
- Hermanns, Fritz (1989): Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Josef Klein (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 69–149.
- Hermanns, Fritz (1991): 'Leistung' und 'Entfaltung'. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Ludwigshafener Grundsatzprogramms (1978) der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hermanns, Fritz (1995): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Gegenstand historischer Semantik. In: Andreas Gardt, Klaus J. Mattheier und Oskar Reichmann (Hg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen: Niemeyer (Reihe Germanistische Linguistik, 156), 69-101.
- Hermanns, Fritz (2012): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. In: Heidrun Kämper, Angelika Linke und Martin Wengeler (Hg.): Fritz Hermanns: Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturanalytischen Linguistik. Berlin: De Gruyter, S. 5–36.
- Hölscher, Lucian (1999): Die Entdeckung der Zukunft. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag (Europäische Geschichte).
- Holzheuer, Walter (1972): Karl Kautskys Werk als Weltanschauung. Beitrag zur Ideologie der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. München: Beck (Münchener Studien zur Politik, Bd. 21).

- Horkheimer, Max (1972): *Autoritärer Staat (1942)*. In: Max Horkheimer: *Gesellschaft im Übergang. Aufsätze, Reden und Vorträge 1942-1970*. Hg. v. Werner Brede. Frankfurt: Athenäum Fischer, S. 13–35.
- Horstmann, Rolf-Peter (1979): *Kriterien für Grundbegriffe. Anmerkungen zu einer Diskussion*. In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*. 1. Aufl. 1 Band. Stuttgart: Klett-Cotta (Sprache und Geschichte, 1), S. 37–42.
- Hübinger, Gangolf (1990): *Art. Maurenbrecher, Max*. In: *Neue deutsche Biographie (NDB)*. Band 16: Maly - Melanchthon. hrsg. von d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: Duncker & Humblot, S. 434–435.
- Hünlich, Reinhold (1981): *Karl Kautsky und der Marxismus der II. Internationale*. Marburg: Verl. Arbeiterbewegung u. Gesellschaftswiss. (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, 22).
- Jäger, Margarete; Jäger, Siegfried (2007): *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften (Medien - Kultur - Kommunikation).
- Jäger, Siegfried (2012): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 6., vollst. überarb. Aufl. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 3).
- Kalwa, Nina (2013): *Das Konzept "Islam". Eine diskurslinguistische Untersuchung*. Berlin: De Gruyter (Sprache und Wissen, Band 14).
- Kautsky, John H. (1988a): *Einleitung*. In: *Karl Kautsky: Die materialistische Geschichtsauffassung*. Dargelegt von Karl Kautsky. Gekürzte Ausgabe, herausgegeben, eingeleitet und annotiert von John H. Kautsky. Berlin u.a.: Dietz (Internationale Bibliothek, Bd. 129), S. 23–74.
- Klein, Josef (2000): *Textsorten im Bereich politischer Institutionen*. In: Klaus Brinker, Gerd Antos, Wolfgang Heinemann und Sven F. Sager (Hg.): *Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*. Berlin, New York: Walter de Gruyter (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, 16), S. 732–755.
- Klein, Josef (2012): *Insider-Lesarten. Einige Regeln zur latenten Fachkommunikation in Parteiprogrammen*. In: Josef Klein und Hajo

- Diekmannshenke (Hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin [u.a.]: DeGruyter (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, 7), S. 201–210.
- Klönne, Arno (1980): Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte-Ziele-Wirkungen. Düsseldorf: Diedrichs.
- Klotzbach, Kurt (1976): Die Programmdiskussion in der deutschen Sozialdemokratie 1945 - 1959. In: *Archiv für Sozialgeschichte* Band 16, S. 469–483. Online verfügbar unter http://library.fes.de/jportal/receive/jportal_jparticle_00012893.
- Knobloch, Clemens (1992): Überlegungen zur Theorie der Begriffsgeschichte aus sprach- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* 35, S. 7–24.
- Knobloch, Clemens (2011): Neoevolutionistische Kulturkritik — eine Skizze. In: *Lili. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 41 (1), S. 13–40.
- Kocka, Jürgen (1986): Sozialgeschichte. Begriff - Entwicklung - Probleme. 2., erw. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht (Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1434).
- Kollmeier, Kathrin (2012): Begriffsgeschichte und Historische Semantik. In: Docupedia-Zeitgeschichte. Online verfügbar unter http://docupedia.de/zg/kollmeier_begriffsgeschichte_v2.
- Korsch, Karl (1971): Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften. Herausgegeben von Erich Gerlach. 1. Aufl. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt (Basis Studienausgaben).
- Koselleck, Reinhart (1967): Richtlinien für das 'Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit'. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* (11).
- Koselleck, Reinhart (1972): Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte. In: Peter Christian Ludz (Hg.): Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 116–131.
- Koselleck, Reinhart (1972 - 1997): Einleitung. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches

Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1. 8 Bände. Stuttgart: Klett-Cotta, S. XIII–XXVII.

- Koselleck, Reinhart (1989a): "Erfahrungsraum" und "Erwartungshorizont". Zwei historische Kategorien. In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Vergangene Zukunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 349–375.
- Koselleck, Reinhart (1989b): Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe. In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Vergangene Zukunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 211–259.
- Koselleck, Reinhart (2003): Einleitung. In: Reinhart Koselleck: *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Mit einem Beitrag von Hans-Georg Gadamer. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1656), S. 9–18.
- Koselleck, Reinhart (2006a): Die Geschichte der Begriffe und die Begriffe der Geschichte. In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*. 1. Aufl. Hg. v. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 56–76.
- Koselleck, Reinhart (2006b): Die Verzeitlichung der Begriffe: In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 77–85.
- Koselleck, Reinhart (2006c): Feindbegriffe: In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 274–286.
- Koselleck, Reinhart (2006d): Fortschritt und Niedergang. Nachtrag zur Geschichte zweier Begriffe: In: Reinhart Koselleck (Hg.): *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 159–181.

- Koselleck, Reinhart (2006e): Hinweise auf die temporalen Strukturen begriffsgeschichtlichen Wandels: In: Reinhart Koselleck (Hg.): Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 86–98.
- Koselleck, Reinhart (2006f): Sozialgeschichte und Begriffsgeschichte: In: Reinhart Koselleck (Hg.): Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 9–31.
- Koselleck, Reinhart (2006g): Stichwort: Begriffsgeschichte: In: Reinhart Koselleck (Hg.): Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 99–102.
- Koselleck, Reinhart (2006h): Sprachwandel und Ereignisgeschichte. In: Reinhart Koselleck: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. 1. Aufl. Hg. v. Reinhart Koselleck. Unter Mitarbeit von Ulrike Spree, Willibald Steinmetz und Carsten Dutt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 32–55.
- Koselleck, Reinhart; Dipper, Christof (1998): Begriffsgeschichte, Sozialgeschichte, begriffene Geschichte. Reinhart Koselleck im Gespräch mit Christof Dipper. In: *Neue Politische Literatur* (43), S. 187–205.
- Koselleck, Reinhart; Gschnitzer, Fritz; Werner, Karl Ferdinand; Schönemann, Bernd (1972 - 1997): Art. Volk, Nation, Nationalismus, Masse. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7. 8 Bände. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 141–431.
- Koselleck, Reinhart; Meier, Christian (1972 - 1997): Art. Fortschritt. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2. 8 Bände. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 351–423.

- Koth, Harald (1993): "Meine Zeit wird wieder kommen ...". Das Leben des Karl Kautsky. Berlin: Dietz.
- Krätke, Michael (1996): Marxismus als Sozialwissenschaft. In: Frigga Haug und Michael Krätke (Hg.): Materialien zum Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Für Wolfgang Fritz Haug zum 60. Geburtstag. Hamburg: Argument, S. 69–122.
- Krätke, Michael (2013): Ein "unverbesserlicher Marxist". Karl Kautsky und die "Neue Zeit". In: *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* (196), S. 64–67.
- Krätke, Michael (2017): Kritik der Politischen Ökonomie heute. Zeitgenosse Marx. 1. Auflage. Hamburg: VSA.
- Kuhn, Axel (2004): Die deutsche Arbeiterbewegung. Stuttgart: Reclam (Universal-Bibliothek, 17042).
- Lakoff, George; Johnson, Mark (1980): Metaphors we live by. Chicago: University Of Chicago Press.
- Lefèvre, Wolfgang (2000): Darwin, Marx und der garantierte Fortschritt. Materialismus und Entwicklungsdenken im 19. Jahrhundert. In: Andreas Arndt (Hg.): Materialismus und Spiritualismus. Philosophie und Wissenschaften nach 1848. Hamburg: Meiner, S. 167–187.
- Lenk, Kurt (1973): Theorien der Revolution. München: Fink (UTB Uni-Taschenbücher, 165).
- Maas, Utz (1985): Konnotation. In: Franz Januschek (Hg.): Politische Sprachwissenschaft. Zur Analyse von Sprache als kultureller Praxis. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marscheffel, Günter (1984): 50 Jahre Prager Manifest. Manche Themen und Positionen haben überdauert. In: *Sozialdemokratischer Pressedienst* 39 (19), S. 8–9.
- Marxhausen, Thomas; Galceran, Montserrat (2008): Kautskyanismus. In: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Kaderpartei – Klonen, 7/I. Hamburg: Argument, Sp. 536–549.
- Matthias, Erich (1957): Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege. In:

- Iring Fetscher (Hg.): *Marxismusstudien. Zweite Folge.* Tübingen: J. C. B. Mohr (Schriften der Evangelischen Studiengemeinschaft, 5), S. 151–197.
- Mende, Hans-Jürgen (1985): *Karl Kautsky. Vom Marxisten zum Opportunisten. Studie zur Geschichte des historischen Materialismus.* Berlin: Dietz.
- Mende, Hans-Jürgen (ca. 1991): *Karl Kautsky - Renegat oder Revolutionär? Skizze seines theoretischen und politischen Wirkens.* Berlin: Druckzentrum (Diskussionsangebot der PDS Geschichte).
- Merkel, Renate (1989): *Zur Dühring-Rezeption in der deutschen Sozialdemokratie. Ergebnisse der MEGA-Forschung.* In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 31 (4), S. 524–533.
- Metzler, Gabriele (2003): "Geborgenheit im gesicherten Fortschritt". Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Tepe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik.* Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh (Forschungen zur Regionalgeschichte, 44), S. 777–797.
- Michler, Werner (1999): *Darwinismus und Literatur. Naturwissenschaftliche und literarische Intelligenz in Österreich, 1859 - 1914.* Zugl.: Wien, Univ., Diss., 1997. Wien u.a.: Böhlau (Literaturgeschichte in Studien und Quellen, 2).
- Miller, Susanne (1974): *Die SPD vor und nach Godesberg.* Bonn: Verlag Neue Gesellschaft (Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, 2).
- Mocek, Reinhard (2002): *Biologie und soziale Befreiung. Zur Geschichte des Biologismus und der Rassenhygiene in der Arbeiterbewegung.* Frankfurt am Main, New York: P. Lang (Philosophie und Geschichte der Wissenschaften, Bd. 51).
- Morina, Christina (2017): *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte.* 1. Aufl. München: Siedler.
- Müller, Ernst (2011): *Verspätete Wirkung. Reinhart Kosellecks Begriffsgeschichte international.* In: *Trajekte. Zeitschrift des Zentrums für Literatur- und Kulturforschung Berlin* 12 (23), S. 22–25.

- Müller, Ernst; Schmieder, Falko (2016): Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Stephan S. W. (2010): Theorien sozialer Evolution. Zur Plausibilität darwinistischer Erklärungen sozialen Wandels. Bielefeld: Transcript (Sozialtheorie).
- Münkel, Daniela (2007a): Einleitung. In: Daniela Münkel (Hg.): "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin: Vorwärts-Buch (Geschichte), S. 9–44.
- Münkel, Daniela (Hg.) (2007b): "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin: Vorwärts-Buch (Geschichte).
- Na'aman, Shlomo (1975): F. A. Lange in der deutschen Arbeiterbewegung. In: Joachim Heinrich Knoll und Julius H. Schoeps (Hg.): Friedrich Albert Lange. Leben und Werk. Duisburg: W. Braun (Duisburger Forschungen, Bd. 21), S. 20–55.
- Niehr, Thomas (2014a): Einführung in die linguistische Diskursanalyse. Darmstadt: WBG (Einführung Germanistik).
- Niehr, Thomas (2014b): Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Uni-Taschenbücher, 4173).
- Nowotny, Helga (1990): Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Obenaus, Herbert (2012): Die Sozialistische Front. In: Hans Coppi und Stefan Heinz (Hg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter. Berlin: Dietz (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, 16), S. 107–128.
- Palonen, Kari (2002): Begriffsgeschichte und/als Politikwissenschaft. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* (44), S. 221–234.

- Petersen, William (1971): The Malthus-Godwin Debate, Then and Now. In: *Demography* 8 (1). Online verfügbar unter <https://www.jstor.org/stable/2060335>.
- Projekt Klassenanalyse (1976): Kautsky. Marxistische Vergangenheit der SPD? Westberlin: VSA.
- Radkau, Joachim (2017): Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute. München: Carl Hanser Verlag.
- Reichardt, Rolf (1985): Einleitung. In: Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt (Hg.): Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680 - 1820, H. 1-2. München: Oldenbourg (Ancien régime, Aufklärung und Revolution), S. 39–148.
- Ritter, Gerhard Albert (1992): Das Deutsche Kaiserreich, 1871-1914. Ein historisches Lesebuch. 5. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1414).
- Römer, David (2017): Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte. Berlin, Boston: De Gruyter (Sprache und Wissen, Band 26).
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Originalausgabe, erste Auflage (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft).
- Saage, Richard (2010): Zur Differenz und Konvergenz von Utopie und Apokalypse. Von Gustav Landauer zu Franz Werfel und Oskar Maria Graf. In: Reto Sorg und Bodo Würffel (Hg.): Utopie und Apokalypse in der Moderne. München: W. Fink, S. 17–32.
- Saage, Richard (2012): Zwischen Darwin und Marx. Zur Rezeption der Evolutionstheorie in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie vor 1933/34. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.
- Salvadori, Massimo L. (1982): Sozialismus und Demokratie. Karl Kautsky 1880-1938. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Scholz-Brandenburg, Till (o.J.): "Die Neue Zeit" - Einleitung von Till Scholz-Brandenburg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/nz/nz-intro.html>.

- Scholz-Brandenburg, Till (1992): Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteimarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz : 1879-1932. Köln [u.a.]: Böhlau.
- Schmidt, Alfred (1978): Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Überarb., erg. u. mit einem Postscriptum vers. Neuausg. Frankfurt am Main, Köln: Europäische Verlagsanstalt (Basis Studienausgaben).
- Schmieder, Falko (2010): Die wissenschaftlichen Revolutionen von Charles Darwin und Karl Marx und ihre Rezeption in der Arbeiterbewegung. In: Helmut Lethen, Birte Löschenkohl und Falko Schmieder (Hg.): Der sich selbst entfremdete und wiedergefundene Marx. München: Fink, S. 39–56.
- Schmieder, Falko (2014): Die Entstehungsphase des Konzepts ‚Survival of the Fittest‘. In: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 3 (1), S. 47–59. Online verfügbar unter https://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/files/42965/ZfL_FIB_3_2014_1_Schmieder_unpw.pdf.
- Schmieder, Falko (2015): Entwicklung, Evolution. In: Annika Hand, Christian Bermes und Ulrich Dierse (Hg.): Schlüsselbegriffe der Philosophie des 19. Jahrhunderts. Hamburg: Felix Meiner Verlag (Archiv für Begriffsgeschichte Sonderheft, 11), S. 165–190.
- Schmieder, Falko (2017): Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Zur Kritik und Aktualität einer Denkfigur. In: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie* 4 (1-2), S. 325–363. DOI: 10.1515/zksp-2017-0017.
- Schmitt, Carl (1952): Die Einheit der Welt. In: *Merkur* VI (1), S. 1–11.
- Schneider, Michael (1999): Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn: Dietz Nachf (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 12).
- Scholtz, Gunter (2005): Vom Nutzen und Nachteil des Computers für die Begriffsgeschichte. In: Ernst Müller (Hg.): Begriffsgeschichte im Umbruch? Hamburg: F. Meiner Verlag (Archiv für Begriffsgeschichte: Sonderheft, 4 (Jg. 2004)), S. 185–194.
- Schönhoven, Klaus (2017): Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Das Schicksal der 1933 gewählten SPD-Reichstagsabgeordneten. Bonn: Dietz.

- Schwartz, Michael (1994): "Proletarier" und "Lumpen". Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42, S. 537–570.
- Schwartz, Michael (1995): Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der dt. Sozialdemokratie 1890-1933. Bonn: Dietz (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 42).
- Sieferle, Rolf Peter (1989): Die Krise der menschlichen Natur. Zur Geschichte eines Konzepts. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Spieß, Constanze (2014): Diskurslinguistische Metaphernanalyse. In: Matthias Junge (Hg.): Methoden der Metaphernforschung und -analyse. Wiesbaden: Springer VS, S. 31–58.
- Stenson, Gary P. (1978): Karl Kautsky 1854 - 1938. Marxism in the classical years. Pittsburgh, Pa.: University of Pittsburgh Press.
- Steinberg, Hans-Josef (1972): Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg. (3., verbesserte Auflage.). Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bd. 50).
- Steinberg, Hans-Josef (1989): Ingrid Gilcher-Holtey, Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986. [Rezension]. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 29, S. 589. Online verfügbar unter http://library.fes.de/jportal/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00022111/afs-1989-589.pdf, zuletzt geprüft am 20.04.2017.
- Steinberg, Hans-Josef (1991): Kautskys Stellung in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung und seine Bedeutung für die Gegenwart. In: Jürgen Rojahn, Till Schelz und Hans-Josef Steinberg (Hg.): Marxismus und Demokratie. Karl Kautskys Bedeutung in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Frankfurt a.M: Campus Verlag (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd. 9), S. 17–28.
- Steinmetz, Willibald (2008): Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art. In: Heidrun Kämper und Ludwig M. Eichinger (Hg.): Sprache, Kognition, Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung. Berlin, New York: DeGruyter, S. 174–197.

- Tuckfeld, Manon (1997): Orte des Politischen. Politik, Hegemonie und Ideologie im Marxismus. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Walter, Franz (2009): Die SPD. Biographie einer Partei. Überarb. und erw. Taschenbuchausg. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt (Rororo, 62461).
- Walther, Rudolf (1981): "... aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir". 'Zusammenbruchstheorie', Marxismus und politisches Defizit in der SPD 1890 - 1914. Sozialgeschichtliche Bibliothek Herausgegeben von Dieter Groh. Frankfurt/M., Berlin, Wien: Ullstein (Ullstein-Buch, Nr. 35096 : Ullstein Materialien).
- Warnke, Ingo H.; Meinhof, Ulrike; Reisigl, Martin (Hg.) (2013): Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription und Kritik. Berlin: Akademie-Verlag.
- Wieland, Wolfgang (1972 - 1997): Art. Entwicklung, Evolution. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2. 8 Bände. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 199–228.
- Winkler, Heinrich August (1990): Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1930 bis 1933. 2. vollst. durchges. und korrigierte Aufl. Berlin [etc.]: Dietz (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 11).
- Wortmann, Hendrik (2010): Zum Desiderat einer Evolutionstheorie des Sozialen. Darwinistische Konzepte in den Sozialwissenschaften. Konstanz: UVK.

7.1.3. *Analysierte Quellen*

- Aveling, Edward (1887): Die Darwin'sche Theorie. I. Die Entwicklungstheorie. II. Die Abstammung der Menschen. III. Affe und Mensch. Stuttgart: J.H.W. Dietz (Internationale Bibliothek, 1).
- Bebel, August (1973) [1879]: Die Frau und der Sozialismus. 62. Aufl. Berlin: Dietz.

- Bernstein, Eduard (1891) [1885]: Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms. Mit Benutzung der Schrift: "Le Programme du Parti Ouvrier" von Jules Guesde und Paul Lafargue. Berlin: Vorwärts.
- Bernstein, Eduard (1893): Technisch-ökonomischer und sozial-ökonomischer Fortschritt. (Teil I - III). In: *Die neue Zeit* 11 (25-27), 782 - 790; 819 - 829; 850 - 862.
- Bernstein, Eduard (20.II.1898): Brief an Kautsky. IISG, D V.432. In: Till Schelz-Brandenburg und Susanne Thurn (Hg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, 19), S. 453.
- Bernstein, Eduard (1899): Dialektik und Entwicklung. Antwort auf Kautskys Artikel "Bernstein und die Dialektik". In: *Die neue Zeit* 17.1898-99 (37/38), 327-335; 353 - 363.
- Bernstein, Eduard (1969) [1899]: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Herausgegeben von Günther Hillmann. 14. - 18. Tsd. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rowohlt's Klassiker der Literatur und der Wissenschaft, 252/54).
- Bölsche, Wilhelm (1903) [1901]: Die Eroberung des Menschen. 3. Aufl. Berlin: Franz Wunder.
- Deville, Gabriel (1890/91): Zur Frage der Taktik. In: *Die neue Zeit* 9 (15), S. 478-482.
- Dühring, Eugen Carl (1900) [1879]: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. 4., neubearb. und stark verm. Aufl. Leipzig: Naumann.
- Engels, Friedrich (1956a): Dialektik der Natur. In: Karl Marx und Friedrich Engels: Werke (=MEW). Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 20. Berlin: Dietz, S. 305-570.
- Engels, Friedrich (1956b): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW Bd. 19. Berlin: Dietz, S. 177-228.
- Engels, Friedrich (1956c): Entwurf zur Grabrede für Karl Marx. In: Karl Marx und Friedrich Engels: MEW Bd. 19. Berlin: Dietz, S. 335.

- Engels, Friedrich (1956d): Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW Bd. 20. Berlin: Dietz, S. 1–303.
- Engels, Friedrich (1956e): Engels an Kautsky in Stuttgart. London, 18. Sept 83. In: MEW Bd. 36. Berlin: Dietz, S. 59–61.
- Fischer, Edmund (1909): Der Entwicklungsgedanke. In: *Sozialistische Monatshefte* 13 (9), S. 576–583.
- Gabriel, Sigmar (2011): Dem Fortschritt eine neue Richtung geben. In: Matthias Machnig (Hg.): Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand. Frankfurt a.M.: Campus, S. 22–32.
- Haeckel, Ernst (1868): Natürliche Schöpfungsgeschichte. Gemeinverständliche wissenschaftliche Vorträge über die Entwicklungslehre im allgemeinen und diejenigen von Darwin, Goethe und Lamarck im besonderen, über die Anwendung derselben auf den Ursprung des Menschen und andere damit zusammenhängende Grundfragen der Naturwissenschaft ; mit Tafeln, Holzschnitten, systematischen und genealogischen Tabellen. Berlin: Reimer.
- Haeckel, Ernst (1878): Freie Wissenschaft und freie Lehre. Eine Entgegnung auf Rudolf Virchow's Münchener Rede über "Die Freiheit der Wissenschaft im modernen Staat". Stuttgart: E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung.
- Haeckel, Ernst (o.J. [ca. 1928]) [1899]: Die Welträtsel. Gemeinverständliche Studien über Monistische Philosophie. 14. Aufl. Leipzig: Alfred Kröner.
- Hilferding, Rudolf (1974) [1909]: Das Finanzkapital. Eingeleitet von Eduard März. 3. Aufl. 2 Bände. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik).
- Kautsky, Karl ["von einem Serben"] (1876): Der Sozialismus und der Kampf um das Dasein. In: *Der Volksstaat* (49/50), 1–2/1–2.
- Kautsky, Karl (1880): Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft. Wien: Bloch und Hasbach.
- Kautsky, Karl (1892): Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Theil erläutert. 2. Aufl. Stuttgart: Dietz.
- Kautsky, Karl (1894): Ein sozialdemokratischer Katechismus. In: *Die neue Zeit* 12.1893-94 (12), S. 361–369.

- Kautsky, Karl (1895): Darwinismus und Marxismus. In: *Die neue Zeit* 13 (23), 709-716.
- Kautsky, Karl (1899a): Bernstein und die Dialektik. In: *Die neue Zeit* 17.1898-99 (28), S. 36–50.
- Kautsky, Karl (1899b): Bernstein und die materialistische Geschichtsauffassung. In: *Die neue Zeit* 17 (27), S. 4–16.
- Kautsky, Karl (1903) [1887]: Karl Marx's oekonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. Achte, durchgesehene und vermehrte Auflage. Stuttgart: Dietz (Internationale Bibliothek, 2).
- Kautsky, Karl (1908a): Die statistische Methode der Prophezeiung. In: *Die neue Zeit* 27 (11), S. 400–402.
- Kautsky, Karl (1908b): Maurenbrecher und das Budget. In: *Die neue Zeit* 27 (2), S. 44–50.
- Kautsky, Karl (1908c): Reform und Revolution. In: *Die neue Zeit* 27 (6-8), 180 - 191; 220 - 232; 252 - 259.
- Kautsky, Karl (1909): Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution. 2., durchges. Aufl. Berlin: Vorwärts.
- Kautsky, Karl (1910a): Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch. Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachf.
- Kautsky, Karl (1910b): Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachf (Internationale Bibliothek, 50).
- Kautsky, Karl (1912) [1892]: Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Theil erläutert. 11. durchgesehene Auflage. Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachf.
- Kautsky, Karl (1919a) [zuerst in *Freiheit*, Nr. 79, 29. 12. 1918]: Das Weitertreiben der Revolution. Berlin: Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung.
- Kautsky, Karl (1919b): Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution. Berlin: Neues Vaterland.
- Kautsky, Karl (1930) [1924]: Das Werden eines Marxisten. Leipzig: Felix Meiner.

- Kautsky, Karl (1932): Die Fabel von der "Naturnotwendigkeit" des Krieges. (S. R. Steinmetz, Siegmund Freund, Oswald Spengler). In: Siegfried Kardorff, Hans Schäffer, Götz Briefs und Hans Kröner (Hg.): Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Julius Wolf zum 20. April 1932. Stuttgart: Enke, S. 132–150.
- Kautsky, Karl (1933): Neue Programme. Eine kritische Untersuchung. Wien, Leipzig: E. Prager.
- Kautsky, Karl (1954): Brief an Viktor Adler, 8.10.1913. In: Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreich (Hg.): Viktor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, sowie Briefe von und an Ignaz Auer [et al.]. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler. Sowie Briefe von u. an Ignaz Auer [u.a.]. Wien: Verl. d. Wiener Volksbuchhandlung, S. 580–586.
- Kautsky, Karl (1960): Erinnerungen und Erörterungen. Herausgegeben und bearbeitet von Benedikt Kautsky. Den Haag: Mouton (Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. 3).
- Kautsky, Karl (1988b): Die materialistische Geschichtsauffassung. Dargelegt von Karl Kautsky. Gekürzte Ausgabe, herausgegeben, eingeleitet und annotiert von John H. Kautsky. Berlin u.a.: Dietz (Internationale Bibliothek, Bd. 129).
- Lafontaine, Oskar (1985): Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Lafontaine, Oskar (1990): Fortschritt '90: ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Bonn.
- Lange, Friedrich Albert (1870) [1865]: Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Zweite umgearbeitete und vermehrte Auflage. Winterthur: Bleuler-Hausheer.
- Löwenthal, Richard (1946): Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung. [unter Pseudonym 'Paul Sering']. Lauf bei Nürnberg: Nest-Verlag (Uhu-Bücher, 2).
- Machnig, Matthias (Hg.) (2011): Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand. Frankfurt a.M.: Campus.

- Malthus, Thomas Robert (2015) [1798]: An essay on the principle of population. In: Thomas Robert Malthus: An essay on the principle of population and other writings. Introduction and Notes by Robert J. Mayhew. UK: Penguin Books (Penguin Classics), S. 3–164.
- Marx, Karl (1956a): Brief an Ludwig Kugelmann. 27. Juni 1870. In: Karl Marx und Friedrich Engels: Werke (=MEW). Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 32. Berlin: Dietz, 685 f.
- Marx, Karl (1956b): Das Kapital. In: MEW Bd. 23. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1956c): Kritik des Gothaer Programms. In: MEW Bd. 19. Berlin: Dietz, S. 13–32.
- Marx, Karl (1956d): Lohnarbeit und Kapital. In: MEW Bd. 6. Berlin: Dietz, S. 397–423.
- Marx, Karl (1956e): Vorwort von 'Zur Kritik der Politischen Ökonomie'. In: MEW Bd. 13. Berlin: Dietz, S. 7–11.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4. Berlin: Dietz, S. 459–493.
- Maurenbrecher, Max (1908a): Offener Brief an den Genossen Kautsky. In: *Die neue Zeit* 27 (5), S. 148–153.
- Maurenbrecher, Max (1908b): Wo stehen wir? Ein Wort zur Verständigung. In: *Die neue Zeit* 27 (11), S. 394–400.
- Meadows, Dennis L. (1972) [1972]: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck. Stuttgart: DVA.
- Oppenheimer, Franz (1900): Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie: Darstellung und Kritik. Berlin: Vita.
- Platzeck, Matthias; Steinmeier, Frank-Walter; Steinbrück, Peer (2007): Auf der Höhe der Zeit. Im 21. Jahrhundert muss sich die Sozialdemokratie auf ihre ursprünglichen Ideen und Ziele besinnen. In: Matthias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier (Hg.): Auf der Höhe der Zeit. Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert. Berlin: Vorwärts Buch (Debatte), S. 17–28.

Proudhon, Pierre-Joseph (1848): *Les malthusiens*. Paris: Boulé.

Strasser, Johano; Traube, Klaus (1981): *Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industriekapitalismus*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Tschulok, Sinai (1912): *Entwicklungstheorie. Darwins Lehre*. Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachf.

7.1.4. *Abbildungsverzeichnis*

Abbildung 1: Das Subkorpus ‚Parteiprogramme‘ im Überblick.....	81
Abbildung 2: Wortverlauf materialistische Geschichtsauffassung	132
Abbildung 3: Verlaufskurve <i>Naturnotwendigkeit</i> im DWDS-Korpus.....	140
Abbildung 4: Wortliste Erwartungsbegriffe seit 1945.....	210
Abbildung 5: Wortverlauf <i>Sozialismus</i>	212
Abbildung 6: Wortverlauf <i>Fortschritt</i> und <i>Wachstum</i>	214
Abbildung 7: Wortverlauf <i>Planung</i>	215
Abbildung 8: Deutungsmuster <i>Fortschritt - Wachstum - Wohlstand</i>	217
Abbildung 9: Kollokationen <i>Fortschritt</i> 1959 - 1990.....	220

7.1.5. *Tabellen*

Tabelle 1: Funktionen von Parteiprogrammen	75
Tabelle 2: Revisionistische und revolutionäre Geschichtsauffassungen ..	127

Unterschiedliche Vorstellungen über die Geschichte und Zukunft unserer Gesellschaft spielen im politischen Diskurs eine zentrale Rolle: Begriffe wie *Fortschritt* oder *Revolution* liefern uns Erklärungsmuster für die bisherige Geschichte, umreißen aber auch den ‚Erwartungshorizont‘ für zukünftige Entwicklungen. Im Fokus stehen hierbei die sich wandelnden Geschichts- und Zukunftskonzepte in den Debatten der deutschen Sozialdemokratie, die zeitweise unter enger Orientierung an der naturgeschichtlichen *Evolution* entworfen wurden. Im vorliegenden Band werden diese evolutionistischen Semantiken aus begriffsgeschichtlicher Perspektive untersucht.

Fabian Deus ist Sprachwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Germanistischen Seminar der Universität Siegen. Seit 2018 arbeitet er im Team CoSoDi (Computergestützte Sozio- und Diskurslinguistik). Lehre und Forschung in den Bereichen Diskursanalyse und Politolinguistik, historische Semantik und Begriffsgeschichte, Sprache und Recht. Aktuell leitet er ein Forschungsprojekt zu rechter Diskurspraxis in sozialen Medien.